

Kapitalfraktionen in der BRD

Kurztext: In dieser empirischen Analyse werden Querverbindungen zwischen den Ereignissen der Krise 2008ff. und der Politik nachgezeichnet.

Die Indienstnahme der Politik durch »die Wirtschaft« während der großen Krise 2007/2010 benötigte demokratische Vermittlungsinstanzen. Der Staat setzte einerseits das gemeinsame Kapitalinteresse durch, andererseits sorgte er für einen pluralen Ausgleich der widerstrebenden Partikularinteressen. Mal mehr, mal weniger fest gefügte Kapitalfraktionen rangen um politischen Einfluss.

Als Fallbeispiele auf der unteren Interventionsebene der Politik dienen dem Autor die Überlebenskämpfe von Opel und Arcandor. Die Interessenspolitik des Kapitals wirft dabei ein kritisches Licht nicht nur auf die Demokratie, sondern ebenso auf die Medien und die wissenschaftliche Politikberatung. Eingebunden in das Parallelogramm der Kapitalkräfte verlieren beide ihre Neutralität. »Professor Wall Street« dient nicht mehr der Wahrheitsfindung. Sein Kriterium ist die Nützlichkeit für das Kapital. Als ein »sprechendes Werkzeug« von Kapitalinteressen redet er die Krise schön.



Der Autor:

Guenther Sandleben ist Ökonom und Politikwissenschaftler und lebt als Publizist in Berlin. In seiner mehr als 20-jährigen Berufspraxis als Finanzmarktanalyst hat er sich intensiv mit den Interaktionen zwischen »Realökonomie«, Finanzmärkten und Wirtschaftspolitik beschäftigt. Neben zahlreichen Aufsätzen erschien von ihm 2003 bei VSA: das Buch »Nationalökonomie & Staat. Zur Kritik der Theorie des Finanzkapitals«.

<https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/politik-des-kapitals-in-der-krise/>

Inhalt

Vorwort
Einleitung

Kapitel 1

Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik

1. *Vorbereitungsphase*
2. *“Professor Wall Street”*
3. *„We are all Keynesians now“*
4. *Hauptakteure in der Politik des Kapitals*

Kapitel 2

Politik des Kapitals im Kräftespiel von Bank- und Industrieinteressen

1. *Kampf um die Höhe der Zinsen und um die Bereitstellung von Krediten*
2. *Finanzmarkt-Regulierungen am Beispiel der US-Finanzreform*
3. *Über die Popularität einer partiellen Kapitalismuskritik*

Kapitel 3

Streit um die Manager-Vergütungen

1. *Allgemeines Gesetz zur Beschränkung der Manager-Vergütung*
2. *„Moralisierung des Finanzmarktkapitalismus“*
3. *Zur Position von Gewerkschaften und Sozialdemokratie*

Kapitel 4

Fraktionskämpfe um Höhe und Ausrichtung der Konjunkturprogramme

1. *Nationale Gesichtspunkte der Konjunkturprogramme*
2. *Allianz aus Autoindustrie, Gewerkschaften und Betriebsräten*
3. *Binnenmarktorientierte Kapitale, Gewerkschaften und Keynesianismus*
4. *Interesse der exportorientierten Kapitalfraktion*
5. *Sparpolitik*

Kapitel 5

Politik des Kapitals auf der einzelwirtschaftlichen Interventionsebene

1. *Wirtschaftsfonds Deutschland*
2. *Fallbeispiel: Arcandor*
3. *Fallbeispiel: Opel*

Kapitel 6

Warum die Politik des Kapitals alternativlos blieb

1. *Unterordnung in der Arbeitswelt*
2. *Segmentierungen*
2. *Sparpolitik und Widerstand*

Kapitel 7

Politische Schlussfolgerungen

1. *Nicht-kontroverser Sektor: Obere Interventionsebene der Politik*
2. *Kontroverser Sektor: Mittlere und untere Interventionsebene der Politik*
3. *Postdemokratie und die Politik des Kapitals*

Literaturverzeichnis

Vorwort

*„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“.
(Grundgesetz)*

Der Buchtitel „Politik des Kapitals in der Krise“ stellt einen Zusammenhang heraus, der manchen Leser überraschen wird. Hier ist nicht von einer „Politik des Volkes“, sondern von der „Politik des Kapitals“ die Rede. Das hat folgenden Grund: Der Titel soll nahe legen, dass nicht das Volk, der „demos“, den Inhalt der Politik bestimmt, sondern dass es etwas anderes ist, das da herrscht: das Kapital. Ist das Volk entmündigt, fragt man sich.

Dies ist das tiefer liegende Problem. Das Buch gibt eine zeitbezogene Antwort: Tatsächlich bestimmte während der großen Krise das Kapital in all seinen Facetten die Richtlinien und die Inhalte der Krisenpolitik. Wie sich eine solche Politik des Kapitals unter den Bedingungen der Konkurrenz, des Gegeneinander und Miteinander der Kapitale konstituierte, wird entlang einer empirischen Analyse aufgedeckt, die sich auf verschiedene Interventionsebenen der Politik bezieht. Hierbei handelt es sich um den Versuch, wichtige Querverbindungen zwischen den Ereignissen der Krise und der Politik nachzuzeichnen.

Vielleicht mag der Leser ein Mysterium darin sehen, dass schon der gewählte Buchtitel dem Kapital die Fähigkeit einzuräumen scheint, handeln zu können. Sind es nicht Personen, die da handeln, um ihre jeweiligen Motive, Interessen und Ziele in politische Ansprüche umzusetzen? Setzen die Personen nicht bloß Kapital – ihr eigenes oder geliehenes – ein, um ihre Ziele zu verwirklichen? Beruht nicht eine nur zu bekannte These, dass die Gier „mancher Banker und Manager“ die Krise verursacht habe, auf einer solchen Vorstellung?¹ Wer Kapital als eine Sache betrachtet, als ein produziertes Produktionsmittel oder als ein Finanzmittel, das Menschen entsprechend ihrer jeweiligen persönlichen Zwecke einsetzen, gelangt zu einer solchen Vorstellung.

Bei einer näheren Analyse erweist sich dieser Standpunkt als oberflächlich, da die hinter den persönlichen Motiven und Zielen stehenden gesellschaftlichen Kräfte ausgeblendet bleiben. Man legt keine Rechenschaft darüber ab, welche Voraussetzungen und Bedingungen jene Motive und Ziele haben.

Solch ein psychologischer Reduktionismus offenbart rasch seine Erkenntnisschranken, sobald die persönlichen Motive und Ziele in einen Zusammenhang gestellt werden mit der Konkurrenz. Hier zeigt sich sofort, dass die dort agierenden Personen eine besondere gesellschaftliche Eigenschaft besitzen, gewissermaßen gestempelt sind durch ihre Geschäfte, die sie jeweils zu verrichten haben. Beispielsweise muss der Verkäufer seine Ware verkaufen, will er seine ökonomische Existenz nicht aufs Spiel setzen. Es ist die Ware selbst, die ihn zwingt, Käufer dafür zu suchen, denn er braucht das Geld, um sich die Ware zu besorgen, die er benötigt. Diese marktbezogene Form der Arbeitsteilung macht ihn nicht nur abhängig von anderen, sondern sachlich abhängig. Hier ist sein eigener Wille kaum mehr als eine Bestimmung der Ware.² So geht es weiter mit dem Geldbesitzer, dem Kapitalbesitzer. All diese Akteure repräsentieren das Geschäft, das sie verrichten. Und es ist die Konkurrenz, die sie zwingt, das wirklich sachgerecht zu tun.

Unsere Analyse der großen Krise wird dem Leser zeigen, dass sämtliche Vertreter des Kapitals, gleichgültig ob sie als Kreditgeber, Eigentümer oder als Spitzenfunktionäre von Unternehmen operierten, ihre ökonomisch-gesellschaftlich definierten Rollen, die sie als bewusste Träger ihres jeweiligen Kapitals spielten, zielgerichtet und konsequent ausübten. Dies galt nicht nur für die ökonomischen Operationen sondern – worauf wir den Schwerpunkt legten – ebenso für die politischen Handlungen, die erforderlich waren, um das Kapital, das sie vertraten zu

¹ „Das Verlieren von Maß und Mitte mancher Banker und Manager – wahrlich nicht alle, aber mancher -, das hat die Welt in diese Krise geführt.“ Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Neujahrsansprache 2008/2009

² Die kritische Wirtschaftstheorie bezeichnete sehr treffend die Warenbesitzer als Repräsentanten von Waren oder noch genauer als „ökonomische Charaktermasken“, die nur „die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenüber treten“. Marx, Kapital I, in: MEW 23, S. 100

schützen und zu fördern. Wenn der Buchtitel die Bezeichnung „Politik des Kapitals“ trägt, dann immer in dem Sinne, dass da Akteure am Werk waren, deren Wille der Sache nach eine Bestimmung des Kapitals war, das sie zu vertreten hatten.

Die Bezeichnung „Politik des Kapitals“ soll nicht zuletzt an eine empirische Studie des vor fast zwei Jahren verstorbenen Professors Jörg Huffs Schmid erinnern. Ende der 1960er Jahre fand er heraus, wie der damalige Konzentrationsprozess in der Wirtschaft die Interessen des Kapitals änderte, mit der Folge, dass sich sowohl die Wirtschaftspolitik als auch deren Institutionen wandelten.³

Einleitung

Zwischen Krise und Politik bestand ein recht merkwürdiger Zusammenhang. Je heftiger sich die Krise bemerkbar machte, je mehr sie nicht nur große Bereiche des Wirtschafts- und Finanzsektors sondern das gesamte kapitalistische System gefährdete, desto mehr traten die politischen Kontroversen hinter einen Konsens aller im Parlament vertretenen Parteien zurück. Die auf die Berechtigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems abzielenden ordnungspolitischen Fragen spielten ausgerechnet in dem Moment keine Rolle, als die Krise mit ihren drohenden katastrophalen Folgen die Widersprüche des Systems ans Licht brachte und seine Unfähigkeit offenbarte, die eigene Wirklichkeit zu bewältigen. Das Vertrauen in den Kapitalismus war tief erschüttert.

„Es gab Stimmen“, dokumentierte der damalige Finanzminister Peer Steinbrück das Ausmaß des ordnungspolitischen Bebens, „die vom Ende des Kapitalismus sprachen.“⁴ Endzeitstimmung lag in der Luft, die dem britischen Premierminister Gordon Brown das Gefühl gab, „dass wir nur noch Tage von einem vollständigen Zusammenbruch entfernt waren.“⁵ Trotz dieser zugespitzten Situation fand keine Debatte darüber statt, ob der Kapitalismus nicht besser abgeschafft gehöre zugunsten einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die keine derartigen Mängel aufwies. Statt sich auf die Suche zu begeben, um aus der Kritik der alten, krisenbetroffenen, ineffizienten kapitalistischen Welt eine neue Welt ohne Krisen zu finden, schwieg man besser. Die Kritik schien sich zu fürchten, vor ihren Resultaten und vor dem Konflikt mit den vorhandenen Mächten.

An die Stelle der Kritik traten Verharmlosung, Rechtfertigung und persönliche Schuldzuweisungen. Der Direktor des Arbeitgeberberatern Instituts Prof. Dr. Michael Hüther meinte, die Finanzmärkte hätten die Realwirtschaft zwar in die Krise gestürzt, „aber die Innovationskreisläufe der Realwirtschaft sind weiterhin intakt“⁶. Es gebe keine Überinvestitionen, also keine hausgemachte Krise in der eigentlichen Warenproduktion. Deshalb gelte das Motto: „Weiter so.“ Fast die gesamte Professoren-, Politiker- und Journalistenwelt stimmte dieser Einschätzung zu. Der ordnungspolitische Kernbestand war durch diesen Konsens geschützt, und man war bemüht, der Öffentlichkeit Schuldige zu präsentieren.

Wie war eine solche Blindheit möglich? Was waren die Voraussetzungen dafür, dass ohne öffentliche Debatten ein Konsens in einer derart wichtigen Frage stillschweigend zustande kam? Und wie konnte der Konsens Bestand haben, als der Staat mit ungewöhnlichen Maßnahmen, die bis hin zur Verstaatlichung reichten, in das Finanz- und Wirtschaftsgeschehen eingriff?

Diese geheimnisvolle Übereinstimmung kontrastierte mit einem Konfliktfeld, auf dem heftige Kämpfe stattfanden, obwohl es um vergleichsweise bescheidene Ziele ging. Unerschrocken und in aller Öffentlichkeit warfen die kämpfenden Parteien hier die „Systemfrage“ auf. Als im Verlauf der Krise verschiedene Unternehmen wie der Autoproduzent Opel oder der Handelskonzern Arcandor vor dem Zusammenbruch standen, stritt man mit großer Leidenschaft darüber, ob man diese Konzerne retten sollte. Die Bundeskanzlerin höchstpersönlich, etliche Ministerpräsidenten, die Spitzen

³ Jörg Huffs Schmid, Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main, 1969

⁴ Steinbrück (2010), S. 200.

⁵ Brown (2011), S. 18

⁶ Tagesspiegel vom 1.9.2009

der Parteien, Journalisten, Professoren, Forschungsinstitute wogen das Für und Wider ab, gaben Empfehlungen, die zugunsten oder zuungunsten des Unternehmens ausfielen. Demonstrationen fanden statt, Gewerkschaftler und Betriebsräte gerieten in helle Aufregung, als es um diesen kleinen Systemerhalt ging. Warum fand hier im Unterschied zur großen Systemfrage eine derart lebhaft Diskussions statt, die oft genug auf der Titelseite der Tagespresse ausgetragen wurde?

Die Gründe und Voraussetzungen dafür wollen wir in einer empirisch ausgelegten Analyse herausfinden, die den Zeitraum von Anfang 2007 bis Anfang 2011 betreffen wird. In diesem Zusammenhang werden wir die komplizierten und vielfältigen Querverbindungen zwischen den Ereignissen der Krise und der Politik exemplarisch nachzeichnen.

Im Beziehungsgeflecht zwischen Ökonomie und Politik kristallisierten sich drei Interventionsebenen heraus, die wir nacheinander behandeln werden.

Auf der oberen Interventionsebene griff der Staat mit Rettungsschirmen, Konjunkturprogrammen, Verstaatlichungen und mit manch ungewöhnlichen Mitteln in das gesamtwirtschaftliche Krisengeschehen ein. Ohne nennenswerten Widerstand wechselte er von der neoliberalen zu einer keynesianischen Wirtschaftspolitik. Dass die Politik den Paradigmenwechsel mit all seinen spektakulären Komponenten in ungewöhnlich kurzer Zeit ohne größere Kontroversen vollziehen konnte, verweist auf ein breit angelegtes, einheitliches gesellschaftliches Interesse, das diesen Wandel nicht nur tolerierte, sondern ihn kraftvoll betrieb.

Welchen Charakter dieses Interesse besaß, warum es sich in derart schwierigen Zeiten problemlos zusammenfand und wer seine Träger waren, werden wir im ersten Kapitel thematisieren.

Gemeinsam war diesem Interesse, dass es aus dem Kapital hervorging, und zwar sowohl aus dem Eigentum als auch aus den Operationen des Kapitals. Seine Träger waren deshalb sowohl die Kapitaleigner als auch die Unternehmer. Sie personifizierten machtvoll und geschlossen das gemeinsame Kapitalinteresse, das der Staat mit seinen Interventionen bediente.

Diese Geschlossenheit der Interessen zeigte sich nicht nur im politischen, sondern ebenso in einem weit reichenden ideologischen Konsens. Alle Abteilungen der Gesellschaft, von der Wirtschaft über die Verbände, die Wissenschaft bis hin zur Publizistik ließen nur eine einzige Kriseninterpretation zu: Die an sich gesunde „Realwirtschaft“ habe sich eine schwere Infektion durch eine Krise der Finanzmärkte beziehungsweise durch ein Fehlverhalten von Bankern, Aufsichtsbehörden oder Politikern geholt. Auf diese Weise wurde der ökonomische Kernbestandteil des Kapitalismus aus der Schusslinie einer möglichen Kritik genommen. Der ideologische Schutz einer Wirtschaftsordnung musste zu einer Zeit besonders wichtig sein, als die Angst umging, die Krise könnte zu einer schwerwiegenden ordnungspolitischen Erschütterung führen. „Professor Wall Street“, wie wir diese Art wissenschaftlicher Krisenbegleitung nennen werden, verdeckte auf diese Weise die Gebrechlichkeiten des Kapitalismus und half mit, dass die Krisenpolitik lediglich an Symptomen kurierte, ohne in die Tiefe des Krisengeschehens vorzudringen.

Neben solchen gemeinsamen Kapitalinteressen, die auf eine Beibehaltung kapitalistischer Verhältnisse und auf die Abwehr einer das Gesamtkapital betreffenden Entwertungsspirale gerichtet waren, enthielt das Interessengeflecht eine Reihe von Partikularinteressen, die aus den besonderen Existenzbedingungen der verschiedenen Kapitalgruppen hervorgingen. Die Politik, die sich mit solchen Partikularinteressen beschäftigte, war eine grundlegend andere. Statt Konsens herrschte hier Konflikt, der nicht selten in einem öffentlich geführten Schlagabtausch einen Höhepunkt fand. Die Politik sorgte für einen pluralen Ausgleich widerstreitender Interessen verschiedener Kapitalgruppen. Im Rahmen dieses Vermittlungsprozesses setzte sie Kompromisslösungen organisatorisch durch, die je nach Kräfteverhältnis mal mehr dem einen, dann wieder einem anderen Partikularinteresse entgegenkamen.

Wie sich dieser Vermittlungsprozess konkret vollzog, wird in den Kapiteln zwei bis fünf dargestellt. Die Anordnung dieser vier Kapitel folgt der Hierarchie der Interventionsebenen der Politik. Hierbei spielte die Art und Weise, wie sich Kapitalfraktionen konstituierten, eine besondere Rolle. Gewisse Kapitalfraktionen,

deren widerstreitenden Partikularinteressen in den Kapiteln zwei und drei thematisiert werden, bildeten fest gefügte Gruppierungen, die durch ihre charakteristischen Existenzbedingungen zusammengehalten wurden und sich in einem dauerhaften Gegensatz zueinander befanden. Hier standen dieselben Interessen im Kampf mit demselben Gegensatz. Dieser Streit war eine Art Klassenauseinandersetzung. Dazu gehörte der Kampf um günstige Kredite, der hauptsächlich zwischen den Finanziers und Banken einerseits und den Industrieinteressen andererseits ausgetragen wurde (Kapitel zwei) sowie der Streit um die Höhe der Manager-Vergütung, worin sich als Hauptakteure Kapitaleigner und Manager gegenüberstanden (Kapitel drei).

Im unteren Bereich dieser mittleren Interventionsebene kämpften schließlich Kapitalfraktionen gegeneinander, deren Partikularinteressen nicht durch fest gefügte Produktionsbedingungen fixiert waren. Hier entschied die jeweilige Situation darüber, welche Kapitalgruppierungen sich zusammenfanden. Die Fraktionskämpfe um die Höhe und Ausrichtung der Konjunkturprogramme bildeten einen wichtigen Streitpunkt, den wir in Kapitel vier darstellen werden.

Den stärksten Zusammenprall von Kapitalinteressen und damit zugleich die heftigsten öffentlichen Kontroversen fanden wir auf der einzelwirtschaftlichen Interventionsebene, also dort, wo der Staat direkt in den Konkurrenzkampf der Einzelkapitale eingriff. Hier mussten wir eine Auswahl treffen, da die Krise viele Unternehmen erschütterte, die zur Sicherung ihrer Existenz Staatshilfen benötigten. Wir entschieden uns für den Handelskonzern Arcandor und für den Autokonzern Opel, also für zwei bekannte Unternehmen, die grundlegend verschiedenen Wirtschaftsbereichen mit unterschiedlicher internationaler Ausrichtung angehörten und die ihren Überlebenskampf mit unterschiedlichem Erfolg bestritten. Entlang beider Fallbeispiele wollen wir untersuchen, wie sich die widerstreitenden Interessen konstituierten, wie sie sich schließlich zu Kapitalgruppen zusammenfanden und wie die Kapitalinteressen in den öffentlichen und politischen Raum vorstießen, um politische Entscheidungen zu ihrem Gunsten zu beeinflussen. Auf diesem Kampfterrain des Kapitals spielten die Massenmedien eine größere Rolle. Hier gab es einen wirklichen Pluralismus mit Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Die Meinung der Medien positionierte sich entlang des Interessenfelds des Kapitals, um schließlich das stärkere Interesse zu stützen. Die Demokratie schien unverzichtbar zu sein. Mit ihrer Pressefreiheit, mit ihren vielfältigen Möglichkeiten, über Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyismus, Parteien, Parlamentsfraktionen, Abgeordnete, Ministerien, Kanzlerrunden etc. direkt oder indirekt Einfluss zu nehmen, diente sie diesem Ausgleichsprozess der Kapitale als adäquate Form. Die Politik spielte in beiden Überlebenskämpfen eine mehr vermittelnde, als bestimmende Rolle. Was sie zu gestalten hatte, war durch die Krise selbst inhaltlich vorgegeben. Und wie sie schließlich entschied, war im Kräftespiel der Kapitale längst vorbereitet.

Die verbleibenden zwei Kapitel besitzen einen überwiegend zusammenfassenden Charakter. Im Kapitel sechs stellen wir einige Ergebnisse der vorangegangenen Analyse unter der Fragestellung zusammen, wie es sein konnte, dass die Krisenpolitik durchweg Kapitalinteressen verfolgte, obwohl noch andere Interessen im Spiel waren, wie die der Lohnabhängigen. Wir versuchen verständlich zu machen, warum hier eigenständige Positionierungen fehlten, die über die Politik des Kapitals hinausgegangen wären.

Diese fehlende Eigenständigkeit, die bei den Lohnabhängigen auf den verschiedenen Interventionsebenen der Politik zu beobachten war, fand allerdings in jenen Staaten ein rasches Ende, wo die Politik mit massiven Sparbeschlüssen in die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen empfindlich eingriff. Eine Wende hin zum politischen Widerstand zeichnete sich ab. Hier sind die politischen Prozesse noch im Fluß, so dass eine abschließende Beurteilung nicht möglich war. Ein erstes Resultat lässt sich dennoch ziehen: Die Sparpolitik wurde gegen eine breite Mehrheit der Bevölkerung, in etlichen Ländern unter Einsatz massiver Gewalt durchgesetzt. Selbst in der Phase des aktiven Widerstands bleibt die Politik bislang ohne nennenswerte Abstriche eine Politik des Kapitals und bewies in aller Öffentlichkeit, dass die Staatsgewalt nicht vom Volke ausging.

Im letzten Kapitel werden wir einige politische Schlussfolgerungen ziehen, die darauf abstellen, die Resultate unserer empirischen Analyse in einen Kontext zur

politikwissenschaftlichen Diskussion zu bringen. Wir werden unsere gewonnenen Erkenntnisse vor allem mit der postdemokratischen Auffassung des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch konfrontieren, um in einem solchen Vergleich Übereinstimmungen und kritische Kontrapunkte zu fixieren.

In unserer Analyse stehen die Ereignisse in Deutschland im Vordergrund. Doch die große Krise mit all ihren politischen Konsequenzen war ein Weltereignis; die Krise eine Weltmarktkrise mit daraus hervorgehenden politischen Auseinandersetzungen, die trotz aller nationaler Aufspaltungen miteinander zusammenhingen. Soweit solche Verbindungen zum Verständnis der Politik in Deutschland beitrugen, musste darauf eingegangen werden.

Kapitel 1 **Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik**

Die Keynesianer waren Anfang 1980 in den Hintergrund gedrängt und in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre beinahe ganz verschwunden. An ihre Stelle traten Monetarismus, Angebotstheorie und Neoliberalismus. Mit dem Herannahen der Krise erwachte in weiten Kreisen von Industrie und Handel das Bedürfnis nach Staatsinterventionen, niedrigen Zinsen und einer aktiven Konjunkturpolitik. Als dann das Kredit- und Bankensystem zu kollabieren drohte, stieg das Bedürfnis nach Staatshilfen sprunghaft an. Das Kapital musste vor der Vernichtung gerettet werden. Eine Alternative dazu schien es nicht zu geben.

In diesem Punkt waren sich alle besitzenden Klassen einig, egal ob sie selbst ein Unternehmen führten, ob sie Eigentümer waren oder ob sie um die Rückzahlung ihres verliehenen Kapitals kämpften. Als sie den Staat zu massiven Interventionen drängten, damit ihr Vermögen gerettet werde, waren alle Keynesianer geworden. „Wir müssen umdenken – ja sogar durchaus keynesianisch“, fasste Wolfgang Schäuble den notwendig gewordenen Politikwechsel zusammen.⁷

„Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte“, sagte Josef Ackermann von der Deutschen Bank bereits am 17.3.2008 und forderte eine Beteiligung des Staates an einer gemeinsamen Rettungsaktion mit Banken und Notenbanken. Dass er dies anfangs nur auf die Krise am amerikanischen Immobilienmarkt bezog, war schnell vergessen. Stattdessen wurden Ackermanns Sätze als notwendige Politik- und Ideologiewende interpretiert.

Neoliberale Professoren vergaßen ihre marktwirtschaftlichen Heilslehren und deuteten die kapitalistische Welt in eine „keynesianische Situation“ um, die jetzt Staatsinterventionen bedürfe.⁸ Der mit seiner dreibändigen Keynes-Biografie berühmt gewordene Robert Skidelsky brachte den Stimmungs- und Politikwandel schon im Buchtitel auf den Punkt: „Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert“. Gleich im ersten Satz wies er darauf hin, dass Meister Keynes „wieder in Mode ist“.⁹

Als sich im Januar 2009 die Mitglieder der „American Economic Association“ in San Francisco versammelten, bestand weitgehender Konsens, dass die Staatsausgaben kräftig steigen müssten. Selbst konservative Ökonomen wie Martin Feldstein

⁷ Interview im Handelsblatt vom 28.11.2008

⁸ „Wir haben eine keynesianische Situation“, rief Professor Hans-Werner Sinn aus, nachdem er zuvor vehement für den Neoliberalismus gestritten hatte. „Sicherlich braucht man die keynesianische Therapie nicht, wenn man schon unter Bluthochdruck leidet ... Doch heute haben wir eine Rezession mit Nachfrageausfällen und einer übermäßigen Tendenz zum Horten von Geld, die man als keynesianische Krankheit bezeichnen kann und dafür braucht man die keynesianische Medizin.“ Dass Hilfen nur die besitzenden Klassen erhalten sollten, machte der Professor den Lohnabhängigen klar, indem er zweifelsfrei festlegte: „Zur keynesianischen Medizin gehören ... keine Lohnerhöhungen.“ (Sinn (2009), S. 227f)

⁹ Skidelsky (2010), S. 9. Skidelsky teilt mit Keynes die Illusion, dass Ideen von fundamentaler Bedeutung wären und die Welt beherrschten. Die falschen wirtschaftspolitischen Ideen des Neoliberalismus hätten den Schaden der Krise angerichtet. (S. 15) Wie unsere Analyse zeigt, verhielt es sich umgekehrt: Der Paradigmenwechsel entsprach dem Bedürfnis des in die Krise geratenen Kapitals wie umgekehrt der einstige Siegeszug des Neoliberalismus das wirtschaftspolitische Bedürfnis einer einigermaßen störungsfrei verlaufenden Akkumulationsphase ausdrückte, in der es darauf ankam, durch Deregulierungen alle Barrieren wegzuräumen, die das Kapital in dieser Sturm- und Drangperiode beschränkten.

stimmten in diesen Chor ein, „obwohl es mir nicht leicht fällt“, wie Feldstein zugab¹⁰, der als Vorsitzender des Council of Economic Advisors (CEA) unter Ronald Reagan vehement für einen „schlanken Staat“ geworben hatte.

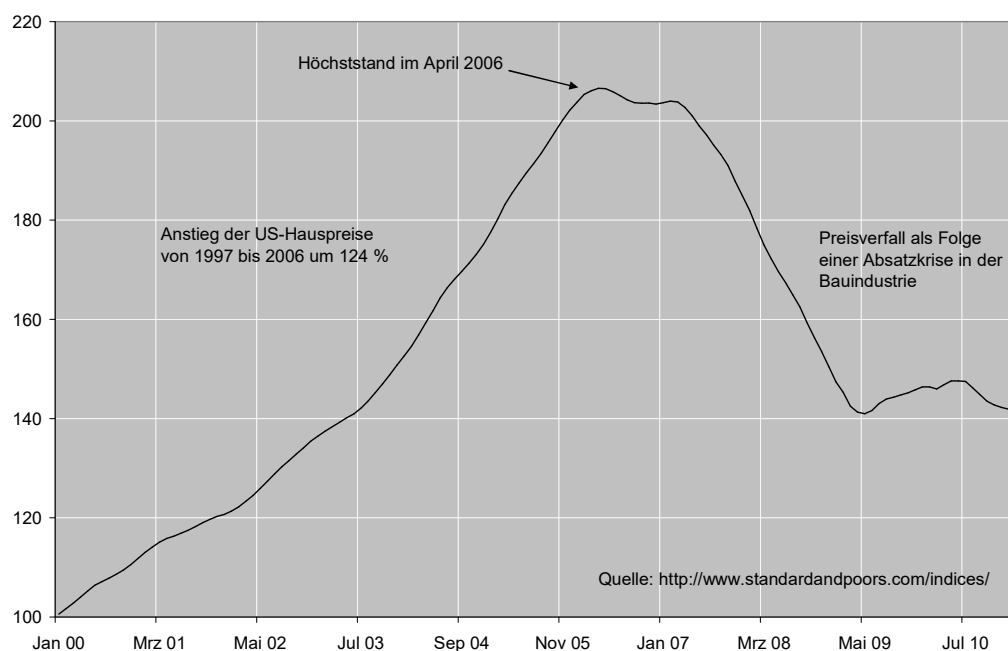
Dieser Ideologie- und Politikwechsel soll im Folgenden auf dem Hintergrund der Krisenereignisse analysiert werden.

1. Vorbereitungsphase

Die Wende in der Wirtschaftspolitik bahnte sich bereits Ende 2005 an, als die Abwärtsentwicklung des US-Immobiliensektors einsetzte. Bereits im Juli 2005 erreichten die Hausverkäufe ihren Höchststand. Nach anfänglichen Schwankungen auf hohem Niveau setzte Anfang 2006 eine Abwärtsbewegung ein, die sich im Jahresverlauf beschleunigte. Im August 2007, dem ersten Höhepunkt der Krise, hatten sich die Hausverkäufe halbiert. Es waren zu viele Häuser gebaut worden im Vergleich zur zahlungsfähigen Nachfrage. Die Absatzstockungen führten zu einem Rückgang der Bauproduktion. Die Neubautätigkeit im US-Häusersektor brach bis Mitte 2008 um fast 60 Prozent ein. Die Arbeitslosigkeit nahm zu.

Die Überproduktionskrise in der US-Bauwirtschaft beendete eine lange Phase hoher Preissteigerungen. Der Case-Shiller Home-Price-Index erreichte im Frühjahr 2006 seinen Höchststand. Ein Jahr später setzte eine rasante Talfahrt ein.

Für den Hypotheken-Markt war dies ein kritischer Punkt. Die steigenden Immobilienpreise hatten Immobilienkäufe und Kreditvergabe auch spekulativ angetrieben. Zudem ermöglichten die im Preis gestiegenen Immobilien eine zusätzliche Kreditaufnahme. Solche Geldeinnahmen bei den Schuldnern speisten eine zusätzliche Konsumgüternachfrage. Nun bewirkten die sinkenden Immobilienpreise das Gegenteil.



Grafik 1: S&P/Case-Shiller Home Price Indices (20-City Composite)

Die USA gerieten in den Strudel einer hausgemachten Immobilienkrise. Später folgten die Immobilienmärkte in weiten Teilen Europas, vor allem in Großbritannien, Irland, Spanien.¹¹

¹⁰ Zitiert nach Philip Plickert, Sind wir jetzt alle Keynesianer?, In: FAZ vom 16.2.2009

¹¹ Im Juli 2008 meldete die Martinsa Fadesa, der größte Immobilienkonzern Spaniens, Konkurs an. In Spanien standen zu dieser Zeit vier Millionen halb und ganz fertig gestellte Wohnungen leer, die unverkäuflich waren.

In der zweiten Phase des Krisengeschehens, die wir von Mitte 2007 bis Mitte 2008 datieren, setzte sich die Immobilienkrise mit unveränderter Abwärtsdynamik fort. Neu daran war, dass die Krise auf den Kreditsektor übersprang. Der Mechanismus war einfach: Fallende Immobilienpreise erforderten zusätzliche Sicherheit, die nicht gegeben werden konnten. Arbeitslosigkeit und steigende Zinsen erschwerten die Bedienung der Schulden. Kredite mussten als uneinbringlich abgeschrieben werden. Häuser wurden zwangsverkauft, die Hauspreise fielen weiter, die nächsten Kredite platzten, gefolgt von weiteren Zwangsverkäufen.

Im Vordergrund standen Zahlungsausfälle am US-amerikanischen Markt für Hypothekarkredite mit geringer Bonität (Subprime). Die Ratingagentur Standard & Poor's schätzte im September 2008 die Abschreibungen auf Subprime-Kredite auf 900 Milliarden Dollar. Notwendigerweise gerieten Banken bzw. solche Institutionen in die Krise, die letztendlich die Kreditrisiken zu tragen hatten. Aus der Kreditkrise wurde eine Bankenkrise.

Dass die Krise sofort einen internationalen Charakter erhielt und nicht nur die überregionalen US-Banken, sondern auch Banken in Europa schwer erschütterte, lag an der Verflechtung von Bankgeschäft und Kreditmarkt. Vergab früher eine Bank einen Kredit, dann blieb sie in der Regel Gläubiger, solange der Kredit lief, und trug das entsprechende Risiko („originate and hold“). Dieses Verfahren begrenzte die Kreditvergabe durch die Höhe des Eigenkapitals, über das die ortsansässigen Banken verfügten. Das wachsende Kreditbedürfnis der zuvor stärker expandierenden Wirtschaft, vor allem das des Immobiliensektors, musste diese Schranke sprengen. Und sie wurde gesprengt durch eine Deregulierung der Finanzmärkte. Die ortsansässigen Banken konnten den Kredithunger stillen, den sie durch Lockangebote zusätzlich spekulativ gesteigert hatten, indem sie die Kredite bzw. die Kreditrisiken in alle Welt verkauften. Auf diese Weise umgingen sie die durch ihr Eigenkapital gesetzten Schranken der Kreditvergabe.

Die Instrumente, die einen solchen Verkauf ermöglichten, hat die Literatur ausführlich dargelegt, so dass wir sie hier nicht analysieren müssen.¹² Wir möchten auch deshalb nicht näher darauf eingehen, weil wir darin keineswegs die Bedeutung sehen, die man ihnen gab. Hier gilt es lediglich festzuhalten, dass durch Kreditverbriefungen (Collateralized Debt Obligation – CDO) und Kreditderivate (hier spielten die Credit Default Swaps – CDS – eine herausragende Rolle) der rasch expandierende Immobilienmarkt international unter Einbeziehung neuer Kreditgeber finanziert werden konnte.¹³

Die Banken verkauften die in handelbaren Wertpapieren verpackten Kredite an Pensionsfonds, Vermögensverwaltungen, Hedge-Fonds etc. oder sie verkauften die mit einem Pfand (collateral) besicherten Schuldverschreibungen an eigene Zweckgesellschaften, auch Schattenbanken genannt, die außerhalb der Bilanz der Bank operierten. Solche Schattenbanken finanzierten die Käufe zu einem großen Teil kurzfristig am Geldmarkt, meist durch Commercial Papers, die aber, um abgenommen zu werden, garantiert sein mussten, meist von der Mutterbank. Als die in Wertpapieren verpackten Immobilienkredite nicht mehr bedient wurden, gerieten die Zweckgesellschaften in Schwierigkeiten und konnten ihrerseits die Commercial Papers nicht bedienen. Das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit selbst renommierter Banken war erschüttert, weil unklar blieb, welche Garantien die Banken gegeben hatten.

Der Handel mit Geldmarktpapieren stockte. Hier schlug das Kreditsystem ins Monetarsystem um. Der Interbankenhandel, die Schlagader des Kreditgeschäfts, trocknete aus. An die Stelle musste die Notenbank treten. Sie stellte den Geschäftsbanken das Geld zur Verfügung, das sie sich sonst untereinander geliehen hätten. Auf diese Weise verhinderte sie nicht nur eine Pleitewelle in der Bankenwelt, sondern auch eine Kreditklemme in der Wirtschaft. Im Großen und Ganzen erhielten die Unternehmen in Industrie und Handel die Kredite, die sie brauchten, sofern sie

¹² Beispielsweise: Wagenknecht (2009), S. 30 – 58; Münchau (2008), S. 71ff

¹³ „Ohne die Erfindung der CDOs und die Bereitstellung verschiedener Risiken je nach Investorengeschmack hätte der zweitklassige Subprime-Hypothekensektor in den USA nicht finanziert werden können. Auch von Anfang an miserable Risiken konnten, vermischt mit normalen, auf diese Weise bei den Investoren untergebracht werden.“ (FAZ 25.02.2009)

kreditwürdig waren. Wenn sie später dennoch in die Krise gerieten, lag es nicht am Kreditsystem. Ihre Krise war hausgemacht.

Konsequenzen für die Politik des Kapitals

Bereits in dieser Phase der Krise keimte das Bedürfnis des Kapitals nach Staatsinterventionen. Aber das Bedürfnis war erst partiell entwickelt, vor allem im Finanz- und Immobiliensektor. Dort trat es allerdings deutlich hervor. Diese neue Politik des Kapitals äußerte sich in reinster Form, ohne störende Nebeneinflüsse, in den USA, dem Ursprungsland der ersten Kredit- und Bankenkrise.

Im Juni 2007 gerieten zwei Hedgefonds der New Yorker Investmentbank Bear Stearns in die Krise, weil sie umfassend in mit Immobilien besicherten Papieren engagiert waren. Angesichts weiterer Fälle warnte der Fed-Chef Ben Bernanke im Juli 2007, dass die US-Subprime-Krise bis zu 100 Milliarden US-\$ kosten könnte. Als im August 2007 American Home Mortgage, einer der größten US-Hypothekendarlehenanbieter, Konkurs anmeldete, brach das Vertrauen am Geldmarkt zusammen. Die Krise schwappte sofort auf Europa über. Fed und EZB stellen am 10. August 2007 mehr als 120 Milliarden US-\$ den Banken als Liquiditätshilfen zur Verfügung.

Diese Feuerwehraction beendete keineswegs die Krise. Ein großes Finanzhaus nach dem anderen meldete Milliardenabschreibungen und hohe Verluste. Schließlich stürmten besorgte Kunden im September 2007 die Schalter der britischen Bank Northern Rock. Sollte es nicht zu einer für das Kapital gefährlichen Kettenreaktion im Finanzsektor kommen, musste der Staat zusammen mit seiner Notenbank intervenieren. Und er tat dies mit großer Selbstverständlichkeit. Ohne große Debatten wurde das Kapital von Northern Rock durch Verstaatlichung gerettet. Die Bank von England intervenierte auf besondere Weise, indem sie selbst die Einlagen garantierte. Die Krise zog weiter. Im September 2007 verzeichnete die deutsche IKB infolge von Belastungen durch den US-Subprime-Markt einen Verlust in Höhe von einer Milliarde US-\$ und wurde ebenfalls gerettet.

Hier zeigte sich ein Zusammenhang, der im weiteren Verlauf der Krise noch eine bedeutende Rolle spielen sollte: Im Unterschied zu Industrie- und Handelsunternehmen rückten Großbanken in die Nähe der Insolvenzunfähigkeit. Eine systemrelevante Bank durfte nicht Pleite gehen. Dieser Konsens bestand sowohl innerhalb eines Landes als auch zwischen den Ländern. Im Vordergrund stand die Existenzsicherung, die Rettung der kapitalistischen Ordnung insgesamt, also das allgemeine Interesse des Kapitals.

An diesem Punkt der Existenzsicherung konstituierte sich die Politik ohne größere Widersprüche, ohne Kampf der ansonsten gegenläufigen Interessen. Denn es gab nur das eine Interesse, den Wirkungsraum der Kapitale zu sichern. Die Politik war einfach und direkt. Es fehlte das lange Hin und Her, worin sich ansonsten gegenläufige Interessen auszugleichen pflegten. Der „consensus omnium“ war das selbstverständliche Produkt gesellschaftlich relevanter Kräfte. Die Politik schien alternativlos zu sein zu einem Zeitpunkt, als die große Krise die Systemfrage aufwarf. Wären Politiker, Wirtschaftslenker, Wissenschaftler oder Publizistin tatsächlich damit beschäftigt, die bestmögliche Form gesellschaftlicher Produktion herauszufinden, hätte eine lebhaft ordnungspolitische Debatte stattfinden müssen. Das passierte gerade nicht. Es ging um die Aufrechterhaltung eines Systems, das zum Schutze und zur Förderung des kapitalistischen Eigentums einschließlich dessen Funktionalität bestand.

Begleitet vom Zwang der Finanzmärkte standen alle besitzenden Klassen hinter einer Politik, die dem Kapital diente. Die Systemfrage aufzuwerfen, das lag nicht in ihrem Interesse. Die gesamte materielle Kapitalmacht einschließlich der darin wurzelnden geistigen Macht war in dem Interesse vereint, das kapitalistische System zu retten. Die Medien hatten eine entsprechend einheitliche Meinung, als es darum ging, die Krisenereignisse ordnungspolitisch zu entschärfen, d. h. die Krise in einem solchen Licht darzustellen, dass Fragen nach einer wirklichen Systemalternative gar nicht erst

aufkamen. Ihre veröffentlichte Meinung erzeugte eine weitgehend uniforme Öffentlichkeit.

2. "Professor Wall Street"

Zurück zum eigentlichen Krisengeschehen. Bisher hat man gesehen, dass die große Krise ihren Anfang nahm in einer partiellen Krise der Warenproduktion (erste Krisenphase) und sich als Kredit- und Bankenkrise (zweite Phase) fortsetzte. Sie schuf mehr und mehr das Bedürfnis nach umfassenderen Staatsinterventionen, die im Widerspruch zur bislang vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftspolitik standen. Eine keynesianische Wende der Wirtschaftspolitik begann sich abzuzeichnen.

Anfang 2008 setzte eine dritte Phase ein, die - wie man noch sehen wird - keineswegs eine Konsequenz der zweiten Phase war sondern eigenständige Wurzeln besaß. Gemeint ist die sich in allen großen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes herausbildende Überproduktionskrise. Erst dadurch erhielt die Krise einen allgemeinen Charakter.

Diese wichtige Phase des Krisengeschehens verdient es, etwas genauer analysiert zu werden, nicht nur weil sich in dieser Zeit das Bedürfnis nach Staatsinterventionen zu einem allgemeinen Bedürfnis entwickelte, sondern auch, weil sich auf dieser analytischen Grundlage erst die Krisenmythen nachweisen lassen, die eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Politik des Kapitals spielten.

a) Mythos und Wirklichkeit in der Kriseninterpretation

Die Ideologisierung des Krisengeschehens betraf den Zusammenhang zwischen Überproduktionskrise in der Warenwirtschaft und der Krise im Kredit- und Bankensektor. Ein erster Schritt war getan, als man die Widersprüche und Gegensätze in der Warenproduktion dadurch ausblendete, indem man der Warenwirtschaft den Anschein gab, eine „Realökonomie“ zu sein. Unberücksichtigt blieb, dass es sich um Waren handelte, die sich als Geld darstellen mussten. Statt Geld und Kredit als mit der Warenwirtschaft eng verwobene Prozesse zu betrachten, wurden sie als eigenständige Bereiche uminterpretiert, die gewissermaßen über der profanen „Realökonomie“ thronen und diese in eine Krise stürzten.

„Wir erleben die schwerste Finanzkrise seit Jahrzehnten“, sagte uns Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, auf dem Höhepunkt der Krise. „Inzwischen zeigen sich die Auswirkungen der Finanzkrise immer deutlicher auch im realen Sektor.“¹⁴ Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Fünf Weisen“) schrieb in seinem Jahresgutachten:¹⁵ „Die von der Finanzkrise ausgehenden Schockwellen haben die deutsche Wirtschaft voll erfasst. (...) Bei so gravierenden Schocks im Finanzsystem ist es unvermeidlich, dass auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird.“ Joseph E. Stiglitz, Professor an der Columbia University und seit 2001 Nobelpreisträger für Wirtschaft, skizzierte den Zusammenhang folgendermaßen: „In den USA hat die Krise im Finanzsektor eine Krise der Realwirtschaft ausgelöst. (...) Auslöser der Krise waren exzessive Deregulierungsmaßnahmen und die unvollständige Anwendung der bestehenden Regelungen.“¹⁶

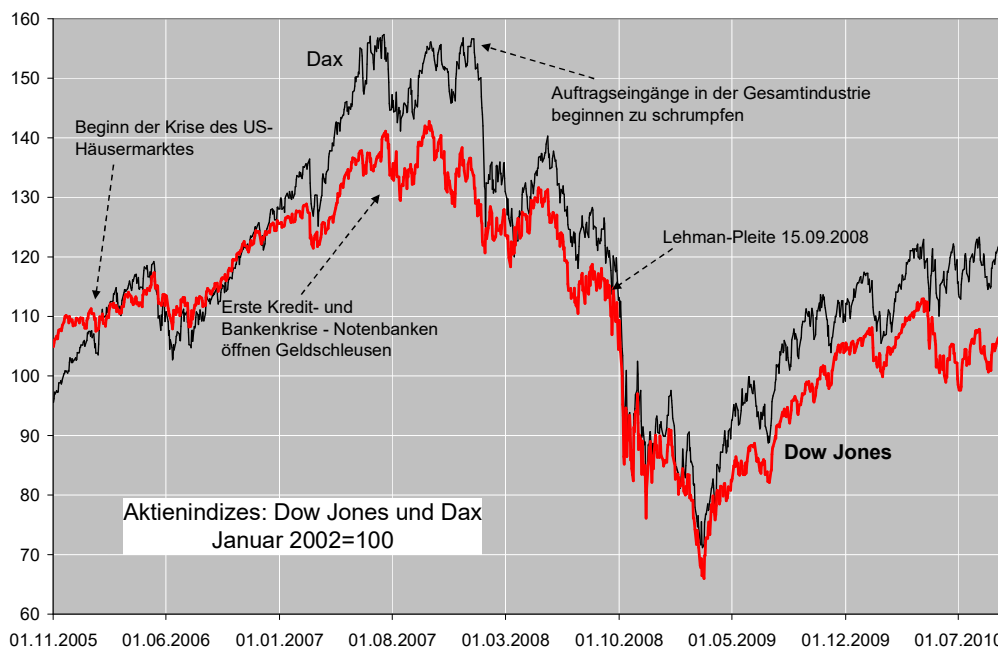
Die These vom „Überspringen der Finanzmarktkrise auf den Realsektor“ wurde zum Allgemeingut, vertreten in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Publizistik, in der Politik. Wäre sie richtig, müsste sich das „Überspringen der Finanzmarktkrise auf den Realsektor“ zunächst einmal empirisch nachweisen lassen und zwar in der Weise, dass die Finanzmarktkrise der Krise in der Warenproduktion zeitlich vorangegangen war.

¹⁴ Vortrag von Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, vom 10.12.2008

¹⁵ Veröffentlicht am 12.11.2008.

<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/ga-content.php?gaid=53>

¹⁶ Joseph Stiglitz (2009)



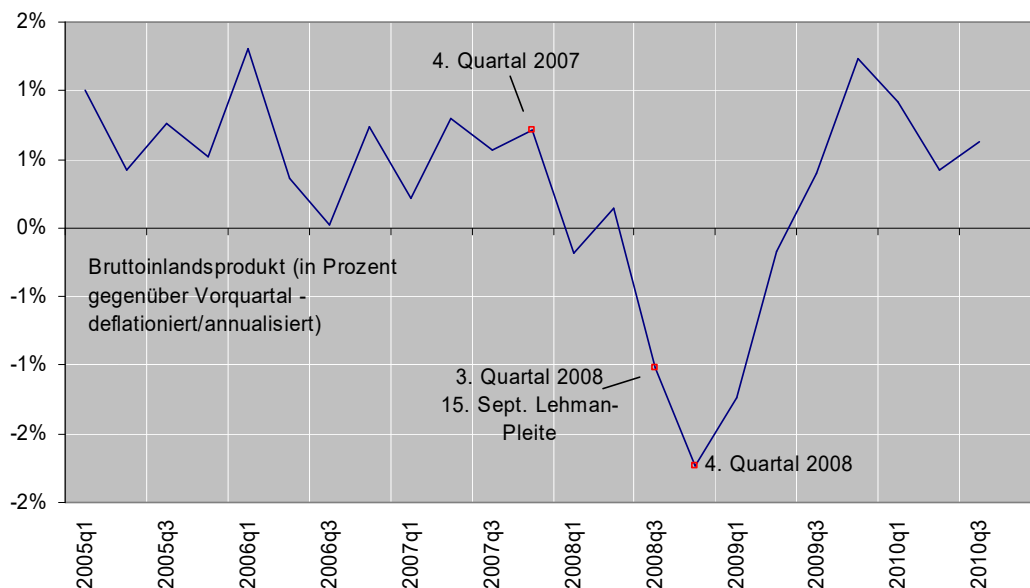
Grafik 2: Hohes Aktienkursniveau in 2008 signalisiert gute Weltkonjunktur

Wie wir bereits herausfanden, verhielt es sich während der US-Immobilienkrise genau umgekehrt: Der Absatz von Immobilien geriet seit Anfang 2006 ins Stocken und führte Mitte 2007 zur ersten Kredit- und Bankenkrise. Von einem allgemeinen Konjunkturerinbruch war aber noch nichts zu spüren. Die deutsche Industrie, die wegen ihrer engen Weltmarktverflechtung zugleich die globale Entwicklung indiziert, verzeichnete bis einschließlich Dezember 2007 steigende Aufträge. Erst Anfang 2008 begannen diese allmählich zu sinken, während die Industrieproduktion im ersten Quartal 2008 auf hohem Niveau verharrte. Die Ertragssituation der Unternehmen jenseits des Finanzsektors war während dieser Zeit außerordentlich gut. Einen Hinweis auf die hohe Wachstumsdynamik lieferten die Aktienmärkte, die bis Mitte 2007 (Dow Jones) bzw. bis Anfang 2008 (Dax) trotz der Schwäche der Finanztitel tendenziell steigende Kurse aufwiesen.

Lehman-Pleite – eine Folge, nicht Ursache der Überproduktionskrise

Einige Beobachter der Krise, darunter Peter Bofinger und gelegentlich auch Vertreter der Bundesbank behaupteten, dass „der Zusammenbruch von Lehman nicht nur das globale Finanzsystem (erschütterte), er führte zugleich zu einem ebenso abrupten wie tiefen Einbruch der weltwirtschaftlichen Aktivität.“¹⁷ Tatsächlich war die Nachfrage in den wichtigsten Industriezweigen zusammengebrochen, nur dass der Rückgang keineswegs erst mit der Lehman-Pleite einsetzte. Bereits seit Januar 2008, also neun Monate vor dem Lehman-Schock vom 15. September 2008, begann die Nachfrage zunächst langsam dann mit wachsendem Tempo zu schrumpfen. Der behauptete kausale Zusammenhang konnte zumindest während dieser Phase gar nicht bestanden haben. Gleiches ist für die US-Wirtschaft festzustellen: Die Wachstumsraten des US-Bruttoinlandsprodukts gingen seit dem 4. Quartal 2007 zurück; ab Frühjahr 2008 stürzte die US-Wirtschaft regelrecht ab. Die größte Ökonomie der Welt hatte bereits ihre depressive Phase erreicht, bevor die US-Investmentbank Lehman Brothers Konkurs anmeldete.

¹⁷ Bofinger (2010), S. 31. Bundesbankpräsident Professor Axel Weber schrieb rückblickend: „Unstrittig ist, dass sich mit der Insolvenz des US-Investmenthauses Lehman Brothers die Situation fundamental veränderte. So wurde im Herbst 2008 aus einer Finanzmarktkrise, die auf eine noch überschaubare Anzahl von Marktsegmenten beschränkt war, eine globale Finanzkrise, die sich zur weltweiten Wirtschaftskrise auswuchs.“ (Nach dem großen Beben – welche Lehren ziehen wir aus der Finanzkrise?, in: Auszüge aus Presseartikeln der Deutschen Bundesbank, Nr. 25 vom 17. Juni 2009)



Grafik 3: US-Wachstumseinbruch begann drei Quartale vor der Lehman-Pleite

Daraus ergibt sich folgender Schluss: Das wirtschaftsstatistische Material stützt weder die These, dass die Krise der Warenproduktion eine Konsequenz der ersten Kredit- und Bankenkrise war, noch dass die Krise der Wirtschaft durch die Lehman-Pleite hervorgerufen wurde.

Beide Ereignisse spielten allerdings für die Ideologisierung des Krisengeschehens eine wichtige Rolle. Man musste der Öffentlichkeit Schuldige für das Krisendesaster präsentieren. Dazu eigneten sich die Geschehnisse um die Investmentbank Lehman Brothers oder die risikoreichen Produkte und Handlungen anderer Banken als vorzügliches Mittel, um dahinter die Systemfehler zu verbergen. Wir werden diesen wichtigen ideologischen Zusammenhang gleich noch vertiefen. Zuvor möchten wir einen Blick hinter die Kulissen des Kreditsystems werfen, um auf Krisenursachen aufmerksam zu machen, die aus dem kapitalistischen Industriesystem selbst hervorgingen.

Ein Blick hinter die Kulissen des Kreditsystems

Im Verlauf des ersten Quartals 2008 kristallisierte sich mehr und mehr heraus, dass alle großen Industriezweige in einer allgemeinen Überproduktionskrise steckten. Wir können dieses Phänomen sehr gut für die deutsche Industrie nachweisen: Als sich die Nachfrage Anfang 2008 abschwächte, wuchs die Produktion noch im ersten Quartal 2008, bis sie dann der Talfahrt der Nachfrage folgte. Nicht eine „Knappeit“ hatte die Krise hervorgebracht, sondern eine im Vergleich zur Nachfrage überschüssige Produktion, die zunächst zum Lageraufbau und dann zu Produktionseinschränkungen führte. Dieser Überproduktionskrise lagen immanente Ursachen zugrunde, die sich schon während des vorangegangenen Konjunkturaufschwungs herausgebildet hatten.

Ein allgemeiner Grund dafür war die Art und Weise, wie die Investitionsgüter unter kapitalistischen Bedingungen erneuert wurden. Dies geschah unkoordiniert, anarchisch, unter den Bedingungen des Marktes. Lange vor der großen Krise hatte der Ersatz solcher Produktionsmittel einen Nachfrageboom ausgelöst, der durch Erweiterungsinvestitionen verstärkt worden war. Statistisch schlägt sich ein solcher Investitionszyklus regelmäßig in einem starken Anstieg der Anlageinvestitionen nieder, die zum Motor einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung werden. Allerdings machten sich schon bald die Schranken des Marktes bemerkbar, über die die Produktion hinausgeschossen war. Denn es näherte sich bald der Punkt, wo der Ersatzbedarf auslief und die neu geborenen Produktionsanlagen produktionswirksam

wurden. Dies zusätzliche Angebot stieß auf eine zurückgehende Nachfrage. Beides zusammen bildete ein wichtiges Moment in der im ersten Quartal 2008 beginnenden allgemeinen Überproduktionskrise.

Umschlagszyklen beim fixen Kapital

Eine Analyse der Wertbestandteile der angebotenen wie nachgefragten Waren verdeutlicht solche Disproportionen von Produktion und Markt. Der Ersatz langlebiger Produktionsmittel führt dazu, dass das entsprechende Kapital vorübergehend einen Nachfrageüberschuss liefert. Denn sein Angebot umfasst nur den Wert des verbrauchten fixen Kapitals (C_{fix}); hinzu kommen die Wertteile des zirkulierenden konstanten Kapitals (C_{zirk}), der reproduzierte Wert der ausbezahlten Löhne (C_v) und der produzierte Mehrwert (C_m). Während der Ersatzperiode des fixen Kapitals besteht seine Nachfrage aber nicht nur aus dem zu erneuernden zirkulierenden konstanten Kapital (K_{zirk}), einer über die Lohnarbeiter vermittelten Nachfrage nach Lebensmitteln, die der Lohnzahlung entspricht (K_v) und einer Nachfrage, die sich aus dem Mehrwert speist (K_m), sondern zusätzlich aus der Nachfrage nach den zu ersetzenden Produktionsmitteln. Gesetzt den Fall, dass $C_{zirk}=K_{zirk}$, $C_v=K_v$ und $C_m=K_m$ sind, dann liegen während der Ersatzbedarfsphase die Gesamtkäufe langlebiger Produktionsmittel (K_{fix}) über dem Verbrauch an fixem Kapital C_{fix} , der einen Wertbestandteil des Angebots bildet. Das entsprechende Kapital wirft während dieser Zeit mehr Geld in die Zirkulation als es ihr entzieht; d. h. es fragt Maschinen und andere damit verbundene Arten des fixen Kapitals nach, ohne ein diesem Wert entsprechendes Angebot zu liefern.

Nach Abschluss der Investitionsphase zeigt sich bald, wie sehr die Produktion über die Konsumtionskraft der Gesellschaft hinausgewachsen ist. Die überschüssige Nachfrage schlägt um in ein überschüssiges Angebot, da das entsprechende Kapital nun wertmäßig gesehen weniger langlebige Produktionsmittel (K_{fix}) ersetzt, d. h. nachfragt, als in seinem Angebot an verbrauchtem fixem Kapital (C_{fix}) enthalten ist.

Bei sonst gleich bleibenden Umständen führt das entsprechende Kapital dem Markt jetzt mehr Waren zu, als es ihm entnimmt. Statt ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herzustellen, erzeugt es durch den Erneuerungsprozess seines Kapitals einen systematischen Grund für das zeitliche Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf. Die innere Einheit der sich gegeneinander verselbständigten und so zueinander in Widerspruch geratenen Momente der Warenmetamorphose machen sich in Form einer Krise gewaltsam geltend, die ihre Funktion darin hat, die widerstreitenden Elemente irgendwie ins Gleichgewicht zu rücken.¹⁸

Die heutige Einkommens- und Beschäftigungstheorie blendet solche Krisenursachen schon dadurch aus, dass sie die Erneuerung des Kapitalstocks gar nicht erst thematisiert. In dieser kurzfristig ausgelegten Theorie geht sie ausdrücklich von einem gleich bleibenden Kapitalstock mit gleich bleibender Technologie aus.¹⁹

¹⁸ Hierbei handelt es sich um ein allgemeines Gesetz der periodischen Krisen, wie es in jedem Wirtschaftszyklus wirksam wird, also auch Gültigkeit hatte während des Krisengeschehens 2008/2009. Eine solche Krise geht aus der Warenproduktion selbst hervor, ist somit nur die besonders kritische Verlaufsform der kapitalistischen Produktion. Als Marx den Kapitalismus in seiner Kernstruktur analysierte, die Gesetze der Akkumulation aufdeckte, fand er den Schlüssel, um das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Krise zu enthüllen. Abstrakt formuliert kommt es zur Krise, wenn die Bewegung des Kapitals die zusammengehörenden, sich ergänzenden Phasen des Prozesses von Produktion und Markt nicht nur verselbständigt, sondern sie in ihrer Verselbständigkeit systematisch soweit auseinander treibt, bis die Metamorphosen des Warenkapitals nicht mehr flüssig ineinander übergehen. Die in der Warenproduktion enthaltene Möglichkeit der Krise wird zur Notwendigkeit (Marx, Theorien über den Mehrwert II, MEW 26.2., S. 499ff). Die Periodizität der Krise kann nichts anderes sein als die Periodizität des Auseinandertretens der zwei ergänzenden Phasen, die sich gegeneinander mehr und mehr verselbständigen, bis sich ihre innere Einheit in der Krise Geltung verschaffen muss. Für diese Periodizität gibt es eine „materielle Grundlage“, die Marx im „Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen“, verursacht durch eine durchschnittliche Lebenszeit des fixen Kapitals, gesehen hatte. „Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus.“ (Marx, Kapital II, MEW 24, S. 186)

¹⁹ „Als gegeben setzen wir voraus die bestehende Geschicklichkeit und die Menge der verfügbaren Arbeitskraft, die bestehende Qualität und Menge der verfügbaren Ausrüstung, die bestehende Technik.“ Keynes (1936), S. 205 (ähnlich S. 20f)

Übersehen wird dann der wichtige Zusammenhang, dass die Reproduktion des Gesamtkapitals mit den darin enthaltenen Ersatzbedarfszyklen Nachfrage und Angebot zeitlich auseinander fallen lässt.

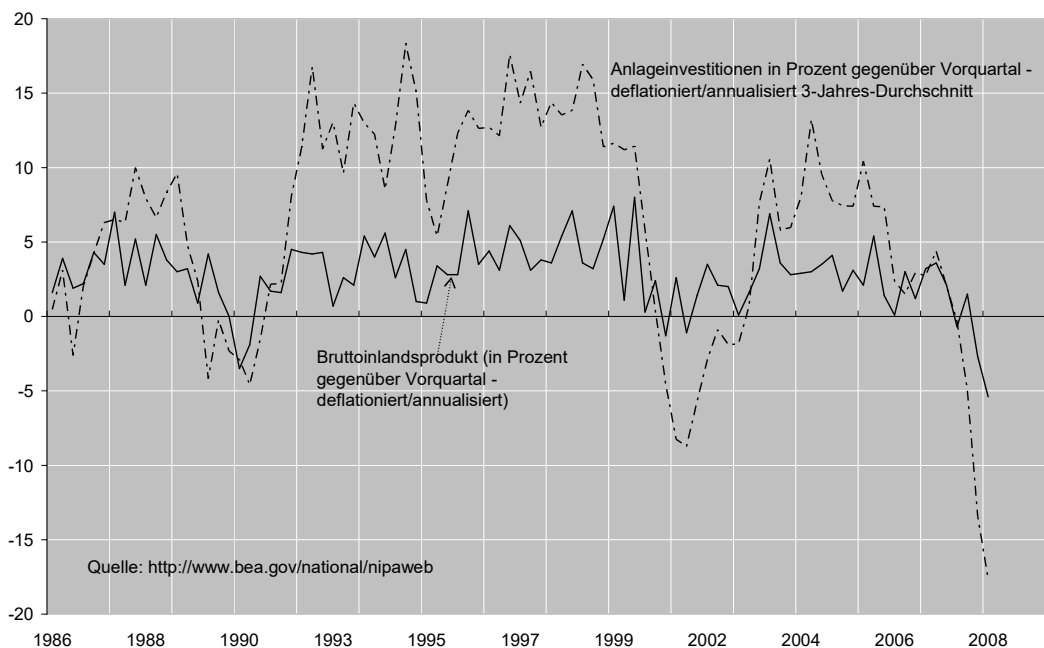
Zu den längerfristigen Akkumulationstendenzen

Allein das normale Auf und Ab der Konjunktur konnte die große Krise nicht erklären. Hinzu kamen Ungleichmäßigkeiten bei den längerfristigen Akkumulationstendenzen. Auch hier bedeutete die Abschwächung, die sich negativ auf das Krisengeschehen auswirkte, eine Reaktion auf die vorangegangene Expansion. Neue Sphären der Kapitalanlage, einerseits entstanden durch den Einsatz neuer Technologien - darunter Technologie-Sprünge im Bereich der Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologie, der Energieerzeugung (solare Energie, Windenergie) und in der Biotechnologie – andererseits geschaffen durch die Öffnung neuer Märkte als Folge der Einbeziehung neuer geografischer Gebiete in den Prozess der Kapitalakkumulation (China, Ost- und Mitteleuropa), schufen seit Mitte der 80er Jahre eine wachsende Nachfrage nach Industriebauten, Infrastruktureinrichtungen, Wohnkomplexen etc. – indirekt auch nach Konsumgütern jeglicher Art. Solche neuen Industriezonen produzierten erst nach Fertigstellung; bis dahin fragten sie Infrastruktureinrichtungen, Anlagen, Maschinen etc. nach, ohne ein entsprechendes Angebot zu liefern. Angebot und Nachfrage fielen auch hier auseinander, wobei die Produktion zunächst tendenziell hinter der stark expandierenden Nachfrage zurückblieb. Während dieser Periode spitzte sich der zyklische Widerspruch zwischen Produktion und Markt weniger stark zu, so dass die Krisen weniger scharf ausfielen und der konjunkturelle Aufschwung länger anhielt. Welthandel und Weltproduktion wiesen einen vergleichsweise stabilen Verlauf auf. Der Nachfrageschub änderte das Verhältnis der Produktionszweige zueinander und ließ die Zweige besonders wuchern, in denen sich die überschüssige Nachfrage konzentrierte.

Diese Phase überschüssiger Nachfrage verlängerte sich durch die mal mehr bald weniger langen Perioden, die man für die Produktion des fixen Kapitals benötigte. Während solcher Arbeitsperioden trat solange Geld in die Zirkulation, teils als Zahlung von angewandten Arbeitskräften, teils für den Ankauf der zu verbrauchenden Produktionsmittel, bis das fixe Kapital produziert war.

Mit der sukzessiven Fertigstellung der neuen Industrieanlagen wuchs das Angebot schneller als die Nachfrage, da das in den langlebigen Produktionsmitteln fixierte Kapital erst in späteren Perioden zu erneuern war im Unterschied zum sofort erneuerbaren zirkulierenden Kapital. Der säkulare Nachfrageüberschuss, der die Expansionsphase getragen hatte, verlor an Bedeutung, bis er schließlich von einem tendenziellen Angebotsüberhang abgelöst wurde. Auf die verschlechterten Absatzmöglichkeiten reagierten die Unternehmen mit einer Herabstufung ihrer Investitionspläne, mit einer Einschränkung der Produktion und schließlich mit einer Stornierung von bereits erteilten Aufträgen, so dass die Nachfrage 2008/2009 regelrecht einbrach.

Wie solche längerfristigen Akkumulationsbedingungen auf das Konjunkturmuster einwirkten, zeigen die US-Wirtschaftszyklen der zurückliegenden 20 Jahre. Anfangs führte die durch neue Technologien und die durch die Öffnung neuer Märkte entstandene hohe Nachfrage dazu, dass in der größten Volkswirtschaft die konjunkturellen Krisen schwächer ausfielen und rasch vorüber waren, während der Aufschwung eine größere Dynamik aufwies. Einer weniger ausgeprägten Krise in 1990/91 folgte ein langanhaltender Konjunkturaufschwung, der bis in das Jahr 2000 hinein anhielt. Die anschließende Rezession war trotz des starken Aufschwungs eher schwach ausgeprägt. Im Herbst 2001 ging es mit der US-Wirtschaft schon wieder aufwärts. Aber dieser Aufschwung hatte wenig Kraft und war kürzer als der vorangegangene. Wie der Grafik 5 zu entnehmen ist, hatte vor allem die Investitionsdynamik spürbar nachgelassen.



Grafik 4: Asymmetrische Konjunkturprozesse in der US-Wirtschaft

Dies lag vor allem an den neuen Produktionssektoren. Beispielsweise floss den großen amerikanischen Technologieunternehmen wie Microsoft, Apple, HP und IBM aus dem Verschleiß an fixem Kapital (Abschreibungen) Liquidität zu, die sie aber nur zum Teil in eine entsprechende Nachfrage nach langlebigen Produktionsmitteln umsetzten. Nun zeigte der Umschlag des fixen Kapitals seine negative Seite, indem er tendenziell zu einem überschüssigen Angebot beitrug.

Die längerfristigen Akkumulationstendenzen bewirkten eine Asymmetrie von kleiner Krise (1990/91 bzw. 2000/2001) und großer Konjunkturaufschwung (1992/2000) bzw. von kleinem Konjunkturaufschwung (2002/2007) und großer Krise (ab Ende 2007). Insgesamt gesehen hatte der Einbruch der allgemeinen Nachfrage seine Ursachen in der Warenproduktion selbst, wobei die zyklische Krise durch eine säkulare Nachfrageschwäche verschärft worden war.²⁰

Alain Greenspan – ein Verantwortlicher der Krise?

Die Niedrigzinspolitik der USA in 2002/2004, für etliche Beobachter des Krisengeschehens eine wichtige Ursache der großen Krise, erhält vor dem Hintergrund des müden Konjunkturaufschwungs von 2002/2007 eine neue Bedeutung. Sie war nicht einfach ein wirtschaftspolitischer Fehler, der zur Blasenbildung am US-Immobilienmarkt beigetragen hatte, sondern stellte den Versuch dar, die US-Wirtschaft rasch wieder auf einen Expansionspfad zu bringen. Die US-Zinspolitik entsprach dem Bedürfnis der Wirtschaft, die Konjunktur zu stärken. Alain Greenspan, der damals noch die US-Zinspolitik zu verantworten hatte, war mehr ein getriebener als ein Gestalter der Politik. Ihm die große Krise anzuhängen läuft auf den Versuch hinaus, das Krisengeschehen zu externalisieren, es jenseits der kapitalistischen Warenproduktion anzusiedeln. Das setzt den Schuldspruch voraus. In diesem Fall traf es den bekanntesten und einflussreichsten Notenbanker der Welt. Das Richten von Personen oder Institutionen ersetzte die Analyse.

Allerdings sollte auch nicht übersehen werden, dass die unverhältnismäßig lockere Geldpolitik Auswirkungen auf die weitere Entwicklung hatte. Indem Greenspan die Wirtschaft durch niedrige Zinsen zu stärken suchte, steigerte er den Immobilienboom, half er dort die Widersprüche zwischen Produktion und Markt zu verschärfen, welche

²⁰ Auf diesen Zusammenhang wurde frühzeitig hingewiesen etwa in dem Aufsatz „Abschwung oder Absturz“, der in Sozialismus 9/2008 erschien.

dann ab 2006 zu den bekannten Verwerfungen führten. Er stützte die Wirtschaft, indem er die künftigen ökonomischen Widersprüche zuspitzen half. Aber selbst das war keine sonderliche Fehlleistung. Die Wirtschaftspolitik bewegte sich während der großen Krise immer wieder in einem solchen Dilemma. Sie erkaufte die vorübergehende Linderung der Krise durch deren spätere Verschärfung.

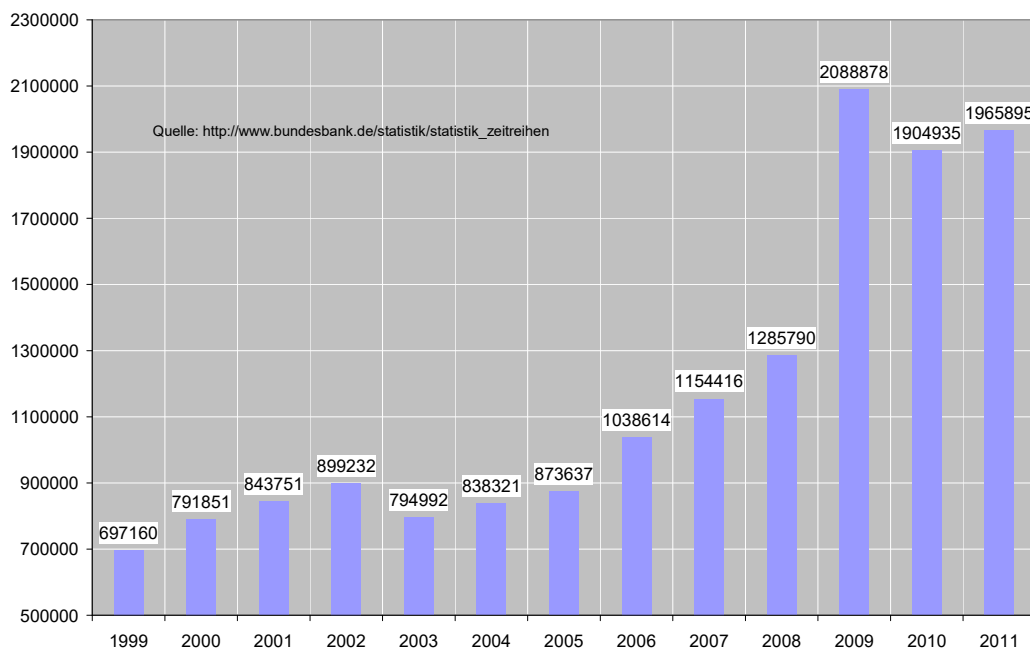
Verursachte eine Kreditklemme die Überproduktionskrise?

Ein weiterer Mythos zur Entstehung der großen Krise ist noch auszuräumen. Weit verbreitet ist die Vorstellung, die Absatzkrise von 2008/09 sei Folgeerscheinung einer durch die erste Kredit- und Bankenkrise ausgelösten Kreditklemme, die zu einer restriktiven Kreditvergabepraxis der Banken geführt habe. Die Frage, ob es eine solche Kreditklemme tatsächlich gab, ist zentral für die These, dass die Finanzkrise auf den Sektor der Warenproduktion übergesprungen ist.

Der Buchkredit als eine zentrale externe Finanzierungsquelle (rund zwei Fünftel der Verschuldung deutscher nichtfinanzieller Unternehmen entfallen darauf) war in Deutschland gegen Ende 2007 kräftig gestiegen und erreichte im Juli 2008 mit einer Jahreswachstumsrate von 3,8 Prozent den Höhepunkt der Expansion. Erst danach setzte ein leichter Rückgang ein. Hätte es tatsächlich eine Kreditklemme gegeben, dann wäre nicht nur das Kreditwachstum unmöglich, der Kredit an die Bankkunden wäre regelrecht zusammengebrochen. Ein solcher „credit crunch“ fand weder 2007 noch 2008/2009 statt und kann deshalb auch nicht als Ursache für den drastischen Nachfragerückgang in der Industrie angeführt werden.

Umfrageergebnisse weisen in dieselbe Richtung. Das Münchner Ifo-Institut führt seit 2003 unter 7000 Unternehmen eine monatliche Befragung über empfundene „Kredithürden“ durch, die durch den Anteil der Antworten definiert werden, bei denen die Kreditvergabe als restriktiv bezeichnet wird. Eine vergleichbare Umfrage nur aus Bankensicht (Bank Lending Survey: BLS) sowohl für den Euro-Raum als auch für einzelne Länder, darunter für Deutschland, veröffentlichen EZB und die nationalen Notenbanken. Beide Kurven enthalten die Information, dass seit Mitte 2007 lediglich leicht restriktivere Kreditkonditionen vorlagen. Selbst während der allgemeinen Überproduktionskrise des Jahres 2008 hatten sich weder die von den befragten Unternehmen empfundenen Kredithürden noch der von den Banken bereit gestellte Kreditstandard extrem verschlechtert; beide Kurven signalisieren weniger Restriktionen bzw. geringere Kredithürden als während der Krise 2002/2003.

Dass die Erschütterungen des Kredit- und Bankensektors des Jahres 2007/08 nicht zu einer Kreditklemme mit restriktiven Wirkungen für die Warenproduktion geführt hatten, lag vor allem an der Wirtschaftspolitik, in erster Linie an der extrem expansiv ausgelegte Zins- und Kreditpolitik (quantitative easing). Zwar war das Inter-Banken-Geschäft und damit eine zentrale Finanzierungsquelle aufgrund des wechselseitigen Misstrauens ausgetrocknet, jedoch wurden diese Kreditschwierigkeiten nicht an die Kunden in Industrie und Handel weitergegeben. Denn die Notenbanken stellten den Geschäftsbanken die erforderlichen Kredite unbegrenzt zur Verfügung. Man kann dies direkt an den Bilanzsummen ablesen: Bereits die ersten Schwierigkeiten im Bankensystem bewirkten aufgrund der geldpolitischen Interventionen seit 2006 einen beschleunigten Anstieg. Die Bilanzsumme des Eurosystems erhöhte sich bis Anfang 2008 auf 1.285.790 Millionen Euro (siehe Grafik). Bis Anfang September setzte sich der beschleunigte Anstieg auf 1.441.019 Millionen Euro fort. Die sich im September und Oktober 2008 dramatisch zuspitzende allgemeine Überproduktionskrise der Wirtschaft löste einen Geldhunger aus, den die EZB auch stillte. Die Bilanzsumme sprang bis Anfang 2009 um 45 Prozent auf 2.088.878 Millionen Euro.



Grafik 5: Bilanzsumme des Eurosystems zum Jahresanfang (in Millionen Euro)

Es gab, worauf die Bundesbank trotz aller Betonung der Finanzmarktkrise selbst hinwies, keine bankseitigen Beschränkungen, die quantitativ so bedeutsam waren, dass sie ein maßgebliches konjunkturelles Risiko begründeten.²¹ Dass sich dann gegen Ende 2008 die Kreditvergabe abzuschwächen begann, interpretierten die Notenbanker als eine Konsequenz des Reproduktionsprozesses, nämlich als ein „Spiegelbild der realwirtschaftlichen Entwicklung“, hervorgerufen durch die hier entstandene verschlechterte Risikosituation. „Insgesamt ergibt die Betrachtung einer breiten Palette von Indikatoren gegenwärtig keine stichhaltigen Hinweise auf eine bereits bestehende Kreditklemme in Deutschland“, schrieb die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom September 2009. „Die Abschwächung der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen lässt sich gut mit den traditionellen Einflussfaktoren erklären, insbesondere mit der schwachen realwirtschaftlichen Entwicklung.“

Bundesbank – mit gespaltener Zunge

Diese empirische Argumentation widerspricht der theoretischen Sicht: In ihren allgemeinen Analysen vertrat die Bundesbank hartnäckig die These, dass die Krise der „Realwirtschaft“ durch die Finanzmarktkrise verursacht und ausgelöst worden sei. Sie unterstellte mit dieser Argumentation harmonisch wirkende, zum Gleichgewicht tendierende Warenmärkte, also einen Kapitalismus, der in seiner Kerngestalt kerngesund war, und sich nur eine Infektion geholt hatte. In ihrer empirischen Analyse des Zusammenhangs von Finanz- und Wirtschaftskrise gelangte sie zu dem gegenteiligen Urteil, wonach die Kreditbewegung lediglich ein „Spiegelbild der realwirtschaftlichen Entwicklung“ gewesen sei.

Als Ideologieproduzentin beschönigte sie die Verhältnisse, lenkte sie ab von den Widersprüchen und Gegensätzen der Warenproduktion, als Praktikerin ignorierte sie diese theoretische Salbaderei, nahm sie den empirischen Zusammenhang so wie er war zur Kenntnis, schon um zu zeigen, dass sie als Hüterin des Geld- und Kreditsystems nicht Schuld an dem tiefen Einbruch in der Wirtschaft gewesen sein konnte.

²¹ Vergleiche den Artikel „Die Entwicklung der Kredite an den privaten Sektor in Deutschland während der globalen Finanzkrise“, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, September 2009

b) Zur Bedeutung der Krisenmythen für die Politik des Kapitals

Eine solche Ideologisierung des Krisengeschehens entsprach ganz dem allgemeinen Interesse der besitzenden Klassen, zum Schutz ihrer Wirtschaftsordnung den kapitalistischen Kernprozess als harmonisch und als störungsfrei zu rechtfertigen. Dies musste zu einer Zeit besonders wichtig sein, als die Angst umging, die Krise könnte zu einer schwerwiegenden ordnungspolitischen Erschütterung führen.

Die Frage, ob sich hinter solchen Rechtfertigungsversuchen der Ökonomen ein bewusstes Täuschungsmanöver oder nur eine allgemeine Gedankenlosigkeit verbarg, die ihre Wurzeln in einer zur Vulgärökonomie degenerierten Volkswirtschaftslehre hatte²², können wir hier nicht abschließend beantworten. Orientierungspunkte für eine mögliche Antwort lieferte eine Diskussion, die im Januar 2011 auf dem viel beachteten Jahrestreffen der American Economic Association (AEA, ca. 18.000 Mitglieder, davon die Hälfte Hochschullehrer) stattfand. Dort ging es um die enge Verzahnung von Wissenschaft und praktischem Interesse. Der Verdacht, Ökonomie-Professoren könnten ihre Kriseninterpretation und die daraus hergeleitete Politikempfehlung bewusst auf die Kapitalinteressen ausgerichtet haben, die sie als Berater, Kapitaleigner oder als Gremienmitglieder zu berücksichtigen hatten, fasste sich recht anschaulich in dem Begriff „Professor Wall Street“²³ zusammen.

300 Ökonomen, darunter Nobelpreisträger George Akerlof und die Berkeley-Professorin Christina Romer, die aus ihrer eigenen Beratertätigkeit gut Bescheid wusste über die Interessenallianz von Kapital, Politik und Wissenschaft, forderten in einem offenen Brief ihren AEA-Präsidenten Robert Hall auf, zur Wiederherstellung der Reputation der Ökonomenzunft einen Ethik-Kodex samt Transparenzregeln einzuführen. Die AEA beschloss daraufhin einstimmig, einen Ausschuss zur Ausarbeitung ethischer Regeln einzusetzen. Dass ein solcher Ethik-Kodex – der auf früheren Treffen stets abgelehnt worden war - überhaupt thematisiert werden musste, zeigte das nicht mehr zu verbergende Ausmaß, in welchem die Ökonomen sich zum „sprechenden Werkzeug“ degradierten.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt zuvor die Studie von Gerald Epstein und Jessica Carrick-Hagenbarth von der Universität Massachusetts, in der sie die Verbindung von 19 prominenten Wissenschaftlern zur Finanzwirtschaft beleuchten. 13 davon waren zugleich Berater, Mitglied von Aufsichtsräten oder gar Teilhaber von Gesellschaften an der Wall Street. Traten sie in den Medien auf, gaben acht diese Verbindung nicht an.²⁴ Indem sie in wissenschaftlich geachteten Publikationen veröffentlichten, erweckten sie den Schein der Unabhängigkeit.

Aber selbst jene Ökonomen, die keine besonders enge Verbindungen zur Wirtschaft pflegten, aber gleichfalls im Gleichgewichtsdenken dieser Zunft erzogen worden waren und sich hier positioniert hatten, zeigten keine sonderlichen Anstrengungen, den Kernprozess kapitalistischen Wirtschaftens kritisch unter dem Gesichtspunkt der inhärenten Krisenhaftigkeit zu untersuchen. Das 200 Jahre alte und in etlichen Varianten immer wieder neu aufgelegte Saysche Dogma vom Gleichgewicht der Märkte war so tief in ihrem Bewusstsein eingeebrannt, dass eine Krise, vor allem dann, wenn sie ein derartiges Ausmaß erreichte wie 2008/2009, nur extern verursacht sein konnte.

Vulgärökonomie

Mit Vulgärökonomie ist eine außerordentliche Verflachung im ökonomischen Denken gemeint, das nicht mehr versucht, die inneren Zusammenhänge der Wirtschaft zu erforschen, sondern stattdessen die verschiedenen ökonomischen Phänomene äußerlich und funktional aufeinander bezieht. Die Abkehr von der Analyse der Produktion mit

²² Werner Hofmann hat in seinen Sozialökonomischen Studientexten (1964) die Vulgarisierung der Volkswirtschaftslehre theoriegeschichtlich nachgewiesen. Die Abkehr von der Arbeitswertlehre, worin er einen Hauptpunkt für die Verflachung des ökonomischen Denkens sah, führte er auf gesellschaftliche Umstände, auf ein im Verborgenen wirkendes „gesellschaftlichen Bedürfnis“ zurück. (Teil I: Wert- und Preislehre, S. 119)

²³ Der Artikel von Philip Plickert in der FAZ vom 17.1.2011 trägt diesen Titel, mit dem Hinweis auf die Bemühungen der Ökonomen, ihr ramponiertes Image aufzupolieren.

²⁴ Ebenda

seinen Wertbildungsprozessen und der Entstehung des Einkommens bildete die Weichenstellung für eine solche Vulgarisierung, die sich schließlich ohne Werttheorie hauptsächlich mit Preis-, Gleichgewichts- und Allokationsfragen beschäftigt.

Vor allem in Krisenzeiten wie den heutigen, wenn sich die in der Volkswirtschaftslehre so beliebten Knappheitsfragen schon wegen der offensichtlichen Marktverstopfung und der damit einhergehenden Überproduktion als absurd erweisen, treten in der Zunft der Volkswirte regelmäßig Zweifel über den Gehalt der Volkswirtschaftslehre auf. Beispielsweise schreibt Robert Skidelsky in seinem 2010 veröffentlichten Buch, Die Rückkehr des Meisters (S. 13): „Die Wirtschaftswissenschaft (hat sich) als im höchsten Grad unfähig erwiesen, diese Jahrhundertkrise zu erklären. Der gängigen Wirtschaftstheorie zufolge hätte sich ein Abschwung dieser Größenordnung nämlich gar nicht ereignen dürfen“.

Als Reaktion auf die sich abschottende, dogmatisch verblendete orthodoxe Wirtschaftstheorie bildete sich der Arbeitskreis Postautistische Ökonomie (Paecon), der im Rundbrief 1/Dez. 2008 zum Engagement aufrief, um endlich die Leere in der Volkswirtschaftslehre zu beseitigen: „Spätestens seit der Finanzkrise müsste klar sein, wir brauchen neue Wege! Damit die Politik den massiven Herausforderungen gerecht werden kann, bedarf es neuer, frischer Theorien. An Universitäten, aber auch in Politik und Gesellschaft muss endlich Realitätsnähe, Vielfalt und kritisches Denken Einzug erhalten.“

Solche Neuerungsversuche gab es immer wieder, sowohl im Umfeld der Weltwirtschaftskrise 1929/32, als sich die herrschende Volkswirtschaftslehre als unfähig erwies, die Ereignisse hinreichend zu erklären, als auch nach dem zweiten Weltkrieg. Die renommierte Cambridge-Ökonomin Joan Robinson fasste einst ihren Unmut in folgenden Worten: „Die orthodoxe Wirtschaftstheorie hat nichts anzubieten. (...) Nicht allein die Wirtschaftskrise hat den Bankrott der akademischen wirtschaftstheoretischen Lehre deutlich gemacht. Die Gedankenstrukturen, die sie vermittelt, hatten sich schon lange vorher als hohl erwiesen. Sie bestanden aus einer Reihe von Annahmen, die kaum zu der Struktur und der Entwicklung der Wirtschaft, die sie abbilden sollten, in Beziehung standen. Der Grund für diese intellektuelle Verirrung scheint darin gelegen zu haben, daß die Betrachtung eines ökonomischen Systems als eines einzigartigen historischen Phänomens, das sich in der Zeit entwickelt, zu sehr mit der Doktrin von Marx verbunden war. Das Ziel ... war es, einen Schutzschild zu errichten ... So waren die akademischen Lehrer eifrig bemüht, die Wirtschaft in einem freundlichen Licht erscheinen zu lassen.“ (Zur Krise der ökonomischen Theorie, WSJ-Studien, 38/1977)

Für die Politik des Kapitals spielte gerade diese ideologische Seite eine besondere Rolle. Wenn die Krise extern durch die an den Finanzmärkten operierenden Marktteilnehmern oder durch deren komplizierten wie gefährlichen Finanzprodukte entstanden war und dazu ihre Wurzeln vor allem in der US-Zinspolitik hatte, dann ließ sie sich durch eine andere Zinspolitik und durch eine Regulierung der Finanzmärkte einschließlich aller dort gehandelten Produkte politisch beheben und ein für allemal ausräumen. Der Kernbestand kapitalistischer Ökonomie, die Produktion und Zirkulation von Waren, ließ sich auf diese Weise als „hervorragend funktionierendes Markssystem“ feiern, dessen Selbstheilungskräfte durch externe Schocks lediglich überfordert waren und deshalb staatlicherseits gestärkt werden mussten.²⁵

Die Art und Weise, wie die verschiedenen Seiten der Krise hervortraten, verschaffte der ideologisierten Krisendeutung eine gewisse Glaubwürdigkeit. Tatsächlich bildete die Kredit- und Bankenkrise einen Höhepunkt der Wirtschaftskrise. Sie stach besonders ins Auge, nahm besonders bedrohliche Formen an, sie bewegte in besonderer Weise Politik und Öffentlichkeit. Dadurch erweckte sie den Schein, als sei sie auch ursächlich gewesen für den gesamten Krisenvorgang, also keineswegs eine bloße Folge- und Parallelerscheinung zu den tieferen Störungen in der Warenproduktion. Eine solche Erscheinungsweise war ein gefundenes Fressen für all diejenigen, die ein Interesse genau an dieser Verkehrung hatten. Das eigentliche kapitalistische Marktsystem ließ sich dadurch als krisenfrei herausputzen, indem die Schuld der ökonomischen Katastrophe dem Kredit- und Bankensektor oder der menschlichen Gier zugeschoben wurde.

In diesem Punkt trafen sich sämtliche gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Kräfte, die das kapitalistische System bewahren wollten. Bundesbank, Bundesregierung, Kirchenvertreter, Wirtschaftspresse, die „Fünf Wirtschaftsweisen“,

²⁵ Peter Bofinger (2010, S. 31f) war genug vernarrt in die natürliche Heilungskraft der Märkte, dass er deren „Abwehrkräfte“ mit dem „Immunsystem eines menschlichen Körpers“ verglich.

Forschungsinstitute, Wirtschaftslenker, Fondsmanager etc. drückten der Krise den ideologischen Stempel einer regulierbaren Finanzmarktkrise auf, die zur Krise der „Realwirtschaft“ geführt habe. Diese sehr einheitliche Auffassung des Kapitals setzte sich allgemein durch. Es gab keine bedeutende Gegenposition, keine Kontroverse um die Kernfrage, inwieweit die kapitalistische Warenproduktion selbst die Ursache für die große Krise war. Diese Auffassung der Krise prägte umso mehr die öffentliche Meinung, als auch die Vertreter der Lohnabhängigen von Beginn an auf diese Linie eingeschwenkt waren. „Wir müssen den Finanzmärkten verbindlich und verpflichtend so strenge Regeln geben, dass wir jede Form von Casino-Kapitalismus unterbinden“, sagte DGB-Vorsitzender Michael Sommer und wies „ausdrücklich“ darauf hin, dass er „die Marktwirtschaft für das beste aller Wirtschaftssysteme (halte). Genauso bekenne ich mich aber dazu, dass Marktwirtschaft und Casino-Kapitalismus nicht dasselbe sind. Letzterer ist die Perversion des Systems. Jetzt ein korrigierendes Eingreifen des Staates zu fordern, ist nicht das Ende der Marktwirtschaft, sondern deren sinnvolle Ausgestaltung“.²⁶

Die Finanzmärkte für die Krise verantwortlich zu machen, bildete zu einer Zeit einen Konsens zwischen den bedeutenden Kräften der Gesellschaft, als der Kapitalismus – schwer angeschlagen durch die Krise - unbedingt eine ideologische Rechtfertigung benötigte. Und was hätte seine Glaubwürdigkeit besser stärken können als die Externalisierung der Ursachen, verbunden mit der These von der finanzmarktinduzierten Krise, worin der Kernprozess der Wirtschaft, die Produktion und Zirkulation von Waren, d. h. „die Marktwirtschaft“, als hoch effiziente und krisenfreie Veranstaltung gepriesen werden konnte – trotz der katastrophalen Ereignisse.

3. „We are all Keynesians now“

Zu Beginn der großen Krise hatte eine neoliberale Wirtschaftspolitik dominiert. Mit ihrem Kredo der Nichteinmischung in das konjunkturelle Geschehen bediente sie die Bedürfnisse der Kapitale aber nur solange, wie diese in einem allgemein expandierenden Weltmarkt florierten. In einer solchen ökonomischen Sturm- und Drangperiode waren alle Hindernisse wegzuräumen, die die Kapitale in ihrer Expansion beschränkten. Möglichst alle Produktionszweige mussten dem Kapital geöffnet werden. Staatliche Monopole etwa im Sektor der Energieerzeugung, des Transports, der Telefonie oder in Bereichen der kommunalen Versorgung brach die neoliberale Politik auf, um sie der freien Konkurrenz zu unterwerfen. Deregulierung, Entstaatlichung, Privatisierung – das waren die Schlagworte einer neoliberalen Politik, hinter der die Macht des Kapitals stand. Allgemeine Resultate davon waren die bis an die staatlichen Kernfunktionen heranreichenden Privatisierungen sowie eine weitgehende Liberalisierung der Finanzmärkte.

Mit der großen Krise geriet das Kapital in all seinen Facetten, als zinstragendes Kapital etwa in der Form der Anleihe, als fungierendes Kapital in Gestalt von real operierenden Industrie-, Dienstleistungs- und Handelsunternehmen und als Eigentum etwa in Gestalt des Aktienvermögens oder anderer Formen der Unternehmensbeteiligung in eine schwere Existenzkrise. Der Wechsel hin zur keynesianischen Politik war der Versuch, die Entwertungsspirale des in die Krise geratenen Kapitals zu stoppen und die Gefahren für das kapitalistische System abzuwenden. Er hatte nichts mit Sozialismus zu tun, wie gelegentlich, vor allem in den USA der Vorwurf lautete. Nicht der demokratische Präsident Obama bewirkte den radikalen Schwenk in der US-Wirtschaftspolitik, der republikanische Präsident George Bush hatte das längst vor ihm getan. Pragmatische Gedanken standen im Vordergrund.²⁷ Es handelte sich um eine geänderte Politik des Kapitals, die einer

²⁶ Wirtschaftswoche vom 30.3.2009

²⁷ In einer APA-Meldung vom 21. September 2008 (22.48 Uhr MESZ - Wirtschaft) lesen wir: „Ein radikaler Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik findet in diesen Tagen in den USA statt: Mehr Staat, weniger Privat, heißt die neue Devise, die nun ausgerechnet der republikanische US-Präsident George W. Bush ausgeben muss. (...) Notenbankgouverneur Ben Bernanke und Finanzminister Henry Paulson sind die ‚Architekten‘ des Rettungsplans. ‚Ein Professor und ein Banker begraben das Dogma des Marktes‘, titelt die ‚New York Times‘.

geänderten Situation gerecht werden musste und die überall Einzug hielt, auch in Europa und in Deutschland.²⁸

Der staatliche Interventionismus richtete sich auf eine Stabilisierung sowohl des Kredit- und Bankensektors als auch des Produktionssektors.

a) Staatsinterventionen im Kredit- und Bankensektor

Vertreter des Neoliberalismus und andere Sachverständige aus Politik und Wirtschaft verteidigten die massiven und zum Teil ungewöhnlichen Interventionen im Kredit- und Bankensektor mit dem Argument des systemischen Risikos, das von größeren Banken ausgehen würde. Professor Dr. Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut bewertete die Ereignisse als „keynesianische Situation“, die solche Interventionen erforderlich machen würde. An der Rettung der Banken führe gar kein Weg vorbei, meinte er. Nicht eine einzige bekannte Bank könne man zugrunde gehen lassen, „ohne eine neue Schockwelle durch die Wirtschaft zu jagen.“²⁹ Das war seine Sorge, die er mit der Wirtschaft, d. h. mit dem hier fungierenden Kapital teilte. „Keine andere Wirtschaftsbranche“, schrieb er weiter, „kommt an die Bedeutung des Bankgewerbes heran. Das Geldsystem ist von zentraler Bedeutung für die Verrechnung wirtschaftlicher Leistungen und damit für den gesamten Tauschhandel der Wirtschaft einschließlich des Arbeitsmarktes.“³⁰

Der Finanzminister Peer Steinbrück warb mit vergleichbaren Argumenten: „Der Begriff systemrelevant gilt“, sagte er, „nur für den Bankensektor, weil es sich hierbei um das Arteriensystem handelt, das die Volkswirtschaft mit Kapital versorgt. Hinzu kommt, dass bei den Banken ein Dominoeffekt ausgelöst werden kann, der so in der Realwirtschaft nicht vorkommt.“³¹

Tatsächlich entstand im Finanzsektor mit seinen verschlungenen Kreditketten, mit seinen besonders engen internationalen Verzahnungen und seinen Auswirkungen auf den internationalen Kredit bedeutend schneller ein systemisches Risiko als im Industrie- und Handelssektor. Während im Bank- und Kreditsektor das Kapital im hohen Maß einen gesellschaftlichen Charakter trägt, der Bankrott des einen in Windeseile zahlreiche weitere Bankrotte nach sich zieht und selbst die stabilsten Finanzinstitute in den Abgrund zu reißen droht, ist das Risiko im nichtfinanziellen Sektor viel stärker lokalisierbar. Ein Zusammenbruch hier führt zwar zu Kreditausfällen, die das Bankensystem je nach Größenordnung ernsthaft belasten können, jedoch bedeutet der mit dem Konkurs verbundene Produktionsausfall keineswegs eine Störung des Reproduktionszusammenhangs. Im Gegenteil: Die Überproduktion, die einen solchen Konkurs herbeiführt, wird abgebaut, so dass konkurrierende Unternehmen vom Konkurs der anderen profitieren.

Substitution des Privatkredits durch den öffentlichen Kredit

Den politischen Akteuren war die Brisanz der Lage durchaus bewusst. „Im September wurde mir klar“, vermerkte beispielsweise Gordon Brown rückblickend auf sein Wirken als britischer Premierminister des Jahres 2008, „dass wir nur noch Tage von einem vollständigen Zusammenbruch entfernt waren“. Er sah sich vor einer Situation gestellt, „die schlimmer als 1929 zu werden drohte.“³² Nach Einschätzung des damaligen deutschen Finanzministers Peer Steinbrück sei die Finanzwelt während der besonders kritischen drei Wochen zwischen dem 15. September und

(...) Die lange vertretenen Konzepte, der Markt werde alles am besten selbst regeln, staatliche Eingriffe und regulatorische Rahmenbedingungen würden der Wirtschaft nur schaden, wurden über Nacht über Bord geworfen.“

²⁸ Elmar Altvater (2010, S. 212) interpretierte diese Wende als eine verdeckte Systemkrise des Neoliberalismus. „Unter der Hand verwandelt sich der neoliberale, finanzgetriebene Kapitalismus in einen Staatsgetriebenen und vom Staat vor den Verlusten geretteten Kapitalismus.“

²⁹ Sinn (2009), S. 234

³⁰ Sinn (2009), S. 235

³¹ Peer Steinbrück in einem Interview der Süddeutschen Zeitung (SZ 123) vom 30.5.2009

³² Brown (2011), S. 18 und S. 84

dem 5. Oktober 2008 „mehrmals nur Millimeter vom Abgrund entfernt“ gewesen. „Der Absturz hätte nicht nur zu einer Kernschmelze des Weltfinanzsystems geführt, sondern – weit darüber hinaus – die Stabilität unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bedroht.“³³ Als sich der Untergang des US-Versicherungskonzerns AIG anbahnte, gab es Stimmen, wie Steinbrück in seinem Buch „Unterm Strich“ vermerkte, „die vom Ende des Kapitalismus sprachen“.³⁴ Die einzige Instanz, die den Kapitalismus retten konnte, war der Staat mit seiner Notenbank.

Vor allem der dramatische Vorgang im Geld-, Kredit- und Bankensektor war es, der alle wichtigen Akteure aus Wirtschaft, Finanz und Politik „schaudern (ließ) vor dem undurchdringlichen Geheimnis ihrer eigenen Verhältnisse.“ So hatte Marx seine Beobachtung der schweren periodischen Krisen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zusammengefasst, als nämlich während der allgemeinen Produktions- und Handelskrisen das Kreditsystem regelmäßig ins Monetarsystem umgeschlagen war.³⁵ Nun war Vergleichbares geschehen. Die Banken misstrauten einander.³⁶ Keine Bank lieh einer anderen Geld. Der im Interbanken-Geschäft so wichtige Geldmarkt für kurzfristige Kredite war zusammengebrochen. Nur noch bare Zahlung oder wirkliche Sicherheiten zählten. In Industrie und Handel sah es nicht besser aus. Dringend benötigtes Geld floss nicht mehr zurück, weil die Waren unverkäuflich liegen blieben. Die Unternehmen verloren durch die Absatzstockungen ihre Kreditwürdigkeit. Ihr Handelskredit brach zusammen; Warenkreditversicherer drohten mit Herabsetzungen der Deckungssummen und mit höheren Prämien. Das Kreditsystem war derart angespannt, die Unsicherheiten ins Höchste gesteigert, als schließlich die Bankkunden in Panik gerieten. Sie misstrauten ihren Banken. Sie begannen, ihre Guthaben in Bargeld einzufordern. Um zahlen zu können, mussten Schuldner ihre Aktiva, vor allem Wertpapiere, auf den Markt werfen. Die Aktienkurse brachen in der zweiten Oktoberwoche so heftig ein, dass Statistiker den größten Wochenverlust in der Geschichte des Kapitalismus feststellten.

Diese Geld-, Kredit-, Börsen- und Bankenkrise machte die Panik vom September/Oktober 2008 aus, die sich als der Höhepunkt der Krise im Gedächtnis einmeißelte.

Als die US-Bank Lehman Brothers Mitte September 2008 Konkurs anmeldete, waren die Kreditketten auf das Äußerste gespannt, teilweise bereits gerissen. Eine Pleite hatte bereits die nächste abgelöst. Der Staat glich einer Feuerwehr, die einen Flächenbrand verhindern musste. Ein spektakulärer Anlass genügte, um die global verzahnten Kreditpyramiden zum Einsturz zu bringen. Wäre es Lehman nicht gewesen, dann vielleicht eine andere Großbank oder ein großes Unternehmen, wie General Motors, das ohne die staatlichen Rettungsaktionen einen solchen Anlass schon längst geliefert hatte.

Eine Staatsaktion löste die nächste ab, immer nach demselben Muster, dass der öffentliche Kredit, vergeben von Regierungen oder Notenbanken, den erschütterten Privatkredit ersetzte. Auf diese Weise wanderten die Not leidenden Kredite in die Hand des Staates. Der öffentliche Kredit trat an die Stelle des Privatkredits.

Die nächste Stufe wäre ein Vertrauensverlust des öffentlichen Kredits gewesen. Selektiv bahnte sich das erst in den Staatsschuldenkrisen vom Frühjahr und Herbst 2010 an. Hätte diese letzte Stütze des Kreditsystems nicht gehalten, wäre das gesamte Finanzsystem kollabiert und das Vertrauen in das Geld, hinter dem keine wirklichen Werte mehr stehen, wäre verloren gegangen.

Am Anfang standen zahllose Einzelaktionen, mit denen die Staaten versuchten, vor dem Bankrott stehende Finanzhäuser zu retten. Als das nichts mehr half spannten sie Rettungsschirme über ihren nationalen Finanzsektor. Die USA verabschiedeten das Notprogramm Trouble Asset Relief Program (TARP) in Höhe von 700 Milliarden Dollar. Die Europäer brachten mehr als 1000 Milliarden Euro auf. Das deutsche

³³ Steinbrück (2010), S. 178

³⁴ Steinbrück (2010), S. 200

³⁵ Marx, MEW 13, S. 123

³⁶ „Niemand traute mehr irgendjemandem im Bankensystem (...) Die Menschen gerieten in Panik und fragten sich, welche Bank als nächstes zusammenbrechen würde. Das Finanzsystem stand am Abgrund“. (Brown (2011), S. 84)

Rettungsprogramm vom 17.10.2008 trug die Bezeichnung Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz – FMStG). Es sah die Errichtung eines nichtrechtsfähigen Sondervermögens "Finanzmarktstabilisierungsfonds" (SoFFin) vor. Mit Hilfe dieses Stabilisierungsfonds sollten bestehende Liquiditätsengpässe überwunden und die Stabilität des deutschen Finanzmarktes gestärkt werden. Die Garantiermächtigung betrug bis zu 400 Milliarden Euro, die Kreditermächtigungen bis zu 100 Milliarden Euro.

Eine von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) veröffentlichte Untersuchung („An assessment of financial sector rescue programmes“) stellte die Rettungsprogramme von 11 Länder für die Zeit von September 2008 bis Juli 2009 zusammen. Die Programme umfassten insgesamt rund 5000 Milliarden Euro, was 18,8 Prozent des BIP dieser Länder entsprach.³⁷

Der Staat bäumte sich gewaltig auf, mischte sich massiv ein. Selbst in den angeblich so liberalen Ländern USA und Großbritannien fanden Verstaatlichungen statt. US-Finanzminister Paulsen ging so weit, dass er die Großbanken zusammenrief, um ihnen einen Staatskredit zur Wiederherstellung des verlorenen Vertrauens aufzuzwingen.

Zum Schulterchluss der besitzenden Klassen

Man kann solche weit reichenden Staatsinterventionen zunächst als einen Sieg des Finanzkapitals interpretieren, da hier eine gigantische Entwertungswelle verhindert worden war. Selbst die Verstaatlichungen bildeten einen solchen Schutz. Denn sie retteten unter der Form des Staatskapitals nicht nur das einzelne Kapital, sondern auch die Kapitale, die aufgrund der internationalen Verflechtungen mit ihm verbunden waren und im Konkursfall ruiniert gewesen wären. Die Notwendigkeit solcher Staatseingriffe sahen alle ein. Selbst neoliberale Vertreter überwandern ihre ideologischen Vorbehalte und befürworteten Verstaatlichungen als einen pragmatischen Beitrag zur Stabilisierung des Systems.³⁸

Aber das Interesse an umfangreichen staatlichen Hilfsaktionen reichte über das des Finanzkapitals weit hinaus: Ein Zusammenbruch des Kreditsystems hätte zu einer allgemeinen Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer in der Wirtschaft geführt. Und ein solcher Zusammenbruch hätte unweigerlich auch den „stillen Gesellschafter des Kapitals“, den Grundeigentümer, getroffen, der als Folge einer allgemeinen Pleitewelle weniger Grundrente hätte ziehen können. Hinzu kam noch, dass seine Existenz als Grundeigentümer gefährdet war, hätte die ökonomische Erschütterung das Ausmaß einer Systemkrise erlangt.

Und so standen alle bedeutenden Abteilungen des Kapitals hinter den zahlreichen Interventionen des Staates, die von der Rettung einzelner Bank-Kapitale bis hin zum Rettungsschirm reichten. Die Entscheidungen, die zu treffen waren, kamen deshalb mit großer Einmütigkeit zustande.

Dass der sozialdemokratische Finanzminister Peer Steinbrück und der britische Premierminister Gordon Brown von der Labour Party solche Staatsinterventionen maßgeblich in ihren Ländern organisierten, kann, wie Altvater meinte, als Beleg gewertet werden, dass die Sozialdemokratie „auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts gefallen findet“ an ihrer Rolle des „Arztes am Krankenbett des Kapitalismus“.³⁹

Konservative Regierungen, wie die in Frankreich, zierten sich ebenso wenig, den Kapitalismus zu retten. Der Republikaner George Bush war es, der bereits vor dem

³⁷ Vergleiche Gerald Braunberger, Fünftausend Milliarden Euro, FAZ vom 4.09.2009

³⁸ Altvater (2010, S. 112) nennt sie „die helleren Köpfe unter den Neoliberalen“, die wüssten, „dass nur mit einem Bruch neoliberaler Glaubenssätze der Kapitalismus und seine Institutionen in der Krise der Gesellschaftsformation zu retten sind“. Für Altvater handelte es sich bei den Verstaatlichungen keineswegs um ein „Projekt der ökonomischen Konversion und politischen Kontrolle der systemischen Strukturen“, auch nicht um die „Ouverture zu einer anderen Eigentumsordnung“, sondern vor allem um die „Übernahme von faulen Außenständen durch den Staat. Die Privaten werden also entlastet“ (S. 112f). Richtig die Beurteilung, dass es sich hierbei um die „Reparatur des Systems“ gehandelt habe, die an den „Machtverhältnissen nichts rühren“ sollte.

³⁹ Altvater (2010), S. 217

Demokraten Obama die markante Wende in den USA hin zu massiven Staatseingriffen einleitete. Ein solcher Staatsinterventionismus beinhaltete eine Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die seit 30 Jahren geherrscht hatte. Das breite Interesse des Kapitals erzwang diese Wende.

Angesichts der Übereinstimmung innerhalb der besitzenden Klassen und unter dem akuten Druck der Finanzmärkte hatte das Finanzkapital leichtes Spiel, alle nötigen Staatshilfen, darunter die Rettungsschirme, einzufordern. Seine Vertreter bauten eine Argumentationskette auf, die eine solche Dramatik enthielt, dass nicht nur Finanzminister Peer Steinbrück sondern auch andere politische Funktionsträger glaubten, in einen tiefen Abgrund zu blicken. In höchster Not hielten alle politisch relevanten Kräfte zusammen. Das gesamte politische System funktionierte reibungslos, als es darum ging, einen Zusammenbruch der kapitalistischen Ökonomie zu verhindern.

SoFFin und die Rolle des Parlaments

Die demokratischen Institutionen mit ihren komplizierten und langwierig ausgelegten Entscheidungswegen behinderten in keiner Weise die rasche politische Exekution kapitalistischer Notwendigkeiten. Während solche Gesetze, die Interessen verschiedener Kapitalfraktionen mühevoll auszugleichen hatten, etliche Monate, manchmal Jahre brauchten, bis sie schließlich verabschiedet wurden, benötigten die Notprogramme zur Rettung des Finanzsystems nur einige Tage. Das galt für alle Länder in ähnlicher Weise. Die konkrete Staatsform spielte dabei keine besondere Rolle.

Das deutsche Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das den SoFFin in Höhe von 480 Milliarden Euro rechtlich initiierte, wurde nach einem Eilverfahren am 17. Oktober 2008 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet und vom Bundespräsidenten sogleich unterzeichnet. Die Rechtsverordnung zu diesem Gesetz genehmigte das Bundeskabinett bereits am 20. Oktober. Eine breite Mehrheit aus CDU, CSU, SPD und FDP kam problemlos zustande, da es hier um eine Entscheidung ging, die das Gesamtinteresse der besitzenden Klassen betraf. Langwierige parlamentarische Debatten und komplizierte Ausgleichsprozesse waren deshalb unnötig, so dass die erforderlichen Dinge rasch umgesetzt werden konnten.⁴⁰ Dass es sich dabei um ein gigantisches Programm von etwa dem zweifachen Volumen des Bundeshaushalts handelte, schien das Bedürfnis nach einer ernsthaften parlamentarischen Debatte nicht sonderlich zu steigern. In dem tatsächlichen politischen Entscheidungsprozess spielte das Parlament eine lediglich formelle Rolle; es war auf Funktionieren getrimmt und die Fraktionsführer nahmen die Aufgabe wahr, die Abstimmungsmaschinerie Funktionstüchtigkeit zu halten.

Bereits die konkreten Inhalte des Gesetzes wurden abseits des Parlaments festgelegt. Einen großen Einfluss auf die Gesetzes-Formulierung hatte die vom Bundesfinanzministerium beauftragte amerikanische Rechtsanwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, die wegen ihrer intensiven Beratertätigkeit für verschiedene Großbanken als besonders banknah galt, gewissermaßen als getarnte Lobby des Bankensektors fungierte. Auf einer nächtlichen Krisensitzung im Kanzleramt hatte man sich bereits auf gigantische Hilfen für die Finanzinstitute geeinigt. Nach Angaben von Insidern wirkten in diesem Entscheidungsprozess nicht nur die Bankanwälte sondern auch der Chef der Deutschen Bank mit. Der Gesetzentwurf gelangte einige Tage später ins Parlament. Der Bundesfinanzminister und die Bundeskanzlerin machten Stimmung dafür, dass die Rettungsmaßnahme

⁴⁰ Dass es sich bei einem solch beschleunigten Verfahren keineswegs um eine Besonderheit handelte, sondern um eine übliche Form, die immer dann notwendig wurde, wenn die politische Durchsetzung des Gesamtinteresses der Bourgeoisie unter besonderem Zeitdruck stattfand, zeigte sich eineinhalb Jahre später, als ein Staatsbankrott in Griechenland drohte. Nach einem Eilverfahren stimmten Bundestag und Bundesrat am 7. Mai 2010 den deutschen Notkrediten von bis zu 22,4 Milliarden Euro zu. Wiederum im Eilverfahren beschloss der Bundestag am 21. Mai 2010 das Euro-Rettungspaket. Das Gesetz war erst am Morgen durch einen Geschäftsordnungsantrag auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der Bundesrat billigte gleichfalls den Rettungsschirm und verzichtete darauf, den Vermittlungsausschuss anzurufen.

„ohne Alternative sei“. Zum ausführenden Beschlussorgan der Regierung degradiert, war das Parlament alles andere nur keine Bühne der politischen Auseinandersetzung. Die tatsächliche Politik wurde fernab vom Parlament gemacht. Sie war inhaltlich auf die Rettung eines Finanzsystems ausgerichtet, dessen Funktionstüchtigkeit für die Fortexistenz der kapitalistischen Ökonomie unbedingt notwendig war. In diesem Gesetzgebungsverfahren bestätigte sich die postdemokratische Kritik, wonach die „reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht“ werde, und zwar von „gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“⁴¹

Nachdem das Finanzmarktstabilisierungsgesetz durch die parlamentarischen Gremien gepaukt worden war, hatte das Parlament keinen Einfluss mehr auf die Vergabepraxis der finanziellen Mittel. Es gab das Haushaltsrecht, das „Königsrecht des Parlaments“, aus der Hand, das neben der Etatbewilligung wichtige Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Regierung über eine angemessene Vergabe finanzieller Mittel einräumt. Das Parlament hatte der Regierung eine Generalvollmacht erteilt, die einige Beobachter als „Ermächtigungsgesetz“ bezeichneten. Das Parlament hatte sich selbst ausgeschaltet und dafür gesorgt, dass auch weiterhin die „reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht“ werden konnte.

Wie schon bei der Formulierung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, das den Sonderfonds SoFFin juristisch in die Welt brachte, spielten nun auch in dessen Entscheidungsgremien banknahe Sachverständige eine große Rolle. Die Vorlagen und Empfehlungen, wer wie viel finanzielle Mittel und ob überhaupt erhalten soll, erarbeiteten unter anderem der Ex-Finanzminister Norbert Stratthaus aus Baden Württemberg, der Ex-Vorstandsvorsitzende der Norddeutschen Landesbank Hannes Rehm und der langjährige Präsident des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffeisenbanken Christopher Pleister. Unter Einbeziehung von vier Anwaltskanzleien, die beratend tätig waren, entschieden Jörg Asmussen (Staatssekretär des Finanzministeriums), Jens Weidemann (Bundeskanzleramt) und Walther Otremba (Wirtschaftsministerium) unter Ausschluss des Parlaments und der Öffentlichkeit über die Vergabe von Mitteln.⁴²

Lediglich ein kleiner parlamentarischer Untersuchungsausschuss von neun Mitgliedern des Bundestages durfte die Verteilung der Steuergelder beobachten, die aber so geheim ablaufen sollte, dass eine Gefängnisstrafe drohte, wenn ein Ausschussmitglied wagte, darüber zu reden. Das Geschäftsgeheimnis als das Königsrecht des Kapitals, stand über allen öffentlichen Kontrollrechten. Eine Einsicht in die Bücher der Banken, die mit Steuermilliarden gestützt wurden, war den Mitgliedern verwehrt.

Nur in einem Fall wurden die Umstände einer Hilfsaktion in Teilbereichen transparent gemacht. Zu verdanken war dies einem Untersuchungsausschuss, der etwas Licht in die staatliche Rettung der Großbank Hypo Real Estate (HRE) brachte. Eine Liste, die der Tagesspiegel am 13.9.2009 veröffentlichte, wies die Nutznießer der Rettungsaktionen aus. Staatliche Institutionen, ausländische Regierungsstellen, gemeinnützige Organisationen, Kirchen, Genossenschaftsbanken, Sparkassen, vor allem aber Großbanken (einschließlich ausländische Notenbanken) und Versicherungen waren zu einem Gläubigernetz mit dem Schuldner HRE verwoben und mussten schon deshalb ein gemeinschaftliches Interesse an der Rettung der HRE gehabt haben. Die von der Politik verbreitete Vorstellung, die Finanzwirtschaft sei an den Kosten für die HRE-Sanierung beteiligt gewesen, erwies sich, wie es Harald Schumann in einem Kommentar des Tagesspiegels ausdrückte, als „dreiste Propagandalüge.“⁴³

Details darüber, in welcher Weise und in welcher Größenordnung die Notenbanken den Finanzinstituten halfen, gehörten ebenfalls zu den Geschäftsgeheimnissen. Vor allem die Bank von England und die US-amerikanische Fed waren auch direkt an den Rettungsaktionen einzelner Finanzhäuser beteiligt. Die Fed machte ihre reale Politik

⁴¹ Crouch (2008), S. 10

⁴² Das letzte Wort behielt bei diesen Entscheidungen der Finanzminister Peer Steinbrück.

⁴³ Harald Schumann, „Bankenrettung“, In: Der Tagesspiegel vom 21.8.09

grundsätzlich hinter verschlossenen Türen; sie fungierte – wie Reiner Rupp in der jungen Welt (16.5.09) zusammenfasste – „ungeniert als Erfüllungshilfe der Finanzoligarchie“.

b) Konjunkturprogramme

Alle großen Interventionen zur Rettung des Finanzsystems stabilisierten zugleich die Industrie, die auf ein funktionstüchtiges Kreditsystem unbedingt angewiesen war. Aber damit waren Industrie und Handel noch keineswegs vor einer Entwertungsspirale geschützt. Die Überproduktionskrise mit ihren verstopften Absatzwegen bedrohte nicht nur einzelne Unternehmen, ganze Branchen standen vor dem Zusammenbruch.

Auf diese Weise schuf die Krise massenhaft das Bedürfnis nach einer staatlichen Stabilisierung der Nachfrage. Alle ideologischen Bedenken und Zweifel verschwanden, die in der Vergangenheit von Neoliberalen gegen eine diskretionäre Konjunkturpolitik vorgebracht worden waren. Das praktische Bedürfnis ging darüber einfach hinweg, als hätten sie nie Bedeutung gehabt. Selbst unter akademischen Ökonomen, die ganz im neoliberalen Geist erzogen worden waren, gab es keinen größeren Widerstand.

„We are all Keynesians now!“

Auf dem Höhepunkt der Krise 2008/2009 galt der bekannte Ausruf: „We are all Keynesians now!“. Die Krise hatte nicht nur die Politik sondern auch den Zeitgeist zugunsten des Staatsinterventionismus verändert. Alle Staaten, vor allem die als klassisch neoliberal angesehenen USA und Großbritannien, verabschiedeten unter dem Druck der Ereignisse gigantische Konjunkturprogramme. Da diese allesamt kreditfinanziert waren und die Notenbanken die Zinssätze auf extrem niedrigem Niveau hielten, schufen die Staaten ohne die Wirtschaft zu belasten eine zusätzliche Nachfrage, mit der sie den starken Nachfragerückgang teilweise kompensierten.

In Deutschland traten am 21.12.2008 das Konjunkturpaket I und Anfang März das Konjunkturprogramm II (Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland) in Kraft. Für die Modernisierung der Infrastruktur wurden 17 und für die Abwrackprämie 5 Milliarden Euro bereitgestellt. Der Grundfreibetrag wurde von 7664 auf 8004 Euro angehoben, der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent gesenkt. Das nach den Bundestagswahlen verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom 22.12.2009) sah eine Erhöhung von Kinderfreibetrag und Kindergeld, eine Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen, eine Entlastungen bei der Erbschaftsteuer und einen ermäßigten Umsatzsteuersatz auf Hotelübernachtungen⁴⁴ vor. Zudem sollte der Ausbau erneuerbarer Energien gefördert werden, mit dem nationalen Ziel, „Deutschlands Technologieführerschaft zu sichern“.

Der Internationale Währungsfonds schätzte die Konjunkturprogramme der G20-Staaten in den drei Jahren von 2008 bis 2010 auf ein Volumen von 1.130 Milliarden Euro. Das entsprach etwa 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Welt (43 Billionen Euro), oder 3,4 Prozent des BIP der erfassten Länder. Ungefähr die Hälfte

⁴⁴ Politische Skandale, wie die Umstände, die zur steuerlichen Entlastung im Hotelgewerbe führten, begleiteten auch die große Krise. Solche politischen Missstände wollen wir nur am Rande behandeln, weil es uns nicht um den Spezialfall geht, nicht um die Abweichung vom charakteristischen Fall der politischen Einflussnahme. Die von der FDP erfolgreich betriebene Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 7 Prozent für das Hotelgewerbe wurde in einen Zusammenhang gebracht mit einer Spende von 1,1 Millionen Euro, die die Partei von der Substantia AG erhielt. Eigentümer hiervon ist August Baron von Finck. Mit einem Vermögen von rund 5,2 Milliarden Euro ist er zugleich Miteigentümer der Mövenpick-Hotel-Gruppe (Tagesspiegel vom 19.1.2010). Als Skandal wurde die zeitliche Nähe von Spende und steuerliche Begünstigung empfunden. Die Empörten thematisierten nicht die prinzipielle Nähe von Kapitalinteresse und Politik, die im gewöhnlichen politischen Geschäft zu beobachten war. Die FDP erhielt die Bezeichnung „Mövenpick-Partei“, weil ein Kapital gegenüber anderen begünstigt wurde. Hätte die FDP das Privileg auf alle Kapitale ausgeweitet, dann wäre den empörten Journalisten nichts aufgefallen. Gerade diesen blinden Fleck möchten wir kenntlich machen und als empörenden Zustand in den Mittelpunkt stellen.

sollte noch 2009 konjunkturell wirksam werden. Gemessen am BIP stellten die USA etwa 7 Prozent, China etwa 14 Prozent bereit. Die EU-Kommission bezifferte den Gesamt-Expansionseffekt für die EU-Staaten auf 2,5 Prozent des BIP.

Ende des keynesianischen Frühlings

Die Staatsinterventionen in den Finanz- und Wirtschaftssektor erzeugten zweifache Wirkungen. Sie führten zunächst einmal dazu, dass eine relative Stabilisierung sowohl an den Finanzmärkten als auch im Sektor der Warenproduktion einsetzte: Banken wurden gerettet, Unternehmen bekamen weiterhin Kredite, Staatsgarantien verhinderten Unternehmenszusammenbrüche, Konjunkturprogramme führten zu kreditfinanzierter Nachfrage, die Unternehmen waren dank staatlicher Hilfen nicht zu Notverkäufen ihrer Waren gezwungen, um selbst zahlen zu können. Die Nachfrage der Geschäftsleute stabilisierte sich untereinander. Schließlich setzte eine wirtschaftliche Erholung ein.

Dies war die für das Geschäftsleben positive Seite. Die negative Seite zeigte sich in einer teilweise dramatischen Zuspitzung der Staatsschuldenkrise. Bereits 2008/2009 mussten kleinere Staaten vor allem mit IWF-Krediten gerettet werden, weil sie praktisch zahlungsunfähig waren.⁴⁵ Im Frühjahr 2010 standen Griechenland, im Herbst 2010 Irland, im April 2011 Portugal und im Juni 2011 erneut Griechenland vor einem Staatsbankrott; die Staatsschuldenkrise drohte auszufernen und schien selbst vor größeren Staaten wie Spanien oder Italien nicht Halt zu machen. Britische Finanzakteure erfanden für die angeschlagenen Euro-Länder die wenig schmeichelhafte Bezeichnung Pi(i)gs (Schweine), womit die stark gefährdeten Staaten Portugal, Irland, (Italien), Griechenland und Spanien gemeint waren. Durch den europäischen Rettungsschirm ließ sich die Lage zwar etwas beruhigen, die Finanzkrise in den Staatshaushalten schwelte weiter, nicht nur in den Ländern der Eurozone sondern weltweit, auch in den bedeutenden Ländern Großbritannien, Japan und den USA.

Die Staatsschuldenkrise engte den Spielraum für weitere Staatsinterventionen ein. Dies war ein mächtiger Bremsklotz für eine Fortsetzung der keynesianischen Wirtschaftspolitik. Hinzu kam die Wirtschaftserholung. Mit ihr ging das Bedürfnis des Kapitals nach Staatshilfen mehr und mehr zurück. Vor allem die exportorientierte Kapitalfraktion stellte sich, wie man später noch sehen wird, gegen weitere Konjunkturprogramme. Solche gesellschaftlichen Kräfte reaktivierten den Neoliberalismus zu Lasten einer keynesianisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Gerade erst begonnen, endete der keynesianische Frühling bereits im Jahresverlauf 2010. An die Stelle von Konjunkturprogrammen traten Sparprogramme mit weiteren Sparankündigungen, die allesamt auf eine drastische Reduzierung der staatlichen Neuverschuldung abzielten.

In Deutschland feierte der Neoliberalismus einen politischen Erfolg, indem er die öffentliche Meinung zu beeinflussen half, dass der Bundestag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit die Schuldenbremse im Grundgesetz verankerte. Diese Regelung besagt, dass der Bund und die Länder "grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten" auskommen müssen. Für den Bund bedeutet dies, dass er ab dem Jahre 2016 maximal 0,35 Prozent des BIP an neuen Schulden aufnehmen darf.

c) Zur Einmütigkeit in der Politik des Kapitals

Wir haben gesehen, wie auf dem Höhepunkt der Krise alle besitzenden Klassen und sämtliche Kapitalfraktionen in dem Ziel geeint waren, das kapitalistische System zu retten und eine Entwertungsspirale des Kapitals zu verhindern. Als die europäischen Staatschefs am 13. Oktober 2008 ihre Rettungspläne vorstellten, sagte Merkel: „Der

⁴⁵ Beinahe-Staatsbankrotte gab es in Island (2008), Ungarn (2008), Lettland (2009), Ukraine (2009), Griechenland 2009/2010. Vergleiche dazu Grandt (2010), S. 135ff

Staat ist der Hüter der Ordnung“. Und kaum jemand zweifelte daran, dass ohne die Rettungsaktionen der gesamte Kapitalismus in einen Abwärtsstrudel geraten wäre.

Es gab keine Alternative weder für den Staat noch für die besitzenden Klassen. Es herrschte ein breiter Konsens. Diese Einmütigkeit in der Politik des Kapitals spiegelte sich in einem einheitlichen Urteil der Massenmedien wider, was wiederum dazu führte, dass die Öffentlichkeit der gleichen Meinung war.

Während dieser dramatischen Wochen brauchten sich die besitzenden Klassen und die verschiedenen Kapitalfraktionen gar nicht erst zu formieren, um ihre Interessen politisch zur Geltung zu bringen. Es gab keine Interessen auszugleichen. Die Dinge, die zu tun waren, drängten die Märkte den politischen Akteuren auf. Und was sie ihnen aufdrängten entsprach ihrem Interesse, weitere Entwertungsprozesse ihres Kapitals politisch zu blockieren.

Sachzwänge

Es gab während jener Wochen kritische Momente, die Licht brachten in das innere Verhältnis von Ökonomie und Politik. Als beispielsweise Kanzlerin Merkel am 5. Oktober 2008 zu einer Krisensitzung in Paris eilte, erzählte ihr Nicolas Sarkozy, dass er nachts um 4 Uhr 30 aus dem Bett geklingelt worden sei: Monsieur le Président habe jetzt zwei Stunden Zeit, um ein Finanzinstitut zu retten, sonst vollstrecke der Markt das Todesurteil. Dabei schwang die Drohung mit, dass ein solches Todesurteil mit großer Wahrscheinlichkeit eine Kettenreaktion auslösen würde, die das gesamte Finanzsystem wie ein Kartenhaus zusammenbrechen ließe. Die Politik erwies sich hier als der Exekutor ökonomischer Notwendigkeiten. So erging es natürlich nicht nur dem französischen Präsidenten, vergleichbare Szenen spielten sich überall ab. Die Sachzwänge kapitalistischer Ökonomie schrieben der Politik ihr Handeln vor.

Es hätte systeminkonformer Mittel, letztendlich der Abschaffung des kapitalistischen Marktsystems bedurft, um aus dieser sachlichen Zwangsgewalt der Märkte herauszutreten. Hätte man dies wirklich ernsthaft von einer Regierung erwarten können, die gewohnt war, systemkonform zu handeln und die auch so handeln musste, weil sie selbst, mit ihrem Handlungspotential in diesem Marktsystem wurzelte? Die Regierung tat also das, was der stumme Zwang der Märkte ihr im Interesse der besitzenden Klasse abverlangte.

Politik ohne Opposition

Es konnte also gar keine ernsthafte Opposition gegen die staatlichen Rettungsaktionen geben. Alle Angehörigen der besitzenden Klassen hielten in der Stunde der Not zusammen, sahen den Ernst der Lage, wussten, dass es zu der Rettung des Kredit- und Bankensystems keine Alternative gab, jedenfalls keine innerhalb des kapitalistischen Systems. Diesen bürgerlichen Horizont zu überschreiten, dazu waren sie nicht berufen. Ihr Interesse stand dem entgegen, aber auch ihre gesamte Lebensweise, die sich luxuriös und machtvoll über die der Lohnabhängigen erhob. Ihr Bewusstsein ließ keine wirkliche Alternative zu, da es die bürgerlichen Lebensformen als naturwüchsig, als ewig gültig empfand und das unmittelbare Interesse tiefere Einsichten verhinderte.

Die Lohnabhängigen spielten in dieser Schicksalsfrage des Kapitalismus keine eigenständige Rolle. Sie hatten sich durch den Gleichklang der öffentlichen Medien in den Selbstbehauptungskampf des Kapitals integrieren lassen oder verhielten sich passiv dazu. Die Gewerkschaften und Parteien, die in ihrem Namen auftraten, zeigten sich mit den besitzenden Klassen erstaunlich solidarisch und akzeptierten alle großen Maßnahmen, die der Staat zur Rettung des Kapitalismus vorschlug und verordnete.

Die im Parlament vertretenen Parteien stellten sich in dieser Schicksalsstunde mit großer Selbstverständlichkeit in den Dienst des Kapitals. Es gab weder eine prinzipielle Kritik an der Rettung der Großbank Hypo Real Estate (HRE), die als systemisch relevant eingestuft wurde und deshalb nicht Pleite gehen durfte, noch an

dem Rettungsschirm, den die Regierung über das kapitalistische System spannte. Es fehlte jegliche „demokratische Aufregung“ darüber, dass die Aktionen der Bankenunterstützung intransparent blieben, dass die große Koalition das Budgetrecht aushebelte und so, wie Harald Schumann es formulierte, „die völlige Entmachtung des Parlaments erzwungen“ hatte.⁴⁶

In der Stunde der Gefahr war die Opposition nicht mehr präsent. Man war sich einig, dass der Kapitalismus unbedingt überleben musste. Dem Ziel hatte sich alles Weitere unterzuordnen. Die „Solidarität der demokratischen Parteien“ erwies sich als eine heilige Allianz zur Rettung des Kapitalismus. Vor dieser großen Herausforderung lösten sich alle Streitpunkte der Parteien ins Nichts auf. Unterschiede, die gerade in Wahlkampfzeiten zum Richtungsstreit verklärt worden waren, erwiesen sich als völlig belanglos, als es um die große Frage von Sein oder Nichtsein des Kapitalismus ging. Weder die Grünen noch die Linkspartei stellten die Rolle des Staates am Krankenbett des Kapitalismus in Frage. Der Neoliberalismus, der seit etwa 30 Jahren die Wirtschaftspolitik mehr und mehr bestimmt hatte, war plötzlich nicht mehr präsent, als es um solche gigantischen Staatsinterventionen ging. Alles schien möglich. Selbst Verstaatlichungen, die zuvor als sozialistischer Gewaltakt verteufelt worden waren, galten nicht mehr als ökonomisch verwerflich, wenn solche Maßnahmen nur halfen, die kapitalistische Ordnung zu retten. Vor diesem Richterstuhl verlor selbst das Privateigentum seine Heiligkeit. Niemand protestierte, als der Staat auf dem Höhepunkt der Krise das gesamte Finanzsystem praktisch unter seine Kontrolle stellte. Die Planwirtschaft hatte für kurze Zeit gesiegt über das Chaos der Märkte, eine Planwirtschaft jedoch, die innerhalb und zur Rettung des kapitalistischen Systems stattfand.

4. Hauptakteure in der Politik des Kapitals

Bislang war einfach nur von Kapital und Kapitalinteressen die Rede, ohne dass wir die Sonderinteressen samt der Geschäftsumstände, die sie hervorriefen, genauer betrachteten. Bei den bereits angesprochenen Fragen der allgemeinen Existenzsicherung des Kapitals spielten die Besonderheiten auch keine Rolle, da alle Fraktionen und alle besitzenden Klassen des Kapitals durch das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer geschäftlichen Voraussetzungen und an der Sicherung ihres Vermögens miteinander vereint waren. Sobald aber diese allgemeine Interessenebene des Kapitals verlassen wurde und an die Stelle der allgemeinen Existenzsicherung eine Politik zur Absicherung oder Förderung von nur Teilen des Kapitals trat, machten sich Sonderinteressen geltend, die in Konkurrenz zu anderen standen. Da dieser kontroverse Sektor einen wichtigen Bestandteil der Politik des Kapitals bildete, ist eine Charakterisierung der Hauptparteien unerlässlich.

Die besitzenden Klassen unterschieden sich voneinander durch ihre jeweilige ökonomisch-funktionale Rolle im Prozess gesellschaftlicher Reichtumsproduktion. Vom Standpunkt des tatsächlichen Reproduktionsprozesses teilte sich ihr Vermögen in das fungierende Kapital, das im Prozess der Warenproduktion und der Warenzirkulation als Industrie-, Dienstleistungs- oder Handelskapital tätig war, in das zinstragende Kapital und in das damit in gewisser Weise verwandte, geschäftlich genutzte Grundeigentum.

a) Unternehmer

Im Zentrum des Krisengeschehens standen die Unternehmen. Sie setzen das Vermögen, ihr eigenes und das der anderen als Kapital ein, um es unter Anwendung von Lohnarbeitern als Kapital zu verwerten. Auf diese Weise organisierten sie den Prozess der Reichtumsproduktion als einen Prozess der Verwertung des Kapitals. Mit Verwertung ist die Erhaltung und endlose Vermehrung des als Kapital eingesetzten Vermögens gemeint. Diese Vermehrung zeigte sich in unterschiedlichen Formen, als Vermehrung von Unternehmensgewinnen und Managervergütungen, als Zahlung von

⁴⁶ Harald Schumann, „Bankenrettung“, im Tagesspiegel vom 21.8.09

Zins, Dividenden, Pacht, Mieten etc. Geling es dem Unternehmer nicht, sein eingesetztes Kapital in diesen Formen zu verwerten, lief er Gefahr, niederkonkurriert zu werden.

Als Vertreter eines solchen Kapitals fungierte der Unternehmer als „Kapitalist“, als ein mit Willen begabtes Einzelkapital, das im Prozess von Warenproduktion und Warenzirkulation engagiert war. Wenn im vorliegenden Buch gelegentlich von „Handlungen des Kapitals“ die Rede ist, dann ist das nur eine Kurzform für die aus der Kapitalbewegung selbst hervortretenden Notwendigkeiten, die der Unternehmer als Träger der Kapitalbewegung in Handlungen umsetzte bzw. in seinem Namen umsetzen ließ. Seine Funktionen bestanden in sämtlichen Operationen, die zur Erholung und Vermehrung des Kapitals erforderlich waren. Eine Alternative dazu gab es nicht, wollte er Unternehmer bleiben. Seine persönlichen Absichten spielten in diesem Prozess eine untergeordnete Rolle. Die Bestimmungen des Kapitals, die er zu vollziehen hatte, traten ihm in der Konkurrenz als äußerer Zwang gegenüber. Unter diesen Bedingungen suchte er nach Möglichkeiten, sein Kapital besser zu verwerten als die Konkurrenz. Indem er so verfuhr, fungierte er nicht nur als Charaktermaske seines Kapitals, das die Bestimmung der eigenen Verwertung in sich trug, er zwang zudem die Konkurrenz dazu, die besseren Verwertungsmöglichkeiten gleichfalls anzuwenden.

Die Kapitale besaßen je nach Ort, an dem sie wirkten, und je nach Funktion, die sie im Reproduktionsprozess verrichten, Partikularinteressen, die eine Grundlage von vorübergehenden oder dauerhaften Interessenkoalitionen, auch Kapitalfraktionen genannt, bildeten. Handelskapitale besaßen andere Interessen als industrielle Kapitale, Einzelhändler andere als Großhändler, Händler bzw. Industrielle einer Region hatten andere Interessen als die entsprechenden Kapitale anderer Regionen und Branchen. Großkonzerne hatten wiederum andere als Kleinunternehmen, stark exportorientierte Kapitale standen häufig in Währungsfragen und in konjunkturpolitischen Fragen in einem Gegensatz zu den binnenmarktorientierten Kapitalen.

Bei allem Streit, der zwischen solchen Kapitalfraktionen stattfand, vereinte sie ein gemeinsames Ziel, ihr Kapital zu erhalten und möglichst stark zu vermehren. Ihr allgemeines Interesse war die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses selbst; ihr gemeinschaftliches Interesse bestand in der Verbesserung der Verwertung ihres Kapitals.

Solche Kapitalfraktionen waren nicht durch fest gefügte Produktionsbedingungen gegeneinander fixiert.

b) Geldvermögensbesitzer

Mit dem Unternehmer haben wir den Hauptakteur in der Politik des Kapitals gekennzeichnet. Er erscheint uns schon deshalb als der treibende Faktor, weil er mit der Organisation der Reichtumsproduktion die Verwertung aller Vermögen bewerkstelligt. In seiner Existenzweise wurzeln deshalb auch die anderen besitzenden Klassen.

Zunächst einmal setzt der Unternehmer zum überwiegenden Teil Fremdkapital ein.⁴⁷ Er leiht sich selbst dann Geld, wenn er als Eigentümer-Unternehmer über eigenes Kapital verfügt. Die Kreditaufnahme ist für ihn nicht nur wichtig, weil er damit seine Eigenkapitalrendite steigern kann, sondern auch, weil die Konzentration der Produktionsmittel einen solchen Umfang angenommen hat, dass sie den Einsatz von Kapital anderer, von gesellschaftlichem Kapital, unbedingt erfordert.

Dieser gesellschaftliche Charakter des kapitalistischen Privateigentums tritt noch stärker bei der Aktiengesellschaft hervor, in der selbst das Eigenkapital die direkte Form von Gesellschaftskapital besitzt, d. h. aus dem Kapital direkt assoziierter Individuen besteht. In ihr ist der Unternehmer auf einen bloßen Funktionär des

⁴⁷ Nach einer Auswertung der Unternehmensbilanzstatistik durch die Deutsche Bundesbank betrug in 2008 die Eigenkapitalquote (Eigenmittel in Prozent der Bilanzsumme) im Durchschnitt aller Unternehmungen 25,5 Prozent; von 2006 bis 2008 lag die Quote bei durchschnittlich 24,9 Prozent. Monatsbericht vom Januar 2010

Kapitals reduziert. Die Vorstellung, der Unternehmer setze sein eigenes, durch eigene Arbeit erworbenes Vermögen ein, ist hier ad absurdum geführt. Kapitaleigentum und Kapitalfunktion sind vollständig voneinander getrennt.

Zum Begriff „Geldkapitalist“

Geldvermögensbesitzer, die Geld als ihr Geschäftsmittel, d. h. als Kapital leihweise fortgeben, fungieren als Geldkapitalisten. Die Verwertung des Werts ist ihr geschäftlicher Zweck, nicht der Konsum, auch nicht ein künftiger Konsum, wie er beispielsweise von Lohnabhängigen vorbereitet wird, die durch „Verzicht auf Gegenwartskonsum“ kleine Teile ihres mühevoll erarbeiteten Geldeinkommens bei Banken, Bausparkassen etc. hinterlegen und dafür Zinsen erhalten, die meist so niedrig sind, dass dabei nach Steuer- und Inflationsabzug ein realer Verlust herauskommt.

Solche Sparguthaben erhalten aber eine neue Qualität, sobald sie von Kapitalsammelstellen wie Banken, Fonds, Versicherungen, Vermögensverwaltungen etc. massenhaft konzentriert werden. Sie verwandeln sich ebenso in Kapital, allerdings in Geldkapital, wie sich zersplitterte, handwerkliche Produktionsmittel in Kapital verwandeln würden, sobald sie konzentriert und als Mittel der Verwertung eingesetzt werden. Geldkapitalisten als die Träger eines solchen Geldkapitals verwerten das Geldvermögen nicht dadurch, indem sie selbst als Unternehmer im Reproduktionsprozess tätig werden, sondern sie verwerten es als Finanzier, indem sie es anderen gegen Zins oder in anderer Weise zur Verfügung stellen. Mit der Fortentwicklung des Kreditsystems entstehen daraus tausend Quellen plötzlicher Bereicherung, die spekulativ genutzt werden. Die Einseitigkeit ihres Vermögens lässt die Geldkapitalisten besonders sensibel gegenüber einer Entwertung des Geldkapitals durch Inflation werden.⁴⁸ Ihr Interesse, die größtmögliche Verwertung des Geldkapitals, schließt das Interesse an einen stabilen Geldwert ein.

Gier

Die schrankenlose Selbstverwertung des Kapitals tritt den Geldkapitalisten als ihr Motiv ins Bewusstsein, treibt sie an, weckt ihre Leidenschaft, macht sie gierig, so dass sie „Maß und Mitte“⁴⁹ verlieren, nicht weil sie an sich – bedingt durch die Gene⁵⁰ - gierige Menschen wären, sondern weil sie eine Sache vertreten, worin diese Gier in Gestalt einer möglichst hohen Verwertung gesellschaftlich gesetzt wird.⁵¹ Diese kapitalgetriebene Gier artikuliert sich im Ringen um eine möglichst hohe Verzinsung des Geldkapitals, wie andererseits die Gier des Industriellen nach niedrigen Zinskosten drängt. Hier haben wir die Sonderinteressen zweier

⁴⁸ Hier bleibt unberücksichtigt, dass Werte nicht nur in der Form des Geldes sondern auch in Warenform (Mietshäuser etc.) verliehen werden können. Das Interesse an einem stabilen Geldwert ist dann weniger stark ausgeprägt als beim eigentlichen Geldkapitalisten.

⁴⁹ Versuche, die Gier zu verdammen, sie moralisch-theologisch einzudämmen, gehören zu den vergeblichen Anstrengungen von Politikern, Moralisten, Theologen, Soziologen etc. Wird die Gier zur Ursache der Wirtschaftskrise gemacht, dann nicht in der Weise, dass man die ökonomischen Voraussetzung dieser Gier thematisiert, sondern indem man die Gier in eine menschliche Schwäche verwandelt, wodurch das angeblich so intakte Marktsystem gefährdet werde.

⁵⁰ In den sieben Thesen des Frankfurter Zukunftsrates zur Neuroökonomie vom Juni 2009 heißt es unter These vier: „Die Gier im Finanzverhalten ist genbedingt“. Der Zukunftsrat empfiehlt deshalb, Menschen mit genbedingter Finanzgier nicht in Führungspositionen einzusetzen. (http://www.presseportal.de/pm/75963/1425052/frankfurter_zukunftsrat_e_v).

⁵¹ „Blutgier, Geldgier, Habgier, Raffgier: Was treibt Menschen an, die den Hals nicht voll bekommen, gegen Regeln verstoßen oder korrupt sind,“ schrieb das Handelsblatt in einer Buchbesprechung am 16.11.2007 und listete eine Reihe Bücher auf, die allesamt darauf hinausliefen, die kapitalistische Ursachen der Gier auszublenken. Das menschliche Gehirn, so die allgemeine These, giert nach Gewinnen, weil sich dann Glücksgefühle einstellen, mit der Konsequenz, dass die Gewinn-Gier grenzenlos sei, vergleichbar mit dem Drogenkonsum. Das Belohnungszentrum des Gehirns, nicht das Kapitalverhältnis soll die Quelle der Gier sein. Gier wird als „Regelverstoß“ von Menschen interpretiert, nicht aber als eine durch die Regeln der Kapitalbewegung vorgegebene Verhaltensnotwendigkeit.

Kapitalklassen, die uns im nächsten Kapitel näher beschäftigen werden. Auf dieser Ebene steht dann Interesse gegen Interesse.

Vom Kapital her gesehen treten also zwei verschiedene ökonomisch-funktionale Bestimmungen hervor: Auf der einen Seite stehen die fungierenden Kapitalisten, die als Produzenten, Dienstleister oder Händler wirkliche Funktionen im Reproduktionsprozess verrichten, auf der anderen Seite stehen die Geldverleiher, die das Geld als Kapital zur Verfügung stellen ohne im Reproduktionsprozess selbst tätig zu sein. Die grundlegende Trennung in verleihende Geldkapitalisten und fungierende Kapitalisten führt zur Aufspaltung des von der Unternehmung erzielten Profits in Unternehmergewinn/Unternehmerlohn einerseits und in Zins/Dividende andererseits. Beide Kapitalgruppen konkurrieren um die Höhe ihres jeweiligen Anteils.

Es handelt sich hier aber nicht, wie im Falle des Konflikts innerhalb des nichtfinanziellen Unternehmenssektors, um Kapitale der gleichen Art, deren Interessenunterschied etwa aus den verschiedenen Absatzschwerpunkten ihrer Waren hervorgeht, sondern um Kapitale, die unterschiedliche Rollen im Wirtschaftsleben spielen und deren Unterschied in gewisser Weise einen Klassenunterschied mit dauerhaft gegensätzlichen Interessen markiert. Solche klassenmäßig bestimmten Kapitalfraktionen sind zu unterscheiden von denjenigen, deren Partikularinteressen nicht durch fest gefügte Produktionsbedingungen fixiert werden und wo oftmals die jeweilige Situation darüber entscheidet, welche Kapitalgruppierungen sich zusammenfinden.

Banken und Finanzinvestoren

In den Banken konzentrieren sich die Zahlungsströme, die Depositen, die Geldreserven und die Geldersparnisse bzw. das augenblicklich unbeschäftigte Geld aus den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft. Technische Operationen, die mit den verschiedenen Funktionsweisen des Geldes (Einkassieren, Auszahlungen, Aufbewahrung der Reservefonds der Geschäftsleute, Umtausch in andere Währungen etc.) zusammenhängen, vermischen sich mit Kreditoperationen und werden dadurch fortentwickelt.⁵² Die Banken verwandeln die ihnen zufließenden Gelder in verleihbare, zinstragende Geldkapitale, die sie ihren Kunden als Kredit in unterschiedlicher Höhe und zu unterschiedlichen Konditionen zur Verfügung stellen. In der Hand der Banken werden selbst kleine Geldbeträge, die für sich genommen gar nicht als Geldkapital wirken könnten, in verleihbares Geldkapital verwandelt. Dadurch entsteht eine neue Geldmacht, über die die Banken verfügen. Die Banken sind also nicht nur bloße Vermittler von Kreditgeschäften, sie treten deshalb auch nicht nur als ein Repräsentant der Geldverleiher dem Kreditsuchenden Publikum gegenüber, sondern sie operieren zugleich als eigenständige Geldkapitalisten, die über einen großen Teil des gesellschaftlichen Kapitals verfügen.

Zu ihren Geschäften gehören das Einlagen- und Kreditgeschäft, die technische Abwicklung des Zahlungsverkehrs, der Kommissionshandel, die Platzierung von Aktien und Anleihen auf den Primärmärkten, die Konstruktion und Ausgabe von Derivaten, Zertifikaten und von anderen kombinierten Produkten, der Eigenhandel von Wertpapieren und Derivaten verschiedenster Art auf den Sekundärmärkten, die Vorbereitung und Durchführung von Fusionen und Übernahmen (Mergers and Aquisitions, M & A).⁵³ Das Bedürfnis von Industrie und Handel, sich gegenüber Preisschwankungen verschiedenster Art durch entsprechende Absicherungsgeschäfte zu schützen, sowie das Bedürfnis, sich auf dem Kapitalmarkt neues Kapital durch Emission von Aktien und Anleihen zu besorgen oder Fusionen bzw. Übernahmen zu organisieren und zu finanzieren, bildet hier die allgemeine Grundlage. Das durch Banken- und Anlegerinteressen hoch gezüchtete

⁵² Diese Seite des Kreditwesens schließt sich an die technischen Operationen des Geldhandels nicht nur an, sondern entwickelt sie fort, sobald sie mit dem Kreditgeschäft verbunden werden. Näheres dazu bei Marx, MEW 25, Kapitel 19 und 25.

⁵³ Einzelheiten dazu u. a. bei Huffschmid (2002)

Investmentbanking verschmilzt mit dem Einlagen- und Kreditgeschäft und schafft eigene Finanzinstrumente.

Die Banken sind eng mit einer Reihe Finanzinvestoren wie Versicherungen, Vermögensverwaltungen, diverse Fondsgesellschaften etc. verbunden, die auf andere Weise Geld einsammeln, es zu größeren Beträgen konzentrieren, um es auf die eine oder andere Art als Geldkapital fortzugeben. Je nachdem wie sie das Geld anlegen, ob in direkte Unternehmensbeteiligungen, Aktien, Staats- oder Unternehmensanleihen, ob in Derivaten, Rohstoffen oder Währungen, entstehen weitere Sonderinteressen. Immer konzentriert sich hier auch das Interesse der Geldkapitalisten, das darin besteht, das Geldkapital gegen möglichst hohen Zins auszuleihen.

Mit dem Geld- und Kreditsystem, das durch den öffentlichen Kredit eine wichtige Grundlage und Steigerungsstufe erhält, entwickelt sich eine Vielzahl von Kreditformen und Kreditinstrumenten, von denen etliche an den Börsen gehandelt werden. Alles zusammen bildet den Finanzsektor, im Unterschied zum Sektor des im wirklichen Reproduktionsprozess fungierenden Kapitals. Neben den zahlreichen technischen Operationen, die Geld- und Kreditverkehr mit sich bringen, konzentrieren sich im Finanzsektor einerseits das zu verleihende Kapital in Geldform und andererseits diverse Schuld- und Eigentumstitel auf das bereits fortgegebene Kapital, wie Staats-, Unternehmens-, Bankanleihen, Aktien, Derivate etc. All diese Formen des Geldkapitals subsumieren wir unter den Begriff des Finanzkapitals. Die Träger des Finanzkapitals bezeichnen wir als die Klasse der Geldkapitalisten, manchmal auch als Finanzaristokratie, um an die müßig-parasitäre Seite dieses Verhältnisses zu erinnern.

High-Net-Worth Individuals (HNWI)

Nach Berechnungen des Global Wealth Report, vorgestellt im September 2010, betrug das Weltgeldvermögen Ende 2009 gut 82 Billionen Euro; 84 Prozent davon entfielen auf die USA (39 Prozent), Westeuropa (31 Prozent) und Japan (14 Prozent). Das deutsche Geldvermögen betrug 4,7 Billionen Euro.

Der World Wealth Report 2011 von Capgemini und Merrill Lynch weist insgesamt 11 Millionen Personen mit einem Geldvermögen (ohne Eigenheim) von mehr als einer Million aus; davon leben 924.000 der als High-Net-Worth Individuals (HNWIs)⁵⁴ bezeichneten Personen in Deutschland. Das Vermögen ist hoch konzentriert: Lediglich 0,9 Prozent (103.000 Personen) aller Millionäre besitzen mehr als 30 Millionen Dollar in Form von nicht selbst genutzten Immobilien, Wertpapierdepots, Luxusgütern und Sammlerobjekte. Auf dieses „ultrareiche“ Segment der Klasse der Millionäre (Ultra-HNWIs) entfällt mehr als 36 Prozent des Vermögens, das für alle Millionäre 42,7 Billionen Dollar betragen soll.⁵⁵

Nach Zahlen von Merrill Lynch besitzt in den Industrieländern etwa ein Prozent der Haushalte rund die Hälfte des gesamten Geldvermögens. Angelegt in Kapitalsammelstellen verfügen die Anlageunternehmen zugleich über einen Großteil der übrigen Geldvermögen. Ende 2007 entfielen vom Geschäftskapital wohlhabender europäischer Familien im Durchschnitt 34 Prozent direkt auf Aktien, 17 Prozent auf „reale Anlagen“ wie Immobilien, Rohstoffe, 16 Prozent auf Private Equity, 14 Prozent auf Hedge-Fonds, 13 Prozent direkt auf Renten, 5 Prozent auf Geldmarktpapiere (Rest Sonstiges).⁵⁶

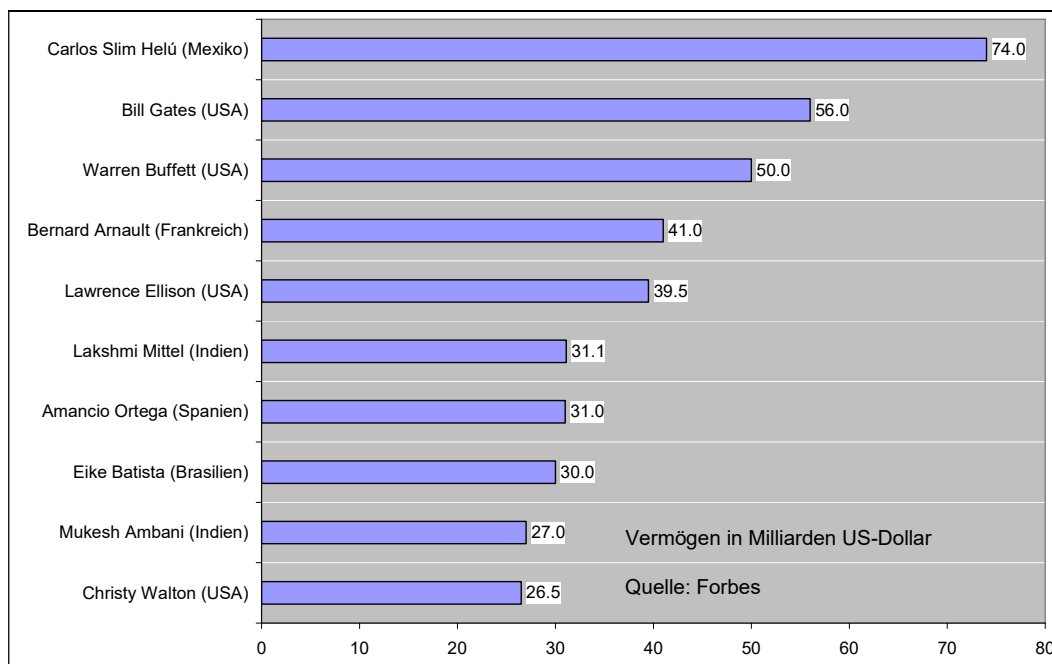
Die Forbes-Liste von März 2011 weist 1210 Dollarmilliardäre aus. Zu den drei Reichsten gehören der Telekommunikations-Unternehmer Carlos Slim Helú (Mexiko, 75 Milliarden Dollar), der Microsoft-Gründer Bill Gates (USA, 56 Milliarden Dollar) und

⁵⁴ Zu den High-Net-Worth Individuals werden meist Personen mit einem verfügbaren Finanzvermögen (abzüglich Schulden) von mehr als einer Million US-Dollar gezählt. Selbst genutzter Immobilienbesitz oder andere genutzte Sachvermögen sind darin nicht enthalten. Genaue Messungen liegen nicht vor. Die Anzahl der Millionäre ergibt sich aus ungefähren Schätzungen, die je nach Quelle voneinander abweichen können.

⁵⁵ http://www.capgemini.com/services-and-solutions/by-industry/financial-services/solutions/wealth/state_world_wealth/

⁵⁶ Hoch lebe Private Equity, in: FAZ vom 25.9.2010, S. 23.

der Kapitalanlage-Unternehmer Warren Buffett (USA, 50 Milliarden Dollar). Reichster Deutscher ist der Aldi-Gründer Karl Albrecht, der mit schätzungsweise 25,5 Milliarden Dollar auf Platz zwölf kommt. Alle Milliardäre zusammen besitzen rund 4,5 Billionen Dollar.



Grafik 6: Die zehn Reichsten der Welt

Das Geschäftskapital solcher privater Geldkapitalisten wird je nach Größenordnung entweder durch Banken in der Abteilung „Wealth Management“ oder in einem Family Office gemanagt. Dieser Markt gilt als sehr intransparent. Für größere Vermögen von mindestens 500 Millionen Euro lohnt sich ein Single Family Office. Über ein solches privates Anlageunternehmen verfügen beispielsweise die Familien Haniel, Thurn und Taxis, von Rautenkranz, Henkel und Brenningmeyer.⁵⁷

c) Grundeigentümer

Der Unternehmer benötigt für seine geschäftlichen Operationen Immobilien, über die er entweder selbst als Eigentümer verfügt oder deren Besitz er sich durch Pacht- bzw. Mietverträge sichern muss. Mietet bzw. pachtet er die Immobilien, dann muss er aus seinem Bruttoüberschuss nicht nur Zinsen oder Dividenden bzw. andere Formen der Ausschüttung auszahlen, sondern zugleich die Ansprüche von Land- und Immobilienbesitzern bedienen. Auf diese Weise realisiert der Grundeigentümer kraft seines Eigentums am Grund- und Boden ein Einkommen in Form von Pacht, Miete etc.

Auf den ersten Blick gibt es weit reichende Gemeinsamkeiten zwischen den Finanzaristokraten, die ihr Geld, und den Grundeigentümern, die ihren Grund und

⁵⁷ Hanno Mußler, „Die Abwehrstrategie der deutschen Banken, in: FAZ vom 10.9.2010; Die Zeit vom 2.9.2010. Das klassische Family Office entsteht im Umfeld einer Unternehmerfamilie. Sozialforscher Thomas Perry schätzt, dass rund die Hälfte der deutschen Millionäre den Großteil ihres Reichtums als Unternehmer oder Freiberufler verdiente. Etwa ein Drittel ist durch Erbschaft an den Reichtum gelangt. Nehmen wir als Beispiel die Harald-Quandt-Vermögensverwaltung in Bad Homburg. Hier bündelt sich das Vermögen der Nachfahren des Industriellen Harald Quandt, zum Teil in geschäftlichen Partnerschaften mit anderen Geldkapitalisten. Nach dem frühen Unfalltod Harald Quandts und dem Tod seiner Witwe wurden die Industriebeteiligungen, darunter die Industriewerke Karlsruhe verkauft. Dort liegt die Quelle des heutigen Anlagekapitals, das nun in anderer Form fortexistiert. Das gemanagte Vermögen beträgt über 10 Milliarden US-Dollar und ist auf mehrere Tochtergesellschaften verteilt, die Standorte in Europa, Amerika und Asien besitzen. Family Offices und die entsprechenden Wealth-Management-Abteilungen der Banken sind Anlageunternehmen, professionell geführt, soweit überhaupt möglich aber immer den Schein wählend.

Boden anderen als Geschäftsmittel zur Verfügung stellen. Beide erhalten sie Einkommen durch einfaches Bereitstellen ihres Vermögens, während der fungierende Kapitalist das Vermögen als Kapital im Industrie-, Handels- oder Dienstleistungssektor wirklich anwenden muss.

Heute, wo aller adlige Schein vom Grundeigentum gewichen ist, da Grundeigentum kein Privileg mehr für den Eigentümer beinhaltet sondern wie eine normale Ware gehandelt wird⁵⁸, sind Finanzaristokratie und Grundeigentümer noch in anderer Weise zusammengerückt. Vom Standpunkt des Geldeigentümers werden der Kauf von Immobilien, Aktien, Anleihen etc. als alternative Anlageformen behandelt. Besonders offensichtlich ist dies bei offenen Immobilienfonds. Der Eigentümer kann je nach Art des Fonds und Marktlage seine Anteile mal mehr Mal weniger rasch verkaufen, so dass eine solche Anlage sich formell kaum noch unterscheidet von der Anlage in einem Anleihe- oder Aktienfonds.

Dass der Geldbesitzer als Käufer eines Immobilienfonds zum gesellschaftlichen Grundeigentümer⁵⁹ wird, ist ein Umstand, der ihn praktisch nur soweit interessiert, wie davon Rendite, Sicherheit und Liquidität seiner Geldanlage abhängen. Aus seiner oberflächlichen Sicht der Geldanlage führen die verschiedenen Anlageformen zu durchaus vergleichbaren Geldeinnahmen.⁶⁰ Umso mehr neigt er dazu, alle gleich zu setzen.

Die Gemeinsamkeiten reichen weiter: Grundrente und Zins sind in vergleichbarer Weise „arbeitslose Einkommen“. Beide Einkommensbezieher stehen im Gegensatz zum fungierenden Kapital, von dem sie Zins, Dividende bzw. die Grundrente (Pacht etc.) erhalten. Was hier Einkommen ist, bedeutet dort Abzug vom Überschuss, also Verminderung des Unternehmergewinns bei Industriellen, Händlern und Dienstleistern.

Trotz solcher Gemeinsamkeiten kommen Unterschiede bereits dadurch herein, dass die Höhe des Zinsfußes auf andere Weise bestimmt ist als die Höhe der Grundrente. Auch steht der Grundbesitzer nicht im Gegensatz zum fungierenden Kapital insgesamt, sondern nur zum Pächter; er ist, wie Marx das Verhältnis bereits begrifflich fassen konnte, „der stille Gesellschafter des Kapitalisten.“⁶¹ Ist der Grundbesitz seiner Gebrauchswertbeschaffenheit (Fruchtbarkeit und Lage des Bodens) nach etwas Spezifisches, so ist das Geldkapital, das der Finanzaristokratie als Einkommensquelle dient, etwas Gleichförmiges, Homogenes. Die Finanzaristokratie ist entsprechend stärker in den Weltmarkt integriert als der Grundbesitzer, der schon deshalb national orientiert bleibt, weil die Verwertung seines Grundeigentums eng an das Schicksal des nationalen Standorts geknüpft ist. Sein ökonomischer Erfolg hängt vom allgemeinen Erfolg des jeweiligen nationalen Kapitals ab. Und je mehr das Kapital eines Landes akkumuliert und darüber seine Mehrwertmasse vergrößert, umso mehr kann der Grundbesitzer sich bedienen. Soweit der Zins einer solchen Akkumulation im Wege steht, steht er auch der

⁵⁸ Wie das Fallbeispiel Arcandor zeigen wird, konnte dort der Immobilienbesitz ohne weiteres vom fungierenden Kapital abgekoppelt und als Ware an neue Eigentümer verkauft werden. Die Reduktion des Immobilieneigentums auf eine Handelsware ist keineswegs erst eine Erscheinung unserer Zeit. England hatte dem Grundbesitz bereits im 17. Jahrhundert die früheren adligen Verbrämungen soweit abgestreift, dass einer der Gründer der klassischen Politischen Ökonomie, nämlich William Petty (1623 – 1687), einige Grundzüge der bereits modernen kapitalistischen Grundrente analysieren konnte.

⁵⁹ Er ist ein gesellschaftlicher Grundeigentümer, soweit er zusammen mit den anderen Fondszeichnern Eigentümer über ein Stück Land ist, das seine Fondsverwaltung anderen gegen eine Grundrente zur Verfügung stellt. Aber er ist in der Regel auch Eigentümer von Kapital, soweit solches nämlich in dem Stück Land steckt etwa in Gestalt von Miets- oder Kaufhäusern, Büros, Parkhäusern. Die Geldeinnahmen (abzüglich der laufenden Ausgaben), die der Fonds aus der bereitgestellten Immobilie bezieht, sind dann verquickt mit Zinseinnahmen und einem stückchenweise Rückfluss des dort steckenden fixen Kapitals (Abschreibungen).

⁶⁰ Die Kapitalisierung von Grundrente und Zins erwecken den Schein, dass beide Geldeinnahmen in gleicher Weise Resultat eines imaginären Kapitals sind, aus dem dann diese Geldeinnahmen als ganz selbstverständliche Einkommensformen herauswachsen. In einer kritischen Wirtschaftsanalyse, die sich an Marx anlehnt, wird die mit einem Durchschnittszinsfuß kapitalisierte „jede regelmäßig sich wiederholende Einnahme“ als „fiktives Kapital“ bezeichnet. (MEW 25, S. 484) Die kapitalisierte Grundrente ergibt als Ertragswert den Bodenpreis, worin die Rente als der Zähler vorausgesetzt ist. Der Kurs einer länger laufenden Anleihe ist ähnlich bestimmt, nämlich als kapitalisierte Zinseinnahme. Steigt der allgemeine Zinsfuß, dann fallen gewöhnlich Kurs der Anleihe und Bodenpreis, ein weiteres Indiz für den Geldanleger, Grundrente und Zinseinnahmen gleich zu setzen.

⁶¹ Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW 17, S. 342

Vermehrung der Grundrente im Wege, so dass sich hier Interessengegensätze zwischen beiden Klassen ergeben.

d) Bourgeoisie

Unternehmer, Eigentümer des Geldkapitals und Grundeigentümer bilden die drei besitzenden Klassen der Gesellschaft. Gemeinsam ist ihnen, dass ihr Vermögen als Kapital verwertet wird, d. h. dass es erhalten bleibt und einen möglichst großen Überschuss abwirft.

Wie sich bei der Analyse der Krisenereignisse zeigte, bestand zwischen ihnen ein Konsens in der Frage der allgemeinen Existenzsicherung. Die prinzipielle Erhaltung des Kapitals, einschließlich der Erhaltung der damit verbundenen Vermögensarten, war ihr allgemeines Interesse, das sich zusammenfassen lässt als Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Das Verwertungsinteresse des Kapitals bildete die Grundlage für einen weiteren Konsens. Während der großen Krise verfolgten die drei besitzenden Klassen der Gesellschaft das Interesse, die Verwertung ihres Vermögens - die in der allgemeinen Profitrate des Landes ihr Maß hat - zu stabilisieren und soweit wie möglich zu erhöhen. Durch dieses gemeinschaftliche Interesse traten sie nicht nur in einen Gegensatz zum Kapital anderer Nationen⁶², sondern zugleich in einen Klassengegensatz zu ihren eigenen Lohnabhängigen.⁶³ Sie bildeten, wie Marx das allgemeine Klassenverhältnis kennzeichnete, „einen wahren Freimaurerbund gegenüber der Gesamtheit der Arbeiterklasse“, so sehr sie sich auch in ihrer Konkurrenz untereinander als „falsche Brüder“ bewähren mochten.⁶⁴ Sie hatten das gleiche Interesse und den gleichen Gegensatz auszufechten, und waren auf diese Weise eine eigenständige Klasse gegenüber anderen.

Unsere Analyse führt zu einem Klassen-Begriff, der fast schon in Vergessenheit geraten ist und nur noch gelegentlich Verwendung findet⁶⁵. Entlang ihrer gemeinsamen, d. h. ihrer allgemeinen und gemeinschaftlichen Interessen, lassen sich die Besitzenden unter der Kategorie „Bourgeoisie“⁶⁶ zusammenbringen.

Diese Bezeichnung leitet sich von „bourg“ (Burg), Bürger/Bourgeoisie ab. Aus den lokalen Bürgerschaften der einzelnen Städte entstand im Kampf gegen den Landadel allmählich die Bürgerklasse. In Frankreich wurde seit Ende des 16. Jahrhunderts unter Bourgeoisie die wohlhabende besitzende Klasse der Bürger (bourgeois)

⁶² Die Kapitel vier und fünf werden etliche Beispiele für diesen nationalen Gegensatz liefern, hinter dem die auswärtige Konkurrenz verschiedener nationaler Kapitale stand. Jedes Land versuchte, die Krisenlasten ins Ausland zu verschieben bzw. eigene Vorteile gegenüber der auswärtigen Konkurrenz abzusichern.

⁶³ Gegebene Wertzusammensetzung des Kapitals unterstellt, lässt sich die allgemeine Profitrate nur durch eine Erhöhung der Mehrwertrate, d. h. auf Kosten der Lohnabhängigen durch Lohnsenkungen, Erhöhung der Arbeitsintensität und durch Verlängerung der Arbeitszeit steigern. Der Verwertungszwang des Kapitals führt zu einem ständigen gemeinschaftlichen Angriff auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, die auf diese Weise permanent zum Widerstand gezwungen werden. Zu den verschiedenen Methoden der Mehrwertproduktion sei auf das Marxsche Kapital, Band I (MEW 23, Abschnitte III bis V) verwiesen.

⁶⁴ MEW 25, S. 208.

⁶⁵ Zum Beispiel bei Immanuel Wallerstein oder beim britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch (2008), S. 77

⁶⁶ Im achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte schrieb beispielsweise Marx mit Blick auf die verschiedenen Teile der französischen Bourgeoisie: „(Wenn) Orléanisten und Legitimisten ... gegen die andere (Seite) die Restauration ihres eigenen Königshauses durchsetzen wollte, so hieß das nichts anderes, als dass die zwei großen Interessen, worin die Bourgeoisie sich spaltet – Grundeigentum und Kapital -, jedes seine eigene Suprematie suchte. Wir sprechen von zwei Interessen der Bourgeoisie, denn das große Grundeigentum, trotz seiner feudalen Koketterie und seines Racestolzes, war durch die Entwicklung der modernen Gesellschaft vollständig verbürgerlicht.“ (MEW 8, S. 139). Friedrich Engels, der in England die Bourgeoisie nicht nur theoretisch studierte sondern auch praktisch mit ihr verkehrte, schildert in seinem Frühwerk „Lage der arbeitenden Klasse in England“ seine Begegnung mit einem englischen Bourgeois, den er einst durch Manchester führte. Nachdem er ihm den „scheußlichen Zustand der Arbeiterviertel“ gezeigt hatte, sagte der Mann beim Abschied: „And yet, there is a great deal of money made here“. Es ist dem Bourgeois, wie Engels kommentierte, „durchaus gleichgültig, ob seine Arbeiter verhungern oder nicht, wenn er nur Geld verdient.“ Mit aufrechter Empörung schilderte er seine Erfahrungen mit der modernen Bourgeoisie Englands folgendermaßen: „Mir ist nie eine so tief demoralisierte, innerlich zerfressene und für allen Fortschritt unfähig gemachte Klasse vorgekommen. (...) Für sie existiert nichts in der Welt, was nicht nur um des Geldes willen da wäre, sie selbst nicht ausgenommen, denn sie lebt für nichts, als um Geld zu verdienen, sie kennt keine Seligkeit als die des schnellen Erwerbs, keinen Schmerz außer dem Geldverlieren. Bei dieser Habsucht und Geldgier ist es nicht möglich, dass eine einzige menschliche Anschauung unbefleckt bleibt.“ (MEW 2, S. 486f)

verstanden, die sich nach blutigen Kämpfen gegen den Feudalismus schließlich zur herrschenden Klasse erhob.

Ihre allgemeinen und gemeinschaftlichen Interessen, wie sie während der großen Krise zur Geltung kamen, schweißten die Besitzenden zu einer politisch einheitlich handelnden Klasse zusammen. Die entsprechenden staatlichen Eingriffe, die das gemeinsame Interesse der gesamten Bourgeoisie politisch hervorkehrten, bezeichneten wir bereits als die obere Interventionsebene der Politik. Auf dem Höhepunkt der Krise zielten sie vor allem darauf ab, das nationale Gesamtkapital vor einer Entwertungsspirale und vor einer ordnungspolitischen Erschütterung zu schützen.

Demgegenüber wird sich gleich zeigen, dass auf den unteren Interventionsebenen der Politik die Kontroversen innerhalb der Bourgeoisie stärker hervortraten. Dazu gehörten Auseinandersetzungen zwischen den besitzenden Klassen über Fragen der Zinspolitik oder der Manager-Vergütung.

Kapitel 2

Politik des Kapitals im Kräftespiel von Bank- und Industrieinteressen

Die große Krise hatte die Finanzaristokratie, die Klasse der geldverleihenden Kapitalisten, in ihrer Existenz getroffen. Hätten die Staaten nicht derart massiv mit Rettungsschirmen und Einzelhilfen eingegriffen, wäre das von ihr verliehene Kapital vernichtet gewesen. Ein solcher Zusammenbruch des gesamten Kredit- und Bankensystems hätte allerdings auch zu einer Schockstarre in Industrie und Handel geführt. Da das moderne Geld- und Kreditgeschäft auf das Innigste mit dem öffentlichen Kredit verwoben ist, wäre auch der hoch verschuldete Staat in finanzielle Turbulenzen geraten. Man begreift, wie sehr das Interesse des Staates mit dem Interesse der Finanzaristokratie und dem Interesse von Industrie- und Handel zusammenfiel. In der Frage der Rettung des Kreditsystems bestand deshalb breiter Konsens, so dass die Probleme, so weit sie überhaupt lösbar waren, ohne große Kontroversen in Angriff genommen wurden. Gleiches galt für die Konjunkturprogramme, die notwendig waren, nicht nur um den Industriestandort mit dem darin fungierenden Kapital zu schützen, sondern auch, um weitere starke Belastungen für das Kredit- und Bankensystem fernzuhalten. In der Stunde der Not hielten sämtliche Kapitalfraktionen zusammen.

Nachdem die Staatsinterventionen erste Stabilisierungserfolge zeigten, große Kapitalmassen vor der Vernichtung gerettet und die Gefahren eines Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems beseitigt waren, traten die kontroversen Punkte zwischen den Kapitalfraktionen wieder stärker hervor. Die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ kommentierte den Meinungsumschwung folgendermaßen: „In der Panik, die nach dem Crash von 2008 ausbrach, sangen sie alle mit einer Stimme von Washington über Berlin bis Peking: ‚Wir fluten die Wirtschaft mit Geld und Nachfrage, koste es, was es wolle. Nie wieder Weltwirtschaftskrise wie in den Dreißigern‘. Nach der griechischen Fast-Pleite und inmitten einer zögerlichen Erholung ist der Chor zerfallen.“⁶⁷

Dies traf in gleicher Weise für die besitzenden Klassen innerhalb des Landes zu. Aus der einheitlichen Stimme, mit der alle Fraktionen des Kapitals den Staat um Hilfe angerufen hatten, war ein Streitgespräch geworden. Zu den kontroversen Punkten gehörten Fragen, die das ökonomische Verhältnis zwischen der Klasse der Geldkapitalisten mit den Banken als dem institutionellen Mittelpunkt und dem im Reproduktionsprozess engagierten fungierendem Kapital berührten. Bereits frühere Ereignisse – darunter der Börsen-Crash 1987, die fortschreitende Öffnung der Finanzmärkte während der Amtszeit von Alan Greenspan, die Asienkrise 1996/97, der häufig als „New-Economy-Krise“ verharmloste Einbruch der Märkte von 2000/2002, die sich bereits 2006 anbahnende große Krise – hatten genügend Anlässe für diese große Klassenseinwanderung geboten.

⁶⁷ Josef Joffe, Wo Obama irrt, Die Zeit vom 1.7.2010

Als das globalisierungskritische Netzwerk Attac Ende der 90er Jahre die Losung ausrief, „Entwaffnet die (Finanz)Märkte“, hatte der Konflikt zwischen den beiden großen Parteien des Kapitals eine breite Öffentlichkeit erreicht. Im Vordergrund stand das Bedürfnis nach einer Regulierung der Finanzmärkte. Die große Krise verschärfte diesen Streit und schuf einen weiteren Konflikttherd: den Streit um die Höhe der Zinsen und um eine ausreichende Kreditversorgung der Unternehmen.

1. Kampf um die Höhe der Zinsen und um die Bereitstellung von Krediten

Mit ihrer Niedrigzinspolitik hatten die EZB und die anderen Notenbanken äußerlich in die Konkurrenz zwischen der Klasse der Geldverleiher und der Klasse der Kreditnehmer zugunsten letzterer eingegriffen. Als die EZB Anfang Mai 2009 den Leitzins ein weiteres Mal auf nur noch ein Prozent senkte, bemühten sich Bundesbankpräsident Axel Weber und andere Ratsmitglieder der EZB um einen Interessenausgleich. Sie warnten, die Zinsen weiter zu senken. Als Begründung führten sie die Verwertungsbedingungen der verleihenden Geldkapitalisten an: Weitere Zinssenkungen würden Finanzmarktteilnehmer etwa die Geldmarktfonds und Versicherungen in ihrem Neugeschäft stark belasten.⁶⁸

Auf der anderen Seite bildeten solche Belastungen einen profitablen Vorteil für diejenigen, die sich verschulden mussten. Dazu gehörten die fungierenden Kapitale in Industrie und Handel, die zur Fortführung ihres Geschäfts Kredite aufnahmen und dafür möglichst wenig Zinsen zahlen wollten. Da durch die Krise ihr eigener Kredit erschüttert war und zudem Absatzstockungen eine zusätzliche Finanzierung erforderten, blieb während dieser Zeit das Bedürfnis nach Bankkrediten trotz rückläufiger Investitionsfinanzierung groß. Der Streit um die richtige Höhe des Zinses spaltete beide Sorten von Kapitalisten. Er durchzog die wirtschaftspolitische Debatte seit Beginn der Krise, anfangs eher unauffällig, ohne dass die Frontlinien klar wurden, bis sich schließlich Mitte 2009 die Wortführer beider Lager unter dem Stichwort „Kreditklemme“ einen heftigen Schlagabtausch lieferten.

a) Position der Unternehmer im Streit um die Kreditklemme

Die Unternehmer drängten auf eine günstige Kreditvergabe, d. h. auf möglichst viel Kredite zu niedrigen Zinsen. Das war allerdings ein viel zu weit gestecktes Ziel in einer Zeit, als die Krise die Kreditwürdigkeit der Unternehmen in Frage stellte und die Banken das Interesse hatten, sich durch Risikoaufschläge auf den Zins die gewachsenen Ausfallrisiken großzügig bezahlen zu lassen.

Der Chefvolkswirt der Deutschen Industrie- und Handelskammer, Volker Treier, ließ im Frühjahr 2009 keine Möglichkeit aus, die Banken öffentlich aufzufordern, mehr Kredite mit längerer Laufzeit zu vergeben.

Die von der Krise besonders hart getroffene Autoindustrie wurde deutlicher: „Manche unserer Unternehmen haben mit der Kreditversorgung zu kämpfen, erfahren Kürzungen ihrer Kreditlinien und Verteuerungen der Konditionen.“⁶⁹

Ähnliches war von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt zu hören: „Kredite zu erhalten ist schwieriger geworden und teurer“, klagte er in einem Interview des Tagespiegels vom 13. Juli 2009. Es gebe „mehr Bürokratie“ und die Kredite würden „vor allem im längerfristigen Bereich trotz sinkender Leitzinsen immer teurer.“ Ihn ärgere, dass die

⁶⁸ Für die gesamte Finanzaristokratie führten niedrigere Zinsen zu einer Verschlechterung der Verwertung ihres neu anzulegenden Geschäftskapitals; einen gewissen Ausgleich brachte allerdings das bereits in Wertpapieren verliehene Kapital, da sinkende Zinsen dort für Kursgewinne sorgten. Vor allem die Klagen der Lebensversicherer konnte man in den Medien zur Kenntnis nehmen. Für ihre Altverträge mussten sie erheblich höhere Garantiezinsen zahlen, zum Beispiel 4 Prozent für Verträge aus den 90er Jahren. Diese Zinslast zwang zu Engagements in andere Anlageformen, z. B. in ertragsstarke Immobilien. Im Gespräch mit der FAZ (vom 22.12.2010) formulierte Michael Diekmann, Vorstandsvorsitzender der Allianz SE, den Standpunkt der verleihenden Geldkapitalisten folgendermaßen: „Die heute immer noch künstlich niedrig gehaltenen Zinsen sind aus meiner Sicht falsch. Der Ausstieg aus der Droge ‚billiges Geld‘ darf nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.“

⁶⁹ Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, in: FAZ vom 25.6.2009

Banken den niedrigen Zinssatz von einem Prozent nicht an „die reale Wirtschaft“ weiter gäben. Stattdessen würden „zum Teil bereits wieder in erheblichem Umfang Kreditersatzgeschäfte getätigt, um die eigene wirtschaftliche Situation zu verbessern. Das darf nicht sein. Offenbar haben nicht alle aus der Krise gelernt.“

Trotz aller Diplomatie, die in solchen Verbandsmitteilungen immer zum Tragen kam, ließ die Kritik an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Die Banken sollten gefälligst nur Geschäfte tätigen, die der Industrie nutzten, so der immer wieder öffentlich erhobene Vorwurf. „Ja. Ein Bankensystem, das die ausreichende Finanzierung des Wirtschaftskreislaufes gewährleistet, hat oberste Priorität.“ Hundt schlug „stärkere Regulierung und bessere Aufsicht“ vor, um die aus Sicht der Industrie bestehenden „Fehlentwicklungen“ des Finanzsektors zu korrigieren. Und er plädierte „für mehr Bescheidenheit“.⁷⁰

Die Unternehmen verstärkten ihre Offensive, indem sie eine Drohkulisse gegenüber den Banken aufbauten, die zum Inhalt hatte, deren Kreditgeschäfte zu unterlaufen. Öffentlich dachte Dieter Hundt darüber nach, dass notfalls die Bundesbank oder die EZB an den privaten Banken vorbei die von der Wirtschaft gewünschten Kredite zur Verfügung stellen könnten. „Ob und wie das realisierbar ist, vermag ich nicht zu sagen.“ Diplomatisch verbarg er das Verbandsinteresse hinter einer entsprechenden Initiative, die die Deutsche Bundesbank in Aussicht gestellt hatte: „Wenn aber der Bundesbankpräsident diese Möglichkeit ins Gespräch bringt, muss das ernsthaft bedacht werden“, sagte Hundt weiter. Die Notwendigkeit dafür könnte jedenfalls entstehen. Falls ein entsprechender Grundsatzbeschluss erfolge, werde die „handwerkliche Umsetzung auch zu regeln sein.“

Auf dem Europäischen Bankenkongress in Frankfurt am Main von Mitte November 2009 hagelte es Ermahnungen für die Finanzbranche, die ganz in die Richtung gingen, wie sie von Dieter Hundt formuliert war. Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), warnte: „Der Finanzsektor darf nicht vergessen, dass er dafür da ist, der realen Wirtschaft zu dienen und nicht umgekehrt.“⁷¹

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) empfahl den Banken, sich auf schärfere Regeln einzustellen. Bundesbankchef Axel Weber warb gleichfalls für strengere Regeln und warnte vor überzogenem Gewinnstreben der Banken.

b) Die Position der Gewerkschaften

Die Lohnabhängigen spielten in der Auseinandersetzung um die Höhe der Kreditzinsen und die Vergabep Praxis von Krediten keine eigenständige Rolle. Ihre Vertreter, z. B. die Gewerkschaften, ergriffen die Partei des fungierenden Kapitals. In Einklang mit den Lobbyisten aus der Industrie fordern sie mit großem Engagement niedrige Zinsen und Regeln für das Finanzkapital. Der Chefvolkswirt des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dierk Hirschel, kritisierte, dass die Geschäftsbanken den niedrigen Leitzins der EZB nicht an Unternehmen und Verbraucher weiterreichten.

IG Metall-Chef Berthold Huber erwies sich in all den Auseinandersetzungen zwischen dem Finanzsektor und dem Industriesektor als ein besonders entschiedener Interessenvertreter des industriellen Kapitals. Im Maschinenbau und der Autoindustrie sah er die „Wertschöpfungsbringer für die Wirtschaft insgesamt“, die deshalb von der Politik besonders gepflegt werden müssten. „Wenn denen aber Liquidität und Eigenkapital fehlen, wird es trotzdem eng. Heute sind die Firmen konfrontiert mit absurden Zinsforderungen, die teilweise im zweistelligen Bereich liegen. Das nimmt solchen Unternehmern die Luft.“⁷²

Auf einer Kundgebung in Rüsselsheim fasste IG-Metall-Chef Berthold Huber vor 15.000 protestierenden Opel-Arbeitern den Gegensatz von Finanzkapital und fungierendem Kapital unter dem Aspekt von Staatshilfen für Opel folgendermaßen zusammen: Es könne nicht sein, sagte er, dass der Staat Hunderte Milliarden Euro

⁷⁰ Tagesspiegel vom 13.7.2009.

⁷¹ Zitiert bei: Rolf Obertreis / Miriam Schröder, Merkel vermisst Demut bei den Banken, in: Tagesspiegel vom 21.11.2009

⁷² Interview mit Berthold Huber in: Der Tagesspiegel vom 2.11.2009

für marode Banken zur Verfügung stelle, „aber für die Basis des Wohlstands, den industriellen Kern, keinen Cent aufbringen will.“⁷³

Am liebsten wäre den Gewerkschaften eine Bank gewesen, die nur Geld einsammelte, um es zinsgünstig auszuleihen, also ganz ohne die Risiken vom Investmentbanking, ein Bankensystem ohne eigenständiges Bankinteresse, ein nutzbringender Diener, der die Wünsche des nichtfinanziellen Unternehmenssektor selbstlos erfüllte.

Alles das, was die Vertreter der Lohnabhängigen vorbrachten, ging nur in der Rhetorik, nicht aber dem Inhalt nach über das hinaus, was Dieter Hundt und andere Vertreter des fungierenden Kapitals als ihren Interessenstandpunkt formuliert hatten. Dazu gehörten erstens die Forderung nach günstigen und ausreichenden Krediten für den Unternehmenssektor und zweitens die Forderung nach einem Bankensystem, das eine „ausreichende Finanzierung des Wirtschaftskreislaufs gewährleistet“. Die dritte Übereinstimmung bestand in der Kritik an den Fehlentwicklungen im Finanzsektor, wodurch die Krise ausgelöst worden sei. Viertens leitete sich daraus die gemeinsame politische Forderung ab, durch stärkere Regulierung, bessere Aufsicht und durch Begrenzungen im Investmentbanking die Krise zu überwinden. Fünftens gab es größere Übereinstimmungen in der Kritik an einem „zügellosten, verantwortungslosen Kapitalismus“.

c) Die Rolle der Politik

Das fungierende Kapital mit seinen weit reichenden Interessen dominierte in diesem Zins- und Kreditstreit mehr und mehr die öffentliche Debatte. Ein erster Sieg war errungen, als sich wichtige Repräsentanten des Staates hinter die Forderung von Industrie und Handel nach günstigen und ausreichenden Finanzierungsbedingungen stellten. Mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen im September 2009 sagte Frank-Walter Steinmeier dem Tagesspiegel (5. Juli 2009): „Wenn wir in einigen Wochen sehen, dass die Banken noch immer nicht bereit sind, ihre Aufgabe als Dienstleister der Wirtschaft zu erfüllen, dann müssen wir über weitere Schritte nachdenken. Ich will nicht, dass gesunde Unternehmen und mit ihnen Arbeitsplätze verschwinden, nur weil Banken ihr Geld horten.“ Trotz massiver staatlicher Hilfen für die Finanzinstitute würden viele Unternehmen „abgewimmelt“ oder bekämen Kredite nur zu „unverschämten Zinssätzen“. Die Europäische Zentralbank habe erneut 442 Milliarden in den Markt gegeben. Doch anstatt Kredite an Unternehmen zu vergeben, werde ein beträchtlicher Teil des Geldes „irgendwo in Europa oder Übersee angelegt, um höhere Zinsen zu kassieren.“

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) brachte in der „Bild am Sonntag“ (5.7.2009) staatliche Zwangsmaßnahmen erneut ins Spiel. „Wenn es im zweiten Halbjahr zu einer echten Kreditklemme kommen sollte, wird sich die Bundesregierung mit der Bundesbank zusammensetzen und nach Lösungen suchen müssen ... Dabei müsste man dann über Maßnahmen nachdenken, die es noch nicht gegeben hat.“ An anderer Stelle verwies Steinbrück auf die Möglichkeit der Vergabe von Firmenkrediten durch die Bundesbank.

Das Interesse von Industrie und Handel an günstigen Krediten war ein so bedeutendes Thema, dass die Spitzen des Staates, die Bundeskanzlerin und der Bundesbankpräsident häufiger darauf eingingen. Die Bundeskanzlerin mahnte die Finanzwirtschaft immer wieder, günstige Kredite bereitzustellen. Ihr Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) griff am 4. Juli in Düsseldorf die Kritik auf. Es sei „unzumutbar“, wenn sich Banken bei niedrigen Zinsen mit Kapital ausstatten, dieses Geld aber nicht in Form von Krediten weitergeben würden. Die Bundesregierung suche Ansätze, Banken zur Erfüllung ihres Kreditauftrages zu verpflichten. Guttenbergs Nachfolger, Rainer Brüderle (FDP), antwortete auf die Frage, ob die staatliche KfW-Bank als Kreditgeber einspringen sollte, falls „die Banken nicht spuren“ würden: „Sollten die vereinbarten Schritte nicht reichen, wäre es eine denkbare Notmaßnahme, wenn eine Förderbank unmittelbar

⁷³ Der Spiegel 10/2009

und zeitlich befristet Kredite an Betriebe vergeben würde. Ich möchte das eigentlich nicht. Deshalb appelliere ich an die Banken, es nicht zu einer Kreditklemme kommen zu lassen.“⁷⁴

In ihrer Regierungserklärung von Anfang November 2009 hatte Kanzlerin Merkel darauf hingewiesen, dass der Finanzsektor im Kern eine „dienende Funktion“ habe. Einige Tage später forderte sie die Banken auf, die vom Staat geschaffenen Möglichkeiten zu nutzen und Kredite zu vergeben. „Ansonsten werden wir große Schwierigkeiten mit unserer Wirtschaft haben. Wir wollen den Unternehmern weiter ausreichende Finanzierungswege eröffnen.“ Die Banken müssten sich an der Bewältigung der Krisenkosten beteiligen.⁷⁵

Bundespräsident Horst Köhler nahm Partei zugunsten des fungierenden Kapitals, als er im ZDF (4.7.09) diplomatisch verkündete: „Ich bitte die Banken, sich zu prüfen, ob sie nicht jetzt etwas entschlossener sein können, beim wirtschaftlichen Aufschwung zu helfen“.

d) Die Position der Banken

Auf diese öffentliche Kampagne mussten die Banken schon deshalb öffentlich reagieren, um den von Industrie und Staat erzeugten öffentlichen Druck, unter den sie geraten waren, zu mindern.

Manfred Weber, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands deutscher Banken, sprach von einer abstrusen Debatte. "Wir geizen nicht und zögern nicht mit den Krediten", sagte er. Im ersten Quartal 2009 habe die Zuwachsrate bei der Kreditvergabe 6,9 Prozent betragen.⁷⁶ Dass die Banken inzwischen mehr Sicherheiten verlangten und das Geld nicht mehr so billig verliehen wie früher, sei eine Lehre aus der Finanzmarktkrise.

Auch der Präsident der Volks- und Raiffeisenbanken, Uwe Fröhlich, setzte sich gegen die Vorwürfe zur Wehr. "Die Kreditvergabe geht aktuell nicht zurück, sondern nimmt trotz Rezession zu", sagte er der "Bild"-Zeitung. Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis, sprach ebenfalls von einer wachsenden Zahl neuer Kredite seit Jahresbeginn. Das wiederum bestritt selbst die Industrie nicht. Hannes Hesse, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen und Anlagenbau, sagte der Nachrichtenagentur AP am 6. Juli 2009 noch einmal deutlich, um was es eigentlich ging: „Es kommt schon noch Geld bei den Unternehmen an – aber es ist sehr teuer.“

Damit hatte er den Kernpunkt getroffen: Die Unternehmer, die sich Geld borgten, wollten weniger Zinsen zahlen, um mehr Profit für sich zu behalten. Es war ein Streit zweier Kapitalklassen um die Aufteilung des Bruttoprofits in Zins für den verleihenden Geldkapitalisten und in Unternehmergewinn (einschließlich Unternehmerlohn) für den borgenden fungierenden Kapitalisten. Die politischen Maßnahmen, zu denen das Kräftemessen schließlich führte, trugen deshalb von vornherein den Stempel des Kapitals.

e) Kompromiss

Der Streit endete mit einem vorläufigen Kompromiss, der zwar zu Gunsten des fungierenden Kapitals ausfiel, ohne jedoch das Finanzkapital durch die ins Spiel gebrachten „Zwangsmaßnahmen“ zu strangulieren. Nach dem Spitzentreffen von Wirtschaft und Regierung am 1. September 2009 sicherten die Banken zu, dass sie ihre guten Konditionen zur Geldbeschaffung (Refinanzierungskosten bei der Notenbank von nur ein Prozent) an ihre Kunden weitergeben werden. Zur öffentlichen Entlastung des Finanzkapitals rang sich die Regierung zu der gemeinsamen Erklärung durch, dass momentan keine Kreditklemme existieren würde.

⁷⁴ Rainer Brüderle im Gespräch mit der FAZ vom 4.11.2009.

⁷⁵ FAZ vom 24.11.2009

⁷⁶ Banken: „Wir geizen nicht mit Krediten“, in: Tagesschau.de vom 06.07.09

Gleichlautende Kommentare kamen von der Deutschen Bundesbank, die den Banken unter Hinweis auf Umfrageergebnissen zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey: BLS) eine ausreichende Kreditvergabe-Bereitschaft bescheinigte.

Mit der Erholung der Wirtschaft entspannte sich ab Anfang 2010 die zuvor stark angespannte Kreditsituation der Unternehmen, so dass der Streit um ausreichend günstige Kredite an Heftigkeit verlor. In den Vordergrund schob sich nun wieder der Konflikt um die Regulierung der Finanzmärkte. Seine klassische Ausprägung fand dieser Konflikt in den USA, in dem Land, wo die Finanzkrise besonders heftig war und wo der Finanzsektor trotz der Einbrüche bedeutend genug blieb, dass „Wall Street“ auch weiterhin die Leitbörse der gesamten Finanzwelt blieb. Dort artikulierten sich die Interessen der Kapitale klarer als bei uns, stießen sie heftiger aufeinander, und sie wurden mit besonderer Leidenschaft ausgetragen. Als Beispiel für diesen Interessenkampf des Kapitals wählen wir die Auseinandersetzungen um die US-Finanzreform.

2. Finanzmarkt-Regulierungen am Beispiel der US-Finanzreform

In den USA konzentrierte sich der Streit zwischen den beiden Kapital-Klassen, dem Finanzkapital und dem in Industrie und Handel fungierenden Kapital, auf die Regulierung und Begrenzung des Finanzsystems, das vor allem während der 90er Jahre unter dem Fed-Chef Alain Greenspan liberalisiert worden war. Die Kritiker einer solchen Liberalisierung hoben Paul Volcker auf ihren Schild, um mit den Mitteln vergangener Zeiten den Einfluss des Finanzkapitals einzudämmen. Sein zentrales Credo formulierte Volcker im April 2008 vor dem New Yorker Economic Club folgendermaßen: Die moderne Finanzwelt habe zwar riesige Gewinne abgeworfen, aber nie den Nachweis erbringen können, der Volkswirtschaft und der Gesellschaft genützt zu haben. „Das glänzende neue Finanzsystem mit all seinen brillanten Akteuren und seinen großen Vergütungen hat den Markttest nicht bestanden.“⁷⁷

a) Volcker-Regel

Volcker zog monatelang mit seinem Vorschlag durchs Land, das Finanzsystem zurechtzustutzen, unter anderem durch Aufteilung der Bankfunktionen in Investmentbanken mit Eigenhandel und in Geschäftsbanken. Vom US-Präsidenten Obama erhielt er persönlich und öffentlich den ehrenvollen Ritterschlag. „Ich schlage eine einfache und vernünftige Regel vor“, sagte Obama im Januar 2010 in einer Rede zur Erneuerung des Bankensektors, eine Reform, „die wir die ‚Volcker-Regel‘ nennen nach dem großen Mann hinter mir.“⁷⁸ Und da stand der kampferprobte, allerdings auch in die Jahre gekommene Paul Volcker, der mit seiner viel gepriesenen persönlichen Bescheidenheit, seiner Unerschrockenheit und mit all den Verdiensten der Vergangenheit zum Hoffnungsträger von Industrie und Handel gekürt war⁷⁹.

Bei dieser „Volcker-Regel“ ging es um die Wiederherstellung einer Trennung zwischen Geschäftsbanken, die im Zahlungsverkehr, dem Sparsbereich und der Kreditvergabe tätig sind, und Investmentbanken, die sich auf den Wertpapierhandel konzentrieren. Zwischen beiden Finanzinstitutionen hatte man als Reaktion auf die

⁷⁷ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24.1.2010

⁷⁸ Ebenda

⁷⁹ Der Ruf der Unerschrockenheit umwehte Paul Volcker, nachdem er in der Rolle des einstigen Notenbankchefs mit seiner restriktiven Geldpolitik die Inflation in der Ära Jimmy Carter zu vertreiben geholfen hatte. Der 82jährige Volcker – noch vor der großen Depression der 30er Jahre geboren - galt als sparsamer wie kluger Staatsdiener, der sich mit Zehn-Cent-Zigaretten begnügte und regelmäßig sein Entsetzen zeigte, wenn ihm hohe Hotelrechnungen präsentiert wurden. „Auch während seiner Zeit bei der Notenbank wohnte seine Familie weiterhin in einem New Yorker Vorort. In Washington hatte Volcker nur eine winzige Wohnung, in die er mich Anfang der Achtziger einmal einlud, um die mexikanische Schuldenkrise zu erörtern. Überall stapelten sich die Zeitungen und das ganze übrige Gerümpel einer typischen Junggesellenbude.“ Alan Greenspan (2007), S. 106f

Weltwirtschaftskrise 1929/32 mit dem Glass-Steagall Act aus dem Jahre 1933 eine Brandmauer errichtet, die in den 1980er und 1990er Jahren Stück für Stück abgetragen worden war.

Prominente Unterstützung erhielt das finanzmarktkritische Lager von Nouriel Roubini, Professor an der Stern School of Business und Gründer des Wirtschaftsinformationsdienstes „Roubini Global Economics LLC“. Dieser sehr öffentlichwirksame Professor versuchte seine Autorität noch dadurch zu steigern, indem er sich rühmte, die große Krise vorausgesagt zu haben.⁸⁰ Roubinis Vorschläge zielten vor allem auf eine Zerschlagung der Finanzkonzerne, d. h. auf eine Rückkehr zur Trennung zwischen dem Kunden- und Investmentbankgeschäft, wobei die Geschäftsbanken ganz dem Bedürfnis der Industrie folgen sollten, indem sie Einlagen aufnahmen und Kredite an private Haushalte und Unternehmen vergaben. Die Investmentbanken sollten auf den riskanten Eigenhandel verzichten, sich nicht mehr als Hedge-Fonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften betätigen und keine Übernachtkredite bei Geschäftsbanken aufnehmen. Daneben sollte es Versicherungen und Kapitalgesellschaften geben, die nur ihr Kerngeschäft betreiben durften.⁸¹

Die Wall-Street-Lobbyisten, hinter denen das US-Finanzkapital stand, mussten das als Kampfansage verstehen. Sie mobilisierten ihre ganze Finanzmacht, um die von der Regierung vorgesehene Finanzreform so weit abzuschwächen, dass ihre Interessen gewahrt blieben. „In den vergangenen Monaten haben sie Millionen von Dollar ausgegeben und eine Armee von Lobbyisten angeheuert, um eine Reform abzuwürgen“, beschrieb Obama am 26.6.2010 in seiner wöchentlichen Radioansprache die Taktik des Finanzkapitals.⁸²

b) Zum Kompromisscharakter der US-Finanzreform

Der öffentlich geführte Kampf endete, wie er enden musste, mit einem Kompromiss, der das Kräfteverhältnis der verschiedenen besitzenden Klassen im Großen und Ganzen widerspiegelt. Die im politischen Kampf abgeschliffene und für alle Teile der besitzenden Klassen nun tragbare US-Finanzreform, der so genannte „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ (DFA), enthält unter anderem folgende Regelungen⁸³:

Der Regierung werden selektive Eingriffsmöglichkeiten in den Derivatemarkt (statt unregulierter Finanzprodukte mehr standardisierte Börsengeschäfte, Ausgliederung risikoreicher Teile des Handels) gestattet, ohne dass der Handel mit Derivaten verboten wird. Der wichtigste Punkt ist das vorgeschriebene Clearing aller Derivatetransaktionen durch regulierte zentrale Clearingorganisationen und der vorgeschriebene Handel entweder über regulierte Börsen oder Swap Execution Facilities (SEF).

Bei der Kreditvergabe sollen Banken einen Teil des Risikos behalten, dürfen es also nicht komplett an Dritte verkaufen.

⁸⁰ „Roubini sagte vorher“, pries er seine eigene Prognose in seinem Buch (Roubini (2010), S. 9f) an, „die Wirtschaft der USA werde in absehbarer Zukunft einen noch nie da gewesenen Einbruch auf dem Immobilienmarkt, einen heftigen Ölschock und eine deutliche Verschlechterung des Konsumklimas erleben“. Roubini vergaß mitzuteilen, dass er diese Prognose lange vor sich her schob, ohne dass die Krise wirklich kam und dass die Krisenfaktoren, die er aufzählte, längst Tagesgespräch unter Händlern und der Analystengemeinde waren. Das Geheimnis solcher Crash-Gurus besteht einfach darin, eine ganze Palette einander widersprechender Faktoren anzuführen, die für eine baldige Krise aber auch für das Gegenteil sprechen. All die Faktoren, die dann nicht zum eingetretenen Ereignis passen, bleiben regelmäßig unerwähnt. Seine Kollegen verspotteten Roubini als „Dr. Untergang“, weil er schon 2004 vor einer harten Landung der US-Wirtschaft gewarnt hatte.

⁸¹ Nouriel Roubini, Die Banken müssen sich selbst zerschlagen, in: Handelsblatt vom 10.5.2010

⁸² FAZ vom 28.6.2010

⁸³ Vergleiche: Deutsche Bank Research, US-Finanzmarktreform. Die Ökonomie des Dodd-Frank Acts, 6.12.2010; FAZ vom 28.6.2010. Der „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ wurde am 15. Juli 2010 vom Kongress verabschiedet und am 21. Juli 2010 von Präsident Obama unterzeichnet. Etliche Sachverhalte sind noch gar nicht geregelt. Das Gesetz sieht 243 Mandate zur Ausarbeitung von Regeln vor, mit deren Hilfe die US-Regulierungs- und Aufsichtsbehörden das Gesetz in den kommenden Monaten und Jahren umsetzen sollen. Kaum war das Gesetz verabschiedet, wurde schon über seine Überarbeitung diskutiert.

Eine Verbraucherschutzbehörde für Bankkunden wird eingeführt. Die neuen Verbraucherschutzregeln beziehen sich überwiegend auf den Hypothekarkreditmarkt, wo Banken in Zukunft mit größerer Sorgfalt feststellen müssen, ob Schuldner in der Lage sind, den aufgenommenen Kredit zurückzuzahlen. Anreize für Kreditnehmer zum Abschluss eines teureren Kredits werden verboten. Die Rechte der Einleger werden gestärkt durch Anhebung der Versicherungsgrenze des Einlagensicherungsfonds FDIC für Privatanleger auf 250.000 US-Dollar.

Die Regierung darf Banken, deren Größe das System gefährden, übernehmen und aufteilen. Banken erhalten die Beschränkung, maximal drei Prozent ihres Eigenkapitals in Hedge-Fonds und Beteiligungsgesellschaften zu investieren, wenn sie an der staatlichen Einlagensicherung teilnehmen wollen – der Entwurf des Senats, der Paul Volckers Vorschlag übernommen hatte, enthielt ein komplettes Verbot für den risikoreichen Eigenhandel von Banken.

Das Dodd-Frank-Gesetz deckt somit vier Bereiche der Finanzmarktregulierung ab: Reform des institutionellen Regulierungs- und Aufsichtsrahmens, Regulierung von Banken und anderen Finanzinstitutionen, Regelungen zum Anlegerschutz und die Regelungen zum Verbraucherschutz.

Diese US-Finanzreform kehrte vor allem das allgemeine Kapitalinteresse hervor, das darauf gerichtet war, das Finanzsystem zu stabilisieren, um einem künftigen Systemzusammenbruch vorzubeugen. Außerdem sollte das Finanzsystem funktional auf das gemeinschaftliche Interesse aller besitzenden Klassen und Kapitalfraktionen ausgerichtet sein.

Die US-Finanzreform konnte nur solche Einschränkungen enthalten, die auf die Regulierung weniger Marktgegebenheiten begrenzt waren, ohne in die Tiefe des Marktsystems selbst einzudringen. Die eigene Vorstellung, wonach es sich um eine Finanzmarktkrise handelte, die auf den an sich gesunden „Realsektor“ lediglich übergegriffen habe, stand weiterreichenden Eingriffen entgegen. Industrie und Handel galten als in sich stabil, so dass hier kein Regulierungsbedarf vorgesehen war.

Soweit es um die besonderen Interessen des Finanzkapitals ging, durch die es in einen Gegensatz zum Industrie- und Handelskapital getreten war, fiel die US-Finanzreform eher moderat aus. Das Finanzkapital erhielt trotz kleinerer Einschränkungen in der bisherigen Form eine Bestandsgarantie; die Reform änderte nicht, wie die US-Medien feststellten, „grundsätzlich die Art, wie die Wall Street operiert und bricht auch nicht die großen Finanzkonzerne auf, verschärft aber die Aufsicht über das System.“⁸⁴

Der Mailänder Wirtschaftswissenschaftler Professor Donato Masciandaro, der als kritischer Fachmann in Regulierungsfragen gilt, bescheinigte der Bankenlobby eine gute Arbeit, sowohl in den USA als auch in Europa. Die Bankenlobby habe sich zu „allgemeinen Prinzipien bekannt, ohne dass daraus dann griffige Gesetze wurden. (...) Die neuen Regeln für die Finanzmärkte sind in Europa und in Amerika miserabel.“⁸⁵

Dass solche Beurteilungen durchaus zutreffend waren, ließ sich praktisch an der Reaktion der Aktienbörse ablesen: Die Aktienkurse von J.P. Morgan Chase und Goldman Sachs stiegen nach der Einigung von US-Abgeordnetenhaus und Senat auf die Finanzreform um mehr als drei Prozent.

Durch die Einrichtung der Verbraucherschutzbehörde und durch das Verbot gewisser Finanzwetten der Banken gegen die Produkte, die sie zugleich ihren Kunden anboten, waren einige besonders in die Kritik geratene Missstände beseitigt. Auf diese Weise ließ sich ein Publikum beruhigen, das in dem öffentlich geführten Kampf gegen das Finanzkapital erheblich aufgewühlt worden war.

3. Über die Popularität einer partiellen Kapitalismuskritik

⁸⁴ Vergleiche dazu FAZ vom 28.6.2010

⁸⁵ FAZ vom 25.8.2010. Masciandaro leitet an der Universität Bocconi ein Forschungsinstitut für Fragen der Finanzregulierung.

Die Kritik am Finanzkapital, oftmals verbal zugespitzt als heftige Attacke gegen den „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ oder „Raubtierkapitalismus“, erfreute sich überall, nicht nur in den USA sondern auch in anderen Ländern, darunter in Frankreich und Deutschland einer großen Popularität. Sie war eine Kritik der Worte, aber auch eine praktische Kritik der Straße. Und sie war keineswegs nur eine zeitlich befristete Angelegenheit, die den Zeitraum der großen Krise betraf, sondern sie hatte sich lange zuvor geltend gemacht in zahlreichen Kampfschriften und eindrucksvollen Protestaktionen verschiedener sozialer Bewegungen. Der bereits angeführte gewerkschaftliche Protest stand zeitweise in einer engen Beziehung zu dieser Protestbewegung. Die große Leidenschaft, mit der diese Kritik vorgebracht wurde, das breite Engagement, das hinter ihr stand, verweist auf eigenständige Wurzeln, die tiefer reichten als das Interesse von Industrie und Handel an einem funktionstüchtigen Bankensystem. Die Kritik war umfassender und vielfältiger als das, was Industrie und Handel zur Förderung ihrer Interessen vorbrachten. Sie griff Dinge an, die dem fungierenden Kapital als unantastbar galten. Sie zielte nicht nur auf einige Missstände ab, sondern attackierte zugleich wichtige Funktionsmechanismen des Kapitalismus, aber immer mit der Einschränkung, den Kernprozess kapitalistischer Verwertung, das kapitalistische Industriesystem samt des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital zu schonen, die hier existierenden Widersprüche und Gegensätze weitgehend zu ignorieren. Insofern trug sie einen partiellen Charakter, war partielle Kapitalismuskritik.

a) Die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer partiellen Kapitalismuskritik

Wir brauchen an dieser Stelle nicht näher auf die verschiedenen Facetten dieser Kritik einzugehen, da sie immer auf den Maßstab des Industrieinteresses zurückgeführt wurde, sobald sie politische Relevanz erhielt. In der Politik, die sich auf den hier untersuchten Feldern durchweg als eine Politik des Kapitals erwies, spielten die vielfältigen Formen der Kritik keine Rolle. Was sich durchsetzte, war ein Kompromiss aus den verschiedenen Kapitalinteressen, die sich aber immer als ein Volksinteressen darzustellen versuchten.

Allerdings lohnt es, einen Augenblick bei den eigenständigen Wurzeln dieser partiellen Kapitalismuskritik zu verweilen, schon um das Rätsel zu lösen, warum die Kritik an etlichen Erscheinungsformen des Kapitalismus, vor allem an denen des Finanzsektors, so leidenschaftlich ausfiel, warum sie zu eigenständigen Protestaktionen Anlass gab und breite Teile der Bevölkerung zu Diskussionen über komplizierte Finanzfragen antrieb.

Verschuldungsproblem als Problem der Bevölkerung

Verschuldungsprobleme, verbunden mit dem Interesse an günstigen und ausreichenden Finanzierungsmöglichkeiten, hatten nicht nur die Unternehmer, sondern ebenso die sich verschuldenden Eigenheimkäufer und all diejenigen, die einen Teil ihres Konsums kreditfinanzierten oder einen Kreditkauf beabsichtigten. Da die Krisen die Erwerbsarbeit und alle Lebensumstände regelmäßig unsicher machten, teilweise in die Erwerbslosigkeit führten, erhielt die Frage der Schuldenbewältigung einen existenzbedrohenden Charakter. Zahlungsunfähigkeit, Zwangsversteigerungen von Wohnhäusern, Zwangsräumungen, Zeltstädte von Wohnungslosen und vieles anderes mehr legten Zeugnis ab für diese Bedrohung.

Darüber hinaus spielte das Verschuldungsproblem bei allen Selbständigen, bei Handwerksbetrieben, Dienstleistern, Händlern, Gaststättenbesitzern etc. eine große Rolle. Vor allem dann, als die Geschäfte krisenbedingt schlechter liefen, war man auf eine günstige Fremdfinanzierung unbedingt angewiesen.

Die Krise verschärfte die Konkurrenz nicht nur zwischen den beiden Kapitalklassen, sondern stellte zugleich breite Bevölkerungskreise in ihrem Bedürfnis nach niedrigen Zinsen und ausreichenden Krediten in einen Gegensatz zum Finanzkapital, in dessen Fänge sie geraten waren. Das Verschuldungsproblem brachte also Unternehmer,

Lohnabhängige und weitere Bevölkerungsschichten bei allen sonstigen Gegensätzen punktuell zusammen.

Zinsfetisch

Eine weitere Gemeinsamkeit bestand darin, dass Unternehmer, Selbständige und Lohnabhängige in der einen oder anderen Weise erwerbstätig waren im Unterschied zum müßigen Geldadel, der ohne selbst arbeiten zu müssen, Einnahmen in Form von Zinsen und Kursgewinnen erzielte. Von diesem Standpunkt aus gehörte selbstverständlich auch der Unternehmer, der die notwendigen Bewegungsformen des Kapitals organisierte und vermittelte, zu den Arbeitern.⁸⁶ Dafür erhielt er eine Vergütung, die sich mit dem Lohn in Verbindung bringen ließ. Die aus einem Teil des Profits entstandene selbständige Form des Unternehmerlohns, die einen Kontrast zur Zinsform bildete, ließ die „unternehmerische Arbeit“ nahe an die Lohnarbeit heranrücken. Sie stellte sich als höher qualifizierte, als besser bezahlte Arbeit dar, kreativer und dispositiver Art zugleich. Der Unternehmer schien ebenso vom Ertrag seiner Arbeit zu leben wie sein Lohnarbeiter.

Das ohne eigene Arbeit entstandene Zinseinkommen stand nun den „Arbeitseinkommen“ gegenüber. Von diesem Standpunkt aus gesehen reduzierte sich der kapitalistische Ausbeutungsprozess auf das bloße Zinsnehmen des Geldadels, während die Kapitalbestimmungen des Produktionsprozesses zurücktraten hinter den natürliche Bestimmung eines modernen arbeitsteiligen Arbeitsprozess, der neben einfache auch qualifizierte Arbeiter benötigte, darunter die unternehmerisch tätigen Manager.

Die Zinsform brachte also Lohnarbeiter, Selbständige und Unternehmer gemeinsam in einen Gegensatz zu einer besonderen Klasse des Kapitals. Sie mystifizierte das betriebliche Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis und die darin enthaltene Ausbeutung in einen allgemeinen, gesellschaftlich immer notwendigen Arbeitszusammenhang.

b) Theoriegeschichtliche Wurzeln der Kritik

Solche auf dem Zinsfetisch beruhenden objektiven Gedankenformen, worin Unternehmer, Selbständige und Lohnarbeiter unter die Kategorie des Arbeiters zusammengebracht waren, bildeten eine eigenständige Grundlage, auf der sich eine partielle Kapitalismuskritik entwickelte. Hier fanden Gewerkschaften, Sozialdemokraten und soziale Bewegungen wie Attac ihre Argumentationsmuster. Da es sich um objektive, also aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang immer wieder hervorgegangene Denkformen handelte, musste die partielle Kapitalismuskritik mehr als eine bloße Modeströmung sein. Sie begleitete die gesamte kapitalistische Entwicklung. Sie trat je nach Entwicklungsphase mal mehr Mal weniger deutlich hervor. Sie hatte eine alte Tradition, die nicht nur bis tief in das 19. Jahrhundert zurückreichte, sondern am populären Hass des Mittelalters gegen den Wucher anknüpfen konnte.

Anfang des 20. Jahrhunderts setzte eine Art „Globalisierungsdebatte“ ein, die sich zugleich kritisch gegen das Börsen- und Bankkapital - schon damals als Finanzkapital bezeichnet - richtete. Im Mittelpunkt der Kritik standen der Zins als das zu verurteilende „arbeitslose Einkommen“ und die Macht von Geld und Banken, wodurch Warenproduzenten und Warenbesitzer beherrscht würden.

Rudolf Hilferding

⁸⁶ „Hier die vielen Unternehmenslenker, die sich abrackern, um ein paar Maschinen oder ein paar Zulieferteile mehr zu verkaufen. Dort die Riege feiner Damen und Herren im Bankerzwirn, die mit zunehmender, kaum verhohlener Verachtung auf Bauunternehmer, Maschinenbauer oder Chemiefabrikanten herabblicken.“
Wirtschaftswoche vom 29.9.08

Anknüpfend an die Theorie von Marx kritisierte der österreichische Sozialdemokrat Rudolf Hilferding um 1910 in seinem Buch „Das Finanzkapital“ die Banken, die in Gestalt des Finanzkapitals die gesamte Industrie beherrschen würden. Mit dieser Kritik griff er den populären Hass gegen Spekulanten sowie gegen Formen des Zinsgeschäfts auf. Er bekämpfte das Börsen- und Bankkapital – nur eine besondere Kapitalform, nicht jedoch das Kapitalverhältnis selbst. Entsprechend blieb der Sozialismus, den er anstrebte, kapitalistisch geprägt, war so etwas wie ein staatlich geleiteter „Kartellsozialismus“, dann nur organisiert vom Proletariat statt vom Finanzkapital. Die neue Qualität der Gesellschaft reduzierte sich auf einen bloßen Machtwechsel. „Die Diktatur der Kapitalmagnaten (schlägt) um in die Diktatur des Proletariats.“⁸⁷

Silvio Gesell

In Anlehnung an den französischen Sozialisten Pierre-Joseph Proudhon entwickelte der Sozialreformer Silvio Gesell um 1900 seine radikale Kritik an Zins und Bodenrente. Ausgehend von solchen „arbeitslosen Einkommen“ fasste er unternehmerische Arbeit, Lohnarbeit, handwerkliche Arbeit und andere Tätigkeiten etwa die von Künstlern, Geistlichen, Soldaten, Königen unter eine Kategorie, die der „Arbeiter“, zusammen, die im Gegensatz stehen würden zu den Müßiggängern, den Nichtarbeitern, die vom Zins oder der Bodenrente lebten. „Der Unternehmergeinn und der Handelsprofit“, schrieb Silvio Gesell in seinem Buch „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“⁸⁸, „sind sofern man die in ihnen meistens enthaltenen Kapitalzinsen oder Grundrenten in Abzug bringt, ebenfalls als Arbeiterlös anzusprechen. Der Direktor einer Bergwerks-Aktiengesellschaft bezieht ein Gehalt ausschließlich für die von ihm geleistete Arbeit. Ist der Direktor gleichzeitig Aktionär, so erhöhen sich seine Einnahmen um den Betrag der Dividenden“. Die Harmonie unter sämtlichen Erwerbstätigen, ob tätiger Kapitalist oder Lohnarbeiter, war hergestellt; lediglich Geldadel und Grundbesitzer, die ihr Geschäftsvermögen kommerziell einsetzten, blieben auf der Anklagebank zurück.

Einige Seitentriebe dieser am Zins ansetzenden Kritik entfernten sich von einer kapitalismuskritischen Gesellschaftstheorie, indem sie „die Zinsknechtschaft“ völkisch uminterpretierten. Auf diese Weise wurden die gesellschaftlichen Bestimmungen des zinstragenden Kapitals als natürliche Bestimmungen gewisser Menschengruppen mystifiziert.⁸⁹

Kapitel 3 Streit um die Manager-Vergütung

In der großen Krise spitzte sich ein weiterer Konflikt zu: der Streit um die Bezahlung der Manager, der oberen Funktionsträger des Kapitals. Um den Charakter des Streits angemessen zu bewerten, muss man sich klar machen, aus welcher Quelle die Vergütung der Manager stammte und in welchem Zusammenhang sie zu den übrigen Einkommen stand.

Unsere Analyse der Akteure der Politik des Kapitals zeigte, dass – vom Grundbesitz abgesehen - die Trennung in verleihende Geldkapitalisten und fungierende

⁸⁷ Hilferding (1910), S. 507. Eine ausführliche Darstellung dieser Kritik findet der Leser bei Sandleben (2003), S. 31 - 55

⁸⁸ Gesell (1923/1984), S. 39

⁸⁹ „Was versteht man unter ‚Zinsknechtschaft‘? Den Zustand der Völker, die unter der Geld- oder Zinsherrschaft der alljüdischen Hochfinanz stehen. (...) In ‚Zinsknechtschaft‘ befinden sich alle, die durch ihre geistige oder körperliche Arbeit ihr Brot verdienen müssen, während ihnen gegenüber eine zahlenmäßig kleine Schicht – arbeits- und mühelos – aus ihren Zinsen, Bank- und Börsengewinnen, Finanztransaktionen usw. riesige Einnahmen beziehen. (...) Der schöpferische, erdverwurzelte und doch wiederum die Welt in übersinnlichem Erleben überwindende Geist findet seinen hauptsächlichsten Träger im arischen Menschen; – der raffende, wurzellose, rein auf Diesseitige gerichtete, händlerisch materialistische Geist findet seinen hauptsächlichsten Vertreter im Juden.“ Feder (1935)

Kapitalisten zur Aufspaltung des von der Unternehmung insgesamt erzielten Bruttoprofits in Zins/Dividende einerseits und in Unternehmergewinn/Unternehmerlohn andererseits führt. Die Vergütung der Manager bildet den Unternehmerlohn, der neben den zu zahlenden Fremdkapitalzinsen einen Teil des Bruttoprofits ausmacht. Der Rest kann, sofern er nicht der eigenen Akkumulation d.h. der Thesaurierung dient, an die Kapitaleigner etwa in Gestalt der Dividende ausgeschüttet werden.

Gleichbleibende Umstände unterstellt, steht dieses Einkommen der Kapitaleigner in einem umgekehrten Verhältnis zur Höhe der Manager-Vergütung. Beide Kapitalgruppen konkurrieren um die Höhe ihres jeweiligen Anteils. Da der Streit seinem Charakter nach ein Streit zwischen zwei verschiedenen Kapitalgruppen ist, musste die Politik, die sich in diesen Streit einschaltete, eine Politik des Kapitals sein, gleichgültig wie die politisch beeinflusste Verteilungslösung letztendlich aussehen mochte.

Unternehmerlöhne im Dax-Unternehmensbereich

Eine Analyse der Vorstandsbezüge in Dax-Unternehmen durch die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) zeigte für 2008 folgende Aufteilung: Die Dax-Unternehmen zahlten ihren Vorständen 2008 im Durchschnitt 34 Prozent der Vergütung als Fixgehalt, 47 Prozent als Bonus und 19 Prozent in aktienbasierten Vergütungsinstrumenten. Die Boni wurden in zwei Drittel der Unternehmen auf Basis jährlicher Ziele festgelegt.

Fixgehalt, Boni und indirekt auch das aktienbasierte Vergütungssystem bildeten Bestandteile des Unternehmerlohns. Bereits dessen Höhe war ein Indikator dafür, dass es sich hierbei um eine völlig andere Vergütungskategorie handeln musste als bei den Einkommen der Lohnabhängigen. Nach den Angaben der DSW erhielt 2008 der Vorstandschef eines Dax-Unternehmens durchschnittlich 3,69 Millionen Euro – Pensionen nicht eingerechnet. Dieser Betrag stieg bis 2010 auf 4,5 Millionen Euro an. Spitzenverdiener waren Martin Winterkorn (Vorstandsvorsitzender von Volkswagen / 9,33 Millionen Euro), Josef Ackermann (Deutsche Bank / 8,99), Peter Löscher (Siemens / 8,98), Dieter Zetsche (Daimler / 8,82). In der Schweiz verdienen vergleichbare Funktionäre des Kapitals in 2008 im Schnitt 3,45 Millionen Euro, in Frankreich waren es 3,28 Millionen, in den USA umgerechnet 11,36 Millionen Euro.

Die Kategorie des Unternehmerlohns entsteht durch die Trennung der Kapitaleigentümer, die Zins bzw. Dividenden erhalten, von den tatsächlich fungierenden Kapitalisten, den Managern. Beide Klassen des Kapitals konkurrieren zwar um die Aufteilung des Profits in Zins bzw. Dividenden einerseits und in Unternehmerlohn andererseits, jedoch eint sie das Interesse, einen möglichst hohen Gesamtprofit aus dem Geschäft zu ziehen. Als Teil des Profits steht der Lohn des Unternehmers im Großen und Ganzen im umgekehrten Verhältnis zum Vergütungssystem der Lohnabhängigen und deren Arbeitsbedingungen. Je mehr der Manager aus den Arbeitern herausholt, indem er die Löhne beschränkt, die Arbeitsintensität steigert, die Arbeitszeit ausweitet und an den sachlichen Arbeitsbedingungen spart, desto mehr kann er selbst verdienen.

1. Allgemeines Gesetz zur Beschränkung der Manager-Vergütung

Der Streit rückte in den Vordergrund, als die Manager immer schlechtere Zahlen den Kapitaleigentümern präsentierten. Dies begann bereits während der konjunkturellen Abschwächung der Jahre 2000 bis 2002. Als dann in der großen Krise die Existenz vieler Unternehmungen auf dem Spiel stand, spitzte sich der Streit außerordentlich zu. Den geprellten Eigentümern gelang es, die Medien mehr und mehr für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Dort wurden ihre Klagen gehört und sehr publikumswirksam aufbereitet.

„Nun häufen sich in der Wirtschaftskrise auch noch die Fälle, in denen so genannte Topleute ihre Vergünstigungen behalten, obwohl sie den Aktionären und dem Gemeinwesen ungeheuren Schaden zugefügt haben. Der Bonus wird zum Kainsmal des Kapitalismus“, schrieb beispielsweise Götz Hamann in der Zeit. „Der Bonus sollte

Manager zur Leistung anspornen – im Interesse ihrer Unternehmen. Wie konnte es nur so weit kommen, dass sich viele Bosse schamlos bedienen?“⁹⁰

Die Kapital-Eigentümer verstanden es, ihr Interesse als allgemeines Volksinteresse auszuweisen. Um die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen, brachten sie als zusätzliche Argumente die Unfähigkeit vieler Manager ins Spiel und lockten mit dem Argument, dass die Manager-Vergütungen viel zu hoch wären im Vergleich zu den gewöhnlichen Arbeitslöhnen.

Ihr Populismus und die Macht ihrer Interessen verschafften ihnen eine Hegemonie in der öffentlichen Meinung. Nach einer Umfrage von Allensbach war das Ansehen der Manager im Frühjahr 2009 auf einen Tiefpunkt gesunken. Manager verdienten zu viel, meinten 85 Prozent der Deutschen, und eine Mehrheit wollte, dass der Staat die Gehälter und Boni begrenzt. Die Eigentümer waren in ihrer Öffentlichkeitsarbeit so erfolgreich, dass hohe Politiker, darunter die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident die Manager öffentlich zu maßvollem Handeln ermahnten. Schließlich erzwangen sie ein Gesetz zur Regelung der Vorstandsgehälter (VorstAG), das zu einem gewissen Interessenausgleich zwischen Managern und Kapitaleigentümern beitragen sollte.⁹¹

2. „Moralisierung des Finanzmarktkapitalismus“

Sehr brisant war der Streit im Finanzsektor. Hier hatten die Kapitaleigner trotz staatlicher Rettungsaktionen höhere Vermögenseinbußen hinzunehmen. Hohe Verluste auf der einen passten nicht zu hohen Vergütungen auf der anderen Kapitaleseite. Verschärft wurde der Konflikt vor allem dadurch, dass der Staat etliche Banken mit der Bereitstellung neuen Kapitals und mit hohen Kredit- und Garantiezusagen gerettet hatte, Gelder, die nun die Vergütungen der Manager zu speisen schienen.

Hohe Bonuszahlungen für HRE-Manager

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen zeitweise die Bonuszahlungen bei der HRE. Hier hatte im Juni 2010 der Vorstand Sonderzahlungen in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro beschlossen, denen der Bankenrettungsfonds SoFFin zustimmte. Der Protest entzündete sich vor dem Hintergrund, dass HRE weitere 40 Milliarden Euro an Staatshilfen benötigte. Der HRE-Vorstand begründete die Bonuszahlungen damit, er wolle Mitarbeiter, die für die Sanierung der Bank nötig wären, an die Bank binden. „Im Vergütungssystem der HRE liegt ein krasser Fehler vor“, kritisierte Verdi-Vorstand Uwe Föllong die hohen Vergütungen.⁹² Bei einer Zahlung von 25 Millionen Euro sei davon auszugehen, „dass hier Hunderttausende an führende Manager gezahlt wurden“.

Als wäre nichts geschehen bedienten sich die Geldjongleure jetzt beim Steuerzahler und drohten damit, bei Nichtzahlung ihren Job hinzuschmeißen, kommentierte der Tagesspiegel mit ungewohnt deutlichen Worten.⁹³ Wie oft will sich das Parlament eigentlich noch von den Bankern erpressen lassen?

Verschärft wurde der allgemeine Konflikt zwischen Kapitaleignern und Bank-Managern zusätzlich durch eine Verbesserung der Geschäftslage, die im

⁹⁰ Götz Hamann, Kainsmal der Chefs, in: Die Zeit, 25/10, Juni 2009

⁹¹ Der Aufsichtsrat soll die Bezüge von Managern kürzen können, wenn sich die Geschäftslage verschlechtert. Eine solche Verschlechterung liegt zum Beispiel vor, wenn die Gesellschaft keine Gewinne mehr ausschütten kann und die Weiterzahlung der Vergütung für die Gesellschaft "unbillig" wäre. Über die Vergütung soll künftig der gesamte Aufsichtsrat entscheiden, nicht bloß ein kleiner Prüfungsausschuss. Setzt der Aufsichtsrat eine unangemessene Vergütung fest, macht er sich gegenüber der Gesellschaft schadensersatzpflichtig. Sie soll künftig auch in einem angemessenen Verhältnis zu den Leistungen des Vorstands stehen und darf die branchenübliche Vergütung nicht ohne besondere Gründe übersteigen. Bei börsennotierten Gesellschaften ist die Vergütungsstruktur auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung auszurichten. Aktienoptionen können frühestens vier Jahre nach Einräumung der Option ausgeübt werden. Damit sollte dem begünstigten Manager ein stärkerer Anreiz zu nachhaltigem Handeln zum Wohl des Unternehmens gegeben werden.

⁹² Der Tagesspiegel vom 21.9.2010

⁹³ Ebenda

Jahresverlauf 2009 einsetzte. Aufgrund der äußerst großzügigen Geld- und Kreditpolitik der Notenbanken und der wachsenden Staatsverschuldung (verbessertes Emissionsgeschäft) verzeichneten etliche Banken stark steigende Gewinne, die nach traditioneller Geflogenheit die Vergütungen für Vorstände in die Höhe schnellen ließen. Beispielsweise übertrafen die für 2009 geplanten Boni für die Wall-Street-Banker das Vor-Krisen-Niveau: 140 Milliarden Dollar waren Ende 2009 vorgesehen und flossen bereits in die Rückstellungen der Banken.

Zur internationalen Diskussion:

„Die Haifische müssen gefüttert werden, sonst vermehren sie sich nicht.“

Zur Rechtfertigung ihrer hohen Vergütung platzierten die Manager das Argument, dass eine reiche Belohnung nötig sei, um zu verhindern, dass fähige Manager zum Schaden der Bank zur Konkurrenz abwanderten: „Die Haifische müssen gefüttert werden, sonst vermehren sie sich nicht.“⁹⁴ Da diese Abwanderungsgefahr auch für die auswärtige Konkurrenz galt, reichte eine nationale Regelung zur Begrenzung der Manager-Vergütungen nicht aus.

Es bedurfte einer internationalen Abstimmung. Die Regierungen intensivierten ihre bilateralen und multilateralen Gespräche. Schließlich konnten sich die G-20 Staaten in Pittsburg Ende September 2009 auf eine Regulierung der Sonderzahlungen einigen. Danach sollten sich die Einmahlentgelte an langfristiger Wertschaffung und nicht an exzessiven, kurzfristigen Risikoinvestitionen orientieren. Bei Gewinneinbrüchen oder Verlusten sollten die Banken die zugesagten Sonderzahlungen zurückhalten oder ganz streichen dürfen. Zu entsprechenden abgestimmten nationalen Regelungen kam es aber nicht. Jedes Land versuchte mit eigenen Maßnahmen und vor allem mit Moralpredigten und öffentlichem Druck die Sonderzahlungen nach oben hin zu begrenzen.

In den USA stellte sich US-Präsident Obama an die Spitze einer populär geführten Kampagne gegen die Vergütungspraktiken in der Finanzbranche. „Ich habe nicht kandidiert, um einen Haufen Bonzen an der Wall Street auszuheilen“, sagte er am 13.12.2009 in einem Fernsehinterview. „Ihr nehmt Boni von 10, 20 Millionen Dollar in Anspruch, nach dem Amerika wirtschaftlich das schlimmste Jahr seit Jahrzehnten durchgemacht hat, und ihr habt das Problem verursacht“, warf er den Bank-Managern vor.⁹⁵ Begleitet von einer ganzen Serie publikumswirksamer Auftritte beschloss das US-Finanzministerium Ende Oktober 2009 eine drastische Kürzung der Bezüge für die Spitzenfunktionäre der sieben Finanzinstitute, die zum Überleben umfangreiche Regierungskredite in Anspruch genommen hatten.⁹⁶ Hoch schlugen die Wellen ebenfalls in Großbritannien und Frankreich, während die Debatte in Deutschland vergleichsweise ruhig verlief.

Großbritannien

In Großbritannien plante die Royal Bank of Scotland, die nach umfangreichen Rettungsmaßnahmen mehrheitlich dem Staat gehörte, ihren 20 Spitzenmanagern zwischen einer und fünf Millionen Pfund zu zahlen. Andere hohe Bonuszahlungen wurden bekannt. Finanzstaatssekretär Paul Myners schätzte, dass in 2009 mindestens 5000 britische Banker ein Einkommen von mehr als eine Million Pfund beziehen würden. Die Banker müssten, lautete sein etwas doppeldeutiger Vorwurf, „in die reale Welt zurückkehren“.⁹⁷

„Unglaublich“, schimpfte Londons Bürgermeister Boris Johnson im Oktober 2009. „Gute Unternehmen gehen Pleite, weil sie keine Kredite bekommen, während Banker mit ihren von Steuerzahlern finanzierten Boni wieder Jachten und Villen kaufen.“⁹⁸

⁹⁴ Manager-Gehälter: Neues Spiel, in: Der Tagesspiegel vom 25.10.2009

⁹⁵ FAZ vom 14.2.2009

⁹⁶ Dazu: Der Tagesspiegel vom 25.10.2009

⁹⁷ FAZ vom 5.12.2009

⁹⁸ „Die City feiert wieder“, in: Der Tagesspiegel vom 25.10.2009

Der Gegensatz von „guten Unternehmen“ aus Handel, Dienstleistung und Industrie einerseits und einem raffgierigen Finanzkapital andererseits schwang mit.

Wo ein finanzkräftiges Interesse sich durchzusetzen suchte, fand es rasch die höheren Weihen der Wissenschaft. Das Forschungsinstitut Centre for Economics and Business lieferte mit „objektivem Sachverstand“ die nötigen Zahlen, die beweisen sollten, wie ungerecht es in der Verteilung zwischen Kapitaleigentum und Kapitalfunktion zuzuging: 1,3 Billionen Pfund habe der Staat an Bürgschaften und Rettungsmaßnahmen investiert, um die Banken über Wasser zu halten. Nun würden sechs Milliarden Pfund an Boni ausgeschüttet. Die Gewinnbeteiligungen lägen 50 Prozent über dem Vorjahr und seien die vierthöchsten in der Geschichte der City, wie der Londoner Finanzdistrikt genannt wird.⁹⁹

Höhepunkt des Streits bildete die 50-prozentige Sondersteuer, die Großbritanniens Finanzminister Alistair Darling am 9. Dezember 2009 auf alle Bonuszahlungen von Banken und Bausparkassen in Großbritannien von mehr als 25.000 Pfund ankündigte. „Wir hoffen, dadurch werden Banken von Bonuszahlungen abgeschreckt“, sagte Darling in seinem halbjährigen Bericht zur Lage der Staatsfinanzen vor dem britischen Parlament. Die vom Arbeitgeber abzuführende Steuer werde ab sofort und zunächst zeitlich befristet bis zum 5. April 2010 erhoben. Eine spätere Ausdehnung sei denkbar.¹⁰⁰ Zugleich schrieben der britische Premierminister Gordon Brown und der französische Präsident Sarkozy im „Wall Street Journal“ eine gemeinsame Kolumne, in der sie „eine einmalige Abgabe für die Boni als Priorität“ betrachteten.¹⁰¹

In Deutschland stieß allerdings die britisch-französische Bonussteuer bei Koalitionspolitikern und bei der Bundesbank auf Ablehnung. Bundeskanzlerin Merkel stellte klar, dass eine Sondersteuer auf Banker-Boni nach britischem Vorbild „vorerst nicht in Frage kommt“.¹⁰²

Frankreich

In Frankreich hatte zuvor der vom Gegensatz zwischen Banken und Industrie angeheizte Streit zwischen Kapitaleigentümern und Spitzenmanagern zu einer moralischen Entrüstung geführt. Auslöser waren hohe Gewinne bei der französischen Bank BNP Paribas, die zwecks Bonizahlungen Rückstellungen in Höhe von einer Milliarde Euro gebildet hatte. Die Bank verstieß gegen Verhaltensrichtlinien, an die sich die französischen Finanzunternehmen nach mehreren Treffen mit der Staatsführung halten wollten.

Der französische Präsident Sarkozy, der sich in der Öffentlichkeit und selbst vor der Uno für eine „Moralisierung des Finanzmarktkapitalismus“ stark gemacht und eine Regulierung des exzessiven wie zügellosen Finanzsystems gefordert hatte, rief die Vorsitzenden der Großbanken zu einer Moralpredigt zusammen. Wenn sich die Bankiers nicht von sich aus und wie versprochen zurückhielten und nicht aufhörten, die Öffentlichkeit mit Boni, Aktienoptionen oder hohen Abfindungen zu schockieren, werde der Staat sie mit einem Gesetz in die Schranken weisen.¹⁰³ Aufgeschreckt von dieser Standpauke verpflichteten sich die Banken, die Boni-Zahlungen selbst zu regulieren.¹⁰⁴ Als Folge dieser Selbstverpflichtung reduzierten sich die Boni-Rückstellungen der BNP Paribas auf die Hälfte, was umgekehrt bedeutete, dass das Ergebnis der Bank entsprechend höher ausfiel. Was die Manager verloren, kam den Eigentümern zugute.

⁹⁹ Vergleiche dazu: „Die City feiert wieder“, in: Der Tagesspiegel vom 25.10.2009

¹⁰⁰ FAZ vom 10.12.2009

¹⁰¹ FT Deutschland vom 11.12.2009

¹⁰² FAZ vom 12.12.2009

¹⁰³ Rudolf Balmer, Sarkozy lässt bitten – und droht mit einem Gesetz, in: Der Tagesspiegel vom 27.10.2009

¹⁰⁴ Die Selbstverpflichtung bestand in vier Punkten: 1. Trader und Spitzenmanager erhalten die Hälfte ihrer Boni nicht auf einem Schlag, sondern verteilt auf drei Jahre. 2. Kein Bonus ohne Malus. 3. Mehr Transparenz. Die variablen Vergütungen müssen von den Verwaltungsräten abgesegnet und in den Jahresabschlüssen aufgeführt werden. 4. Ex-IWF-Chef Mechel Camdessus übernimmt die Rolle eines „Supervisors“, der u. a. die Boni jener Banken kontrolliert, die staatliche Hilfe erhalten haben.

3. Zur Position von Gewerkschaften und Sozialdemokraten

Die Gewerkschaften, die während der Krise ihren Mitgliedern große Opfer auferlegt hatten und dafür von Wirtschaft und Politik gelobt worden waren, nutzten den Streit beider Kapitalklassen, um durch populäre Verbalattacken gegen die Gier der Manager verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Sie ergriffen Partei durchweg gegen die Manager, was umgekehrt bedeutete, dass sie die Eigentümerseite des Kapitals stützten. Aber sie taten das vor allem einseitig, indem sie die Bankmanager richteten, kaum aber die Manager der Industrie. Die Frage der Verteilung des Profits zwischen den zwei Abteilungen des Kapitals mischten sie mit ihrer Kritik am Finanzkapital.

Gleiches taten Sozialdemokraten, gleichgültig ob sie in der SPD, in der CDU oder in der Linkspartei organisiert waren. Vor der Bundestagswahl griffen sie den Streit nur zu gern auf, um sich als Anwalt für soziale Gerechtigkeit zu profilieren. „Wenn ein Bankmanager so viel verdient wie 500 Krankenschwestern, dann stimmen die Relationen nicht mehr. Dann wird das Gefühl für Gerechtigkeit verletzt. Und das müssen wir auch sagen,“ rief der damalige Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier bei seinem Wahlkampfauftakt im Berliner Tempodrom 2009 seinem Publikum zu.

Eine solche Zuspitzung auf die Manager großer, vor allem hoch internationalisierter Banken nahm man bis zuletzt vor. „So ist die unglaubliche Bereicherung der Spitzenmanager ... ein großes Ärgernis“, schrieb Helmut Schmidt mit Blick auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank auf der Titelseite des Wochenmagazins Die Zeit vom 14.7.2011. Es sei nicht einzusehen, „dass der Spitzenmanager einer Bank hundertmal so viel Geld verdient wie sein Fahrer, dass er dreißig- oder vierzigmal so viel verdient wie die Bundeskanzlerin.“

Auf diese Weise wurden die Lohnabhängigen in einen Streit hineingezogen, der sie von der Sache her kaum etwas anging. Denn es konnte ihnen gleichgültig sein, wie der ihnen abgepresste Gesamtprofit zwischen den Kapitaleigentümern und ihren Managern aufgeteilt wurde. Ihr Lohn blieb von diesem Verteilungskampf unberührt und erhöhte sich um keinen Cent, wenn die Aktionäre auf Kosten ihres Vorstands mehr Dividenden erhielten.

Der Streit, an dem der Staat auch aus eigennützigen Erwägungen teilnahm, soweit er nämlich Eigentümer von Banken – also wirklicher Kapitalist - war, richtete sich auf die Wiederherstellung der sozialen Symmetrie in den Verteilungsrelationen zwischen Kapitaleignern und Managern. Es war ein innerkapitalistischer Streit und die Politik, die da korrigierend eingriff, war eine Politik des Kapitals.

Kapitel 4

Fraktionskämpfe um Höhe und Ausrichtung der Konjunkturprogramme

Im vorliegenden Kapitel haben wir es mit einer mittleren Interventionsebene zu tun. Anders als in den beiden vorangegangenen Kapiteln, wo fest gefügte und dauerhaft existierende Sonderinteressen verschiedener Kapitalklassen aufeinander trafen, handelte es sich hier um eine Auseinandersetzung innerhalb der Klasse fungierender Kapitale. Die Interessen, die miteinander rangen, wurden nicht durch eigentümliche Produktionsbedingungen zusammengehalten, so dass die Kapitalfraktionen eine weniger feste Einheit bildeten.

Auf dieser mittleren Ebene begegneten uns Auseinandersetzungen verschiedener Branchen und Regionen, sowie zwischen exportorientierten und binnenmarktorientierten Wirtschaftszweigen bzw. zwischen den kleineren und den größeren Kapitalen.

In dieser politischen Auseinandersetzung versuchten die jeweiligen Sektoren, den Staat zum Schutz ihrer besonderen Interessen einzuspannen. Je nach Zweckmäßigkeit führten sie diese Auseinandersetzung mal mehr im Stillen durch zähe Lobbyarbeit, dann mehr durch öffentlichen Druck unter Einsatz der Massenmedien.

Wir können hier nicht die Vielzahl von Auseinandersetzungen verfolgen, auch nicht die verschiedenen Koalitionen, die sich in all diesen Kämpfen einstweilen herausbildeten, um dann wieder zu verschwinden, sobald der Streit einstweilen entschieden war. Lediglich eine Auseinandersetzung soll näher interessieren, der Streit um die Höhe und die Ausrichtung der Konjunkturprogramme.

1. Nationale Gesichtspunkte der Konjunkturprogramme

Im ersten Kapitel gingen wir bereits auf den Umfang der Konjunkturprogramme ein. Diese konjunkturpolitischen Interventionen zielten meist nicht darauf ab, einzelne Kapitale durch besondere Maßnahmen zu retten, wie dies bei Kredit- und Kapitalhilfen oder bei Verstaatlichungen (Umwandlung von Privatkapital in Staatskapital) der Fall war, sondern sie orientierten auf eine Stabilisierung bzw. Stärkung der Gesamtnachfrage durch Staatsausgaben. Solche öffentlichen Nachfrageimpulse kamen verschiedenen Sektoren zugute, unabhängig davon, ob diese Nachfrage aus inländischer oder auswärtiger Produktion gedeckt wurde. Hier verbarg sich ein Interessengegensatz, der jetzt das Thema sein soll.

In den überfüllten Märkten der krisengeschüttelten Industrie lagen immer auswärtige Kapitale auf der Lauer, um eine staatlich initiierte Nachfrage für größere Exporte zu nutzen. Die Konkurrenz zwischen ihnen und dem heimischen Kapital erhielt nationale Bedeutung. Deshalb richtete die Politik Ausmaß und Schwerpunkte der Konjunkturprogramme regelmäßig so aus, dass möglichst der nationale Standort davon profitierte und weniger die auswärtigen Kapitale. Umgekehrt zeigten die exportorientierten Kapitale großes Interesse an ausländischen Konjunkturprogrammen, da diese wiederum ihre Absatzchancen verbesserten, ohne dass sie die Lasten solcher Programme zu tragen hatten. Daraus erklärte sich die während der Krise zu beobachtende merkwürdige Interessenkonstellation, dass binnenmarktorientierte Wirtschaftszweige zusammen mit den Gewerkschaften Konjunkturprogramme forderten, die von auswärtigen, exportorientierten Kapitalen vehement unterstützt wurden.¹⁰⁵

Internationaler Streit um die Höhe der Konjunkturprogramme

Beispiele dafür lieferten die G20-Treffen. Verschiedene Länder, darunter die USA, Großbritannien und Frankreich, forderten von Deutschland größere Konjunkturprogramme, um den eigenen Export anzukurbeln. Die deutschen Regierungsdelegationen traten solchen Forderungen entgegen.

Der latent schwelende Streit um eine größere staatliche Förderung der Nachfrage erreichte im Sommer und Herbst 2010 einen Höhepunkt. Hier spielte die Forderung von Frankreichs Wirtschaftsministerin Christine Lagarde eine beachtliche Rolle, Deutschland solle mehr für die Stärkung seiner heimischen Nachfrage tun, um auf diese Weise die hohen Exportüberschüsse und die damit einhergehenden Leistungsbilanzungleichgewichte einzuschränken. Anknüpfend daran forderte der US-Finanzminister Timothy Geithner im Vorfeld der G-20-Treffen in Südkorea vom Oktober 2010 in einem offenen Brief an seine „lieben Kollegen“, dass Länder mit großen Außenhandelsbilanzüberschüssen wie China, Japan und Deutschland ihre Exporte drosseln und die Binnennachfrage stärken sollten. Am Rande der G-20-Gespräche nannte er Zahlen: Die Handelsbilanz-Salden sollten vier Prozent des BIP nicht übertreffen.

Eine solche Selbstbeschränkung empfand die deutsche Industrie, die gerade dabei war, neue Absatzmärkte auf dem Weltmarkt zu erobern, als Zumutung. Was lag da

¹⁰⁵ In der Krise wächst allgemein das Bedürfnis des Kapitals nach Staatsinterventionen, sei es im eigenen oder fremden Land. Dieses Interesse hebt die keynesianische Theorie hervor, indem sie staatliche Ausgabenprogramme im Falle krisenbedingt fehlender Nachfrage fordert. In einer relativ geschlossenen Volkswirtschaft, wie Keynes sie nach dem Zusammenbruch des Welthandels Anfang der 30er Jahre antraf, profitierte das heimische Kapital weitgehend von staatlichen Ausgabenprogrammen, so dass die Schwierigkeit, die hier thematisiert wird, für Keynes keine größere Bedeutung hatte.

näher, das dreiste Anliegen mit dem Vokabular des Kalten Krieges zu bekämpfen. Bundeswirtschaftsminister R. Brüderle (FDP) führte Geithner mit den Worten vor, mit Vorgaben von Zielen und Zeitabläufen würden „planwirtschaftliche Elemente“ eingeführt. „So offen wie Brüderle“, kommentierte die FAZ (23.10.2010), „hat selten jemand einem Vertreter der amerikanischen Regierung öffentlich sozialistisches Gedankengut vorgeworfen“. Die gegensätzlichen Interessen, die zwischen den konkurrierenden Nationen auf dem Weltmarkt bestanden, ließen sich mit Gipfeltreffen nicht ausräumen, und so verabschiedete man sich mit bloßen Lippenbekenntnissen.

Protektionistische Bestimmungen

Die Konflikte zwischen dem Kapital eines Landes und den auswärtigen Kapitalen bestimmten die konkrete Ausgestaltung der Konjunkturprogramme. Natürlich wollten die ausgabefreudigeren Staaten die bereitgestellten Mittel keineswegs für den Absatz auswärtiger Kapitale verschwenden. Konsequenz davon war, dass sie in ihre Konjunkturprogramme mal mehr Mal weniger offen protektionistische Klauseln hineinschmuggelten, mit denen auswärtige Exporteure diskriminiert wurden.

Der „American Recovery and Reinvestment Act of 2009“ enthielt solche diskriminierenden Bestimmungen. Danach sollten für öffentliche Infrastrukturprojekte nur Eisen, Stahl und Baumaterialien von US-Herstellern verwendet werden, sofern sich durch den Einsatz ihrer Produkte das Gesamtprojekt nicht um mehr als 25 Prozent verteuerte.

China wurde vorgeworfen, durch die Dollarbindung des Renminbi seine Währung manipuliert zu haben mit der Folge, dass sich die Konkurrenzbeziehungen zuungunsten der USA verschoben hätten. Die benachteiligten Kapitalfraktionen formierten sich und forderten Strafzölle gegen China. Paul Krugman unterstützte diese Forderung. Er rechnete aus, dass die Weltwirtschaft um 1,5 Prozentpunkte schneller wachsen könnte, falls China die Währungsbindung an den US-Dollar aufgäbe.¹⁰⁶ Durch diese Argumentation erhielt das besondere nationale Anliegen den Schein, für alle Seiten nützlich zu sein.

In China verhielt es sich nicht anders: Nach der Umfrage der Europäischen Handelskammer in China von Juni 2009 beklagte jedes zweite Unternehmen den wachsenden Protektionismus. Anfang Juni 2009 hatte Peking angeordnet, bei Käufen und Aufträgen für das umgerechnet 415 Milliarden Euro schwere Konjunkturprogramm nationale Produkte zu bevorzugen. Ausländische Waren durften danach nur mit Sondergenehmigung angeschafft werden.

Die „Kauf chinesisch“-Klausel löste Widerstand auf Seiten der importierenden Kapitale aus. Diese übten Druck auf ihre nationalen Regierungen aus, die dann entsprechend politisch intervenierten.

Kapital – ein „vaterlandsloser Geselle“?

Die große Krise mit ihren hervortretenden nationalen Interessen destruierte Illusionen, die nationalen Gegensätze könnten im Zuge einer wachsenden Globalisierung mehr und mehr verblassen, bis sie schließlich verschwinden würden. Die Vorstellung, das Kapital sei ein „vaterlandsloser Geselle“, wurde praktisch durch das nationale Verhalten der Kapitale widerlegt. Statt aufgelöst zu werden¹⁰⁷, traten die Nationalökonomien in den Vordergrund, bildeten sie den Dreh- und Angelpunkt. Die Krisenpolitik war eine nationale Politik.

¹⁰⁶ „Streit um den Renminbi“, FAZ vom 17.3.2010

¹⁰⁷ Hier eine Quelle unter vielen: „Die Netzwerke der Konzerne entfernen sich immer weiter von einer nationalökonomischen Darstellbarkeit. ... So löst sich die Nationalökonomie nicht in einen anderen Aggregatzustand auf, sondern sie verschwindet in ihrer Bedeutung als gemeinsamer Funktionsraum einer Summe von Betriebswirtschaften vollständig. Mit anderen Worten: Eine wesentliche Ebene der Kohärenz kapitalistischer Reproduktion wird zerstört. (...) Im Prinzip war das Kapital immer schon ein ‚vaterlandsloser Geselle‘, da sich die Logik der Geldverwertung an sich weder räumlich noch politisch oder kulturell binden lässt.“ Kurz (2005), S. 102f, 108

In der Abwehr auswärtiger Konkurrenz formieren sich die Kapitale praktisch zu einer nationalen Einheit, die dann dem nationalen Kapital anderer Länder gegenüberstand. Indem sie die Konjunkturprogramme möglichst vollständig für sich nutzen wollten, sagten sie in ihrer nationalen Regulierungs-Sprache, dass es einen inneren Markt gab, den sie für sich monopolisieren wollten. Die „Buy-American“-Klausel war ein juristischer Ausdruck für die nationale Bezogenheit der in den USA operierenden Kapitale. Gleiches galt für die „Kauf chinesisch“-Klausel oder für entsprechende Beschränkungen in anderen Konjunkturprogrammen. Und wenn andere Staaten dagegen opponieren, vertraten sie den Standpunkt ihres nationalen Kapitals, das von solchen auswärtigen Konjunkturprogrammen stärker profitieren wollte. Dieser Interessengegensatz zwischen den Kapitalen verschiedener Länder erhielt die Form eines nationalen Gegensatzes, der sich in der öffentlichen Meinung und dann auch im Bewusstsein der Menschen niederschlug.¹⁰⁸

2. Allianz aus Autoindustrie, Gewerkschaften und Betriebsräten

Ein wichtiger Bestandteil des Konjunkturprogramms II war die „Umweltprämie für Altfautos“, wie man sie anfangs offiziell bezeichnete - ein Euphemismus, den der Volksmund mit der Umfirmierung in „Abwrackprämie“ umgehend bestrafte. Das Gesamtvolumen belief sich in Deutschland auf fünf Milliarden Euro; jeder Altwagenbesitzer erhielt 2.500 Euro bei Neukauf pro verschrotteten Altwagen. Vergleichbare Maßnahmen gab es in anderen europäischen Ländern mit stärkerer heimischer Autoindustrie, darüber hinaus in den USA und in Japan.

Für die deutsche Autoindustrie, die samt der Zulieferer Ende 2008/Anfang 2009 auf eine wirtschaftliche Katastrophe steuerte, war diese staatlich initiierte Nachfragehilfe überlebensnotwendig. Entsprechend setzte sie dafür alle Hebel in Bewegung. Sie nutzte ihre starke Stellung in der Politik und gewann die Massenmedien.

Betriebsräte und IG Metall unterstützten diese Politik des Kapitals mit dem Argument, Arbeitsplätze zu retten. Auf diese Weise leisteten sie einen Beitrag zur Rettung eines beachtlichen Teils des Industriekapitals.

„Im Herbst vergangenen Jahres“, sagte IGM-Vorsitzender Berthold Huber am 28. August 2009, „standen wir vor der Alternative Nichtstun und die Autoindustrie und damit die Beschäftigung in den Keller gehen lassen - oder schnell handeln. Die Prämie wirkte schnell, punktgenau und befristet. Sie hat die deutsche Automobilindustrie in der Krise stabilisiert.“ Das Autokapital und „damit die Beschäftigten“ durften nicht „in den Keller gehen“. So war für einen ganzen Sektor die Politik des Kapitals auf den Punkt gebracht. Im Rahmen eines Gespräches über die aktuelle und zukünftige Lage der Automobilindustrie in Berlin fügte Huber am 03.09.2009 noch hinzu: „Die Umweltprämie ist das erfolgreichste Instrument der Konjunkturprogramme. Sie hat den privaten Konsum stabilisiert und 200 000 Arbeitsplätze gesichert. Jetzt kommt es auf die weitere Zukunftssicherung der Automobilindustrie an“.

Ein eigenständiges Interesse, das darüber hinausgegangen wäre, spielte während der großen Krise keine Rolle. Den engen Kapital-Horizont zu überschreiten, dazu waren sie nicht befähigt. Sie konnten sich keine Arbeit jenseits von Lohnarbeit vorstellen, keine Betriebe, die nicht die Form des Kapitals annahmen. Für sie war das Kapital keineswegs nur ein Kontrapunkt, gegen den sie gelegentlich die Interessen der Lohnabhängigen etwa in Gestalt von Lohnforderungen zur Geltung brachten. Es bildete zugleich die eigene Geschäftsgrundlage, das gemeinsame Feld, auf dem die betrieblichen und die tariflichen Konflikte in geordneten Bahnen ausgetragen wurden. Dieses Feld war ihnen vertraut. Hier waren sie verwurzelt. Hier lagen ihre Rechtsräume, innerhalb derer zu operieren sie gewohnt waren. Es galt, ihre Geschäftsgrundlage zu verteidigen. Und ganz in dieser Interessen-Logik sprangen sie der Autoindustrie beiseite, indem sie dieser bei der Organisation und Durchsetzung der Abwrackprämie bereitwillig halfen.

¹⁰⁸ Einen Versuch, das Verhältnis von Ökonomie, Staat und Nation auf systematischer Ebene zu bestimmen, findet der Leser in dem Buch Sandleben (2003), S. 56ff

3. Binnenmarktorientierte Kapitale, Gewerkschaften und Keynesianismus

Die Abwrackprämie gehörte zu den konjunkturpolitischen Maßnahmen, die nicht nur zu einer Stabilisierung der Autoindustrie mit ihrer starken Exportorientierung beitrug, sondern zugleich wichtige Wirtschaftsbereiche stärkte, die zusammen mit der Autoindustrie ein technologisches Netzwerk bildeten. Hier handelte es sich um eine „Schlüsselindustrie“, die zentrale Bedeutung für den gesamten Standort besaß.

Binnenmarktorientiertes Kapital

Die anderen Bestandteile der Konjunkturprogramme dienten vor allem den binnenmarktorientierten Wirtschaftszweigen, wie der Bauindustrie¹⁰⁹, dem Handwerk¹¹⁰ und dem Handel. Diese geförderten Sektoren hatten sich nach den umfangreichen Hilfsprogrammen im Ausland und nach der großzügigen Unterstützung der Autoindustrie ein deutlich größeres Ausgabenvolumen erhofft. Nun forderten sie weitere öffentliche Ausgabenprogramme, immer mit dem Argument, Arbeitsplätze sichern zu wollen.

Die Forderung des binnenmarktorientierten Kapitals nach zusätzlichen Konjunkturprogrammen wurde von Gewerkschaften politisch unterstützt. Unter Hinweis auf die keynesianische Theorie der effektiven Nachfrage forderten sie umfangreiche politische Maßnahmen, um die in der Krise eingebrochene Nachfrage mit Hilfe des Staates zu stabilisieren.

Zur Politik der Gewerkschaften

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit ihrer bis in die 70er Jahre zurückreichenden keynesianischen Tradition wertete in ihrem Memorandum 2009 die konjunkturpolitischen Interventionen der Regierung als unzureichend. „Das erste Konjunkturprogramm der Regierung (...) wird den Anforderungen in keiner Weise gerecht und ist nicht nur im gesamten Ausgabenvolumen völlig ungenügend. Öffentliche Investitionen spielen darin nur eine sehr untergeordnete Rolle. Das zweite Konjunkturpaket (...) bleibt mit einem Gesamtvolumen von ca. einem Prozent des BIP hinter den Anforderungen der dramatischen Wirtschaftsentwicklung zurück.“¹¹¹

Eine Beseitigung infrastruktureller, sozialer und ökologischer Defizite sowie der in Deutschland über drei Jahrzehnten vorliegenden Massenarbeitslosigkeit sei ohne ein langfristig angelegtes öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von jährlich 75 Milliarden Euro (knapp 3 Prozent des BIP) nicht möglich. Investitionsschwerpunkte sollten Bildung (30 Milliarden), kommunale Infrastruktur (20 Milliarden) und die Bahninfrastruktur (15 Milliarden) sein.¹¹²

Von gewerkschaftlicher Seite kamen ähnliche Forderungen: „Die bisherigen Konjunkturmaßnahmen reichen nicht aus. Ver.di fordert ein drittes Konjunkturpaket im Umfang von 100 Milliarden jährlich zunächst bis 2011.“¹¹³ Die IG Metall sprach

¹⁰⁹ Die Bauindustrie profitierte von staatlichen Infrastruktur-Investitionen. Von der schwarz-gelben Bundesregierung, die sich nach den Bundestagswahlen vom September 2009 konstituierte, erwartete sie neben Steuererleichterungen weitere Konjunkturpakete und die Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Knappe Haushaltsmittel dürften nicht zu einer Infrastrukturpolitik „auf Verschleiß“ führen, warnte Herbert Bodner, vom Hauptverband der Bauindustrie. Der Tagesspiegel vom 30.9.2009

¹¹⁰ „Tagesspiegel: Viele deutsche Handwerksbetriebe, die Sie vertreten, profitieren sehr von den staatlichen Konjunkturpaketen.“ (...) Hans-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH): „In der Bauwirtschaft zeigt sich, dass die Investitionen in öffentliche Infrastruktur aus den Konjunkturpaketen greifen. (...) Dazu helfen den Betrieben die angesprochenen Investitionen in die energetische Gebäudesanierung. Auch der Steuerbonus auf Handwerksleistungen spielt eine positive Rolle.“ Tagesspiegel-Interview vom 9.11.2009

¹¹¹ Memorandum 2009, S. 130ff.

¹¹² Memorandum 2009, S. 41.

¹¹³ Wirtschaftspolitik Ver.di: Solidarisch aus der Krise, Mai 2009

sich im Dezember 2009 für ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von „mindestens 100 Milliarden Euro“ aus.

„Wir wollen die Exportorientierung nicht zurückdrehen“, sagte DGB-Chefökonom Dierk Hirschel dem Tagesspiegel.¹¹⁴ „Aber wichtiger, als den Export zu stützen, ist es, den Binnenmarkt auszubauen“, fuhr er fort. Denn 80 Prozent der Arbeitsplätze würden vom Binnenmarkt abhängen. Hier bestand völliger Gleichklang zwischen den Bedürfnissen des binnenmarktorientierten Kapitals und gewerkschaftlicher Konjunkturrempfehlung.

Links-Keynesianismus

Allerdings gingen die Gewerkschaften mit ihren Forderungen in einem Punkt über solche Kapitalbedürfnisse hinaus. Sie wollten die Binnenkaufkraft nicht nur durch weitere Konjunkturprogramme sondern auch durch die Einführung von Mindestlöhnen, durch die allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus und durch eine Anhebung der Sozialausgaben stärken.

„Mehr brutto bringt mehr Kaufkraft“, fasste die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik die Lohnthese zur Stärkung der Massenkaukraft im Memorandum 2009 zusammen. Zur „Förderung des Konsums“ sei zudem eine „direkte Anhebung der untersten Transfereinkommen“ notwendig.¹¹⁵ „Um einen Anstieg des privaten Konsums zu ermöglichen, müsste es den Gewerkschaften gelingen, unter den Bedingungen der Krise die Verteilungsrelationen zu Lasten der Gewinneinkommen zu verschieben. Das bedeutet, es müssten Abschlüsse oberhalb des verteilungsneutralen gesamtwirtschaftlichen Spielraums erzielt werden.“¹¹⁶ Gustav Horn, Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), wollte die Binnennachfrage durch höhere Löhne und mehr staatliche Investitionen stärken.

Hinter der Forderung nach Stärkung der Binnennachfrage standen jetzt sowohl Konjunkturprogramme als auch Lohnforderungen, also sowohl die Interessen stärker binnenmarktorientierter Kapitale als auch Arbeiterinteressen. Beides war in dieser Forderung vereint. Höhere Staatsausgaben für Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen dienten der Standortverbesserung des Kapitals, höhere Löhne und Sozialausgaben bildeten die arbeitnehmerfreundliche Variante, die im Großen und Ganzen dem Kapitalinteresse entgegenlief. Die allgemeine Forderung nach Anhebung der Binnenkaufkraft verhüllte genau diesen Gegensatz.

Indem die These von der Stärkung der Binnenkaufkraft mit der keynesianischen Theorie begründet wurde, erhielt auch diese - nun als „Links-Keynesianismus“ reformulierte Theorie - einen ambivalenten Charakter.

Die Linkskeynesianer versuchten den Unternehmern plausibel zu machen, dass ihre Forderung nach Stärkung der Massenkaukraft ganz dem Interesse des Kapitals entsprach, weil sich dadurch die Absatzprobleme lösen ließen. Sie täuschen sich auf zweifache Weise: Sie führten Keynes als ihren Kronzeugen für höhere Löhne als Mittel höherer Beschäftigung an, obwohl Keynes ausdrücklich das Gegenteil formulierte, als er das „erste Grundpostulat der klassischen Theorie“ aufrecht erhielt, wonach der Reallohn gleich dem Grenzerzeugnis der Arbeit sei und deshalb bei steigender Beschäftigung wegen der unterstellten Grenzproduktivitätsthese fallen musste.¹¹⁷

Sie täuschten sich ein zweites Mal, als sie den Unternehmern einzureden glaubten, dass sich ihre Geschäfte durch höhere Löhne verbessern ließen. Auf solche Überredungskünste fiel kein Unternehmer herein. Sein eigenes Geschäft lehrte ihm,

¹¹⁴ Tagesspiegel, 1.9.09

¹¹⁵ Memorandum 2009, S. 42, S. 80.

¹¹⁶ Memorandum 2010

¹¹⁷ „Wir werden nämlich das erste Postulat wie zuvor beibehalten (...) Es bedeutet, dass Reallöhne und Produktionsmenge (und daher Beschäftigungsmenge) in einer einzigartigen Wechselbeziehung sind, so dass im allgemeinen die Beschäftigung nur zunehmen kann, wenn die Rate der Reallöhne gleichzeitig fällt. Ich bestreite daher diese wesentliche Tatsache nicht, welche die klassischen Ökonomen (ganz richtig) als unantastbar bezeichnet haben.“ (Keynes (1936), S. 15)

dass höhere Löhne zugleich höhere Lohnkosten bedeuteten, die zu einem Druck auf die Ertragsmargen führten. Deshalb ignorierte er diese für ihn merkwürdige Sicht der Dinge und nutzte jede praktische Gelegenheit, seine Lohnkosten herabzusetzen.

Zum Einfluss der Forderung nach Stärkung der Massenkaufkraft auf die tatsächliche Politik des Kapitals

Die Politik des Kapitals wurde in keinsten Weise durch solche lohn- und sozialpolitischen Vorstellungen zur Stärkung der Massenkaufkraft torpediert. Gerade während der Krise übten die Gewerkschaften im hohen Maße Lohnzurückhaltung und organisierten dort, wo sie es für nötig hielten, Lohnsenkungen.

Das WSI-Institut der Hans-Böckler-Stiftung zog Ende 2010 folgende tarifpolitische Bilanz:¹¹⁸ Das Jahr 2010 war tarifpolitisch noch vom Versuch geprägt, trotz Krise möglichst viele Arbeitsplätze zu retten. Deshalb fielen die tarifpolitischen Leistungssteigerungen eher moderat aus. „In einer ganzen Reihe von Branchen wurden für dieses Jahr überwiegend Pauschalzahlungen vereinbart, die nicht zu dauerhaft tabellenwirksamen Tarifierhebungen führen.“ Dazu zählten Chemie-, Metall- und Elektroindustrie.

Der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis sagte mit Blick auf die Kurzarbeit und die gewährten tariflichen Öffnungsklauseln: „Wir haben unsere Betriebe intakt gehalten“. 335 Betriebe hätten Öffnungsklauseln genutzt, um Arbeitszeit, Entgelt oder Jahressonderzahlungen kürzen zu können.¹¹⁹

Das linkskeynesianische Kaufkraftargument hatte schon auch die vorangegangenen Tarifabschlüsse nicht beeinflusst. So wies der „Global Wage Report 2010/2011“ der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für Deutschland einen Reallohnrückgang zwischen 2000 und 2009 von 4,5 Prozent aus.

Im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Krisenpolitik stand die Absicherung eines funktionierenden Arbeitskörpers, wie das Kapital ihn benötigte. Für den erhofften Aufschwung sollte das Kapital alle Produktionskapazitäten, die in der Krise nicht genutzt wurden, unbedingt vorhalten, um aus einer solchen Position heraus rasch expandieren zu können, sobald die Nachfrage auf dem Weltmarkt anzog. Die IG Metall stützte diese Unternehmensstrategie und propagierte sie als Maßnahme zur Beschäftigungssicherheit. IG Metall und der Arbeitgeberverband versuchten gemeinsam, die Kosten für den in der Krise überdimensionierten Arbeitskörper dem Staat aufzubürden. Zwei Instrumente kamen dafür in Frage: Die weitere Anwendung von Kurzarbeit inklusive der Übernahme der Sozialbeiträge durch den Staat, um das Kapital zu entlasten, und eine weitergehende Arbeitszeitverkürzung im Rahmen des so genannten Beschäftigungssicherungstarifvertrags. Hier sollte der Staat teilweise einen Lohnausgleich übernehmen.

Martin Kannegiesser hatte zusammen mit dem IG-Metall-Vorsitzenden Berthold Huber bereits eine Woche zuvor entsprechende Gespräche mit Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) geführt. „Jetzt müssen auch für die Politik Betriebe und deren Belegschaften im Mittelpunkt stehen, nur sie können schließlich den Karren wieder aus dem Dreck ziehen“, drückte Kannegiesser die betriebsgemeinschaftlichen Interessen ganz im Sinne der IG-Metall-Führung aus.

Die Gewerkschaften hatten also die Politik des Kapitals unterstützt, indem sie unter anderem ihre Forderungen nach Stärkung der Binnenkaufkraft auf die Punkte reduzierten, die mit den Interessen des Kapitals kompatibel waren. Sie fügten sich auch hier in das Parallelogramm der Kapitalkräfte ein, ohne darin eine eigenständige Rolle zu spielen.

4. Interesse der exportorientierten Kapitalfraktion

¹¹⁸ <http://www.boeckler.de/111338.html>

¹¹⁹ FAZ vom 8.12.2010

Konjunkturprogramme besaßen allerdings einen großen Makel: Die höheren Staatsausgaben führten zu einer weiteren finanziellen Auszehrung des Staates, zu höherer Verschuldung und zu höherer staatlicher Zinszahlung, welche zur Kompensation irgendwann Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen notwendig machten. Daran hatten die stärker exportorientierten Wirtschaftssektoren, die die Steuerlasten mit zu tragen hatten ohne von den öffentlichen Ausgabenprogrammen sonderlich zu profitieren, kein Interesse. Höhere Steuern in der Zukunft würden ihre internationale Konkurrenzfähigkeit belasten, klagten sie. Zudem begrenze ein Anstieg der Staatsverschuldung die künftige Handlungsmöglichkeit des Staates, welche aber nötig wäre, um die Konkurrenzfähigkeit des Standorts durch Investitionen aufrecht zu erhalten. Die exportorientierten Wirtschaftszweige versuchten deshalb, die Konjunkturprogramme klein zu halten und sie möglichst auf ihre eigenen Bedürfnisse auszurichten.

Zur Positionierung der verschiedenen Kapitalgruppen

Auf dem Höhepunkt der Krise hatte die Exportindustrie die konjunkturpolitischen Staatsinterventionen unterstützt, weil darin die einzige Möglichkeit bestand, den eigenen Zusammenbruch und den Zusammenbruch der mit ihr vernetzten Industrie zu verhindern. Als diese schwierige Phase in der zweiten Jahreshälfte 2009 auslief und Entlastung durch die sich belebenden Auslandsmärkte kam, stellte sich die exportorientierte Kapitalfraktion immer mehr gegen zusätzliche Konjunkturprogramme. Ihre Gegner waren nicht nur die binnenmarktorientierten Kapitale, die weitere Konjunkturprogramme forderten, sondern zugleich die auswärtigen Kapitale, die mit Blick auf den deutschen Absatzmarkt davon einen höheren Absatz erhofften.

Die Forderung der französischen Wirtschaftsministerin Christine Lagarde, Deutschland solle die heimische Nachfrage stärken, oder der spätere Vorstoß des US-Finanzministers Geithner, der deutsche Handelsbilanz-Saldo sollte vier Prozent des BIP nicht übertreffen, stellten ernsthafte Angriffe gegen die Interessen des exportorientierten Kapitals dar. Während die binnenmarktorientierte Kapitalfraktion für eine weitere Erhöhung der Binnennachfrage durch staatliche Maßnahmen eintrat, exponierte sich der Exportsektor mit der These von der „unbedingte Beibehaltung der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft“, wie Michael Hüther¹²⁰ vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW), die Interessen dieser Kapitalfraktion zusammenfasste.

These von der „unbedingte Beibehaltung der starken Exportorientierung“

Um diese These wurde ab dem zweiten Halbjahr 2009 heftig gestritten. Hintergrund des Streits bildete die noch unübersichtliche konjunkturelle Situation. Auf der einen Seite beförderte die fragile wirtschaftliche Situation das Bedürfnis vieler Kapitale nach weiteren Konjunkturprogrammen, auf der anderen Seite ließ das Bedürfnis dort nach, wo sich die im Frühjahr begonnene Nachfrageerholung stärker zeigte.

Angesichts konjunktureller Stabilisierungstendenzen sah BDI-Präsident Hans-Peter Keitel die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als Priorität an. „Immer weitere Milliardenkredite bedeuten auch immer höher Zinszahlungen und der finanzielle Spielraum für die Politik wird immer enger“, führte er als Begründung an. Die Wirtschaft werde ihren Beitrag durch Subventionsabbau leisten. „Aber die Regierung muss an die großen Positionen ran, beispielsweise an die Sozialhaushalte.“¹²¹

IW-Direktor Michael Hüther ließ kaum eine Gelegenheit aus, auf die Lohnsenkungen der Vergangenheit zu verweisen, wodurch die Standortbedingungen verbessert worden wären. „Deutschland ist für die Zeit nach der Krise gut aufgestellt“, sagte er am 31.8.2009 in Berlin. Die Finanzmärkte hätten die Realwirtschaft zwar in die Krise

¹²⁰ Tagesspiegel vom 1.9.2009

¹²¹ FAZ vom 2.11.2009

gestürzt, „aber die Innovationskreisläufe der Realwirtschaft sind weiterhin intakt“. Es gebe „keine Überinvestitionen“(!). Wenn der Markt im Bereich von Industrie- und Handel alles so gut verrichtete, und es dem deutschen Kapital gelang, der auswärtigen Konkurrenz weitere Weltmarktanteile abzujagen, dann gab es keinen grundsätzlichen Korrekturbedarf. Das Bedürfnis des deutschen Exportkapitals fasste sich in Hüther's Slogan zusammen: „Weiter so.“¹²²

Diese Interessenpolitik machte derart blind, dass Hüther selbst die offenkundigsten Schwierigkeiten ignorierte, die aus dem kapitalistischen Marktprozess hervortraten. Überproduktion und Überkapazitäten waren nicht zu übersehene Konsequenzen einer vorangegangenen Überinvestition, die nun auf die Schranken des Marktes gestoßen war. Aber der Hüter des Kapitals redete solche Schranken weg. Er beschönigte den Kernprozess des kapitalistischen Marktsystems als krisenfrei, indem er die Finanzmärkte für die Krise verantwortlich machte. Die „Tintenkulis der Geschäftswelt“, wie Rosa Luxemburg die schreibenden Werkzeuge des Kapitals gelegentlich nannte, trugen dann diese Botschaft in alle Winkeln der Öffentlichkeit. Die exportorientierte Kapitalfraktion ging dank der staatlichen Unterstützungen und wegen der günstigen Kostensituation gestärkt aus der Krise heraus. Sie wollte nicht, dass ihre guten Ausgangsbedingungen wirtschaftspolitisch belastet wurden. Ihr Einfluss erwies sich als groß genug, dass die schwarz-gelbe Regierung die keynesianische Nachfragepolitik bald beendete und erste Schritte in Richtung einer Sparpolitik unternahm.

5. Sparpolitik

Die massiven Staatsinterventionen von 2008/2009 hatten die Staatshaushalte schwer belastet. Ab Frühjahr 2010 traten ernste Staatsschuldenkrisen vor allem in Europa auf. Die einst von der Exportfraktion des Kapitals vorgebrachten Einwände gegen die Konjunkturprogramme, wodurch die Staatshaushalte schwer belastet würden, Handlungsspielraum verloren gehe und künftige Steuererhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen notwendig wären, erhielten aktuelle Bedeutung. Hinzu kam, dass die Erholung der Wirtschaft das Bedürfnis des Kapitals nach weiteren Konjunkturprogrammen in den Hintergrund treten ließ. Der Streit zwischen der Exportfraktion und der stärker binnenmarktorientierten Kapitalfraktion verlagerte sich von der einstigen Frage nach weiteren Konjunkturprogrammen hin zu der Frage, wie schnell und in welchem Umfang der Staat seinen Haushalt sanieren muss.

Als in einigen Ländern der Euro-Zone die Staatsschuldenkrise immer bedrohlichere Formen annahm, die Schuldenfinanzierung über den Kapitalmarkt zu stocken drohte, rückten die Kapitalfraktionen in der Frage der Aufrechterhaltung der Staatsfinanzierung auch in Deutschland wieder enger zusammen. Sie waren sich einig, dass der Staat seine Neuverschuldung zumindest auf mittlere Sicht begrenzen musste, sollte das kapitalistische System nicht erneut in eine Krise geraten. Aber wo sollte gespart werden?

Die Staatsschuldenkrise war eine Konsequenz der Krise des Kapitals. In ihr drückte sich die vom Staat verhinderte Entwertung des Kapitals aus. Allein die Tatsache, dass der Staat die dem Kapital drohende Entwertungsspirale auf seine Kosten gestoppt hatte, war ein Zeichen dafür, dass er das Bedürfnis des Kapitals ins Zentrum seiner Politik gerückt hatte. Nun das Gegenteil zu erwarten, also die Rückgabe der Entwertungsrisiken an das Kapital, hätte dem Charakter seiner Politik widersprochen.

Die Lösung der Staatsschuldenkrise etwa durch einfache Entwertung der Staatsschulden wäre auf eine Entwertung des in der Staatsschuld angelegten zinstragenden Kapitals hinausgelaufen, also auf eine Entwertung des Vermögens der Geldkapitalisten. Diese Art der Lösung musste auf den Widerstand des Kapitals stoßen, so dass sie gar nicht erst öffentlich diskutiert wurde.

Einig waren sich alle besitzenden Klassen und Fraktionen, dass der Staat die Kosten seiner Schuldenbegrenzung weder dem fungierenden noch dem zinstragenden

¹²² Tagesspiegel vom 1.9.2009

Kapital aufbürden durfte. Eine finanzielle Belastung oder gar eine Kapitalentwertung zugunsten einer Sanierung des Staatshaushalts kamen für sie nicht in Frage. Es blieb nur die Möglichkeit¹²³, die Kosten der Sanierung auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Da diese über keine größeren Vermögen verfügten, die sich der Staat hätte aneignen können, sollten die Gelder für die Rückführung seiner Verschuldung aus den laufenden Lohn- und Gehaltseinkommen und aus dem Sozialbudget genommen werden.

Inhaltliche Ausrichtung der Sparprogramme

Das Jahr 2010 war das Jahr der Sparprogramme in Europa. Diese fielen je nach nationaler Verschuldungs- und Konjunktursituation unterschiedlich heftig aus, griffen aber in jedem Fall in die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen ein. Bei allen nationalen Unterschieden stellten die Sparprogramme mal mehr mal weniger darauf ab, die Massensteuern zu erhöhen, die Sozialausgaben sowie die Löhne vor allem im Öffentlichen Dienst zu senken und die Bedingungen für eine beschleunigte Akkumulation des Kapitals zu verbessern.

Das deutsche Sparprogramm, das im europäischen Vergleich noch recht milde ausfiel und am 29.10.2010 den Bundestag passierte sah vor, bis 2014 etwa 80 Milliarden Euro einzusparen; 30 Milliarden davon wurden Erwerbslosen und den Empfängern von Arbeitslosengeld II aufgebürdet. Die Staatseinnahmen sollten durch verschiedene Steueranhebungen gesteigert werden.

In Frankreich stand die Erhöhung des Renteneintrittsalters im Mittelpunkt, eine Maßnahme, die angesichts einer steigenden Reichtumsproduktion nicht einzusehen war und zu heftigem Widerstand führte.

Ein „eisernes Sparprogramm“ wurde den Lohnabhängigen Großbritanniens aufgebürdet: Erhöhung des Renteneintrittsalters, Einsparungen bei Sozialleistungen, Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst bis zu 490.000, Steuererhöhung vor allem der Mehrwertsteuer. Auf diese Weise sollte der britische Staatshaushalt bis Mai 2015 um 113 Milliarden Pfund entlastet werden. Solch drastische Maßnahmen hatte noch nicht einmal die Premierministerin Margaret Thatcher in den 1980er Jahren durchgesetzt.

Das portugiesische Sparpaket sah u. a. Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst von fünf Prozent und eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 21 Prozent auf 23 Prozent vor. Die Arbeiter reagierten darauf mit Massenstreiks; Ende November 2010 demonstrierten sie ihre Macht in einem Generalstreik – den ersten seit 20 Jahren.

Der griechische Ministerpräsident Papandreou hatte in seinem Wahlkampf 2009 versprochen, die von der Volkspartei Nea Dimokratia (ND) geforderten Sparprogramme und Privatisierungen zu verhindern. Seine Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) sah im Falle eines Wahlsiegs die Erhöhung von Gehältern und Renten durch einen „Sozialpakt“ von drei Milliarden Euro vor. Die Wahlversprechen wurden gegeben, obwohl Papandreou, wie der deutsche Finanzminister Steinbrück in seinem Buch „Unterm Strich“ vermerkte, schon Ende Januar 2009 „keinerlei Illusionen hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Griechenlands“ hatte.¹²⁴

Indem Papandreou nach der Wahl das Gegenteil tat, betrog er das Volk. Die Demokratie hatte bewiesen, wie unzulänglich die politischen Institutionen waren, den Willen der Bürger auszudrücken. Eine rückläufige Wahlbeteiligung auf unter 50 Prozent war die Folge.

Wie die Bourgeoisie ihr eigenes Sparinteresse versteckte: Schuldenbremse und Nationalismus

¹²³ Eine weitere Möglichkeit, Staatsvermögen oder den nationalen Goldschatz als Schuldentilgungsmittel einzusetzen, spielte bislang nur in Griechenland eine größere Rolle.

¹²⁴ Steinbrück (2010), S. 122. „Er wusste um die heißen Kastanien“, fährt Steinbrück unmissverständlich fort, „die ihm die damals noch amtierende konservative Regierung von Kostas Karamanlis hinterlassen würde und die er nun als Regierungschef aus dem Feuer holen muss.“

Um dem Widerstand möglichst geringe Angriffsflächen zu bieten, musste der besondere Klassencharakter dieser Sparprogramme getrübt werden. Hauptsächlich geschah dies auf zweierlei Weise:

Erstens galt es, das auf kapitalistischer Grundlage entstandene Sparinteresse in einen möglichst objektiv wirkenden, höheren Sachzwang umzumünzen. In Deutschland geschah das formell durch die Einfügung einer Schuldenbremse ins Grundgesetz, die grundsätzlich auf den Verzicht neuer Schulden abstellte und wie ein Automatismus wirken sollte, scheinbar unabhängig vom Willen der Politiker und den Interessen der besitzenden Klassen. Anfang 2009 stimmte die Föderalismuskommission der Schuldenbremse zu. Der Bundestag beschloss die Regelung am 29. Mai 2009. Schon am 12. Juni 2009 folgte der Bundesrat mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Schuldenbremse sieht vor, die strukturelle, also nicht konjunkturbedingte Nettokreditaufnahme des Bundes auf maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen. Ausnahmen sind bei Naturkatastrophen oder schweren Rezessionen gestattet. Die Einhaltung der Vorgabe eines ausgeglichenen Haushalts ist für den Bund ab dem Jahr 2016 zwingend vorgesehen, für die Länder ab dem Jahr 2020.

Zweitens wurden die Sparprogramme in eine nationale Form gepackt, unter der die Bourgeoisie ihr Klasseninteresse im Volk zu verstecken suchte. Griechenland, Irland, Portugal und Spanien stellten ihre besonders weit reichenden Sparprogramme als unverzichtbare Maßnahmen dar, um ihre Nation zu retten. Je zugespitzter die Situation, desto schärfer fiel die nationale Rhetorik aus.

Anfang März 2010 hatte der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou, zugleich Vorsitzender der Sozialistischen Internationalen, sein Sparprogramm mit den dramatischen Worten verkündet: „Unser Land befindet sich im Kriegszustand“, in einem „nationalen Überlebenskampf“. Ergänzend fügte er später hinzu: „Wir müssen unsere Heimat, unsere Bürger und unsere Kinder vor der Gefahr eines drohenden Staatsbankrotts bewahren.“¹²⁵ Im Juni 2011 schickte Papandreou seinen Verteidigungsminister Evangelos Venizelos in das Scharfrichteramt des Finanzministers, um ein weiteres Sparpaket gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung durchzusetzen. Angesichts der Massenproteste wählte die Regierung eine besonders martialische Ansprache. Papandreou rief seinen Kriegsminister der Finanzen dazu auf, die „harte Schlacht an der Heimatfront“ fortzuführen.¹²⁶ Venizelos sprach vom „wahren Krieg“, in den er nun ziehe und forderte allgemeine Gefechtsbereitschaft. „Wir können es uns nicht leisten, auch nur eine Stunde zu verlieren.“¹²⁷ Verunsichert durch einen zweitägigen Generalstreik und durch eine wachsende Opposition innerhalb der Pasok appellierte Papandreou im Parlament an das „patriotische Gewissen“. „Ich rufe Sie dazu auf, mit Herz und Hand für Griechenland zu stimmen“, sagte er den Abgeordneten. Für das Land gehe es „um das Überleben.“¹²⁸

Der französische Präsident Sarkozy wies sein Gesetz zur Anhebung des Renteneintrittsalters als „Angelegenheit von nationalem Interesse“ aus. „Ich tue das nicht aus ideologischen Gründen. Ich tue das, weil es meine Pflicht ist“, sagte er.¹²⁹

Die britische Bourgeoisie verkleidete ihr Interesse am „eisernen Sparprogramm“, das die Klasse der Lohnabhängigen abgesehen von wenigen scheinbar gegen die Vermögenden gerichteten Maßnahmen allein zu tragen hatte, in den zwei schlicht gehaltenen „Beschwörungsformeln“: Wir handeln im nationalen Interesse und wir stecken alle zusammen im Dreck.¹³⁰

¹²⁵ Interview mit Papandreou in der FAZ vom 5.3.2010. Solch engagierte Worte dienten keineswegs nur der Täuschung, sie verrieten zugleich den Horror der Bourgeoisie vor einer finanziell verursachten Handlungsunfähigkeit des Staates.

¹²⁶ FAZ vom 24.6.2011

¹²⁷ Michael Martens, „Denn sie wissen, was sie tun“, in: FAZ vom 21.6.2011

¹²⁸ Zitiert in: FAZ vom 29.06.2011

¹²⁹ FAZ vom 22.10.2010

¹³⁰ Ebenda

Widerstand

Die Sparpolitik besaß einen grundlegend anderen Charakter als die Konjunktur- und Rettungsmaßnahmen, die auf dem Höhepunkt der Krise zum Tragen kamen. Für den Staat bestand der Unterschied vor allem in der entgegengesetzten fiskalischen Wirkungsweise: Sparprogramme minderten tendenziell die Defizite, Konjunktur- und Rettungsprogramme erhöhten sie.

Für das Kapital, das von den Sparprogrammen meist gar nicht direkt betroffen war, änderte sich vergleichsweise wenig. Lediglich einige Kapitalgruppen verloren infolge der Konsumeinschränkung der Lohnabhängigen an Nachfrage. Jedoch überdeckte hier ihre Hoffnung auf eine fortschreitende Konjunkturerholung mit entsprechend steigender Nachfrage diesen Nachteil. Entsprechend nahm ihr Widerstand gegen Sparprogramme in dem Maße ab, wie ihr Konjunkturpessimismus nachließ und wie die Notwendigkeit von Sparprogrammen als unverzichtbarer Schritt zur Stabilisierung des Gesamtsystems in den Vordergrund rückte.

Für die Lohnabhängigen (einschließlich Erwerbslose) bedeutete hingegen der Sparbeschluss einen Wendepunkt, der auch zu einem Wendepunkt in ihrem Verhalten werden sollte. Hatten die Konjunktur- und Rettungsprogramme Massenentlassungen verhindert, so zielten einige Sparmaßnahmen darauf ab, Massenentlassungen vor allem im öffentlichen Dienst vorzubereiten. Trugen die damaligen Hilfsaktionen dazu bei, die Lebensbedingungen und damit die bisherige Aneignungsweise zu stabilisieren, griff jetzt der Staat mit seinen Sparprogrammen tief in die Lebensstellung ein, um diese teilweise dramatisch zu verschlechtern. Hatte der Staat durch seine früheren Maßnahmen wie Kurzarbeiterregelungen oder Kredithilfen besonders gefährdete Arbeitsplätze stabilisiert, so breitete er jetzt mit seinen Sparbeschlüssen einen umfassenderen Angriff auf die Lohnabhängigen vor, der um so weiter reichte, je umfangreicher die Sparbeschlüsse ausfielen.

Die Konjunktur- und Rettungspolitik hatte dem Unternehmer geholfen, das in Arbeitsplätzen angelegte Kapital zu erhalten. Sie schützte beides. Sie knüpfte mit ihren Hilfsmaßnahmen an dem gewohnheitsmäßigen Muster an, wonach Kapital und Arbeit ein notwendiges stoffliches Entsprechungsverhältnis von Produktionsmitteln und Arbeit beinhalten – beides unbedingt notwendig zur Durchführung der Produktion.

Eine solche Sozialpartnerschaft musste im umgekehrten Fall aufbrechen, da die Lohnabhängigen von den Sparbeschlüssen nicht nur allein betroffen waren, sondern für die Krisenlasten gerade stehen sollten, die das Kapital zuvor in die Staatshaushalte und in die Bilanzen der Notenbanken verschoben hatte. „Wir zahlen nicht für Eure Krise“, lautete eine Antwort. Wozu sparen, wozu Konsumverzicht üben, wenn nicht nur genug Reichtum da war, sondern die Fülle des Waren-Reichtums die Absatzmärkte gerade erst in Gestalt der Überproduktionskrise verstopft hatte? Bei näherer Überlegung entpuppte sich der vom Kapital deklarierte Sachzwang zum Sparen als bloßer Zwang einer Wirtschaftsordnung, die Lohn- bzw. Konsumverzicht der breiten Massen benötigte, um auf kapitalistischer Grundlage besser akkumulieren zu können. Man brauchte also den Sachzwang des Kapitals nur beiseite zu räumen und aller Sparzwang würde sich als überflüssig erweisen.

Die Sparbeschlüsse kehrten den Klassencharakter hervor, sie lösten Sozialstaatsillusionen auf, sie verschlechterten die Lebensbedingungen, sie schmiedeten die Lohnabhängigen soweit zusammen, wie die Betroffenheit reichte, sie schufen eine gleiche politische Situation mit gleichen politischen Interessen, die gegen die Regierung gerichtet waren.

„Der Demokratie kommt ihr Demos abhanden, das Volk“

Die Regierungen erzwangen ihre Sparprogramme gegen den Willen der Bevölkerung, der sich in Massenprotesten, Besetzungen, Massenstreiks, aber auch in Umfrageergebnissen äußerte.

In Griechenland befürworteten einer Umfrage von Mitte Juni 2011 zufolge 86 Prozent der Befragten die Proteste, an denen 35 Prozent schon selbst teilgenommen hatten. „Rechnet man die 31 Prozent der Befragten, die (auch) in Zukunft auf den Plätzen protestieren

wollen, auf den volljährigen Teil der Bevölkerung hoch, dann wären mittlerweile fast drei Millionen Menschen im elf Millionen Einwohner zählenden Griechenland entschlossen, ihren Unmut auf die Straße zu tragen“.¹³¹

Als die französischen Massenstreiks im Oktober 2010 gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters anschwellen, nahm nach einer Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts BVA die Unterstützung zu. 69 Prozent der Befragten hießen den Protest gut.¹³² Die Massenstreiks selbst waren bereits das sichtbarste Zeichen dafür, wie einmütig die Klasse der Lohnabhängigen, d.h. die breite Masse der Bevölkerung, die Sparprogramme ablehnte.

Ihren Unmut drückte sie schon im März 2010 aus, als sie die Regionalwahlen in Frankreich boykottierte. Nicht einmal die Hälfte der Stimmberechtigten erschien vor den Urnen, bei der Wahl vor sechs Jahren hatten noch fast zwei Drittel gewählt. „Der französischen Demokratie kommt ihr Demos abhanden, das Volk“, kommentierte „Die Zeit“ diese Form der Ablehnung.¹³³ In einer Umfrage kreuzten 67 Prozent die Aussage an: „Ich traue weder der Rechten noch der Linken zu, das Land zu regieren“. Wozu also wählen? Dass „die Dinge immer schlimmer werden“, das glaubten 79 Prozent der Franzosen.

Unsicherheit und Sorge waren derart groß, dass die Mehrheit es für möglich hielt, über Nacht das Obdach zu verlieren. „Der Kapitalismus ist nichts als Banditentum, irrational in seinem Wesen, verheerend in seinem Werden“, fasste der französische Philosoph Alain Badiou seinen Unmut zusammen.¹³⁴ Der westliche Liberalismus sei eine Illusion, denn von wenigen Ausnahmen abgesehen, hätten seine Bürger nichts zu wählen. Die Parteien glichen sich. Wer auch immer regiere, betreibe dieselbe Politik. Der „Kapitalo-Parlamentarismus“, so Badiou später, dulde keine Alternative.¹³⁵

Die Massenproteste, die sich bald einstellten, mussten von vornherein einen überbetrieblichen, politischen Charakter besitzen, der sich sofort gegen die Politik des Staates richtete. Nach einigen zum Teil spektakulären Anläufen, wie in Griechenland, nahmen sie vor allen in den Staaten mit besonders zugespitzter Staatsschuldenkrise und dementsprechend weit reichenden Sparprogrammen bald den Charakter von Massenstreiks mit bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen an. Eine ganze Palette von Kampfformen wurde sichtbar. Sie reichte von Protesttagen, von geordneten Demonstrationen, von kurzen aber „verlängerbaren“ Arbeitsniederlegungen und Demonstrationstreiks über Generalstreiks einzelner Branchen, Regionen und Städte bis hin zu landesweiten Generalstreiks, Blockaden, Besetzungen, blutigen Straßenschlachten und Barrikadenkämpfen.

Staatliche Gewaltakte gegen Massenstreiks gab es in praktisch allen Ländern. In Griechenland beispielsweise bremste die Polizei Ende Juni 2011 die anschwellende Massenstreik- und Protestwelle gegen das Spar- und Privatisierungsprogramm mit Hilfe von Tränengas, Hunderten Blendraketen, ungezählten Polizeieinsätzen und zahlreichen Festnahmen. „Mehrere hundert Verletzte wurden in einer selbstorganisierten Sanitätsstation verarztet, über 50 ins Krankenhaus gebracht.“¹³⁶

Der Athener Tageszeitung Eleftherotypia war am 30.6.2011 zu entnehmen, in Athen habe sich eine „Orgie des Staatsterrors“ abgespielt. Die griechische Gewerkschaft der Lastwagenbesitzer musste am 1. August 2010 ihren achttägigen Streik abbrechen, nachdem Ministerpräsident Papandreou das Militär eingesetzt hatte.

In Frankreich lösten am 23. Oktober 2010 Spezialeinheiten der Gendarmerie morgens um drei Uhr die Blockaden der Raffinerie in Grandpuits gewaltsam auf. Der zuständige Präfekt verpflichtete Raffineriearbeiter unter Strafandrohung, die Arbeit aufzunehmen. In Marseille mobilisierte die Regierung Soldaten, um die Müllberge zu räumen, die sich durch anhaltende Streiks gebildet hatten.

Die sozialistische Regierung Spaniens rief Anfang Dezember 2010 erstmals seit der Franko-Diktatur den Notstand aus, um einen Streik der Fluglotsen zu brechen. Zuvor hatte das Militär die Kontrolle über den Luftraum übernommen. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero drohte den Fluglotsen mit Festnahmen wegen Befehlsverweigerung, sollten sie am 4.12.2010 nicht wieder arbeiten.

¹³¹ Heike Schrader, „Aus Wut wird Widerstand“, In: junge Welt vom 2.6.2011

¹³² FAZ vom 23.10.2010

¹³³ „Die Leere der Macht“, in: Die Zeit vom 18.3.2010

¹³⁴ „Das Reale dieses Krisenspektakels“, Taz vom 13.11.2008

¹³⁵ Die Zeit vom 17.6.2010

¹³⁶ Heike Schrader, Aus Wut wird Widerstand, junge Welt vom 2.7.2011

Zum Zeitpunkt, als diese Zeilen nieder geschrieben wurden, hatten die Massenstreiks in Europa noch nicht jene Entwicklungsstufe erreicht, die nötig gewesen wäre, um die Sparpolitik des Kapitals zu bremsen, sie abzuschwächen oder gar den dahinter stehenden Sachzwang des Kapitals zu brechen. Die Regierungen setzten gegen den Massenwiderstand die von den Lohnabhängigen zu tragenden Sparmaßnahmen durch. Lieber ließen sie Streiks verbieten, den Notstand erklären oder ließen Polizei, Sondereinheiten und Militär aufmarschieren, als dass sie dem Willen der breiten Masse gefolgt wären, der trotz aller Medienkampagnen deutlich genug gegen die Sparpolitik gerichtet blieb.¹³⁷ Sie bewiesen selbst in den Ländern, in denen die Lohnabhängigen ihre Ablehnung in großen Massenstreiks bekundeten, wie wenig sie den Grundsatz ihrer Verfassung achteten, wonach alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen sollte. Die Politik richtete sich gegen die breite Masse des Volkes; sie blieb selbst in dieser Phase ohne Abstriche eine Politik des Kapitals.

Kapitel 5

Politik des Kapitals auf der einzelwirtschaftlichen Interventionsebene

Zurück zum Höhepunkt des Krisengeschehens 2008/2009. Der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmern als den Trägern ihrer jeweiligen Einzelkapitale hatte sich außerordentlich zugespitzt. Anders als während der Zeiten wirtschaftlicher Prosperität ging es nicht mehr um höhere Gewinne, sondern um die Vermeidung von Verlusten. Statt das Kapital zu verwerten, konkurrierten die Unternehmen um den Erhalt ihres Kapitals. Die Konkurrenz entwickelte sich fort zu einem Kampf ums Überleben.

Die Unternehmen setzten anfangs ökonomische Mittel ein; sie restrukturierten, sie beschlossen Sparprogramme, sie zogen zur Kostensenkung Betriebsrat und Gewerkschaften hinzu, um von ihrer Belegschaft unter Androhung von Massenentlassungen längere Arbeitszeiten bzw. Lohnkürzungen zu erzwingen. Sie gingen Fusionen ein, traten an Investoren heran, um neues Kapital zu bekommen. Als diese Mittel nicht mehr ausreichten, wandten sie sich an den Staat und baten um Hilfe in Form von Bürgschaften, Kredit- und Eigenkapitalhilfen. Der ökonomische Kampf schlug zeitweise in einen vorwiegend politisch geführten Kampf um.

1. Wirtschaftsfonds Deutschland

Zum Schutz der Unternehmer legte die Bundesregierung im Rahmen ihres Konjunkturprogramms II Anfang 2009 den „Wirtschaftsfonds Deutschland“ auf. Insgesamt wurden 100 Milliarden Euro (davon 75 Milliarden für Bürgschaften, 25 Milliarden KfW-Kredite für größere Unternehmen)¹³⁸ bereitgestellt. Als Hilfsleistungen sah man Überbrückungskredite oder Bürgschaften vor.

Da der Rettungsfonds dem allgemeinen Bedürfnis des Kapitals entsprach, traf er anfangs auf keinen großen Widerstand. Er reihte sich in die nicht-kontroversen Maßnahmen ein, die auf dem Höhepunkt der Krise eine große Rolle spielten.

Als es dann aber um die Verteilung der Hilfsgelder ging, traten sehr schnell die Sonderinteressen der Einzelkapitale hervor. Heftige Auseinandersetzungen mussten in einem Konkurrenzsystem die Folge sein, worin die Rettung eines Unternehmens die Bedingungen eines anderen in der Weise belastete, dass es vom Verschwinden des Einen nicht profitieren konnte.

Förderrichtlinien des Fonds

¹³⁷ Als die französischen Massenstreiks im Oktober 2010 answollen, nahm nach einer Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts BVA die Unterstützung zu. 69% der Befragten hießen den Protest gut. (FAZ vom 23.10.2010) Die Massenstreiks selbst waren das sichtbarste Zeichen dafür, wie einmütig die Klasse der Lohnabhängigen die Sparprogramme ablehnte.

¹³⁸ Zusammen mit dem KfW-Kreditprogramm über 15 Milliarden Euro für den Mittelstand, das die Bundesregierung mit dem ersten Konjunkturpaket beschlossen hatte, summierten sich die Mittel des Fonds auf 115 Milliarden Euro.

Förderrichtlinien sollten die Auseinandersetzungen um Staatshilfen ordnen und das Entscheidungsverfahren beschleunigen. Den Statuten des Fonds zufolge waren nur solche Unternehmen zu retten, die bis zum 1. Juli 2008 keine wirtschaftlichen Probleme gehabt hatten. Die „Finanzkrise“ musste „eindeutig“ die Ursache gewesen sein. Das vom Staat zur Verfügung gestellte Geld durfte zu keinerlei Wettbewerbsverzerrungen führen, und für die kriselnden Unternehmen musste es definitiv eine „Überlebensperspektive“ geben. Wer eine Bürgschaft haben wollte, musste zusichern, dass eine mindestens 50-prozentige Wahrscheinlichkeit bestand, dass der Kredit nicht ausfällt und die Bürgschaft gezogen wird.

Diese formalistische Bestimmung ließ genügend Spielraum, sowohl die Ursache der unternehmerischen Schiefelage als auch die ökonomischen Überlebenschancen je nach Interessenlage zu interpretieren. Interesse stand gegen Interesse. Auf der einen Seite stand das um sein Überleben kämpfende Kapital samt der Interessen, die von der Fortexistenz des Kapitals profitierten, auf der anderen Seite standen die Konkurrenten. Die Interpretation war eine Frage der Macht, die im Großen und Ganzen von Größe und Einfluss der betroffenen Kapitale abhing. Statt Konsens herrschte hier Streit, tobte ein Kampf der Kapitale untereinander.

Intransparente Entscheidungen

Die Entscheidung, ob und in welcher Größenordnung wem geholfen werden sollte, entzog sich der öffentlichen und auch der parlamentarischen Kontrolle. Das Parlament hatte lediglich dem Konjunkturpaket II pauschal zugestimmt, ohne Einfluss zu nehmen auf die Verteilung der Gelder. Darüber entschied der Lenkungsausschuss des Deutschland-Fonds, der sich aus Spitzenbeamten der Ministerien für Wirtschaft, Finanzen und Justiz sowie aus einem Vertreter des Kanzleramts zusammensetzte, also aus genau den Teilen der Administration, die besonders eng mit den Interessen der Wirtschaft verbunden waren. Dem Lenkungsausschuss stand ein Lenkungsrat zur Entscheidungsvorbereitung beiseite, bestehend überwiegend aus ehemals hochrangigen Vertretern der Wirtschaft, wie dem Ex-Schering-Chef Hubertus Erlen, dem früheren BDI-Chef Michael Rogowski, dem früheren Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke und dem Wettbewerbsrechtler Martin Hellwig.

Als externe Beobachter des Geschehens wissen wir nicht, welche Kapitalgruppen in welcher Weise Zugang zu den Entscheidungsträgern hatten. Der Lenkungsrat, der die Entscheidungen vorbereitete, tagte hinter verschlossenen Türen. „Man weiß nicht“, kritisierte der Vorsitzende der Monopolkommission Dr. Justus Haucap die fehlende Transparenz, „welche Empfehlungen er dem Lenkungsausschuss gibt, der ja letztlich die Entscheidungen fällt. Man weiß nicht, welchen Einfluss der Rat auf den Ausschuss hat. Das Verfahren müsste viel offener gestaltet sein.“¹³⁹

Bis Ende 2009 kam bei Anträgen auf Kredite nur eine Absage auf viereinhalb Zusagen. Insgesamt 9000 Unternehmen erhielten Kredite und Bürgschaften. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums wurden Antragstellern 9,25 Milliarden Euro zugesagt.

Jede Hilfestellung des Staates zugunsten eines Unternehmens führte zu einer Wettbewerbsverzerrung. Solche praktischen Staatshilfen kollidierten mit dem theoretischen Prinzip von der Nichteinmischung in die Konkurrenz. Je nach Interessenkonstellation, die durch Größe und Art des Not leidenden Unternehmens sowie durch die allgemeine wirtschaftliche Situation bestimmt wurde, siegte mal die praktische, dann wieder die theoretische Vernunft des Kapitals. Widersprüchliche Verhaltensweisen mussten die Folge sein.

Im Streit um Staatshilfen hielt Haucap vor allem das Dogma von der staatlichen Nichteinmischung hoch. „Es drängt sich der Verdacht auf“, so sein Urteil, „dass die Entscheidungen des Lenkungsausschusses von politischen Erwägungen geprägt sind.“ Er sei sich sicher, dass manche Hilfe nicht bewilligt worden wäre, hätte man

¹³⁹ Zitiert bei Klaus Stratmann, Hilfe für die Falschen, in: Der Tagesspiegel vom 3.1.2010

unter rein ökonomischen Gesichtspunkten entschieden.¹⁴⁰ Was dem Wettbewerbshüter besonders missfiel, war die Leichtfertigkeit, mit der sich der Fonds über das Prinzip der staatlichen Nichteinmischung hinwegsetzte.

Als die Wirtschaftserholung die in der Krise schwer angeschlagenen Unternehmen zu stabilisieren begann, brauchte das Kapital immer weniger den Rettungsfonds. Sein praktisches Interesse daran nahm mehr und mehr ab, mit der Folge, dass das Prinzip von der Nichteinmischung in den Wettbewerbsprozess wieder größere Beachtung erhielt. In diesem Umfeld verschärfte Haucap seine Kritik und wagte, Ende 2009 die Schließung des Wirtschaftsfonds Deutschland zu fordern.¹⁴¹

Der Kampf um Staatshilfen

Der ökonomische Existenzkampf der Kapitale schlug in eine überwiegend politisch geführte Auseinandersetzung um, bei der es um staatliche Überbrückungskredite, Garantien und sonstige Überlebenshilfen ging. Einmal in diese Arena getreten, nahm der Kampf neue Formen an. In den Vordergrund rückten nun öffentliche Protestaktionen, die bis hin zur Mobilisierung ganzer Belegschaften reichten. Um wirksam zu werden, musste bei diesen Protesten das besondere Kapitalinteresse durch Hervorhebung eines gemeinschaftlichen Interesses unsichtbar gemacht werden. „Kampf um Arbeitsplätze“ – das war die durchgängig verwendete Zauberformel, unter der man den Überlebenskampf des Kapitals politisch führte.

Mit dem Eintritt in die politische Kampfarena formierten sich in Windeseile die Gegenkräfte. Kapital stand gegen Kapital, Interesse gegen Interesse, das sich immer hinter einer Formel des Gemeinwohls verbarg. Auf diesem Kampfterrain des Kapitals spielten die Massenmedien eine große Rolle. Hier gab es einen wirklichen Pluralismus mit Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Wie sich die Kompassnadel im erdmagnetischen Kräftefeld einpendelt, so pendelte die Meinung der Medien im Interessenfeld der Kapitale.

Die große Krise brachte viele Unternehmen zu Fall. In den USA gehörte General Motors - zeitweise der größte Autokonzern der Welt - dazu. Das Unternehmen beantragte am 1. Juni 2009 Gläubigerschutz und wurde von der US-Regierung mit 50 Milliarden US-Dollar gerettet. In Deutschland stellten Traditionsunternehmen wie Märklin, Schiesser oder Rosenthal einen Konkursantrag. Der Autokonzern Opel, der Handelskonzern Arcandor mit den Traditionsfirmen Karstadt und Quelle, Heidelberger Druck, der Weltmarktführer in der Druckindustrie, die Schaeffler-Gruppe, etliche Werften und viele andere Unternehmen benötigten dringend Staatshilfen, um die Krise zu überstehen.

Zahlreiche politische Auseinandersetzungen fanden statt, die es verdient gehabt hätten, in ihren Besonderheiten aber auch in ihren Gemeinsamkeiten zusammenhängend dargestellt zu werden. Eine solche Darstellung hätte den hier gesetzten Rahmen gesprengt. Wir mussten deshalb eine Auswahl treffen. Wir entschieden uns für den Handelskonzern Arcandor und für den Autokonzern Opel, also für zwei in Deutschland sehr bekannte Unternehmen, die verschiedenen Wirtschaftsbereichen mit unterschiedlicher internationaler Ausrichtung angehörten und die ihren Überlebenskampf mit unterschiedlichem Erfolg führten.

Nachfolgend wollen wir entlang beider Fallbeispiele untersuchen, wie sich die widerstreitenden Interessen konstituierten und wie die Kapitalinteressen in Politik und Öffentlichkeit vordrangen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen.

2. Fallbeispiel: Arcandor

Arcandor war ein Handels- und Touristikonzern mit Unternehmenssitz in Essen. Zu den Hauptaktionären gehörten die Privatbank Sal. Oppenheim und Madeleine Schickedanz. Anfang 2009 waren rund 86.000 Personen, darunter rund 50.000 in

¹⁴⁰ Ebenda

¹⁴¹ Ebenda

Deutschland beschäftigt, also bedeutend mehr als bei Opel. Vor der Restrukturierung des Konzerns in 2004 besaß die KarstadtQuelle AG mehr als 100.000 Lohnabhängige.

Am 9. Juni 2009 reichte ein Bote beim Amtsgericht Essen den offiziellen Insolvenzantrag für die Holding Arcandor AG und ihre Handelssparten Karstadt/Quelle und für einige kleinere Gesellschaften ein. Nicht von der Pleite betroffen waren die als eigenständige Aktiengesellschaft agierende Tourismus-Tochter Thomas Cook, die Spezialversender und der Shopping-Kanal HSE 24. Das traditionsreiche Versandhaus Quelle wurde im Herbst 2009 abgewickelt. Karstadt erhielt einen Konkursverwalter, der nach Schließung etlicher Filialen und nach zahlreichen Entlassungen das Unternehmen 2010 an Nicolas Berggruen verkaufte. Insgesamt verloren etwa 10.000 Lohnabhängige ihren Arbeitsplatz.

a) Verteidiger Arcandors

Das kritische Datum für Arcandor war der 12. Juni 2009. Kredite über 650 Millionen Euro liefen bei einem Bankenkonsortium aus. Die Auseinandersetzungen um Arcandor spitzten sich auf die Frage zu, ob der Lenkungsausschuss, den die Bundesregierung zur Verteilung der Hilfs- und Garantieleistungen aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland eingesetzt hatte, die beantragte Staatsbürgschaft in Höhe von 650 Millionen Euro genehmigen würde. Im Falle einer Zustimmung wäre der Konzern erst einmal gerettet gewesen. Die Privatbank Sal. Oppenheim, die 28,5 Prozent der Aktien hielt, bot dem Staat ihre Anteile als Garantie für die gewünschte Bürgschaft an.

Friedrich Carl Janssen, Gesellschafter von Sal. Oppenheim und Aufsichtsratsvorsitzender von Arcandor, führte Anfang Juni zahlreiche Gespräche mit Spitzenpolitikern in Berlin.¹⁴² Am 2. Juni 2009 traf er den SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, einen Tag später sprach er mit Walther Otremba, der als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium die Sitzung des Lenkungsausschusses leiten sollte. Wir wissen nicht, was er und die Großaktionärin Madeleine Schickedanz im Einzelnen taten, um den Lenkungsrat, den Lenkungsausschuss und Politiker zu beeinflussen. Jedenfalls kursierten Berichte, der „Pool Madeleine Schickedanz“, mit 26,7 Prozent zweitgrößter Arcandor-Aktionär, könnte ebenso wie Sal. Oppenheim dem Staat das Aktienpaket als Sicherheit für eine Bürgschaft zur Verfügung gestellt haben.¹⁴³

Beide Großaktionäre mussten ein besonderes Interesse an der Rettung Arcandors haben. Frau Schickedanz war bei Sal. Oppenheim mit einem dreistelligen Millionenbetrag verschuldet, den sie benötigt hatte, um Aktien von KarstadtQuelle und später Arcandor zu kaufen. Diesen riskanten Kauf auf Kredit hatte sich Sal. Oppenheim mit Immobilien von Schickedanz, vor allem aber mit Arcandor-Aktien und manch anderen fragwürdigen Dingen absichern lassen. Nach dem Kursrutsch der Aktie reichten die Sicherheiten nicht mehr aus. Eine Fälligkeitstellung des Kredits kam für Sal. Oppenheim schon deshalb nicht in Frage, weil die Rückzahlung zweifelhaft gewesen wäre. Wegen zahlreicher anderer Fehlspekulationen konnte sich die Bank weitere Abschreibungen nicht mehr leisten. Die finanziellen Sachzwänge nötigten eine riskante Übernahme von Arcandor-Aktien auf. Hagen Seidel, Autor des Buches „Arcandors Absturz“, zitiert einen früheren „Topmanager von Arcandor“ mit den Worten: „Ohne Frage entschied sich die Bank im Falle von Arcandor und Frau Schickedanz mit dem Einstieg für eine Vorwärtsstrategie. Schickedanz konnte die Kredite gar nicht mehr zurückzahlen. Mit der Übernahme der Arcandor-Aktien hatte sich Sal. Oppenheim wenigstens einen Hoffnungswert gesichert. Für den Fall, dass die Rettung doch noch gelingt.“¹⁴⁴

Janssen brauchte unbedingt einen erfolgreichen Turnaround bei Arcandor. Denn bei einer Insolvenz waren nicht nur die eigenen Aktien wertlos; auch die mit Arcandor-

¹⁴² David C. Lerch, Die letzten Meter, in Der Tagesspiegel vom 4.6.2009

¹⁴³ Das Quelle-Erbe fast verspielt, in: Der Tagesspiegel vom 4.6.2009

¹⁴⁴ Seidel (2010), S. 149

Aktien gesicherten Kredite wären implodiert. „Wenn Arcandor fiel, würde auch Sal. Oppenheim wanken, das muss Janssen klar sein“.¹⁴⁵

Es waren solche finanziellen Zwänge, die dazu führten, dass beide Großaktionäre aus voller Kraft und mit großer Leidenschaft für das Überleben Arcandors kämpften. Karl-Gerhard Eick, der am 1. März 2009 den Vorstandsvorsitz von Thomas Middelhoff übernahm, bildete eine zweite feststehende Säule im politischen Kampf um Staatshilfen für Arcandor. Unterstützung erhielt er von Ver.di und den Betriebsräten. Allerdings fehlte es an Verbündeten. Als Handels- und Touristikunternehmen war Arcandor weniger mit der Industrie verzahnt als beispielsweise Opel, wo wichtige Industrien ein Interesse am Überleben des Konzerns hatten. Die Bedeutung eines solchen industriellen Clusters im Überlebenskampf eines Einzelkapitals werden wir erst im Zusammenhang mit dem Überlebenskampf Opels erörtern. Hier sei nur darauf hingewiesen, dass die Politik Arcandor letztendlich fallen ließ, obwohl eine viel größere Zahl von Arbeitsplätzen auf dem Spiel stand als bei Opel. Das Arbeitsplatz-Argument schien keine zentrale Bedeutung für die Entscheidungsträger gehabt zu haben.

b) Politik der Konkurrenz

Zu den Kräften, die gegen eine staatliche Rettung Arcandors auftraten, gehörte vor allem die unmittelbare Konkurrenz, darunter Metro. Mit ihren Kaufhof-Filialen stand die Metro-Gruppe, die von Eckhard Cordes geleitet wurde, in einer intensiven Konkurrenz zu Karstadt. Die Interessen, die Cordes zu vertreten hatte, zwangen ihn zu einer Argumentation, die eine Ablehnung der Staatshilfe zur Konsequenz haben sollte. Seiner Meinung nach habe die Krise schon seit Jahren existiert, sei also keine Folge der Finanzmarktturbulenzen 2008/2009 gewesen. Für einen solchen Fall sahen die Förderrichtlinien keine Staatshilfen vor. Demgegenüber hatte Vorstandsvorsitzender Eick die Krise Arcandors im Sinne der Förderrichtlinien des Wirtschaftsfonds Deutschland gedeutet, um auf diese Weise die unbedingt notwendigen Kreditgarantien zu bekommen. Sein Unternehmen, sagte er, sei allein wegen der Finanzmarktkrise von neuen Krediten abgeschnitten gewesen, so dass ein Recht auf Bürgschaft bestehe. Diese beiden Deutungsweisen der Krise waren die Konsequenz zweier Interessen, die aus den Konkurrenzverhältnissen beider Unternehmen hervorgegangen waren.

Cordes eröffnete seinen politischen Feldzug gegen Arcandor erst, nachdem Eick im April 2009 angekündigt hatte, zwecks Rettung des Unternehmens Garantien vom staatlichen Deutschland-Fonds zu beantragen. Sein Ziel, die Staatshilfe für Arcandor zu verhindern, verband er in geschickter Weise mit einer „privatwirtschaftlichen Lösung“, die darauf hinauslief, die ökonomisch wertvollsten Karstadt-Standorte zu übernehmen, um sie mit seinen Kaufhof-Filialen zu einer Deutschen Warenhaus AG zu verschmelzen.¹⁴⁶ Das übrige Karstadt-Kapital, das sich seiner Meinung nach nicht verwerten ließ, war im Rahmen eines Konkurses für die Vernichtung vorgesehen.

Wenige Wochen vor dem Entscheidungstermin des Lenkungsausschusses intensivierte Cordes seine Angriffe. Ein öffentlich wirksames Forum bot ihm die Hauptversammlung seines Unternehmens, die am 12. Mai 2009 stattfand. „Wir würden staatliche Hilfen bei Wettbewerbern als eine uns benachteiligende Intervention betrachten, die ordnungspolitisch sehr fragwürdig ist“, erklärte er. Briefe an Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg (CSU) und NRW Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) mit entsprechenden Aussagen seien bereits unterwegs. In diesen Schreiben habe er die Politik darauf hingewiesen, dass „unser Haus frühzeitig die Weichen richtig gestellt und mit harter Arbeit Galeria Kaufhof profitabel im harten Wettbewerb positioniert“ habe. Anders als Karstadt – sollten die Zuhörer und vor allem die anwesenden Journalisten folgern.¹⁴⁷

¹⁴⁵ Ebenda, S. 214

¹⁴⁶ „Wir wollen etwa 60 Karstadt-Standorte übernehmen und mit unseren Kaufhof-Filialen zu einer deutschen Warenhaus AG verschmelzen“. Interview im Spiegel 26/2009

¹⁴⁷ Seidel (2010), S. 202

Einflussnahme auf Medien und Politik

Eckhard Cordes verfügte über „exzellente politische Beziehungen“, vor allem zu christdemokratischen Politikern.¹⁴⁸ Beispielsweise war er zu diesem Zeitpunkt nicht nur stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der CDU, sondern zugleich ein Vertrauter von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).¹⁴⁹ Ausgestattet mit guten politischen Seilschaften brachte er zu allererst die CDU gegen Staatshilfen in Stellung.

In den folgenden Tagen traten beinahe täglich Metro-Manager in den Medien auf. Sie wollten die Meinungsführerschaft erobern, um den Gedanken einer Deutschen Warenhaus AG in der Öffentlichkeit fest zu verankern. Dazu gehörte als Voraussetzung die Ablehnung öffentlicher Kredite an Arcandor. Die Medienkampagne zielte zugleich darauf ab, die parallel dazu laufenden politischen Gespräche zugunsten der Metro-Position zu beeinflussen.

Cordes sprach am 18. Mai 2009 mit NRW-Ministerpräsident Rüttgers; am 19. Mai um 17.05 Uhr hatte er einen Termin bei Wirtschaftsminister zu Guttenberg in dessen Ministerium in Berlin.¹⁵⁰ Die Metro-Delegation zeigte sich nach diesen „Abklärungsgesprächen“ hochzufrieden. Öffentlicher Widerstand der beiden Politiker gegen Cordes' Plan einer Deutschen Warenhaus AG war nun nicht mehr zu befürchten.

Am 22. Mai 2009 nahm sich Cordes einen weiteren wichtigen Politiker vor, nämlich Horst Seehofer, Ministerpräsident von Bayern, dem Bundesland mit der Quelle-Zentrale. Auch dieser Cordes-Besuch verlief nach dem Urteil von Hagen Seidel erfolgreich: „Seehofer wird nicht quer schießen“.¹⁵¹

CDU und CSU standen jetzt ganz auf Cordes Seite, ebenso die FDP. Bis hinein in die SPD musste die Seilschaft Cordes gereicht haben, da sich ab Ende Mai immer mehr SPD-Politiker kritisch zur Rettung Arcandors äußerten. Dazu gehörten Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck und Berlins regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. Beide entdeckten nun Managementfehler, die schon vor der Finanzkrise gemacht worden seien – ein Argument, das gegen staatliche Hilfen gerichtet war. SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier, der sich für die Rettung Opels exponiert hatte, wollte sich öffentlich nicht mehr festlegen.

Von Ende Mai bis Anfang Juni 2009 verschärfte Metro seine Medienkampagne.¹⁵² Lovro Mandac, Chef von Kaufhof, warb im Frühstücksfernsehen von ARD und ZDF für die Warenhaus AG. Metro-Finanzvorstand Thomas Unger sprach den entscheidenden Punkt direkt aus: Arcandor habe keine Staatshilfe verdient. Man dürfe die Verluste nicht sozialisieren.¹⁵³

In dem politisch geführten Überlebenskampf standen sich Arcandor und Metro gegenüber. Kapital kämpfte gegen Kapital, Interesse gegen Interesse. Dahinter standen weitere Kapitale, die für die eine oder andere Seite Partei ergriffen. Das entscheidende Motiv war immer der eigene ökonomische Vorteil. Auf diese Weise sammelten sich zwei Kapitalfraktionen, die versuchten, Politik und Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen. An dem Presseecho ließ sich ablesen, dass anfangs beide Kapitalfraktionen fast ebenbürtig gewesen sein mussten, da die Massenmedien in ihren Kommentaren und Berichterstattungen keine eindeutige Position bezogen. Je näher aber der Entscheidungstermin heranrückte, umso mehr setzte sich die Kapitalfraktion durch, die sich gegen Staatshilfen zusammengefunden hatte. Sie gewann schließlich die Oberhand.

„Unser erstes und wichtiges Ziel“, sagte Metro-Chef Eckhard Cordes über diesen Sieg, der in der Insolvenz des Konkurrenten Arcandor bestand, „haben wir ohnehin schon erreicht: Es gibt keine unfaire Staatshilfen für einen Wettbewerber und damit

¹⁴⁸ Ebenda, S. 202

¹⁴⁹ Ebenda, S. 245

¹⁵⁰ Ebenda, S. 205

¹⁵¹ Ebenda, S. 206

¹⁵² „Bürgerschaftsgegner Metro gibt Vollgas in den Medien“, bezeichnete Seidel (2010, S. 210) diese Offensive.

¹⁵³ Seidel (2010), S. 210

keine Wettbewerbsnachteile für uns.“ Auf die weitere Frage des Spiegels, „Arcandor-Chef Karl-Gerhard Eick macht Sie mit verantwortlich für seine Pleite. Sie hätten den Wunsch nach Staatshilfen für sein Unternehmen torpediert“, antwortete Cordes diplomatisch: „Wir haben nur deutlich gemacht, dass eine Hilfe für Arcandor den Wettbewerb verzerrt und die einseitige Förderung eines Konkurrenten bei uns langfristig Arbeitsplätze gefährdet hätte.“¹⁵⁴

Arcandors verlor seinen politischen Überlebenskampf, bei dem auf beiden Seiten Kapitalinteressen gestanden hatten. Die Politik, die sich schließlich durchsetzte, war eine Politik des Kapitals. In diesem Streit war die breite Masse der Bevölkerung ebenso zerrissen wie das Kapital selbst. Ihre Meinung spiegelte im Großen und Ganzen die Standpunkte und die Argumentationsweisen der beiden im Streit liegenden Kapitalfraktionen wider. Auf diese Weise schien die Politik des Kapitals auch ihre Politik zu sein.

Nachdem die großen Medien überwiegend auf die Metro-Linie eingeschwenkt waren, taten dies auch die Rezipienten dieser Medien. Anfang Juni 2009 lehnten in einer repräsentativen Forsa-Umfrage, die der Stern durchführen ließ, 61 Prozent der Wahlberechtigten staatliche Hilfen für Arcandor ab.

Welche Position nahmen die unmittelbar betroffenen, die Lohnabhängigen von Arcandor beziehungsweise deren Vertreter ein? Unterstützten sie die Politik des Kapitals oder begriffen sie das Kapital als ihre gesellschaftliche Fessel, als Grund für die Schwierigkeit, in die sie geraten waren.

c) Politik von Betriebsrat und Gewerkschaft

Die Gewerkschaft Ver.di rief für den 27.5.2009 die Arcandor-Beschäftigten zu einer Demonstration vor dem Bundeswirtschaftsministerium in Berlin auf. Aus allen Teilen Deutschlands waren sie angereist, die meisten von ihnen arbeiteten für die Warenhauskette Karstadt. Die Gewerkschaften zählten 8.000 Teilnehmer, darunter die Topmanager des Konzerns. Stefan Herzberg, Vorsitzender der Geschäftsführung von Karstadt, war ebenfalls dabei. „Ich habe es noch nie erlebt, dass die Geschäftsführung mitkommt zu so einer Veranstaltung“, wunderte sich Monika Roloff, Betriebsratsvorsitzende der Karstadt-Filiale in Berlin-Wedding.¹⁵⁵ Wie die anderen Betriebsräte pflegte sie die Illusion, als ginge es um nichts anderes als um Arbeiterinteressen.

Schon die Teilnahme der Vorstände machte deutlich, dass es hier gerade nicht um den Gegensatz von Lohnarbeitern und den Vertretern des Kapitals ging. Stefan Herzberg wollte einen Handelskonzern retten, mit all den Arbeitsplätzen, die notwendig waren, um sein Handelskapital auch im Interesse der Eigentümer wieder erfolgreich zu verwerten. Dazu brauchte er Unterstützung, benötigte er den öffentlichen Auftritt. Das war seine Politik, eine Politik für das Kapital, das er als Vorstandsmitglied vertrat.

In diese Politik ließen sich die Lohnabhängigen einbinden. Sie wollten ihren Arbeitsplatz nicht verlieren, also ihre bisherige Existenzweise beibehalten. Sie reduzierten ihr Interesse auf das Interesse des Kapitals, mit staatlicher Unterstützung fortbestehen zu können. Sie akzeptierten das Kapital als eine fremde, sie beherrschende Macht. Sie hatten Angst, in noch prekärere Arbeitsverhältnisse oder in die Arbeitslosigkeit geworfen zu werden. Ihre Politik bestand darin, die Politik des Karstadt-Kapitals zu unterstützen. Darüber hinausgehende Ziele, die gelegentlich geäußert wurden, fanden keine Öffentlichkeit.

„Ohne Karstadt stirbt die Innenstadt“

Diese inhaltliche Seite, nämlich die Interessen auf das Erhaltungsinteresse des Kapitals zu reduzieren, fand einen formellen Ausdruck in der Art und Weise, wie die

¹⁵⁴ Interview im Spiegel von 26/2009

¹⁵⁵ Vera Pache, Ein Stück Deutschland, in: Der Tagesspiegel vom 28.5.2009

Lohnabhängigen sich organisatorisch einbinden ließen. Bruchlos übertrugen sie ihre gewohnte ökonomische Abhängigkeit auf ihr Demonstrationsverhalten. Sie ließen sich von Betriebsräten, Gewerkschaftern und manchmal auch von Vertretern des Kapitals leiten. Sie subsumierten sich unter die politische Aktion, statt sie selbst zu organisieren und zu leiten.

Diese Einheit mit dem Kapital besaß ihre eigenen Äußerungsformen, die deshalb mehr an Karneval als an eine Demonstration der Macht erinnerten.

Man feierte unter goldenen Karstadt-Tüten, die in Bäumen hingen. Partymusik dröhnte aus den Lautsprecherboxen. Man sang „Viva Colonia“, tanzte, schunkelte. Man berauschte sich.

„Ohne Karstadt stirbt die Innenstadt“, war auf den Plakaten dieser gemeinsamen Party zu lesen. In der Hoffnung, die propagandistischen Wirkkräfte zu erhöhen, wurde die Betriebsgemeinschaft schließlich zu einer Volksgemeinschaft aufgebläht mit der Losung: „Wir sind ein Stück Deutschland“.¹⁵⁶ Der Lokal- und Unternehmenspatriotismus hatte sich bis hin zum Nationalismus gesteigert.

Weitere öffentliche Manifestationen von Kapital und Lohnarbeit fanden statt, unter anderem am 03.06.2009 mit rund 4.000 Beschäftigten vor dem Quelle-Einkaufszentrum in Nürnberg. Man ließ Dampf ab und berauschte sich auch hier. All diese gemeinschaftlichen Kundgebungen dienten vor allem der eigenen Beruhigung, etwas gegen die herannahende Arbeitslosigkeit getan zu haben.

Vor der richtungweisenden Entscheidung des Lenkungsausschusses standen Betriebsräte wochenlang vor Karstadt-Filialen und sammelten Unterschriften für den Satz: „Mein Karstadt soll bleiben“. Dazu wurden ganzseitige Zeitungsanzeigen geschaltet. Auf dem Konkurrenzfeld des tatsächlichen Kräftemessens der Kapitalfraktionen waren die Unterschriften kaum das Papier wert, auf dem sie standen. Sie bewirkten nicht nur nichts, sie untergruben zusätzlich die Widerstandskraft. Sie behinderten Diskussionen über wirksame Aktionen, deren Motor die Lohnabhängigen selbst hätten sein müssen. An einer solchen Selbsttätigkeit schien aber keiner der Akteure ein Interesse zu haben, weder die Manager und die Politiker, noch Betriebsrat und Gewerkschaft.

Am 4. Juni 2009 reiste der Karstadt-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Hellmut Patzelt nach Berlin, wo er kurzfristig um Gespräche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier gebeten hatte. „Ich will auf den letzten Metern aus Sicht der Beschäftigten um eine Bürgschaft werben“, sagte er.¹⁵⁷ Das war gar nicht nötig, denn Carl Janssen hatte im Interesse der Anteilseigner schon zuvor Gleiches getan, indem er die Sicht des Kapitals als die Sicht der Beschäftigten, d. h. als Kampf für die Erhaltung von Arbeitsplätzen vortrug. Mehr hatte Herr Patzelt auch nicht zu sagen gehabt.

Wo blieb das eigene Engagement?

Für die Belegschaften war die Sache bereits verloren, als sie ihre Angelegenheiten aus der Hand gaben. Statt auf die eigene Kraft zu setzen, hofften sie auf das Verhandlungsgeschick von Betriebsrat, Gewerkschaft und Unternehmensleitung. Angestachelt durch die Medien, hegten sie zwischenzeitlich Illusionen, die Milliarden-Erbin Madeleine Schickedanz und Graf von Krockow würden ihre Geld-Macht für sie einsetzen.¹⁵⁸ Die von ihren Vertretern organisierte betriebliche Solidarität mit dem Management wagten sie nicht anzutasten. Vergessen waren die Opfer der Vergangenheit, die nichts bewirkt hatten außer Lohnabbau, Existenzängste und viele zusätzliche Schikanen am Arbeitsplatz. Nach Angaben der stellvertretenden Verdi-Vorsitzenden Margret Mönig-Raane, zugleich Mitglied des Aufsichtsrats von

¹⁵⁶ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,627215,00.html>

¹⁵⁷ Zitiert bei David C. Lerch, Die letzten Meter, in: Der Tagesspiegel vom 4.6.2009

¹⁵⁸ Am 28.5.2009 beriet der Bürgschaftsausschuss. In diesem Zusammenhang fragte die Bild-Zeitung in einer Schlagzeile neben Fotos von Christian Graf von Krockow (Vorsitzender von Sal. Oppenheim) und Madeleine Schickedanz: „Herr Graf, warum retten Sie Karstadt nicht?“

Arcandor, belief sich der vom Betriebsrat organisierte Sanierungsbeitrag der Belegschaft seit 2004 auf rund 345 Millionen Euro.¹⁵⁹

Alles war umsonst. Nun standen sie erneut vor Massenentlassungen und setzten auf die alten Verhandlungsmuster. Sie vertrauten darauf, dass Gewerkschaft und Betriebsrat in Kooperation mit Unternehmen und Staat die Dinge für sie regeln würden. Sie achteten streng darauf, die betriebliche Solidarität von Kapital und Lohnarbeit nicht durch eigene Aktionen aufs Spiel zu setzen. Sie verzichteten auf eigene Delegierte, um ihre Interessen zu wahren. Sie suchten nicht die Verbindung zu anderen Lohnabhängigen, die vor ähnlichen Schwierigkeiten standen. Vielmehr ließen sie es zu, dass man ihr Anliegen als Sonderfall herausstellte. Statt in Richtung einer gemeinsamen Klassenaktion zu drängen, ließen sie sich in partielle und dazu sozialpartnerschaftliche Aktionen einbinden. Sie degradierten sich zu Bittstellern ihres Unternehmens. Bis zuletzt verharrten sie bei dem Gedanken, ihre Existenz sichern zu können durch die Existenzsicherung des Unternehmens. Sie konnten sich keine andere Existenz vorstellen als die von Lohnabhängigen. Und ihre Vertreter stärkten sie in diesem Glauben. Für ihre Mut- und Kraftlosigkeit sollten etliche unter ihnen nicht nur den Preis der Arbeitslosigkeit sondern auch den der eigenen Demoralisierung zahlen.

Bis zuletzt bestimmte die Politik des Kapitals unangefochten den Kampf um die Rettung Arcandors. Arbeitnehmerinteressen spielten dabei nur eine Rolle, soweit sie im Dienste des Kapitalinteresses standen. Eine davon abweichende Politik gab es nicht.

Gesellschaftliche Organisation der Arbeit

In Wismar beteiligten sich aus Solidarität auch Mitarbeiter des Karstadt-Stammhauses an einem Aktionstag der dortigen Werftarbeiter, der am 25. Juni 2009 stattfand. Eine Chance wurde vergeben, da ein wirklicher gemeinschaftlicher Kampf um eine überbetriebliche Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit nicht zustande kam. Das bisherige Ziel änderte sich trotz der solidarischen Gesten in keiner Weise: Die jeweiligen Arbeitsplätze, d. h. die dafür erforderlichen Kapitale sollte gerettet werden. Die Solidarität blieb inhaltsleer. Man hatte keine gemeinschaftlichen Ziele, die über die Eigentumsschranken des eigenen Kapitals hinausreichten. Jede Belegschaft blieb für sich.

An die Stelle einer notwendig gewordenen überbetrieblichen Arbeitersolidarität trat die innerbetriebliche Solidarität mit dem Kapital. Dadurch wurde eine breitere Arbeitersolidarität geradezu verhindert. Denn welches Interesse sollten die Beschäftigten anderer Kapitale für den Erhalt von Karstadt oder Quelle schon gehabt haben? Sie hatten keinen praktischen Grund, sich für das Überleben eines fremden Unternehmens zu interessieren. Man zog sich in seine kleine Betriebswelt zurück. Jede Belegschaft tat dies auf ihre Weise. Übrig blieb die Hoffnung, andere würden ihre Sache schon irgendwie regeln. Und jene taten das – aber entlang ihrer eigenen Interessen.

Solche Parallelwelten durch praktische Solidarität in Form einer gemeinschaftlichen Organisation der Arbeit zu überschreiten, hätte bedeutet, dass die Lohnabhängigen ihre Abhängigkeit abstreifen und sich selbst zum Akteur machten. Dazu kam es aber nicht. Die Karstadt-Belegschaften kämpften für den Erhalt der Kaufhäuser, die Belegschaften der beiden Wadan-Standorte Warnemünde und Wismar demonstrierten für den Erhalt der beiden insolventen Werften.

Losungen „Wir sind Werft“ oder „Wir sind Karstadt“ standen für die Aufsplitterung der Kämpfe entlang der Eigentumsschranken des Kapitals. Auch der Karstadt-Appell „Wir sind ein Stück Deutschland“ musste symbolische Geste bleiben, weil man damit keine wirkliche ökonomische Gemeinschaft jenseits kapitalistischer

¹⁵⁹ An der „Gesundung“ Arcandors wirkten Ver.di, die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen intensiv mit. Von 2004 datiert der erste Sanierungstarifvertrag, der Beschäftigungsgarantien bringen sollte. Ein „Zukunftspakt“ für drei Jahre, bei dem die Belegschaften 345 Millionen Euro als Rettungsbeitrag hergaben, wurde 2008 vereinbart. (Ver.di Publik, Juni/Juli 2009)

Eigentumsschranken verband, keine Gesellschaft meinte, worin die gesellschaftlich notwendige Arbeit gemäß den Bedürfnissen organisiert wäre.

Arcandor hatte seinen Überlebenskampf politisch verloren. Der scheidende Vorstandsvorsitzende Karl-Gerhard Eick bedankte sich für die Treue seiner Mitarbeiter, um sich dann mit reicher Beute in Höhe von 15 Millionen Euro, die er aus einem gerade erst abgeschlossenen Fünf-Jahresvertrag bezog, zu verabschieden. Ein vollzeitbeschäftigter Quellarbeiter hätte mehr als 10 Arbeits-Leben benötigt, um durch eigene Lohnarbeit an diese Ablössungssumme heranzukommen.

Nur sechs Monate hatte Eick dafür gearbeitet, bis er schließlich sein Büro in der Essener Vorstandsetage dem Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg übergab, dem sich nun seinerseits eine großartige Bereicherungsmöglichkeit auftat.

d) Verkauf von Karstadt an Berggruen: Voraussetzungen und Bedingungen des Mietstreits

Die schwierigste Aufgabe, die der Insolvenzverwalter zu lösen hatte, war die Verwertung der Karstadthäuser. Sein Insolvenzplan sah finanzielle Zugeständnisse von Vermietern, Gläubigern und Belegschaft in dreistelliger Millionenhöhe vor, damit Karstadt als Ganzes verkauft werden konnte. Am 21. Mai 2010 gab Nicolas Berggruen ein Kaufangebot für Karstadt ab. Darin erklärte er sich bereit, keine weiteren Schließungen von Karstadt-Filialen vorzunehmen, allerdings mit der Auflage, Mietminderungen auszuhandeln. Noch zwei weitere Angebote lagen dem Gläubigerausschuss vor, als er Anfang Juni 2010 entschied, Berggruen den Zuschlag zu geben.

Der Kaufvertrag stand unter dem Vorbehalt von Mietzugeständnissen seitens des Karstadt-Vermieters Highstreet, einem Immobilien-Konsortium, dessen einziger Geschäftszweck der Besitz und die Vermietung der Karstadt-Immobilien war. Zwischen Berggruen und Highstreet entfachte sich ein Streit, der sich bis Anfang September hinzog und oftmals derart bizarre Züge trug, dass ihn die Medien als „Nervenkrieg“, als „Gezänk“, bisweilen als „kaum noch erträgliches Hauen und Stechen“, manchmal auch als „Hänge- und Zitterpartie“, dann wieder als „Drama“ oder als „Krimi“ titulierten. Da es sich hierbei um einen privatrechtlichen Streit handelte, bei dem der Staat keine besondere Rolle zu spielen hatte¹⁶⁰, also nicht vor der Entscheidung stand, die eine oder andere Position politisch durchzusetzen, wollen wir nicht auf Einzelheiten eingehen sondern lediglich einige grundlegende Zusammenhänge hervorheben.

Akteure

Offensichtlich mussten die Mietinteressen von Highstreet und Berggruen gegensätzlich sein: Der Vermieter wollte möglichst hohe Mieten, während Berggruen niedrige Mieten brauchte, damit sich sein Investment rechnete. Beide Parteien waren in dieser Auseinandersetzung bloße Repräsentanten ihres jeweiligen Geschäfts. Und es war die Konkurrenz, die sie zwang, ihre Interessen auch wirklich wahrzunehmen. Sie waren durch ihre Geschäfte sozial gestempelt, die sie zu gegeneinander agierende Parteien werden ließen. Harmonie konnte es in dieser Frage nicht geben. In ihren geschäftlichen Funktionen waren sie die Personifikationen ihrer ökonomischen Verhältnisse, als deren personelle Träger sie sich gegenüberstanden. Dieses Verhältnis war Bestandteil eines allgemeinen Klassenverhältnisses, unter das die Parteien subsumiert waren und das ihre Sichtweisen vorherbestimmte. Die Herauslösung der Immobilien aus dem KarstadtQuelle-Konzern, der anschließende

¹⁶⁰ Gelegentlich mischte sich die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, dennoch ein, allerdings mehr als „freier Makler“, wie sie ihr Handeln gegenüber ihrem Kabinettskollegen Rainer Brüderle rechtfertigte. Brüderle hatte seinerseits eine entsprechende Bitte von Berggruen auf staatliche Vermittlungen mit den Worten abgelehnt, „dass es in einer Sozialen Marktwirtschaft nicht Aufgabe des Staates ist, sich in Verhandlungen zwischen privaten Unternehmen einzuschalten. Dies ist ureigenste Sache der Unternehmen.“ BamS vom 14.8.2010

Verkauf mit der Rückvermietung der Immobilien an den Konzern¹⁶¹ hatten eine generell existierende gesellschaftliche Trennung von Grundeigentum und Kapital zur Voraussetzung. Erst ein solch entwickeltes Verhältnis reduzierte das Grundeigentum auf eine gewöhnliche Handelsware. Einem Verkauf der Karstadt-Immobilien standen deshalb keine besonderen gesellschaftlichen Hürden entgegen.

Der Mietstreit wäre erst gar nicht möglich gewesen, hätte es nicht die Verselbständigung des Immobilienbesitzes gegenüber KarstadtQuelle gegeben. Bis zum Verkauf der Grundstücke an Highstreet verfügte Karstadt selbst über die Grundrente, hätte also bei sonst gleichen Umständen einen höheren Bruttoüberschuss als vergleichbare Handelshäuser erzielen können.

Mit dem Verkauf der Karstadt-Immobilien wurde das Grundeigentum vom Handelsgeschäft losgelöst. Seitdem stand das Handelsunternehmen einem eigenständigen Grundeigentümer gegenüber.

Überhöhte Mieten

Die ökonomisch schwierige Lage, in der sich damals Karstadt befand, hatte Highstreet zu seinen Gunsten ausgenutzt. Die Mieten wurden für 15 Jahre festgeschrieben und sollten bei einzelnen Filialen auf bis zu 20 Prozent des Umsatzes steigen. „Ein gesundes Warenhaus bezahlt Mieten, die zwischen fünf und sieben Prozent des Umsatzes liegen“, kommentierte Christoph Meyer, Berliner Immobilienexperte von BNP Paribas, diesen Vertrag. Während die Mieten beim Konkurrenten Kaufhof bei durchschnittlich 7,59 Euro pro Quadratmeter lagen, musste Karstadt vor der Insolvenz 11,27 Euro zahlen.¹⁶²

Um Karstadt konkurrenzfähig zu machen, war Berggruen gezwungen, solche im Vergleich zur Konkurrenz überhöhten Mieten zu senken. Deshalb musste er den Kauf der Karstadt-Filialen an die Bedingung knüpfen, dass neue Mietverträge mit deutlich niedrigeren Miethöhen abgeschlossen werden.

Sein Versuch, den Mietpreis zu reduzieren, hatte mit einer großen Schwierigkeit zu kämpfen. Highstreet wies eine zersplitterte Gläubigerstruktur mit verschiedenen Sonderinteressen auf, die alle unter einen Hut zu bringen waren. Diese Zersplitterung war eine Konsequenz entwickelter Finanzmärkte. Das Grundeigentum trat nicht rein hervor. Es war mit dem Finanzkapital verbunden. Entsprechend war auch die Grundrente als die Verwertungsform des Grundeigentums mit fremdartigen Bestandteilen verquickt.

Verhandlungshürden durch zersplitterte Gläubigerstruktur: Zur Verbindung von Grundeigentum und Finanzkapital

Lediglich ein Teil der Miete bildete die eigentliche Grundrente, die durchaus beachtlich sein musste, da sich die Karstadt-Häuser durchweg in exzellenter City-Lage befanden. Auf den Grundstücken standen Kauf-, Sport- und Parkhäuser. Dieser mit den Grundstücken verbundene Wert gehörte Highstreet, den Karstadt als Sachkapital geliehen bekam. Die damit verbundenen Zinszahlungen bildeten einen weiteren Bestandteil der Miete. Hinzu kam noch der Wertersatz für die Abnutzung des geliehenen Sachkapitals, der ebenfalls in die Miete einging, teilweise aber Karstadt zusätzlich aufgezwungen worden war.¹⁶³

Die Verbindung von Grundeigentum und Finanzkapital ließ solche Immobiliengesellschaften wie Highstreet zu beliebten Häfen für anlagesuchendes Geldkapital werden. Für den Kauf der ersten Immobilien-Tranche hatte Highstreet fast 3,4 Milliarden Euro eingesammelt. Als Finanzierungsinstrument dienten

¹⁶¹ Das Sale-and-lease-back-Verfahren gab es häufiger. Woolworth verkaufte seine Häuser an den Finanzinvestor Cerberus. C&A und Hornbach trennten sich von einem Teil ihrer Immobilien und mieteten die Gebäude zurück.

¹⁶² Zitiert bei David C. Lerch, „Karstadt. Middelhoffs Erbe“, in: Der Tagesspiegel vom 20.6.2010.

¹⁶³ Dazu gehörten Kosten für die Sanierungsarbeiten an den Filialgebäuden, die üblicherweise zu Lasten eines Vermieters gehen. Vergleiche dazu: Seidel (2010), S. 109f.

Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), d. h. verbriefte und damit marktfähige Wertpapiere, die als eine Art Pfandbrief durch die vorhandenen Gewerbeimmobilien in unterschiedlicher Weise gesichert waren.

Das gemeinsame Interesse aller Finanzinvestoren bestand darin, die Mieten, die Karstadt zu zahlen hatte, zu retten und möglichst wenig schrumpfen zu lassen. Der Erhalt des Karstadt-Konzerns mit den dazugehörigen Beschäftigten war ihnen nur so weit wichtig, wie sie darin eine Möglichkeit sahen, ihr ausgeliehenes Kapital zu erhalten und zu verwerten.

Die Verbriefungs-Form CMBS begünstigte eine Zersplitterung der Gläubigerstruktur. Daraus entstand die Schwierigkeit, dass die von Berggruen geforderte Senkung der Mieten von über 100 Gläubigern jeweils einzeln gebilligt werden musste. Nach einem schwierigen Hin und Her einigte man sich in letzter Minute. Am 3. September 2010 stimmte das Essener Amtsgericht dem Insolvenzplan zu.

Eine gewisse Erleichterung war in der Welt des Kapitals zu spüren, als der Kaufvertrag in Kraft trat. Ein Teil des Karstadt-Kapitals blieb erhalten, die Lieferverbindungen ließen sich fortsetzen, die Innenstädte verloren nicht an kommerzieller Attraktivität, die mit einer vollständigen Vernichtung des Karstadt-Kapitals möglicherweise verbunden gewesen wäre. Oberbürgermeister und Vertreter des Einzelhandels atmeten auf, als die Schließung von Karstadt-Filialen abgewendet war.

e) Abschied

Insgesamt gesehen hatte Arcandor trotz der Rettung Karstadts den politischen Überlebenskampf verloren. Das Unternehmen büßte seine Eigenständigkeit ein. Es musste Konkurs anmelden, weil die Politik die nötigen Kreditgarantien verweigerte. In diesem Kräftespiel der Kapitale um Staatsgarantien erwies sich die Konkurrenz einschließlich der damit verbundenen Interessen als die stärkere Kapitalfraktion.

Auswirkungen auf die Eigentümer

Die größten Verluste mussten die Eigentümer der Arcandor AG hinnehmen, darunter die Hauptaktionäre Sal. Oppenheim und Madeleine Schickedanz. Ein Opfer besonderer Art hatte Frau Schickedanz zu tragen. In der jährlichen Tabelle der reichsten Menschen der Welt, aufgestellt vom US-Magazin Forbes, erschien sie im Jahre 2007 mit 5,5 Milliarden US-Dollar noch auf Rang 142. Der Wert ihres über Sal Oppenheim kreditfinanzierten Aktienpakets sank von 1,9 Milliarden Euro im Januar 2008 auf 230 Millionen Ende September, um dann fast völlig wertlos zu werden. Ihren verbliebenen Reichtum verdeckte sie hinter einer Lügen-Fassade scheinbarer Entbehrungen. „Ich spare, wo ich kann“, sagte sie. „Wenn mein Mann und ich ausgehen, was nur noch selten vorkommt, dann zum Italiener um die Ecke, wir essen eine Pizza, trinken ein Viertel Rotwein und ein alkoholfreies Bier. Das kostet dann keine 40 Euro. Wir leben von 500 bis 600 Euro im Monat. Wir kaufen auch beim Discounter. Gemüse, Obst und Kräuter haben wir im Garten.“¹⁶⁴

Begleitet von Hohn und Spott wurde die Spenden-Bewegung „Rettet Madeleine Schickedanz“ ins Leben gerufen. Der Betriebsratschef des abgewickelten Quelle-Versands, Ernst Sindel, nahm die einstige Miteigentümerin öffentlich in Schutz. Frau Schickedanz habe diese Art von Häme und Spott nicht verdient, sagte er. Schließlich habe sie „über Jahrzehnte sichere Arbeitsplätze und gute Sozialleistungen geboten“.¹⁶⁵ Selbst die Katastrophe, in die Quelle geraten war, konnte seinen Respekt und seine Dankbarkeit gegenüber dem Kapital nicht erschüttern. Obwohl sich ein Teil des Schickedanz-Kapitals in blauen Dunst aufgelöst hatte, hielt er am Glauben fest, dass Kapital eine geheimnisvolle, machtvolle Kraft besitzen würde, „gute Sozialleistungen“ und „sichere Arbeitsplätze“ den Menschen zu spenden.

¹⁶⁴ Zitiert bei Hagen Seidel (2010), S. 236

¹⁶⁵ Ebenda

Eine hohe Entwertung ihres Kapitals verzeichneten darüber hinaus die Gläubiger, die den größten Teil ihrer Forderungen in Höhe von fast drei Milliarden Euro abschreiben mussten. Der Kompromiss im Mietstreit hatte zur Folge, dass die Highstreet Holding und der Fonds der Oppenheim-Esch-Holding auf einen Teil ihrer Mieteinnahmen und der versprochenen Mieterhöhungen verzichteten.

„Das Geld wird für den Insolvenzverwalter und seine Berater gebraucht“

Beim Vorstandsvorsitzenden Karl-Gerhard Eick sah die Bilanz allerdings anders aus: Der Abschied Arcandors von der Bühne der fungierenden Kapitale endete für ihn mit einer Vergütung in Höhe von 15 Millionen Euro. Herr Eick selbst sah in der Abfindung ein für Vorstandssprecher übliches Sicherungsnetz. Er bewies praktisch, wie wenig der Profit, den sich die oberen Funktionäre des Kapitals aneigneten, mit einem zu tragenden „Unternehmer-Risiko“ zu tun hatte, womit die Ökonomen die hohen Vorstandsbezüge rechtfertigten.

Im Juli 2009, bereits wenige Tage nach dem Konkursantrag von Arcandor, zog unter Leitung des Insolvenzverwalters eine Riege von Anzugträgern in die Essener Konzernzentrale. Als vor leitenden Angestellten die Entlassungen angekündigt wurden, hakte jemand nach. Warum denn kein Geld mehr vorhanden sei, wollte man wissen, und verwies auf hohe Rücklagen in der Konzernkasse. Ein rundlicher Herr aus dem Tross von Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg strich seine Krawatte glatt und fand in diesem kleinen Kreis erstaunlich klare Worte: „Das Geld wird für den Insolvenzverwalter und seine Berater gebraucht“.¹⁶⁶

Wie ein Sprecher des Insolvenzverwalters Klaus-Hubert Görg am 7. Oktober 2010 bestätigte, hatte das Amtsgericht eine Summe von 27,2 Millionen Euro festgelegt.

Bei der Berechnung dieser Vergütung spielte die Frage, wie viel Arbeitsplätze gerettet wurden, gar nicht erst eine Rolle. Sie wurden ganz selbstverständlich geopfert, wenn es die ökonomische Situation erforderte. Das einzige Kriterium war die Wiederherstellung normaler Kapitalbeziehungen, also die Beseitigung des mit der Insolvenz ins Wirtschaftsleben getretenen Krebsgeschwürs.

Auswirkungen auf die Beschäftigten

Für die Lohnabhängigen hatte der Abschied Arcandors unterschiedliche Konsequenzen.

Diejenigen, die bei der Tourismus-Tochter Thomas Cook, bei den Spezialversendern oder beim Shopping-Kanal HSE 24 arbeiteten, waren vom Überlebenskampf und dessen Ausgang kaum betroffen, weil diese Unternehmensteile nicht in die Insolvenz gingen.

Entwürdigende Monate erlebten die 25.000 Beschäftigten der Warenhauskette Karstadt. Vor ihren Augen hatte ein Schachern stattgefunden, das sie noch einmal spüren ließ, dass sie im Kräftespiel der Kapitale nichts anderes waren als ein Geschäftsmittel, über das man je nach Interessenlage entschied. Ihre eigenen Lebensinteressen wurden auf die Dinge gelenkt und darauf reduziert, die sich kommerziell verwerten ließen. Dazu gehörte Bedürfnislosigkeit. Eine ganze Palette von Leistungsverschärfungen und Lohnsenkungsmaßnahmen stellten auf der Grundlage bereits bescheidener Lebensverhältnisse diese Bedürfnislosigkeit her.¹⁶⁷

Als besonders demoralisierend mussten die Quelle-Beschäftigten ihren eigenen Abschied empfinden. Bereits stark dezimiert, traten sie unter Leitung von Gewerkschaft und Betriebsrat in Nürnberg ein letztes Mal zu einem „öffentlichen Aufschrei“ an. Nur noch knapp 1000 Personen nahmen am 4. November 2009 teil.¹⁶⁸

¹⁶⁶ David C. Lerch, Die Abrechnung, in Der Tagesspiegel vom 4. Juli 2010

¹⁶⁷ Für drei Jahre gaben die Karstadt-Beschäftigten 75 Prozent ihres Urlaubs- und Weihnachtsgeldes ab, wodurch das Unternehmen um weitere 150 Millionen entlastet wurde. Laut Ver.di hätten die Lohnabhängigen damit seit Beginn der Krise auf 500 Millionen Euro verzichtet. Die Folgen des Stellenabbaus eingerechnet, habe Karstadt Personalkosten in Höhe von einer Milliarde Euro eingespart. Seidel (2010), S. 275

¹⁶⁸ Rudolf Stumberger, Würdeloser Untergang, in: Neues Deutschland vom 5.11.2009

Die meisten hatten resigniert. Rund 2000 hatten ihre Kündigung erhalten. Die verbliebenen 2000 Beschäftigten zogen ins letzte Gefecht, um die noch vorhandenen 18 Millionen Artikel von Quelle zu verschleudern.

Betriebsbesetzungen oder Aufbegehren wie in Frankreich? „Nein“, sagte Stephan Doll, DGB-Vorsitzender der Region Mittelfranken, „das sind nicht unsere Quelle-Mitarbeiter“.¹⁶⁹ Nachdem er die „Quelle-Mitarbeiter“ in die Rolle von Statisten gedrängt hatte, ihr Vertrauen missbrauchte, Illusionen über seine Verhandlungsmacht schürte, verhöhnte er sie noch.

Gewerkschaften und Betriebsräte hatten den Widerstand der Belegschaft bereits untergraben, als sie die Empörung in sinnlosen Protestaktionen wirkungslos verpuffen ließen, die Belegschaften verträsteten, ihnen Hoffnung machten, dass auf dem Verhandlungsweg etwas zu erreichen wäre. Ihr Verhältnis zu den Lohnabhängigen glich in gewisser Weise dem innerbetrieblichen Abhängigkeitsverhältnis von Vorgesetzten und Mitarbeitern. Sie bildeten das Entscheidungszentrum und bestimmten, wo und mit wem man verhandelte, wo man die Aktionen durchführte etc. Je nach Entscheidung traten die Mitarbeiter zu Kundgebungen, zu Demonstrationen, zum Fähnchenschwenken, zu Pfeifkonzerten etc. an, oder sie wurden von ihren Akteuren aufgerufen, Ruhe zu bewahren, um wichtige Verhandlungen nicht zu gefährden. Statt ihre Selbsttätigkeit zu wecken, förderte man ihre Passivität, knüpfte man an den gewohnheitsmäßig vorhandenen Gehorsam an. Politiker, Gewerkschafter, Betriebsräte und Konkursverwalter desorientierten jeweils auf ihre Weise.

All das waren Voraussetzungen dafür, dass die Abwicklung von Quelle in geordneten, institutionalisierten Bahnen verlief, ohne dass die Funktionalität des mit Quelle verbundenen Kapitals stärker gestört wurde, als es unbedingt notwendig war. Alles lief auf einen gezielten chirurgischen Eingriff hinaus, der dazu diente, das abgestorbene Kapitalgewebe möglichst rasch zu entfernen. Gewerkschaften, Betriebsräte und Politiker assistierten dabei.

In der Endphase der Abwicklungskette erschienen weitere „Vorgesetzte“: Die Arbeitsagentur eröffnete eine Filiale im Quelle-Versandhaus, um vor Ort Arbeitslosengeld und Hoffnungen auf einen neuen Job zu organisieren. Betriebsseelsorger spendeten unter Kerzenschein Trost, und verkündeten in ökumenischen Gottesdiensten frohe Botschaften. Die von der Stadtverwaltung schließlich bereitgestellten Psychologen kümmerten sich um die besonders Demoralisierten bzw. um die letzten Aufmüpfigen, die sich mit ihrem Schicksal einfach nicht abfinden konnten.

3. Fallbeispiel Opel

Die große Krise hatte vor allem die Kraftfahrzeugindustrie in Bedrängnis gebracht. Der Absatz stockte, die Lager quollen über. Verschiedene Autozulieferer standen vor dem Zusammenbruch. Einer ganzen Branche drohte der Ruin.

Der Opel-Konzern gehörte zu den Unternehmen, die die Krise ohne direkte staatliche Hilfe nicht überlebt hätten. Bei der Analyse seines politisch geführten Überlebenskampfes wollen wir uns auf die wichtigste Phase konzentrieren, die durch zwei markante Daten begrenzt wird: Am 14. November 2008 baten Opel-Führung und Betriebsrat die Bundeskanzlerin um Hilfe. Sie wollten rund eine Milliarde Euro als Bürgschaft. Am 3.11.2009 entschied der Eigentümer von Opel, General Motors (GM), Opel zu behalten. Mit dieser vor allem für die deutschen Akteure überraschenden Entscheidung war die Krise erst einmal vertagt.

Der Überlebenskampf Opels gestaltete sich bereits in der Anfangsphase als ein sehr schwieriger, komplexer und widersprüchlicher Prozess, in gewisser Weise vergleichbar mit dem Arcandors. Verschiedene Kapitalinteressen stießen aufeinander, bekämpften sich, hielten sich wechselseitig in Schach oder unterstützten einander. Als feindliche Brüder erwiesen sich die Kapitale, sobald sie um die Verteilung der Krise-Lasten stritten.

¹⁶⁹ Ebenda

a) Die Gegner einer Rettung Opels:

„Wenn einer vom Spielfeld verschwindet, sind die Chancen für die anderen natürlich größer.“

Bei Karstadt sahen wir, wie Metro als ein direkter Konkurrent alles unternahm, um die überlebensnotwendigen Hilfen des Staates zu verhindern. Dieses Moment der Konkurrenz zeigte sich auch im Überlebenskampf von Opel, wenngleich in anderer Weise.

Anfangs noch etwas zurückhaltend, wurden Staatshilfen von einigen Konkurrenten offen attackiert. Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG sagte, er sei grundsätzlich kein Freund von derartigen Unterstützungsaktionen. „In diesem Fall ist es Sache von General Motors, die Zukunft von Opel positiv zu gestalten. Wenn Gelder in diesen Größenordnungen zu einzelnen Wettbewerbern fließen, ist das evident, dass ich darin eine Wettbewerbsverzerrung sehe.“¹⁷⁰

Ähnlich war die Stimmungslage bei den anderen Konkurrenten. „Wenn Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Opel verspricht, sich für eine staatliche Kreditbürgschaft von bis zu 1,5 Milliarden Euro einzutreten, dann ist das eine krasse Ungleichbehandlung“, sagte Wolfgang Schneider, Vizepräsident für Regierungsangelegenheiten bei Ford in Europa Anfang April 2010.¹⁷¹ Ungerecht sei es deshalb, weil Ford seine Neuordnung und den Abbau von Überkapazitäten schon früher begonnen und selbst bezahlt habe. Jetzt soll Opel eine Bürgschaft erhalten, obwohl damit auch der Abbau von 8.000 Stellen finanziert werde. Eine vergleichbare Kreditbürgschaft – allerdings für einen besseren Zweck - werde Ford verweigert. Es werde mit „zweierlei Maß“ gemessen, klagte der Ford-Lobbyist weiter, zumal Ford in Deutschland mit 25.000 Beschäftigten über deutlich mehr Personal als Opel verfüge.

Die konkurrenzstärkeren Unternehmen standen Rettungsaktionen solange skeptisch gegenüber, wie sie hoffen konnten, dass sie die Krise überstehen würden und dass der Konkurs des unmittelbaren Konkurrenten für sie neue Absatzchancen eröffnete. In der großen Krise zählte der Volkswagenkonzern neben Ford und Daimler zu den wettbewerbsstärkeren Unternehmen. Die Frage, ob der Staat den Konkurrenten Opel retten sollte, beantwortete VW-Chef Martin Winterkorn folgendermaßen: „Der Staat soll sich raushalten ... Der Staat darf nicht zur Rettungsgesellschaft für Firmen werden, denen möglicherweise der Bankrott droht.“¹⁷² Auf die sich inhaltlich anschließende Frage des Spiegels, ob der VW-Chef das drohende Sterben der Konkurrenten nicht zumindest mit einem lachenden Auge verfolge, weil das Geschäft für den VW-Konzern dadurch leichter werde, antwortete Winterkorn: „Wenn einer vom Spielfeld verschwindet, sind die Chancen für die anderen natürlich größer.“

Um sich beim Staat Vorteile zu sichern, stellten Autokonzerne ehemalige Politiker in ihre Dienste¹⁷³. Dieter Althaus, langjähriger Ministerpräsident Thüringens, wechselte am 1. Februar 2010 zum kanadisch-österreichischen Autozulieferer Magna International, wo er direkt für den Großkunden Volkswagen und für den Kontakt zu den öffentlichen Stellen in Deutschland zuständig war. Althaus hatte während der Opel-Übernahmeverhandlungen weit reichende Kontakte zu Magna aufgebaut. Als ehemaliger Ministerpräsident verfügte er über gut verwertbare Seilschaften in Politik und Wirtschaft.

Vergleichbare Aufgaben wie Althaus übernahm Volker Hoff bei Opel. Das ehemalige hessische Regierungsmitglied wurde Direktor für Regierungsbeziehungen in der Geschäftsführung des Autoherstellers aus Rüsselsheim.

Zu den Gegnern einer Opel-Hilfe gehörten aber nicht nur die unmittelbaren Konkurrenten, sondern auch solche Kapitalgruppen, die mit der Autoindustrie nur entfernt etwas zu tun hatten und eine nicht enden wollende Kette weiterer Hilfen befürchteten, die dann den Staatshaushalt stärker belasteten.

¹⁷⁰ Zitiert bei Christoph Ruhkamp, Alle gegen Opel, FAZ vom 12.11.2009

¹⁷¹ „Ford attackiert Staatshilfen für Opel“, in FAZ vom 10.4.2010

¹⁷² Der Spiegel 10/2009

¹⁷³ Vergleiche Ruhkamp, Der Auto-Staat, FAZ vom 17.2.2010

Auf die Frage, ob die Bundesregierung Opel helfen sollte, antwortete der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) Herr Schleyer: „Ich halte grundsätzlich wenig davon, einzelne Unternehmen über die normalen Instrumente hinaus zu stützen.“ Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnte vor einer Sonderrolle. „Opel muss wie jedes andere Unternehmen und wie jede kleine und mittelständige Firma behandelt werden“, sagte DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann.¹⁷⁴

Die Professoren Hans Werner Sinn vom Ifo-Institut und Klaus F. Zimmermann vom DIW theoretisierten diese grundsätzliche Position des Kapitals gegen Einzelhilfen: „Rettungsaktionen für Unternehmen über den Bankensektor hinaus, wie jetzt bei Opel beschlossen oder bei Arcandor absehbar“, schrieb Zimmermann in der FAZ¹⁷⁵, seien abzulehnen, „da sie ordnungspolitisch fragwürdig und wirtschaftlich schädlich sind. Sie generieren in ihrer Kettenwirkung unübersehbare Haushaltsrisiken. (...) Das Wachstum könnte durch die größere Staatsverschuldung abgewürgt werden. (...) Es muss also rechtzeitig zu Steuererhöhungen kommen.“

Das Geld, das der Staat Opel gebe, werde anderen Verwendern entzogen, fasste Professor Sinn die Klagen zusammen, „denn schließlich springt dem Staat (...) kein deus ex machina bei.“¹⁷⁶

Sowohl die Einzelkapitale, die in direkter Konkurrenz zu Opel standen, als auch die entfernteren Kapitalgruppen, die im Falle von Staatshilfen längerfristig Nachteile für sich fürchteten, erinnerten an das heilige Prinzip der Marktwirtschaft, wonach der Staat durch seine Interventionen den Wettbewerb nicht verzerren dürfe. Gezielte Rettungsaktionen für einzelne Firmen der „Realwirtschaft“ seien „strikt abzulehnen“, formulierte Sinn diesen Standpunkt des Kapitals im Allgemeinen, „weil der Staat die Wirtschaft nicht lenken kann“, wie zahlreiche Fehlversuche zeigten. Hilfen für Opel verfälschten den Markttest. Würde der Staat dies tun, sei „die Büchse der Pandora geöffnet, und er wird immer wieder nachgeben müssen“. Solche Rettungsaktionen würden den „Strukturwandel der Wirtschaft bremsen“, der aber gerade das „Geheimnis des Fortschritts“ sei.¹⁷⁷

Die Gegner der Opel-Rettung fanden ihren politischen Sprecher in dem gerade erst zum Wirtschaftsminister gekürten Karl-Theodor zu Guttenberg, der sich im Regierungskabinett gegen Staatshilfen aussprach. Die Liquidation Opels führe, wie die Bild-Zeitung aus einem internen Vermerk des Ministers zitierte, „zu einem Abbau der Überkapazitäten und zu einer entsprechenden Marktberreinigung“. Weder sein Renommee, das ihm die Medien in den wenigen Wochen seiner Amtszeit verliehen hatten, noch die hinter ihm stehenden Kapitalinteressen sollten ausreichen, um die Macht abzuwehren, die sich zur Rettung Opels bereits formiert hatte.¹⁷⁸

b) Die Verteidiger Opels

Angeführt wurde das Heer der Opelretter vom Opelkapital selbst. Im Betriebsratsvorsitzenden Klaus Franz fand es einen populären Sprecher, der die Rettung des Kapitals als die Rettung von Arbeitsplätzen zu popularisieren verstand.

Zu den unmittelbaren Verbündeten gehörten Unternehmen, die mit Opel direkt oder indirekt in Lieferbeziehungen standen. Ein Konkurs Opels hätte zu empfindlichen Störungen der eigenen Warenzirkulation geführt. Dieser Kreis schloss nicht nur die Zulieferer ein, sondern erweiterte sich durch solche vor allem regionale Unternehmen, die den Konsum der betroffenen Lohnabhängigen vermittelten, wie Einzelhändler, Gaststätten, Handwerker, Friseur und weitere Dienstleister.

Schließlich kam ein wichtiger Umstand hinzu, der bei Arcandor als bloßem Handels- und Touristikunternehmen nicht gegeben war: Einzelkapitale des produzierenden Sektors sind in eine umfassendere gesellschaftliche Arbeitsteilung eingebunden. Sie

¹⁷⁴ Ruhkamp, Alle gegen Opel, FAZ vom 12.11.2009

¹⁷⁵ FAZ vom 4.6.2009, S. 12

¹⁷⁶ Sinn (2009), S. 238

¹⁷⁷ Ebenda, S. 234ff. Ähnlich DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann, Die höhere Mehrwertsteuer kommt, in FAZ vom 4.6.2009, S. 12

¹⁷⁸ „Politisch ist die Liquidation nicht vermittelbar“, kommentierte Guttenberg später seine politische Niederlage.

sind Teil einer nationalen und regionalen Cluster-Bildung. Die enge Verzahnung einander ergänzender Industriezweige ermöglicht Spezialisierungen, die zu einer höheren gesellschaftlichen Produktivität beitragen. An dieser besonderen gesellschaftlichen Produktivkraft, die durch ein einzelnes Kapital nicht herstellbar ist, sondern nur aus dem Zusammenwirken vieler Kapitale entsteht, partizipiert ein Kapital, sobald es als Teil des Industriesystems, also als Teil der hier operierenden Kapitale fungiert. Und diese produktive Kraft ist umso größer, je mehr die gesellschaftliche Arbeitsteilung mit all ihren Verzweigungen ausgebildet ist und eine wechselseitige Verbindung eingeht.¹⁷⁹ Hier existieren „externe Skaleneffekte“, die sich darin äußern, dass durch Cluster-Bildungen die Produktionskosten sinken. Würde ein für die Cluster-Bildung bedeutendes Kapital vernichtet, dann hätte die entstehende Lücke negative Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit des gesamten Standort-Kapitals.

Das tief ineinander verschachtelte, kunstvoll aufgebaute Industriesystem war zu schützen und die einzige Macht, die das in der großen Krise noch konnte, war der Staat. Opel war ein wichtiger Mosaikstein in diesem Industriesystem, der nicht verloren gehen durfte. Die Rettung der Autoindustrie mit ihren tief reichenden Produktionsverflechtungen stellte sich überall als große nationale Aufgabe. In allen Ländern mit entwickelter Industrie mobilisierten die Staaten gewaltige finanzielle Mittel, um ihre Autoindustrie zu schützen. Nach Angaben des Daimler-Vorstandsvorsitzenden Dieter Zetsche gingen 2009 Staatshilfen in Höhe von 90 Milliarden Euro in aller Welt an die Autoindustrie.

Die mit Opel stofflich-technologisch direkt oder indirekt verbundenen Einzelkapitale mussten ein Interesse an der Rettung haben. Hier lag bei aller Konkurrenz ein wichtiger Punkt der inneren Solidarität, mit der das gefährdete Opel-Kapital rechnen konnte.

Selbst die unmittelbaren Konkurrenten wussten um die Bedeutung Opels für die Gesamtbranche. Ihr Interesse an der Vernichtung Opels, wodurch für sie neuer Marktraum entstanden wäre, wurde gebrochen durch die Sorge, dass zugleich die Autozulieferer-Struktur gestört würde mit negativen Rückwirkungen auf das eigene Unternehmen. Diesen Zwiespalt drückte VW-Chef Winterkorn in dem bereits erwähnten Spiegel-Interview¹⁸⁰ folgendermaßen aus. „Wenn ein Autohersteller ausfällt“, so seine Bedenken, „haben Bosch, Mahle, Conti und andere Lieferanten ein Problem. Ihre Fabriken sind nicht ausgelastet, dann wird es auch für VW schwieriger, gute Einkaufspreise auszuhandeln. Lustig ist das für keinen.“

Nach Einschätzung von Christoph Ruhkamp, Wirtschaftsredakteur der FAZ, betrachteten die deutschen Autohersteller den Niedergang Opels „mit einer Mischung aus Besorgnis und Häme.“ Verschwände Opel vom Markt, würden Ford und Volkswagen einige hunderttausend Autos mehr verkaufen als bisher. „Aber die Auswirkungen auf das Netzwerk der Hersteller und Zulieferer in Deutschland - in der Fachsprache „Cluster“ genannt - galten zumindest zu Beginn der Krise als unberechenbar“, meinte er.¹⁸¹

c) Politischer Einigungsprozess

Damit ist das Kräftefeld bestimmt, auf dem entschieden wurde, ob Opel zu retten war oder nicht. Hin und Her gerissen von ihren Interessen wirkten Kapitale und Kapitalgruppen wie in einem Parallelogramm der Kräfte aufeinander. Die daraus resultierende Größe bestimmte den Inhalt der Politik, entschied schließlich die Frage, ob man Opel Staatshilfen gewähren sollte.¹⁸²

¹⁷⁹ Näheres zum System der Produktivkräfte und zu seiner Bedeutung für das Gesamtkapital findet der Leser bei Sandleben (2003), S. 84ff

¹⁸⁰ Der Spiegel 10/2009

¹⁸¹ Christoph Ruhkamp, Alle gegen Opel, in: FAZ vom 12.11.2009

¹⁸² Wenn hier gesagt wird, dass der Inhalt der Politik im Kräftespiel der Kapitale bestimmt wird, dann schließt das die direkte Käuflichkeit der Politik keineswegs aus. Ob auch im Fall Opel Politiker „wie ein Taxi“ gewesen sind, „das man mieten kann. Normalerweise zwischen 3.000 und 5.000 Pfund am Tag“, wie der frühere Labour-Verkehrsminister Stephen Byers von sich selbst vor laufender Kamera gegenüber einem sich als

Wenn wir von der Politik des Kapitals sprechen, dann ist vorrangig dieser Ausgleichsprozess innerhalb eines nationalen Kapitals gemeint. Jedes einzelne Kapital bzw. jede Kapitalfraktion bildet darin nur ein Moment des Ganzen. Die Demokratie mit ihrer Öffentlichkeit, mit ihrer Pressefreiheit, mit ihren vielfältigen Möglichkeiten, über Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyismus, Parteien, Parlamentsfraktionen, Abgeordnete, Ministerien, Kanzlerrunden etc. direkt oder indirekt Einfluss zu nehmen, bot in diesem Ausgleichsprozess der Kapitale eine adäquate Form. Kein besonderes Kapital, keine Kapitalfraktion bestimmte einseitig die Politik. Alle Kapitale wirkten in diesem Parallelogramm der Kräfte mit und beschränkten sich wechselseitig.

In dem Kräftespiel der Kapitale waren die Politiker auf ihre Weise eingebunden. Sie spiegelten innerhalb ihrer besonderen Sphäre den Interessengegensatz zwischen den Kapitalen wider. Dies wurde deutlich, als sich gerade solche Politiker stärker für Staatshilfen einsetzten, für die Opel eine relativ größere Bedeutung besaß.

Lobbyismus

Nach Angaben von LobbyControl¹⁸³ arbeiten in Berlin schätzungsweise 5.000 Lobbyisten, in Brüssel sollen es 15.000 sein. Ihre Aufgabe ist die gezielte Beeinflussung politischer Entscheidungen. Sie arbeiten öffentlich oder verdeckt. Über 70 Prozent stehen erkennbar direkt oder indirekt im Dienste von Unternehmensinteressen, rund 20 Prozent vertreten die Interessen der Regionen, Städte und die Interessen internationaler Institutionen.

Die Lobbyisten-Dunkelziffer ist hoch. Anwaltskanzleien, die von größeren Unternehmen beauftragt werden, bezeichnen sich nicht offiziell als Lobbyisten, auch wenn sie solche Funktionen wahrnehmen.

Offenkundige Lobbyarbeit verrichten die klassischen Verbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Arbeitgeberverbände und die Verbände einzelner Branchen (u. a. Verband der deutschen Autoindustrie – VDA, Verband der Chemischen Industrie (VCI). Hinzu kommen Lobby-Agenturen, die ihre Dienstleistungen für besondere Lobbykampagnen anbieten.

Eine weitere Gruppe bilden die so genannten „Denk“-Fabriken wie die Bertelsmann Stiftung oder die Initiative Soziale Marktwirtschaft (INSM), die über Tagungen, Studien oder Modellprojekte vor allem die öffentliche Meinung, gezielt aber auch politische Entscheidungsträger beeinflussen.

Die INSM, gegründet vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall, liefert für Print-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen vorproduzierte Beiträge. Eine spezielle Webseite bietet Lehrern fertige Unterrichtsmaterialien. Ein Kreis von „Botschafter“ aus Unternehmen (wie Randolf Rodenstock oder Arend Oetker), aus Wissenschaftlern, Politikern und Sportlern, die der INSM nahe stehen, dienen als Türöffner in den Medien und verrichten als „Experten“ getarnte Lobbyarbeit.¹⁸⁴ Das ARD-Magazin Plusminus wies in der Sendung vom 30.08.2005 unter dem Titel „Getarnte Lobby – wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ nach, dass die Botschafter der INSM auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows sind. Manchmal saßen gleich drei in einer einzigen Sendung und würden als scheinbar unabhängige Experten oder als Vertreter von SPD, CDU, FDP oder Grüne die marktwirtschaftlichen Grundsätze der Initiative Soziale Marktwirtschaft vertreten.

An die Spitze des politischen Kampfes zur Rettung Opels traten deshalb die Ministerpräsidenten, in deren Länder die Opel-Standorte lagen. Die parteipolitische Ausrichtung spielte hier keine Rolle.

Hessens Ministerpräsident Roland Koch vergaß anlässlich dieser praktischen Herausforderung alle Ergebenheit, die er den „Selbstheilungskräften des Marktes“ in Sonntagsreden zu bezeugen gewohnt war, und schlug einen „Autoschirm“ für Opel und die gesamte hessische Zulieferindustrie vor. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, konkretisierte die nötigen Hilfeleistungen. Er nannte eine „Größenordnung von einer Milliarden Euro“, die verbürgt werden müssten. Jürgen

Geschäftsmann gebenden Reporter einst behauptete (Tagesspiegel vom 23.3.2010), lässt sich nicht sagen. Grundsätzlich ändert dies nichts an unserer These, dass die Politik eine Politik des Kapitals war.

¹⁸³ LobbyControl, unter: <http://www.lobbycontrol.de/blog/>; vergleiche dazu auch, Müller (2009), S. 392ff, Leif/Speth (2006).

¹⁸⁴ Mehr dazu bei Speth (2009).

Rüttgers, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, gab umgehend eine „Überlebensgarantie“ mit den Worten, „wir lassen Opel nicht untergehen.“¹⁸⁵

Auf Bundesebene ergriff an prominenter Stelle zunächst Frank Walter Steinmeier Partei für Opel. Als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat nutzte er die Gelegenheit, um sich für die im September 2009 vorgesehenen Bundestagswahlen zu profilieren. Bereits Ende Februar 2009 fuhr er nach Rüsselsheim: Es sei „unanständig“, erklärte er unter dem Beifall einer großen Zahl von Arbeitern, Opel Bankrott gehen zu lassen. Seine Worte konnten als Standortgarantie für die vier deutschen Opel-Werke gedeutet werden. Frühzeitig sprach sich Steinmeier für das russisch-kanadische Konsortium um den Zulieferer Magna aus.

Die Christdemokraten taten sich anfangs schwer, die widerstreitenden Kapitalinteressen parteipolitisch in Einklang zu bringen. Nach anfänglichem Hin und Her schwenkte Kanzlerin Angela Merkel gleichfalls auf die Pro-Opel-Linie ein, wobei sie zuließ, dass ihr Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) seine Bedenken gegen eine Unterstützung der Opel-Magna-Lösung aufrechterhalten und öffentlich ausdrücken konnte, ein geschickter Schachzug, wie der damalige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) bemerkte. Die Gegner der Opel-Unterstützung hätten ihren Wirtschaftsminister Guttenberg, die Befürworter ihre einsatzfreudigen CDU-Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin gehabt. „Der Gelackmeierte war die SPD, die nur einen Ausschnitt im Meinungsspektrum erreichte“¹⁸⁶

Merkel erklärte die Opel-Angelegenheit zur „Chefsache“. Eile war geboten, weil die öffentliche Meinung unter dem Einfluss des ökonomischen Mehrheitsinteresses umgeschwenkt war in Richtung einer schnellen Hilfsaktion zugunsten Opels. Die Kanzlerin stand unter Zugzwang. Sie besuchte Rüsselsheim, um dort gleichfalls ihre Solidarität mit Opel zu bekunden.

Ende Mai einigten sich Bund, Länder, GM, das US-Finanzministerium und Magna auf einen Überbrückungskredit für die Adam Opel GmbH. Das Unternehmen wurde mehrheitlich von einem staatlichen Fonds treuhändlerisch übernommen. Es erhielt einen Staatskredit von 1,5 Milliarden Euro, um die Zeit zu überbrücken, bis sich GM entscheiden würde, wer Opel übernimmt. GM blieb faktisch Eigentümer.

Die Fragen sollen uns hier nicht interessieren, ob GM den möglichen Verkauf von Opel nur vortäuschte, Opel in Wirklichkeit aber behalten wollte, und ob GM, wie zu lesen war, die „Hybris deutscher Politik“ kühl ausnutzte, und „eiskalt zuschlug, als sich die Chance dazu bot.“¹⁸⁷ Die Konzernpolitik GM interessiert hier nur am Rande, dementsprechend auch die Frage, ob GM das Europageschäft als genügend wichtig für einen weltweit agierenden Autokonzern einstufte.

SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier brachte eine Staatsbeteiligung an Opel ins Spiel, die Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Partei aber nicht durchsetzen konnte. So kam das Treuhandmodell zustande, das der Opel-Betriebsrat maßgeblich mit eingefädelt hatte.

Am 10. September gaben Vertreter von GM und die Bundesregierung bekannt, dass GM beabsichtige, die Mehrheit von 55 Prozent an seiner europäischen Tochter Opel an ein Konsortium des kanadisch-österreichischen Autozuliefer-Konzerns Magna und dessen russischen Finanz-Partner Sberbank (jeweils 27,5 Prozent) zu verkaufen. Zehn Prozent sollten die Opel-Belegschaften übernehmen, als Gegenleistung für einen weiteren Lohnverzicht, der ihnen von ihrem Betriebsratschef Klaus Franz in Höhe von jährlich 265 Millionen Euro (Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld, auf Tarifierhöhungen und auf Einzahlungen in die Betriebsrentenkasse) abverlangt worden war. Der Mutterkonzern GM wollte 35 Prozent der Anteile behalten.

„New Opel“, wie man Opel nach dieser Neuorientierung nannte, erhielt Kredit- und Bürgschaftszusagen in einer Gesamthöhe von 4,5 Milliarden Euro. Um Opel zu sanieren, hätte Magna nur eine halbe Milliarde Euro beisteuern müssen, an echten Eigenmitteln sogar nur 350 Millionen Euro.¹⁸⁸ Die Bundesregierung haftete für das

¹⁸⁵ General Mythos, in Capital 01/2010

¹⁸⁶ Steinbrück (2010), S. 152

¹⁸⁷ Capital 01/2010

¹⁸⁸ Der Spiegel 36/2009

unternehmerische Risiko. Das Opel-Kapital war erst einmal gerettet und damit die deutschen Standorte in Rüsselsheim, Eisenach, Bochum und Kaiserslautern.

d) Co-Management: „Die Einschnitte sind schmerzhaft für uns alle, doch wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.“

Klaus Franz und der IG-Metall-Chef Berthold Huber hatten die Übereinkunft zwischen GM, Magna und der Bundesregierung maßgeblich eingefädelt. Dass sie diese Rolle spielen konnten, lag vor allem daran, dass sie die verschiedenen Kapitalinteressen geschickt zusammenfügten, gute Kontakte zu Spitzenpolitikern besaßen und zudem als offizielle Arbeitnehmer-Vertreter die Opel-Beschäftigten einzubinden verstanden. Arbeiter wie Unternehmung fühlten sich vertreten, jede Partei auf ihre Weise. Vor allem Klaus Franz war der wichtigste Organisator einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Lohnarbeit und Kapital, wobei er es verstand, die Bedürfnisse der Opel-Beschäftigten soweit zu reduzieren, bis sie ein für das Opel-Kapital günstiges Niveau erreicht hatten.

Unterstützt vom IG-Metall-Chef Berthold Huber begann Klaus Franz seine Lobbyarbeit zur Rettung des Opel-Kapitals Ende Januar 2009 nach einem Gespräch mit GM-Managern in Detroit. Der Konzern steuerte auf eine Pleite zu. Zur eigenen Rettung war GM geneigt, Opel zu verkaufen. Klaus Franz witterte die nationale Chance, Opel endlich aus dem „Würgegriff der US-Mutter“ zu befreien. Beim Werben um Milliardenhilfen vom Staat half ihm Berthold Huber, „der in der Berliner Regierungszentrale bestens gelitten (ist)“.¹⁸⁹

Deutsche Industriepolitik

Dass Klaus Franz diese Rolle in der Politik des Kapitals so wirkungsvoll spielen konnte, verdankte sich einer besonderen Interessenkonstellation. GM, der Mutterkonzern von Opel, steckte im Herbst 2008 in einer solchen wirtschaftlichen Not, dass ihn eine Rettung Opels finanziell überfordert hätte. Er war auf die Kredithilfen des deutschen Staates angewiesen. GM wusste um die guten Kontakte, die der Betriebsratsvorsitzende besaß und dass er Zugang zu den Spitzenpolitikern hatte. Zudem hatte Klaus Franz bereits praktisch bewiesen, dass er einer ihm weitgehend treu ergebenden Belegschaft weiteren Lohnverzicht zur Rettung des Opel-Kapitals entlocken konnte. Auch auf diese Fähigkeit wollte GM nicht verzichten.

Die deutsche Politik sah in Klaus Franz ein willkommenes Instrument, die Rettung des Kapitals mit einer Herauslösung Opels aus dem GM-Konzern zu verbinden. Eine solche Abtrennung hatte nationale Bedeutung. Hilfen, die Opel erhalten sollte, durften auf keinen Fall über verschlungene Wege des GM-Konzerns in auswärtige Kanäle zugunsten ausländischer Industriestandorte fließen. Kein Euro sollte dorthin verschoben werden. Der deutschen Politik ging es um die Stärkung des deutschen Industriestandorts. Eine Existenzgarantie sollte nur das in Deutschland nicht aber das in den USA operierende Kapital erhalten.

Ein Käufer musste gefunden werden, der Opel eine Perspektive gab und dazu möglichst noch die auswärtige Konkurrenz schwächte. Der italienische Fiat-Konzern kam nicht in Frage, weil man wegen einer gleichartigen Produktpalette fürchtete, dass Fiat Opel nur kaufen könnte, um durch spätere Produktionseinschränkungen Platz zu schaffen für den Absatz italienischer Autos. Stattdessen setzte sich die Überlegung durch, den Verkauf Opels an den kanadisch-österreichischen Autozulieferer Magna und die russische Sberbank zu unterstützen. Mit einem solchen Verkauf ließen sich nicht nur die US-Autohersteller in Europa schwächen, sondern es eröffneten sich erhebliche Absatzchancen auf dem russischen Markt. Umgekehrt erhoffte sich die russische Industrie eine Stärkung ihrer Autoindustrie durch Technologietransfer. Indem Klaus Franz diese strategische Ausrichtung des

¹⁸⁹ Ebenda

deutschen Kapitals auf „New Opel“ offensiv und im Namen der Opelarbeiter vertrat, passte er in das strategische Kalkül deutscher Industriepolitik.

Umsetzung der Rationalität des Kapitals

Die kühl rechnenden Magna-Funktionäre hatten keineswegs vor, Opel-Arbeitern Präsente zu machen. Sie mussten die Überproduktionskrise managen, indem sie Opel sanierten, Kapazitäten abbauten und Kosten einsparten, um auf diese Weise auf Kosten der Konkurrenz neuen Absatzraum zu erobern. Das war das Rettungskonzept, das Magna einsetzen wollte. Diese Rationalität des Kapitals akzeptierten auch Klaus Franz und Berthold Huber. Vorsichtig stimmte der Betriebsratsvorsitzende die Beschäftigten auf einen Arbeitsplatzabbau ein. Etwa 10.000 der insgesamt gut 50.000 Stellen in Europa seien gefährdet, eine Zahl, die auch Magna für die Opelstandorte und für die Schwesterfirma Vauxhall (England) nannte. „Wir müssen nun die Produktionsvolumina aller Werke einzeln durchrechnen“, sagte er und formulierte als allgemeines Ziel, „betriebsbedingte Kündigungen und Werksschließungen zu vermeiden.“¹⁹⁰ Sein Kampf um Arbeitsplätze besaß eine neue Variante: Arbeitsplätze waren zu opfern, um andere Arbeitsplätze zu erhalten. Dies bedeutete eine vollständige Anpassung an die von Opel gewünschte Rationalisierungspolitik.

Aus Angst, arbeitslos zu werden, ließen sich die Opel-Arbeiter ein Lohnopfer nach dem anderen abgaunern. Bereits in dem Konzernsanierungstarifvertrag von 2005 hatte die Belegschaft auf rund 760 Millionen Euro, in einem im Herbst 2008 vereinbarten Zukunftspakt auf weitere 115 Millionen Euro Gehalt verzichtet.¹⁹¹ Nun schwärmte Klaus Franz dem vorgesehenen Opel-Eigentümer Magna vor, dass die Belegschaft bereit sei, jährlich auf 265 Millionen Euro zu verzichten.¹⁹² Nach seiner Rechnung kämen von 2009 bis 2014 etwa 1,6 Milliarden Euro zusammen. Den Lohnverzicht, für den es einen 10-prozentigen Anteil an „New Opel“ geben sollte, kommentierte er mit den Worten des künftigen Teilhabers: „Die Einschnitte sind schmerzhaft für uns alle, doch wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen“.¹⁹³

Paradoxien

Solche Lohnzugeständnisse mochten die Konkurrenzposition Opels vorübergehend stärken, gesamtwirtschaftlich gesehen stellten sie eine Paradoxie dar: Sie standen im Widerspruch zum ungeheuren Reichtum, der produziert worden war. Die Arbeiter sollten auf Lohn, d.h. auf Konsum verzichten, obwohl die Krise gerade ein Zuviel an Waren zeigte. Personal sollte abgebaut werden und zugleich sollten die verbliebenen Opel-Arbeiter bei weniger Lohn mehr arbeiten. Warum Entlassungen, warum Mehr-Arbeit, warum Konsumverzicht inmitten eines überquellenden Reichtums? Eine Gesellschaft, die solche Widersprüche in sich barg, die die Reichtumsproduktion an die Voraussetzung des Wohlstandsverzichts der Arbeiter knüpfte, während dann dieser Verzicht zusätzliche Absatzstockungen hervorrief und zu Entlassungen beitrug, musste als problematisch wahrgenommen werden. Indem die Krise solche Widersprüche und Gegensätze zuspitzte und sie eskalieren ließ, beförderte sie die Geburt des Neuen, das solche Widersprüche und Gegensätze nicht mehr kannte.

Wenn Produktion und Konsumtion nicht mehr zusammenpassten, lag dann nicht eine gesamtgesellschaftliche Organisation der Produktion nahe, in der Produktion und Konsumtion aufeinander abgestimmt waren?

¹⁹⁰ FAZ vom 4. 6.2009, S. 14

¹⁹¹ FAZ vom 31.08.09

¹⁹² Im Einzelnen handelte es sich um Streichungen beim Weihnachts- und Urlaubsgelds bis 2011, um einen vorübergehenden Verzicht auf Tariferhöhungen und Einzahlungen in die Betriebsrentenkasse.

¹⁹³ Zitiert bei Moritz Döbler, Es bleibt der Old Opel, in: Der Tagesspiegel vom 4.11.2009. Die schmerzhaften Einschnitte sollten nur für das Opelkapital vorgenommen werden, das sich im deutschen Interesse von GM ablöste und sich strategisch neu aufstellte. Franz knüpfte seine Zugeständnisse daran, dass Magna tatsächlich den Zuschlag für Opel erhält. Neues Deutschland vom 4.11.09

Tatsächlich wurde das Nahe liegende auch gemacht, allerdings in einer Weise, die das Problem nur vertagte, nicht aber wirklich löste. Die Regierung verabschiedete Konjunkturprogramme, um die gesamtwirtschaftlich entstandene Nachfragerücke planmäßig aufzufüllen. Sie plante Kurzarbeitergeld, plante im Rahmen des Wirtschaftsfonds Deutschland Garantien und Kredite für Unternehmen, um die künftige Produktionskraft zu erhalten. Alles das war ein Ansatz zu einer volkswirtschaftlichen Organisation der Produktion. Und sie organisierte mit ihren Rettungsschirmen und ihren öffentlichen Krediten das Bankensystem derart um, dass auch hier Elemente einer gesamtwirtschaftlichen Planung sichtbar wurden.

Während die Regierung die notwendigen planwirtschaftlichen Elemente durchsetzte, verlor sich bei den Lohnabhängigen der sich aufdrängende Gedanke einer grundlegenden Umgestaltung immer wieder in einer Vielzahl von Bedenken. Vertraute Sichtweisen hinter sich zu lassen und ein unbekanntes Terrain zu betreten, darauf waren sie nicht vorbereitet. Sie hatten ihre eigene Segmentierung entlang der Eigentumsschranken des Kapitals noch nicht durch Herstellung einer eigenen, überbetrieblichen Assoziation aufgebrochen. Damit fehlte die Voraussetzung, die Arbeit nach ihren Bedürfnissen neu zu organisieren. Solch ein eigenständiges, über den Kapitalismus hinausweisendes Projekt zu initiieren - dazu fehlte den Arbeitern Selbstbewusstsein, Mut und Tatkraft. Zudem taten ihre Vertreter alles, um diese Perspektive zu verdunkeln. Der Verzicht auf Selbsttätigkeit ließ sie zu einer Manövriermasse des Kapitals werden.

e) Nationale Kampfformen

Aus nahe liegenden Gründen trat bei Opel das nationale Element stärker hervor: Als Tochterunternehmen des US-Konzerns General Motors gehörte Opel dem auswärtigen Kapital. Der Gegensatz von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion musste deshalb von vornherein eine nationale Form erhalten. Hinzu kam, dass Opel in verschiedenen europäischen Standorten operierte, also in verschiedenen Ländern ein Element des jeweiligen nationalen Kapitals bildete.¹⁹⁴ Die Konkurrenz verschiedener Standorte um die Verteilung der Lasten in Gestalt von Betriebs- und Standortschließungen erhielt zugleich nationale Bedeutung.

Opelrettung – „Herzensangelegenheit der Deutschen“

Opel sei ein „urdeutsches Unternehmen“, hob der Betriebsratsvorsitzende Klaus Franz gelegentlich hervor. Sein Fortbestand sei eine „Herzensangelegenheit der Deutschen“. Hätte er hinzugefügt: Eine Herzensangelegenheit des deutschen Kapitals, hätte er die Sache unvermittelt getroffen. Der nationale Bezug bildete zugleich die Form, unter der man die spezifischen Interessen des Opel-Kapitals nicht nur in der Belegschaft sondern in der Bevölkerung zu verstecken suchte. Auf diese Weise sollte das Sonderinteresse eine allgemeine Geltung und damit gesellschaftliche Anerkennung erhalten.

„Der Blitz, der Blitz kommt aus ´ner Welt, wo Freundschaft und Familie zählt. Der Blitz, der Blitz, der gibt euch Kraft. Damit ihr Opels Wunder schafft.“ Mit diesem Lied empfing im März 2009 der werkseigene Kinderchor die Kanzlerin im Opelwerk Rüsselsheim, während die Betriebsräte in Bochum und Eisenach die Lohnabhängigen zu Mahnwachen aufriefen.

Die 3000 versammelten Lohnarbeiter bekannten sich mit leuchtend gelben „Wir sind Opel“-Shirts zum Unternehmen, das „stolz, erfolgreich und von den Menschen geliebt“ werde.

¹⁹⁴ Die Beschäftigten verteilten sich auf die europäischen Werke Opel und Vauxhall (Großbritannien) folgendermaßen (Stand September 2009): auf Deutschland 26.000 (darunter Rüsselsheim 15.600, Bochum 5.170, Kaiserslautern 3.490, Eisenach 1.800); auf Spanien 7001, auf Großbritannien 4.729, auf Belgien (Antwerpen) 2.584, auf Polen 3.582, auf Österreich 1.640, auf Frankreich 1.483, auf Ungarn 640.

Zuvor hatten Betriebsrat und IG Metall in Rüsselsheim 15.000 Beschäftigte zu einer Kundgebung zusammengerufen. Dort trat SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier hinter das rote IG-Metall Pult. Diesmal die Hand zur Faust geballt, die zuvor in der Regierung Schröders die Agenda 2010 geschmiedet hatte, mit der die Existenzbedingungen der Arbeiter zugunsten des deutschen Kapitalstandorts verschlechtert wurden. In der Pose des Arbeiterführers rief er den Opelanern zu: „Ihr seid nicht diejenigen, die den Schlamassel angerichtet haben. Opel, das seid ihr, und deshalb muss Opel leben.“¹⁹⁵

Konkurrenz zwischen den nationalen Standorten

Als multinationaler Konzern operierte Opel in verschiedenen europäischen Ländern und stärkte dort im technologischen Verbund mit anderen Kapitalen den jeweiligen nationalen Standort. Seine Unternehmenspolitik erhielt auf diese Weise eine nationale Bedeutung, und der Widerstand gegen mögliche Betriebsschließungen kleidete sich in nationale Formen.

Der geplante Einstieg Magnas bei Opel, schien die deutschen Standorte und damit das deutsche Kapital zu begünstigen. Daran entfachte sich ein erster Streit, der von nationalen Protesten bis hin zu Staatsaktionen zur Rettung der jeweiligen nationalen Standorte reichte.

Großbritannien, Belgien und Spanien forderten eine genaue Prüfung der deutschen Opel-Hilfen durch die EU-Kommission, weil der Verdacht nahe lag, dass Magna als Dankeschön für die rasche Hilfe die deutschen Opel-Standorte zu Lasten anderer vor allem des Antwerpener Standorts schützen wollte. Die Regierung der belgischen Region Flandern drohte, die deutschen Subventionen vor die europäische Wettbewerbsbehörde zu bringen.¹⁹⁶

Spanische Gewerkschaften fürchteten, dass „New Opel“ zu Lasten der spanischen Beschäftigten gehe und beschwerten sich über den „unverschämten Druck“ aus Berlin. Zusammen mit Belegschaftsvertretern organisierten sie verschiedene Protestaktionen und Demonstrationen. In der spanischen Stadt Saragossa gingen am 19. September 2009 Tausende Menschen gegen einen möglichen Stellenabbau bei dem dortigen Opel-Werk auf die Straße. Die Demonstranten forderten den Erhalt des Werkes im nahegelegenen Figueruelas und drohten mit einem Streik. Zu der Kundgebung in der Stadt im Nordosten Spaniens hatten die Gewerkschaften CCOO und UGT aufgerufen. Sie fürchteten, dass in Figueruelas rund 1650 der insgesamt 7500 Arbeitsplätze gestrichen würden.

Die spanischen Gewerkschaften hatten einen Verkauf von Opel an den belgischen Finanzinvestor RHJI befürwortet, weil dessen Pläne weniger Stellenstreichungen in ihrem Land vorsahen. Sie mobilisierten mit dem Argument, dass der spanische Opel-Standort, an dem die Modelle Corsa und Meriva montiert werden, der rentabelste und produktivste in Europa sei und deshalb auf keinen Fall geschlossen werden dürfe. Außerdem wiesen sie darauf hin, dass von dem Opel-Werk indirekt weitere rund 13.000 Arbeitsplätze abhingen. Dies entsprach dem Interesse des spanischen Industriekapitals, den Industriestandort nicht durch eine Schließung Opels zu schwächen.

An der Demonstration nahmen auch Vertreter der Regierung der Region Aragonien teil, weil sie gleichfalls fürchteten, dass durch eine zu starke Einschränkung der Opelproduktion ihr Industriestandort Schaden erleiden könnte.

Bei all den spanischen Protestaktionen - wie in Deutschland von Kapital, Belegschaften und Politik getragen - schimmerte der lokalpatriotische, häufig genug der nationale Standpunkt durch. Nicht mehr Lohnarbeit und Kapital stritten miteinander. Auf dem Höhepunkt dieses Konflikts standen sich Nationen gegenüber: Deutschland, Großbritannien, Belgien, Spanien und Polen rangen um die nationale Aufteilung der Krisenlasten, jeweils unterstützt durch die Belegschaften der entsprechenden Länder.

¹⁹⁵ Der Spiegel 10/2009

¹⁹⁶ In der Opel-Falle, Der Spiegel 36/2009

f) Opel bleibt bei General Motors

Anfang November 2009 entschied der GM-Verwaltungsrat, Opel zu behalten. Den Sanierungsplan präsentierte Opel-Chef Nick Reilly am 9. Februar 2010 in Frankfurt am Main. Der Plan sah die Streichung von 3.911 der rd. 24.300 Arbeitsplätze in den vier deutschen Werken Bochum (Verlust von 1799 Arbeitsplätzen), Rüsselsheim (1650), Eisenach (300) und Kaiserslautern (300) vor. In Europa sollten insgesamt 8.300 Stellen abgebaut werden; dem Werk in Antwerpen mit rd. 2.600 Beschäftigten drohte die Schließung. Die Höhe der Sanierungskosten taxierte Nick Reilly auf 3,3 Milliarden Euro. Die europäischen Regierungen sollten in Form von Krediten oder Bürgschaften „möglichst schnell“ 2,7 Milliarden Euro (davon Deutschland 1,5 Milliarden) bereitstellen. Reilly's Restrukturierungsplan enthielt den mit dem Betriebsrat zuvor ausgehandelten Betrag von rd. 265 Millionen Euro pro Jahr, bestehend vor allem aus Lohn- und Urlaubsverzicht. „Bekommen wir dies nicht, dann erhöht sich unser Kreditbedarf von 2,7 auf drei Milliarden Euro“, kündigte Reilly an. In Großbritannien bejubelten sowohl die mit dem britischen Autokonzern Vauxhall verbundenen Geschäftsleute als auch die verunsicherten Arbeiter die Entscheidung von GM, Opel-Mutter bleiben zu wollen. Der Generalsekretär der britischen Gewerkschaft Unite, Tony Woodley, sprach von einer „fantastischen“ Entscheidung.¹⁹⁷ Ähnlich äußerten sich andere Gewerkschaftsvertreter, darunter der stellvertretende Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc, Miroslaw Rzezniczek.¹⁹⁸ Großbritannien und Spanien signalisierten ihre Bereitschaft, Kreditbürgschaften von mehr als 400 bzw. bis zu 400 Millionen Euro zu geben. Polen versprach Steuererleichterungen. Der Ministerpräsident der belgischen Region Flandern, Kris Peeters, erklärte, die bereits angebotenen 500 Millionen Euro lägen „weiter auf dem Tisch.“¹⁹⁹

Wütende Kritik an der GM-Entscheidung, Opel zu behalten, kam hauptsächlich aus Deutschland. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, der sich frühzeitig für den Erhalt des Opelstandorts in Bochum eingesetzt hatte und gleich am Anfang der Opel-Krise demonstrativ nach Detroit gefahren war, zeigte sich entsetzt: „Dieses Verhalten von General Motors zeigt das hässliche Gesicht des Turbokapitalismus.“²⁰⁰ Er warf GM vor, „über Monate hinweg Menschen zu Geiseln“ gemacht zu haben und am Ende noch wortbrüchig geworden zu sein.²⁰¹ Für die Bundesländer sei klar, dass die vier Standorte nicht zur Disposition stehen würden. Der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machning (SPD) warf dem GM-Verwaltungsrat Verantwortungslosigkeit vor und wertete die Entscheidung als „Politik nach Gutsherrenart“. Die „politische Verantwortung“ für die Entscheidung, Opel nicht zu verkaufen, trage die US-Regierung als Eigentümer von GM, erklärte der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU). Mit Staatszuschüssen könne GM nun nicht mehr rechnen.²⁰²

g) Letztes Aufgebot

Am 5. November 2009 kamen alle, die Opel im Überlebenskampf unterstützt hatten, noch einmal zusammen, um ihren Unmut über die GM-Entscheidung öffentlich zu bekunden: der Betriebsratsvorsitzende Klaus Franz, Ministerpräsidenten, Bürgermeister, Geschäftsleute, Funktionäre des Opel-Kapitals. Als Kulisse organisierten die Opel-Betriebsräte und die IG Metall Kundgebungen. Insgesamt

¹⁹⁷ Neues Deutschland vom 5.11.2009

¹⁹⁸ Laut Solidarnosc wollte Magna keine Sicherheit für das Weiterbestehen des polnischen Standorts geben. Nach der GM-Entscheidung äußerte sich Rzezniczek optimistisch für das Werk: Die Angst sei kleiner geworden. Neues Deutschland vom 5.11.2009

¹⁹⁹ Veränderte Rollen im Opel-Poker, in: Neues Deutschland vom 24.11.2009

²⁰⁰ Tagesspiegel vom 5.11.2009

²⁰¹ Tagesspiegel vom 12.11.2009

²⁰² „Koch gibt US-Regierung die Schuld am Opel-Drama“, in: Focus Online vom 7.11.2009

schmückten etwa 15.000 Beschäftigte mit ihren Fahnen und Transparenten die Opel-Standorte.²⁰³

Im Mittelpunkt standen die Kundgebungen im Rüsselsheimer Opelwerk. Hauptakteur war ein letztes Mal Klaus Franz, der nun die Aufgabe hatte, das Projekt der Loslösung Opels vom GM-Konzern zu Grabe zu tragen. „Wir geben uns nicht geschlagen, wir sind selbstbewusst, denn wir sind Opel“²⁰⁴, versuchte er die anwesenden aufzurichten. Ein Plakat brachte den Unmut sehr direkt auf den Punkt: „GM hau ab“, versehen mit dem Stinkefinger und klein dazu geschrieben: „Wir sind Opel“.

Der Betriebsratsvorsitzende bedankte sich bei Bundeskanzlerin Merkel und bei Hessens Ministerpräsidenten Roland Koch für das Engagement. Zwischen ihm und der Kanzlerin bestehe ein „Höchstmaß an Übereinstimmung und Schulterschluss“, sagte Franz, der tags zuvor im Kanzleramt gewesen war. „Man kann sich aufeinander verlassen“, fügte er noch hinzu und lobte Kochs Auftritt auf einer IG-Metall-Veranstaltung als Beitrag zur „Überwindung traditioneller Schubläden“.²⁰⁵

Klaus Franz sah sich auf Augenhöhe mit der großen Politik, und die große Politik wusste, was sie ihm zu verdanken hatte.

„Klaus Franz hat Komplimente verdient“, würdigte Hessens Ministerpräsident Roland Koch die Aktivitäten des Betriebsratsvorsitzenden. Als sein bleibendes Verdienst fielen ihm „Opferbereitschaft“ und „Besonnenheit“ der Opelbeschäftigten ein²⁰⁶, für die Klaus Franz in besonderer Weise gesorgt habe. Koch empfahl den Lohnabhängigen, ihrem Betriebsratschef weiterhin loyal und geschlossen zu folgen.²⁰⁷ Dies war ernst gemeint. Klaus Franz hatte bewiesen, wie loyal er die Politik des Kapitals zu vertreten wusste. Und er hatte zudem gezeigt, dass er diese Politik den Lohnabhängigen auch vermitteln konnte, selbst wenn diese Lohnneibußen hinnehmen mussten.

In Thüringen versammelten sich einige hundert Beschäftigte, die von IG Metall und Betriebsrat direkt vom Fließband vor das Opel-Werkstor geschickt worden waren. Gemeinsam mit Eisenacher Geschäftsleuten, benachbarter Zulieferfirmen und Handwerkern traten sie für die Rettung ihres Standorts ein. Opel sei der Motor für die Stadt, betonte Oberbürgermeister Matthias Doth (SPD). Für die Geschäftsleute, Handwerker und Hoteliers wäre die Schließung des Standorts eine Katastrophe.

Die Auseinandersetzungen um Opel bildeten den publizistischen Höhepunkt in einer ganzen Serie von Überlebenskämpfen, die eine Begleiterscheinung der großen Krise waren. Das Kampfmuster, bestehend aus einer Aktionseinheit aus Unternehmung, Politikern, Betriebsräten und Gewerkschaften, mit den Belegschaften als Kulisse, wiederholte sich einige Dutzend Male. Immer ging es um das Überleben eines Kapitals samt der damit verbundenen Arbeitsplätze. Die Politik, die auf dieser unteren Interventionsebene operierte, war eine Politik des Kapitals, die ungetrübt blieb von anderweitigen Interessen.

Kapitel 6

Warum die Politik des Kapitals alternativlos blieb

Unsere Fallbeispiele zur einzelwirtschaftlichen Interventionsebene des Staates ergaben, dass die Lohnabhängigen die Existenzkämpfe von Opel, Karstadt, und Quelle trotz der verzweifelter Situation, in die sie zeitweise gerieten, nicht für die Durchsetzung eigenständiger Interessen nutzten. Sie unterstützten ihr jeweiliges Kapital, das um sein Überleben kämpfte und zur Existenzsicherung Staatshilfen forderte. Die Politik des Kapitals wurde weder durch Arbeitnehmerinteressen getrübt, noch in irgendeiner Weise korrigiert.

²⁰³ Peter Liebers, Hans-Gerd Öfinger: Erster Aufschlag beim Protest der Opelaner, in: Neues Deutschland vom 6.11.2009; Bei Opel blitzt und donnert es, in: Neues Deutschland vom 6.11.2009

²⁰⁴ Der Tagesspiegel vom 6.11.2009

²⁰⁵ Peter Liebers, Hans-Gerd Öfinger: Erster Aufschlag beim Protest der Opelaner, in: Neues Deutschland vom 6.11.2009

²⁰⁶ Ebenda.

²⁰⁷ Ebenda

Auch auf den allgemeineren Interventionsebenen der Politik bildeten die Lohnabhängigen bzw. ihre Vertreter keine eigenständige politische Kraft. In der Konjunkturpolitik unterstützten sie die Forderungen des Kapitals, den krisenbedingten Zusammenbruch der Nachfrage mithilfe staatlicher Maßnahmen zu kompensieren. Als es um die Höhe der Konjunkturprogramme ging, stärkten sie die Position der binnenmarktorientierten Kapitalfraktion nach einer weiteren Aufstockung der Konjunkturlieferungen. In der Lohnpolitik hielten sie sich auffallend zurück. Statt die Massenkaufkraft durch großzügige Lohnerhöhungen zu stärken, wie sie selbst gefordert hatten, beschränkten sie sich, reduzierten sie ihr Programm zur Stärkung der Massenkaufkraft exakt auf die Teile, die den Interessen des Kapitals entsprachen. Im Streit um die Höhe der Manager-Vergütung, vor allem im Finanzsektor, unterstützten sie die Position der Kapitaleigner. Als die Industrie eine Beschränkung des Finanzsektors sowie ausreichende Kredite bei niedrigen Zinsen forderte, stellten sie sich frühzeitig an deren Seite und achteten streng darauf, nicht solche Forderungen beizumischen, die das Finanzsystem oder die Eigentumsordnung in Frage stellten. Auf dem Höhepunkt der Krise im Herbst 2008, als das Finanzsystem und mit ihm der gesamte Reproduktionsprozess zu kollabieren drohte, standen sie hinter dem Staat, der im Interesse der besitzenden Klassen alles unternahm, um das kapitalistische System zu retten.

Wenn wir das Verhalten der Lohnabhängigen und ihrer Vertreter nehmen, nicht wie es sich gelegentlich im publizistischen Untergrund bemerkbar machte²⁰⁸, sondern so, wie es sich einer breiten Öffentlichkeit zeigte, dann vermissen wir bis zum Beginn der Sparpolitik eine eigenständige Positionierung, die über die Politik des Kapitals hinausgegangen wäre. Gewerkschaften und Betriebsräte stellten sich an die Seite einzelner Kapitale bzw. Kapitalfraktionen, als sie in das Parallelogramm der politisch relevanten Kräfte eintraten. Sie reduzierten dabei ihre Forderungen auf das Maß jener Sonderinteressen. Durch ihr Engagement blieben die Kapitalinteressen ungetrübt. Die Politik war deshalb immer eine Politik des Kapitals.

Die Gründe, warum die Lohnabhängigen keine politische Alternative entwickelten, wurden auf den verschiedenen Interventionsebenen der Politik bereits angesprochen. In diesem Kapitel sollen zwei betriebliche Umstände vertieft werden, die eine Hürde bildeten für eine eigenständige politische Positionierung.

1. Unterordnung in der Arbeitswelt

Zunächst einmal war es offensichtlich, dass nicht die Beschäftigten das betriebliche Aktionszentrum bildeten, sondern diejenigen, die das Kapital besaßen. Die Lösung der Finanzierungsfrage und die Bereitstellung von Investitionsmitteln in Form einsetzbaren Geldkapitals schienen zu zeigen, wie unverzichtbar das Kapital war. Als während der großen Krise Unternehmen und ganze Branchen um ihre Existenz kämpften, standen exakt solche Fragen im Vordergrund, die sich nur durch Kapitaleigentümer, durch Banken und vor allem durch den Staat, der Kapital bereitstellen konnte, lösen ließen. Kein Arbeiter verfügte über solche Hebel der Finanzierung. Die zu steuernden Größen lagen deshalb außerhalb seines eigenen Erfahrungs- und Möglichkeitsbereichs. Ihm musste es in dieser Situation schwer fallen, seine über die Existenzsicherung des Kapitals hinausreichenden Interessen ins Spiel zu bringen.

²⁰⁸ Die vielen Diskussionen, die in einer nicht zu überblickenden Zahl von politischen Gruppen, in politischen Zusammenhängen innerhalb und außerhalb parlamentarischer Parteien, in gewerkschaftlichen Kreisen, an Hochschulen, in Betrieben, Bildungseinrichtungen etc., auf Vorträgen und Tagungen über wirkliche Alternativen zum Kapitalismus geführt wurden und deren Ergebnisse in einer nur schwer zu überblickenden Vielzahl von Zeitungen, Büchern, Internetauftritten oder auf den Demonstrationen sichtbar wurden, die gegen die Krisenpolitik der Regierung gelegentlich stattfanden, blieben zumindest in Deutschland versteckt, d. h. von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Äußerungsformen einer in der Klasse der Lohnabhängigen tief verwurzelten Unzufriedenheit mit den vorhandenen Verhältnissen. So wichtig sie für eine sich herausbildende Massenopposition auch sein mochten und so sehr man sie als Signal künftiger Massenstreiks interpretierte – sie erhielten von den Massenmedien nicht die Aufmerksamkeit, die nötig gewesen wäre, um eine Bedeutung in der Politik zu erhalten. In dem von uns betrachteten Zeitraum korrigierten sie in keiner Weise die Politik des Kapitals.

Aber der Unternehmer bildete nicht nur in Finanzierungsfragen sondern auch in den betrieblichen Dingen das Zentrum der Aktivität. Er leitete und organisierte den Betrieb entsprechend seiner Ziele. Er kaufte die Produktionseinrichtungen und die einzelnen Arbeitskräfte, fügte diese zu einem Arbeitskörper zusammen. Das gesellschaftliche Zusammenwirken der Arbeiter musste deshalb als sein Werk erscheinen. Diese gesellschaftliche Produktivkraft, die unter seiner Kapitalmacht entstand, brachte den entsprechenden Schein hervor, als sei generell eine gesellschaftliche Produktion ohne einen Unternehmer gar nicht möglich.²⁰⁹ Auf diese Weise schien das Kapital selbst produktiv zu sein, neben den Arbeitern, so dass ihm geradezu selbstverständlich ein Teil des Arbeitsergebnisses zufallen musste. Die Mystifikation trug so weit, dass sich kaum jemand daran störte, wenn es hieß, der Unternehmer schaffe Arbeitsplätze.

Dies war keineswegs nur eine Denkform der Lohnabhängigen, sondern durchzog das gesamte gesellschaftliche Denken, auch das des Unternehmers, der eine solche für ihn günstige Erscheinungsform publizistisch und akademisch zusätzlich breittreten ließ, nicht nur weil dadurch eine natürliche Legitimation für den Erhalt seines Unternehmergewinns (einschließlich Unternehmerlohn) gegeben war, sondern auch, weil seine privilegierte Funktion als ökonomisch unverzichtbar und deshalb als etwas ewig Gültiges erscheinen konnte.

Entsprechend dieser Denkform spaltet beispielsweise die auf sein Interesse zugeschnittene Betriebswirtschaftslehre die Arbeit auf, einerseits in eine „objektbezogene Arbeitsleistung“, die zusammen mit den Arbeitsmitteln und Werkstoffen die Elementarfaktoren bilden, andererseits in die „dispositive Arbeitsleistung“, die als Geschäfts- und Betriebsleitung die drei Elementarfaktoren zu einer „produktiven Kombination“ vereinigt.²¹⁰ Auf der einen Seite thront die Geschäfts- und Betriebsleitung als das „Zentrum betrieblicher Aktivität“, als die kreative, rationale und vornehmlich „gestaltend-vollziehende Kraft“, auf der anderen Seite liegen ihr die Werkzeuge zu Füßen, die sprechenden Werkzeuge ebenso wie die sachlichen Werkzeuge, beide auf eine sachlich-instrumentelle Ebene gebracht. Genauer lassen sich kapitalistisches Herrschaftsverhältnis und Entfremdung der „objektbezogenen Arbeitsleistung“ kaum ausdrücken. Die besondere Raffinesse der herrschenden Lehre besteht dann nur noch darin, eine solche Kommandowirtschaft durch etliche Kunstgriffe in einen zu allen Zeiten gültigen, „systemindifferenten Tatbestand“ umzudeuten.

Bereits vor der Krise hatte also der betriebliche Alltag die Lohnabhängigen zur Unterwürfigkeit und zur Passivität erzogen, nicht nur in den kommerziellen Fragen von Investition und Finanzierung sondern auch hinsichtlich der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. Momente der Selbsttätigkeit, die jeder konkrete Arbeitsprozess enthielt, konnten sich unter der Kontrolle und dem Verwertungszwang des Kapitals nicht selbständig in Richtung einer gesamtgesellschaftlichen Organisation der Arbeit fortentwickeln.²¹¹

Das innerbetriebliche Abhängigkeitsverhältnis von Vorgesetzten, als den Entscheidungsträgern einerseits und den Mitarbeitern andererseits schlug sich in neuer Form auf der politischen Ebene nieder. In diesem Verhältnis degradierten sich die abhängig gehaltenen Mitarbeiter ein zweites Mal zu Befehlsempfängern, diesmal allerdings von Gewerkschaft und Betriebsrat. Bildeten im betrieblichen Alltag Geschäftsleitung und die daraus abgeleiteten Führungsebenen das Organisations-,

²⁰⁹ Marx bezeichnete diesen verkehrten Schein als eine „Mystifikation des Kapitals“ die aus den tatsächlichen Verhältnissen selbst hervorgehe. (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 381)

²¹⁰ Gutenberg (1973), S. 5

²¹¹ Im Rahmen der gemachten Vorgaben arbeitet die „objektbezogene Arbeit“ meist selbständig. Dies sind wichtige Bildungselemente sowohl für die Befähigung, einen gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozess zu organisieren, als auch für die Entwicklung politischer Selbsttätigkeit. Dass darüber hinaus die ansonsten vom Unternehmer gemachten Vorgaben von den Arbeitern auch eigenständig organisiert werden können, zeigen genossenschaftliche Zusammenschlüsse. Hier ist die Mystifikation des Kapitals vollends durchbrochen, wonach eine gesellschaftliche Produktion ohne Kapital gar nicht möglich sei. Bereits die Aktiengesellschaft hilft solche Mystifikationen aufzulösen. Während in kleinen und mittleren Unternehmen die persönliche, organisatorische und planerische Kraft des Eigentümerunternehmers noch eine größere Rolle spielt, verschwindet diese Rolle mehr und mehr, je stärker sich die Kapitalfunktion gegenüber dem Kapitaleigentum verselbständigt. In der Aktiengesellschaft besitzen die Eigentümer des Kapitals keine praktische Funktion mehr und beweisen damit, wie überflüssig sie sind.

Planungs- und Entscheidungszentrum, übernahmen jetzt Gewerkschaft und Betriebsrat diese Rolle, um ihre politischen Maßnahmen durchzuführen. Hier fielen die Entscheidungen, wo, wann, mit wem und über was man verhandelte, wo man Aktionen plante und wie man sie organisierte. Je nach Entscheidung wurden die Mitarbeiter zu Kundgebungen, zu Demonstrationen, zum Fähnchenschwenken, zu Pfeifkonzerten etc. aufgerufen, oder man empfahl ihnen, Ruhe zu bewahren, um wichtige Verhandlungen nicht zu stören. Statt ihre Selbsttätigkeit zu entwickeln, förderte man ihre Passivität, knüpfte man an den gewohnheitsmäßig vorhandenen Gehorsam an.

Soweit Gewerkschaften und Betriebsräte zur Abwendung von Betriebsschließungen die Lohnabhängigen zu Protestaktionen und Demonstrationen aufriefen, bildeten sie immer das Aktionszentrum, achteten sie streng darauf, dass ihnen das Heft nicht aus der Hand glitt. Die protestierenden Arbeiter dienten ihnen überwiegend als Statisten. Die im Arbeitsleben praktizierte Unmündigkeit hatte sich fortgesetzt. Unter diesen Bedingungen blieben die Lohnabhängigen eine Manövriermasse - jetzt politisch, wie sonst betrieblich, - ohne dass sie ihre Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nahmen und ohne durch eine solche Selbsttätigkeit ihr Selbstbewusstsein entwickeln zu können.

2. Segmentierungen

Eine weitere Hürde für eine eigenständige Politik, die eine Alternative zur Politik des Kapitals hätte werden können, bestand in der betrieblichen Aufsplitterung der Lohnabhängigen. Das Kapital brachte die Arbeiter nicht nur auf einem Arbeitsfeld zusammen, sondern splitterte sie zugleich nach Abteilungen, Funktionen und Betrieben auf. Zusätzlich wurden sie entlang der Eigentumsschranken der Einzelkapitale segmentiert. Bereits als Teile ihres jeweiligen Unternehmens standen sie in Konkurrenz untereinander, die sofort hervortrat, sobald es um Betriebs- und Standortschließungen ging.

Die Aufsplitterung vollzog sich, wie man bei Opel sehen konnte, zum Teil in nationalen Formen. Schon der Gegensatz von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion wurde als ein nationaler Gegensatz zwischen dem US-Eigentümer General Motors und dem zum Beispiel am deutschen Standort fungierenden Opel-Kapital wahrgenommen. Zugleich war das fungierende Opel-Kapital auf verschiedene nationale Standorte aufgesplittert. Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Standorten um die Aufteilung der Krisenlasten erhielt eine nationale Bedeutung, die das Bewusstsein aller prägte. Auf diese Weise gerieten die Lohnabhängigen in den Sog nationaler Interessen, hinter denen sich die Kapitalinteressen gut tarnen konnten.

Als Arcandor, Opel, Heidelberger Druck, die Schaeffler-Gruppe und viele andere Unternehmen in Existenzkrisen gerieten, fand die Krise zunächst einmal nur innerhalb der jeweiligen Eigentumsschranken statt. Diese schirmten die Belegschaften voneinander ab. Die Krisenerfahrung blieb auf den Wirkungsraum des Einzelkapitals beschränkt. Eine Produktion jenseits des Kapitals, die gesellschaftlich zu organisieren gewesen wäre, wurde durch die kommerzielle Mystifikation vom Kapital als eine gesellschaftliche Produktivkraft verdunkelt. Arbeitsplätze, so schien es, konnte es nur in einem kapitalistisch geführten Betrieb geben. Also lag es nahe, das eigene Unternehmen in seinem Existenzkampf zu unterstützen. Und das taten die Betriebsräte und Gewerkschaften überall während der zugespitzten Phase der Krise. Sie stellten sich an die Spitze ihres öffentlich organisierten Protestzugs, setzten die Lohnabhängigen als Statisten ein, erhielten dezent Unterstützung von der Unternehmerseite, die ein besonderes Interesse am Gelingen des Ganzen hatte. Und dann setzten sich die Züge überall dort in Bewegung, wo das Kapital samt den darin enthaltenen Arbeitsplätzen gefährdet war. Jeder Zug rollte für sich, wie jedes Unternehmen am Markt für sich operierte.

Unsere Fallbeispiele zeigten, wie schwer sich die Lohnabhängigen taten, den Grenzzaun ihres jeweiligen Kapitals zu überschreiten. Während der großen Krise taten sie das praktisch nirgends. Lediglich am Rande gab es

Solidaritätsbekundungen, wie etwa die zwischen Werftarbeitern und Karstadt-Beschäftigten. Jedoch fanden sie sich nicht wirklich zusammen, um gemeinsam zu wirken, um ihre Arbeit gemeinschaftlich über die Eigentumschranken der jeweiligen Unternehmungen hinaus zu organisieren. Um dies zu tun, hätten sie ihre Selbsttätigkeit im Protest entwickeln müssen, statt sich vertreten, organisieren und hin- und herschieben zu lassen.

Die Lohnabhängigen taten politisch das, was sie gewohnt waren zu tun. Wer mehr erwartet hatte, sich enttäuscht über „die Arbeiterklasse“ zeigte, bewies nur, wie wenig er die geschichtlichen Bedingungen ihres Handelns verstand. Heroische Arbeiter, die selbstbewusst, solidarisch, mutig und offensiv ihr eigenes Klasseninteresse gegen das Kapital durchsetzen, treten nicht unvorbereitet, nicht ohne eine vorangegangene Phase selbständigen Handelns auf die geschichtliche Bühne. Eine solche Phase hatte es nicht gegeben. Noch hielten die Dämme der Integration, noch wurde die Abhängigkeit als gesellschaftlich notwendig akzeptiert, noch hielt man die Schranken ein, die das kapitalistische Eigentum geschaffen hatte und die die Belegschaften segmentierten, noch ließ man sich auf ein „sprechendes Werkzeug“ reduzieren, im Betrieb wie im Protestverhalten.

3. Sparpolitik und Widerstand

Man hat gesehen, dass der keynesianische Frühling Anfang 2010 von einer Sparpolitik abgelöst worden war, und dass diese Wende in der Politik des Kapitals vor allem in den Ländern mit besonders harten Sparbeschlüssen einen Wendepunkt im Widerstand markierte. Hatten die Konjunktur- und Rettungsprogramme die bisherige Existenzweise stabilisiert und Massenentlassungen verhindert, zielten jetzt die Sparmaßnahmen auf Entlassungen ab. Sie steigerten Angst und Unsicherheit und spitzten den Widerspruch zwischen dem ungeheuren stofflichen Reichtum, der vorhanden war, und der Forderung nach Konsumverzicht zu. Sie verschlechterten allgemein die Lebenssituation durch Lohn- und Sozialkürzungen und durch längere Arbeitszeiten. Sie kehrten den Klassencharakter hervor, lösten Sozialstaatsillusionen auf und schufen bei den Lohnabhängigen eine gleiche politische Situation mit gleichen politischen Interessen, die sich gegen die Politik des Staates richten mussten. In dieser Situation verlor die betriebliche Aufsplitterung der Lohnabhängigen an Bedeutung. Alle Lohnabhängigen standen gemeinsam im selben Gegensatz zur Sparpolitik. Solche Ereignisse wurden als kollektivierende Erfahrungen verarbeitet, mit der Folge, dass die Notwendigkeit von Solidarität und gemeinsamer Aktion stärker ins Bewusstsein trat.

Die Massenproteste, die sich in Griechenland, Spanien, Portugal, Frankreich und in vielen anderen Ländern rasch einstellten, erhielten von vornherein einen überbetrieblichen politischen Charakter. Dort sind die politischen Prozesse noch sehr im Fluss, so dass eine abschließende Beurteilung nicht möglich ist. Ein erstes Resultat zeichnet sich aber ab. Die Politik des Staates richtete sich offen und häufig unter Anwendung erheblicher Gewaltmittel gegen die breite Masse der Bevölkerung; sie blieb selbst in dieser Phase eine Politik des Kapitals. Sie bewies, wie wenig sie den Grundsatz der demokratischen Verfassungen achtete, wonach alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen habe.

In weiteren Ländern, wo die Folgen der Krise mit voller Wucht die Lohnabhängigen trafen und wo die Teuerung die Lebensverhältnisse zusätzlich verschlechterte, fanden besonders heftige Auseinandersetzungen statt, die – wie in Tunesien und Ägypten – bis hin zu erfolgreichen Aufständen reichten. Dort zeigte sich in eindrucksvoller Weise, dass die Krise keineswegs nur Angst, Dumpfheit und Depression produzierte, sondern zugleich Wut und Empörung.

Irgendwie sind Revolutionen ja auch wie ein Zahnarztbesuch, kommentierte der ägyptische Schriftsteller Alaa al-Aswani – selbst Zahnarzt - die Massenstreiks in seinem Land, an denen er unermüdlich teilnahm. "Es ist manchmal schmerzhaft, man muss seine Angst überwinden, damit es einem danach besser geht". Die Ägypter seien sehr geduldig, sie neigten von ihrem Wesen her dazu, den Kompromiss zu

suchen, um Konfrontationen zu vermeiden. Aber irgendwann sei der Punkt erreicht, an dem sie sagten: „Jetzt reicht es“.²¹²

In Deutschland waren die Lohnabhängigen zu diesem Zeitpunkt noch sehr geduldig. Sie mieden die Konfrontation, sagten noch nicht: „Jetzt reicht es“. Sie hatten ihre Unselbständigkeit, ihre Segmentierung und ihre Angst politisch noch nicht überwunden, um als eigenständig handelndes Subjekt in die Politik des Kapitals einzugreifen. Sie ließen sich in die verschiedenen Aktionen des Kapitals integrieren oder verhielten sich passiv dazu. Dies war das direkte Gegenteil einer Selbsttätigkeit gemeinschaftlich vereinter Lohnabhängiger. Und so ließ sich eine Politik des Kapitals durchsetzen, mit Unterstützung der Lohnabhängigen.²¹³

Kapitel 7

Politische Schlussfolgerungen

Die Krisenpolitik des Staates haben wir auf den verschiedenen Interventionsebenen analysiert und dabei festgestellt, dass es sich um eine Politik des Kapitals handelte. Die Staatsgewalt ging nicht vom Volke, sondern vom Kapital aus – jener gesellschaftlichen Macht, die über Sachzwängen den Akteuren ihr Handeln aufzwang. Die Lohnabhängigen bzw. ihre Vertreter bildeten keine eigenständige Kraft, sondern ließen sich in diese Politik des Kapitals einbinden.

1. Nicht-kontroverser Sektor: Obere Interventionsebene der Politik

Auf der oberen Interventionsebene des Staates, bei der es um die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung und um die Verhinderung einer um sich greifenden Entwertungsspirale des Kapitals ging, konstituierte sich die Politik ohne größere Meinungskämpfe. Sie war einfach und direkt. Sie schien alternativlos zu sein zu einem Zeitpunkt, als die große Krise die Systemfrage aufwarf. Würden sich Politiker, Wirtschaftslenker, Wissenschaftler oder Publizisten tatsächlich damit beschäftigen, die bestmögliche Form gesellschaftlicher Produktion herauszufinden, hätte eine lebhaft ordnungspolitische Debatte stattfinden müssen. Das passierte aber nicht. Auch machte sich in der Öffentlichkeit keine größere Opposition geltend, als der Staat mit Rettungs- und Konjunkturprogrammen eine keynesianische Wende vollzog, die wenige Monate zuvor undenkbar gewesen wäre. Der allgemeine Konsens war das selbstverständliche Produkt gesellschaftlich relevanter Kräfte.

Alle besitzenden Klassen standen dahinter. Die gesamte materielle Kapitalmacht war in diesem Punkt vereint, einschließlich der darin wurzelnden geistigen Macht. Die Medien hatten dazu eine einheitliche Meinung. Ihre veröffentlichte Meinung erzeugte Massenloyalität. Unsere empirische Analyse lieferte genügend Anschauungsmaterial für diesen nicht-kontroversen Sektor.

Neu scheint dieses Phänomen jedoch nicht zu sein. Längst vor der großen Krise beschäftigte sich die politische Wissenschaft damit. In der Politologie wurde die Existenz eines nicht-kontroversen Sektors entweder mit einer homogenen Gemeinschaft in Verbindung gebracht, aus der ein einheitlicher Volkswille hervorgehe, oder aber man sah darin einen Minimalkonsens pluralistisch strukturierter Gesellschaften. „Der im nicht-kontroversen Sektor in Erscheinung tretende consensus omnium ist das natürliche Produkt historischer, gesellschaftlicher

²¹² Christoph Ehrhardt, Im Marsch der Millionen verpufft der Zorn, in: FAZ vom 2.02.2011

²¹³ Wie die Krisenereignisse nahe legten, dürfte kaum eine Klasse Unsicherheit, Entbehrung, Unterdrückung und Gewalt mit größerer Höflichkeit ertragen haben als die Lohnabhängigen. Zumindest in Deutschland haben sie in verständnisvoller Friedfertigkeit ihren Unternehmern beigestanden, in der Hoffnung, auf diese Weise ihre bisherigen Existenzbedingungen im Großen und Ganzen zu erhalten. Ihre Hoffnung erwies sich als stark genug, um die gewohnten Pfade nicht zu verlassen. Kaum einer Klasse war der Gedanke an eine Revolution so fremd - und doch wird sie dazu gezwungen werden, sobald sich die Folgen der Krise nicht mehr politisch weder durch eine höhere Staatsverschuldung noch durch neue geldpolitische Maßnahmen abfedern lassen. Die nächste zyklische Krise nähert sich bereits. Ihr Zwangsmechanismus, verstärkt durch die ökonomische Krise des Staates, könnte selbst diese brave Klasse in Aufruhr versetzen.

und ideologischer Kräfte“, schrieb Ernst Fraenkel Mitte der 1960er Jahre.²¹⁴ In seiner pluralistischen Demokratietheorie interpretierte er das zum Minimalkonsens neigende Volk als eine heterogene Größe, deren Individuen sich gleichberechtigt in das politische Geschehen einbringen würden.

Ersetzt man Volk durch Bourgeoisie, dann ist der nicht-kontroverse Sektor ziemlich exakt gekennzeichnet, wie er sich während des Krisengeschehens entlang des gemeinsamen Interesses der besitzenden Klassen konstituierte. Die Rettungs- und Konjunkturprogramme mit ihrer nationalökonomischen Ausrichtung sowie die später hinzu kommenden Sparprogramme zielten darauf ab, das nationale Gesamtkapital vor einer Entwertungsspirale und vor einer ordnungspolitischen Erschütterung zu schützen, beziehungsweise seine Akkumulation entweder durch Verschiebung der Krisenlasten ins Ausland oder durch Druck auf die Löhne und Sozialausgaben zu fördern. Auf dieser oberen Interventionsebene der Politik handelten die Besitzenden bei aller sonstiger Zerrissenheit einheitlich als Klasse, sowohl gegenüber dem Ausland als auch – wie wir vor allem in der Lohnpolitik und bei der Durchsetzung der Sparprogramme ermitteln konnten – gegenüber der Klasse der Lohnabhängigen. Ihre ökonomische und damit verbundene ideologische Macht nutzte diese als Bourgeoisie geeinte Klasse, um ihren gemeinsamen Willen in einen Volkswillen zu transformieren. Aus pluralistisch-demokratietheoretischer Sicht kann man diese Konsensbildung als „Minimalkonsens“ interpretieren, der sich aus dem kleinsten gemeinsamen Nenner einer ansonsten nach Sonderinteressen zerrissenen Klasse ergab. Die öffentlichwirksamen politischen Auseinandersetzungen blieben dann auf Themen begrenzt, die gerade nicht den Kern berührten, der durch das allgemeine und gemeinschaftliche Interesse dieser Klasse gebildet wurde.

Mit dem Pluralismuskonzept Fraenkels lässt sich in gewisser Weise die politische Willensbildung während der großen Krise beschreiben, allerdings mit der bedeutenden Korrektur, dass Pluralismus und Konsens nicht freie Ausdrucksweisen einer allgemeinen menschlichen Natur waren, wie Fraenkel meinte, sondern Existenzweisen des Kapitalinteresses bildeten, das mystifiziert die Form eines Volksinteresses erhielt. Den „nicht-kontroversen“ Sektor sah Fraenkel als Minimalkonsens, nur er begriff nicht den spezifisch bürgerlichen Gehalt darin.

Wenn es in der pluralistischen Demokratietheorie heißt, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, so zeigte unsere Analyse der Politik, dass dahinter der Klassenwille der Bourgeoisie steckte. Der Staat, in Fraenkels Theorie ein neutraler Schiedsrichter, der die Interessen der Gesellschaft gewissermaßen managt, ohne in nennenswertem Umfang eigene Interessen hinzuzufügen, firmierte während der großen Krise als neutraler Schiedsrichter nur mit Bezug auf die Partikularinteressen des Kapitals. Die Interessen, die er im nicht-kontroversen Bereich zur Geltung brachte, waren inhaltlich die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie. Und diese drängten sich auf dem Höhepunkt der Krise mit einer solchen bürgerlichen Natürlichkeit auf, dass darüber keine große Debatte stattfinden musste. Wenn der US-Politologe Dahl einst darauf hinwies, dass das, was in der Demokratie „Politik“ genannt werde, lediglich die Spreu sei, eine bloße Oberflächenerscheinung, die gerade nicht den Kern berühre, also die Grundlagen des eigentlich Politischen, worin ein versteckter, von der Öffentlichkeit weitgehend ausgeblendeter Konsens bestehe, dann liefert die politische Krisenbewältigung reiches Material für diese These.

2. Kontroverser Sektor: Mittlere und untere Interventionsebene der Politik

Im Unterschied zur oberen Interventionsebene konstituierte sich die Politik des Staates auf der mittleren und vor allem auf der unteren Interventionsebene unter den Bedingungen heftiger Auseinandersetzungen. Die größten Zusammenstöße der Kapitalinteressen und damit zugleich die heftigsten öffentlichen Kontroversen fanden wir dort, wo der Staat in den Konkurrenzkampf der Einzelkapitale eingriff. Unsere Fallbeispiele zum Überlebenskampf von Opel und Arcandor lieferten ein reichhaltiges

²¹⁴ Fraenkel (1991), S. 142.

Material, dem wir entnehmen, auf welcher vielfältigen Weise Kapitale Koalitionen eingingen, um ihren Interessen politische Geltung zu verschaffen.

Die Demokratie mit ihrer Öffentlichkeit, mit ihrer Pressefreiheit, mit ihren zahlreichen Möglichkeiten, über Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyismus, Parteien, Parlamentsfraktionen, Abgeordnete, Ministerien, Kanzlerrunden etc. direkt oder indirekt Einfluss zu nehmen, bot in diesem Ausgleichsprozess der Kapitale eine adäquate Form. Kein besonderes Kapital, keine Kapitalfraktion bestimmte einseitig die Politik.

Auf diesem Kampfterrain der Kapitale spielten die Massenmedien eine große Rolle. Hier gab es einen wirklichen Pluralismus mit Meinungs- und Pressefreiheit. Wie sich die Kompassnadel im erdmagnetischen Kräftefeld einpendelt, so pendelte die Meinung der Medien im Interessenfeld der Kapitale. In diesem öffentlichen Streit war die breite Masse der Bevölkerung ebenso zerrissen wie das Kapital selbst. Ihre Meinung spiegelte im Großen und Ganzen die Standpunkte und die Argumentationsweisen der im Streit liegenden Kapitale wider. Arbeitnehmerinteressen spielten nur eine Rolle, soweit sie im Dienste eines Kapitalinteresses standen. Eine davon abweichende öffentlich wirksame Positionierung gab es erst, als der Staat mit einer Sparpolitik gegen die gemeinschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen vorging.

In dem Kräftespiel der Kapitale waren die Politiker eingebunden. In ihren unterschiedlichen Stellungnahmen spiegelte sich in gewisser Weise der Interessengegensatz zwischen den Kapitalen. Wir haben das entlang des Überlebenskampfes von Opel sehr anschaulich vorfinden können in der Positionierung der Ministerpräsidenten, die unabhängig von der parteipolitischen Orientierung ihre Opelstandorte offensiv verteidigten.

Man hat gesehen, dass für die inhaltliche Ausgestaltung der Krisenpolitik die Demokratie das adäquate Forum bildete, auf dem die verschiedenen Fraktionen des Kapitals ihre Interessen ausglich. Dies erwies sich als ein spezifischer Vorzug der demokratischen gegenüber der diktatorischen Staatsform, wo „ein Teil den Charakter des Ganzen“ bestimmt, wie Marx am Beispiel der Monarchie hervorhob.²¹⁵ In solchen Vorzügen dürfte der Grund zu sehen sein, weshalb sich die Demokratie historisch mehr und mehr durchsetzte. Sie hat weltgeschichtlich betrachtet einen Höhepunkt erreicht; noch nie gab es so viele gewählte Regierungen wie heute.²¹⁶

Ihre Vorzüge bewies die Demokratie auch während der großen Krise: Alle Kapitalinteressen konnten in den politischen Ausgleichsprozess eingehen. Auf diese Weise wurden in der politischen Interessenvertretung Asymmetrien verhindert, die ansonsten zu einer zusätzlichen Instabilität des politischen Systems geführt hätten.

Allerdings waren, wie wir zeigen konnten, die Partikularinteressen keineswegs so einfach als Kapitalinteressen auszumachen. Sobald sie auf der politischen Bühne erschienen, trugen sie einen anderen Charakter. Sie nahmen eine allgemeine politische Form an, die des Gemeinwohls. Sie erschienen als allgemeines Volksinteresse. Das machte es so schwer, hinter dieser Maskierung das Interesse des Kapitals aufzudecken.

Der Kampf der verschiedenen Kapitalinteressen nahm die Form eines Meinungsstreits an, der losgelöst vom ökonomischen Partikularinteresse scheinbar zum Wohle des Volkes geführt wurde.

Während der Krise beobachtete man einen Prozess des Mit- und Gegeneinander. Hinter diesem Meinungsstreit stand ein System von Kräften und Gegenkräften. In einem solchen Prozess vollzog sich die politische Willensbildung. Gleich einem

²¹⁵ Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW 1, S. 230. Auf diesen Punkt kam Marx immer wieder zurück, beispielsweise in „Der achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“. „Auf die bürgerliche Monarchie Louis-Philippes kann nur die bürgerliche Republik folgen, d. h., wenn unter dem Namen des Königs ein beschränkter Teil der Bourgeoisie geherrscht hat, so wird jetzt im Namen des Volks die Gesamtheit der Bourgeoisie herrschen“. (MEW 8, S. 121) „Die parlamentarische Republik (...) war die unumgängliche Bedingung ihrer gemeinsamen Herrschaft, die einzige Staatsform, worin ihr allgemeines Klasseninteresse sich zugleich die Ansprüche ihrer besondern Fraktionen wie alle übrigen Klassen der Gesellschaft unterwarf“. (MEW 8., S. 177)

²¹⁶ Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch (2003) interpretiert diese Ausbreitung der Demokratie als „höchst paradoxe Situation“, weil sie einhergehen würde mit einer wachsenden öffentlichen Unzufriedenheit gegenüber der Politik und den Politikern.

Parallelogramm der Kräfte, worin die Kraft, mit der die Einzelkapitale wirkten, von ihrer jeweiligen Bedeutung innerhalb des Gesamtkapitals abhing, konstituierte sich als die resultierende GröÙte eine mehrheitsfähige Politik. In diesem Kräftespiel war der Staat vorrangig Sachwalter der Interessen, deren Inhalt er von außen empfing und die er zu einem gemeinsamen Interesse auszugleichen suchte. Wo sich die Interessen nicht ausgleichen lieÙen, wie beispielsweise bei der Entscheidung über Staatskredite für Arcandor oder Opel, setzte der Staat das stärkere Kapitalinteresse als seinen politischen Willen durch.

Auf diese Weise war das Interesse von der Gesellschaft losgelöst und ihr als höheres politisches Anliegen, als ein allgemeiner Wille politisch gegenübergestellt. Sowohl bei der politischen Bewältigung der Partikularinteressen als auch bei der Durchsetzung der allgemeinen und gemeinschaftlichen Interessen erwies sich das Kapital immer als die treibende Macht, die der Politik das Material ihrer Staatstätigkeit lieferte.

Die Metapher vom „Parallelogramm der Kräfte“ verwendete auch Fraenkel, ohne jedoch den kapitalistischen Charakter dieser Kräfte zu sehen. Seine Mystifikation bestand dann darin, die innere Zerrissenheit des Kapitals in eine Zerrissenheit der menschlichen Natur umgemünzt zu haben. Er nahm den Pluralismus nicht als empirische Realität dieser kapitalistischen Welt, sondern als eine anthropologische Grundtatsache, wonach „die Verfolgung von Eigeninteressen einen essentiellen Bestandteil der menschlichen Natur bildet“.²¹⁷

3. Postdemokratie und die Politik des Kapitals

Unsere These, dass die Krisenpolitik des Staates auf all ihren Interventionsebenen eine Politik des Kapitals war, scheint eine Bestätigung dafür zu sein, dass wir dem „postdemokratischen Pol“ gefährlich nahe gekommen sind. Mit seinem Begriff „Postdemokratie“ löste der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch eine demokratiekritische Debatte aus, die bis heute anhält. Seiner Meinung nach kam die Demokratie Mitte des 20. Jahrhunderts ihrem idealtypischen Modell recht nahe. Seitdem würde sie sich „dem postdemokratischen Pol immer mehr annähern“,²¹⁸ der zwar einige demokratische Merkmale beibehalte, diese aber mit neuen, genuin postdemokratischen und vor allem mit vordemokratischen Aspekten kombiniere. Der „postdemokratische Pol“ soll ein Staatswesen kennzeichnen, „in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt. (...) Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“²¹⁹ Mit den „Interessen der Wirtschaft“ verband Crouch die Interessen der global operierenden Unternehmen, die zu neuen Machtzentren aufgestiegen wären und sowohl der „Klasse der Kapitaleigner“ als auch den „leitenden Managern“ (Crouch nennt diese Wirtschaftseliten gelegentlich „Bourgeoisie“) einen „privilegierten Zugang zu Politikern und Verwaltung“ ermöglichten.

Tatsächlich drehte sich die Politik des Staates in dem von uns betrachteten Zeitraum um „die Interessen der Wirtschaft“ und zwar in einer solch ausschließenden Weise, dass wir sie als Politik des Kapitals kennzeichneten. Auch spielten die „Klasse der Kapitaleigner“ und die „leitenden Manager“ als die im Hintergrund wirkenden Akteure die entscheidende Rolle. Wir konnten entlang der Krisenereignisse aufzeigen, dass die gewählten Regierungen Rettungs- und Konjunkturprogramme verabschiedeten, um das Interesse jener Klassen zu vertreten, das auf die Aufrechterhaltung kapitalistischer Verhältnisse und auf die Verhinderung einer um sich greifenden

²¹⁷ Fraenkel (1991), S. 314

²¹⁸ Crouch (2008), S. 11

²¹⁹ Crouch (2008), S. 10. Ähnlich S. 30

Entwertungsspirale des Kapitals gerichtet war. Bei dem Sonderfonds SoFFin und dem Wirtschaftsfonds Deutschland handelte es sich um typische postdemokratische Einrichtungen, die wichtige Hinweise darauf lieferten, in welchem Umfang die „reale Politik“ – hier in Form der Vergabe von Garantien und Krediten - „hinter verschlossenen Türen“ gemacht wurde, wobei sich die „Interessen der Wirtschaft“ bereits in der personellen Besetzung der Entscheidungs- und Beratungsgremien niederschlugen.

Selbst die Parteien agierten während der Krisenereignisse in einer Weise, die das postdemokratische Erklärungsmuster durchaus bestätigten. In der besonders kritischen Periode 2008/2009 bestand in Deutschland eine große Koalition; in Großbritannien herrschte „New Labour“ und in den USA löste der Demokrat Obama den republikanischen Präsidenten George Bush ab. Die unterschiedlichen Regierungskonstellationen hatten keinen erkennbaren Einfluss auf die Inhalte der Krisenpolitik. Eine keynesianische Wende fand in allen Ländern statt. Sie wurde in den USA bereits vom Republikaner Bush eingeleitet und unter dem demokratischen Präsidenten ab Januar 2009 gradlinig fortgesetzt. In Deutschland herrschte große Einigkeit zwischen den Partnern der großen Koalition, als es darum ging, mit Rettungsschirmen und Konjunkturprogrammen die Wirtschafts- und Finanzordnung zu stabilisieren.

Weder bei der deutschen Sozialdemokratie noch bei der britischen Labour Party spielten Aktivisten und traditionelle Mitglieder eine größere Rolle. Wie der Überlebenskampf Opels und Arcandors deutlich machte, agierten die Parteien selbst auf der unteren Interventionsebene der Politik ziemlich einheitlich. Sie besaßen enge Verbindungen zu den Unternehmen, deren Interessen sie politisch umsetzten. Im Falle Opels zeigte sich, dass dort das Netzwerk aus Politik und dem mit Opel verbundenen Kapital am engsten war, wo Opel seine Standorte besaß. Wir stießen auf das politisch interessante Phänomen, dass die Ministerpräsidenten, in deren Bundesländern Opelstandorte lagen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit für Kredithilfen eintraten. Was Crouch als „vordemokratisch“ bezeichnete, nämlich den privilegierten Zugang einzelner Unternehmer und kommerzieller Interessen zur Parteipolitik²²⁰, erwies sich in solchen Netzwerken als eine ganz gewöhnliche politische Verkehrsform.

Darüber hinaus stützt unsere Analyse im Großen und Ganzen die postdemokratische Auffassung, wonach die Mehrheit der Bürger eine „passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ spielt, und nur auf Signale reagiert, die man ihr gibt. Tatsächlich waren während der Krise, wie Crouch für das postdemokratische Zeitalter generell formulierte, „die Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für die eigenen Ziele einzuspannen.“²²¹

Ferner können wir bestätigen, dass das Misstrauen gegenüber politischen und marktwirtschaftlichen Institutionen zunahm und dass die öffentliche Unzufriedenheit gegenüber der Politik und den Politikern hoch war – ein Kennzeichen postdemokratischen Verhaltens. Die Politikverdrossenheit machte sich in Langeweile, Frustration, mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit in Parteien, in einem nachlassenden politischen Interesse und in einem Rückgang der Wahlbeteiligung breit. Die große Masse der Bürger nahm die Herrschaft des Kapitals passiv hin. Sie spielte eine apathische Rolle, unfähig zu einer eigenständigen Positionierung in der Politik. Dies galt zumindest bis zu den Sparbeschlüssen, die in einigen Ländern eine Wende brachten.

Wir wollen zunächst festhalten, dass die Politik während unseres Beobachtungszeitraums Merkmale aufwies, die Crouch als charakteristisch für das „postdemokratische Zeitalter“ ansah.²²² Besonders deutlich traten die von ihm als

²²⁰ Crouch (2008), S. 99

²²¹ Crouch (2008), S. 30

²²² Eine solche Übereinstimmung interpretieren wir aber nicht in der Weise, dass es sich dabei um neue Befunde des „Substanzverlustes der Demokratie“ handelt, aufgetreten erst im Anschluss an den angeblichen Höhepunkt der Demokratie in den 1950er und 1960er Jahre. Erinnert sei daran, dass etwa die Rolle der Interessenorganisationen im politischen Entscheidungsprozess bereits in den 1950er Jahren – ebenso

„vordemokratisch“ qualifizierten Charakterzüge hervor, mit denen er den „privilegierten Zugang einzelner Unternehmen und kommerzieller Interessen zur Politik“ verbunden hatte. Diese Merkmale besaßen eine derart große Bedeutung, dass wir die Politik durchweg als kapitalistisch charakterisierten.

Aber handelte es sich hierbei wirklich um „vordemokratische Merkmale“ oder war der „privilegierte Zugang“ des Kapitals zur Politik ein Bestandteil der Demokratie selbst? Haben wir es bei der Politik des Kapitals um eine Abweichung von der Demokratie zu tun oder offenbart die Demokratie in dieser Art der Politik ihre eigentliche Bestimmung?

Crouch geht von einem idealtypischen Modell der Demokratie aus, das als normativ wünschenswerter Maßstab dienen soll, um die Defizite heutiger Demokratie aufzudecken. Sein Demokratie-Ideal ist dadurch charakterisiert, „dass sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt“. ²²³ Dieses Modell der Bürgerbeteiligung, das auf Gleichheit beruht, werde allerdings „niemals vollständig verwirklicht“, weil es in einem Konflikt zum liberalen Modell stehe, das ökonomische und damit politische Ungleichheit befördere. Crouch beanstandet die politischen Verzerrungen, die durch die Konzentration kommerzieller Macht, vor allem durch den relativen Machtzuwachs der Unternehmer innerhalb des liberalen Modells zustande kam. Der kapitalistischen Ökonomie als die Sphäre der Ungleichheit stellt er die auf Gleichheit beruhende politische Demokratie als einen ihr widersprechenden Bereich äußerlich gegenüber. Er untersucht nicht den inneren Zusammenhang von Politik und Ökonomie, fragt nicht danach, welchen Charakter der Staat haben muss und welche Zwecke er als die politische Form der kapitalistischen Ökonomie zu verfolgen hat. Wenn Crouch die Indienstnahme der Politik durch die kapitalistische Wirtschaft kritisiert, dann bemängelt er lediglich die darin enthaltenen Abweichungen vom demokratischen Ideal.

Unsere empirische Analyse enthüllte Querverbindungen von Politik und Wirtschaft, die zeigten, dass die Demokratie keineswegs verletzt wurde, als die kapitalistische Wirtschaft der Politik ihren Stempel aufdrückte. Vielmehr bildete die Demokratie das adäquate Forum, auf dem die Kapitale ihre Interessen ausglich. In gewisser Weise herrschte Pluralismus. Vom Inhalt her war es ein kommerzieller Pluralismus: Jenseits des nicht-kontroversen Bereichs wirkten die Kapitale mit ihren Partialinteressen aufeinander, um eine für sie günstige Politik zu befördern. Vergleichbar mit einer Aktiengesellschaft, worin ein großer Aktionär mehr Einfluss geltend machen kann als ein kleiner, bestimmten die größeren Kapitale bzw. Kapitalfraktionen stärker die Politik als die weniger großen Kapitale. Beispielsweise bekam der Opel-Konzern die Kredite, die ihn retteten, weil sich die entsprechenden Kapitalgruppierungen als die Stärkeren erwiesen, im Unterschied zum Rettungsversuch des Handelskonzerns Arcandor, bei dem die entsprechenden Kapitalgruppen unterlagen.

Ausgetragen in der Öffentlichkeit, erschien der Streit der Kapitale in einem anderen Licht. Die Kapitale verhüllten ihre Interessen. Sie maskierten sie als rationale Lösung, als ehernes oder höheres Prinzip, das nicht verletzt werden durfte. Sie versuchten, ihren Interessen einen allgemeinen Charakter zu geben, es möglichst als Volksinteresse erscheinen zu lassen. Es entstand der Schein, als sei die Politik eine Bestimmung und zwar Selbstbestimmung des Volkes. Das Idealbild von Demokratie, eine Herrschaft des gesamten Volkes zu sein, wurde durch die Politik des Kapitals selbst erzeugt.

Hier nun liegt der wunde Punkt der postdemokratischen Kritik. Das Demokratie-Ideal ist keineswegs, wie Crouch meint, ein „utopisches Ideal“. Es ist nur die ideale Verlängerung einer Politik des Kapitals. Crouch verselbständigt das Ideal, stellt es der tatsächlichen politischen Praxis gegenüber, um dann die Merkmale als postdemokratisch auszusondern, die dem Maßstab nicht gerecht werden. Der innere Zusammenhang von Ideal und Wirklichkeit bleibt ihm ein Geheimnis.

Jahrzehnte davor - als die „Herrschaft der Verbände“ kritisiert wurde. Der Reformdruck zu Beginn der 1970er Jahre mit dem Leitmotiv „mehr Demokratie wagen“ richtete sich gegen die Strukturen jener Zeit.

²²³ Crouch (2008), S. 9

Mit seinem Idealbild von Demokratie rückt Crouch in die Nähe der pluralistischen Demokratietheorie Fraenkels, worin der Staat wesentlich auf seine demokratische Form reduziert wird, ohne dass der Inhalt entwickelt wird, den der Staat auf der Grundlage einer kapitalistischen Ökonomie als seinen Zweck notwendig verfolgen muss. Wie bei Fraenkel wird der Pluralismus nicht als empirische Realität einer kapitalistischen Welt gesehen, die in kommerziell gegenläufige Partikularinteressen zerfällt, sondern als ein natürlicher Umstand menschlicher Individuen, die ihre persönlichen Werte, Ziele und Interessen gleichberechtigt in die Politik einbringen sollten und dafür die Demokratie als ihr Instrument einer „umfassenden Beteiligung der Bürger“ benötigten. Wenn Crouch „die Macht der Wirtschaftseliten“ bzw. „die Interessen der Wirtschaft“ mit ihrem „privilegierten Zugang zur Politik“ ins Spiel bringt, dann nicht als Bestandteil des pluralen Ausgleichs der Interessen, sondern als eine Verunreinigung dieses Ausgleichs. Zu dieser Fehlinterpretation trägt seine Auffassung bei, dass es sich bei „den Interessen der Wirtschaft“ um einen weitgehend feststehenden Interessenblock handeln würde. Crouch übersieht darin die Vielzahl der teilweise gegenläufigen kommerziellen Einzelinteressen, die – wie unsere Analyse zeigte – vor allem auf den unteren Interventionsebenen der Politik eine zentrale Rolle spielten und eines pluralen Ausgleichs bedurften. Seine Abstraktion vom kommerziellen Partikularinteresse verleitet dazu, den kommerziellen Charakter eines Interesses zu übersehen, sobald es in seiner Partikularität auftritt. Crouchs Feststellung, dass heutige Politik eine Politik des Kapitals sei, wurde durch unsere Analyse bestätigt. Doch im Unterschied zu Crouch sehen wir darin keine Verunstaltung der Demokratie, sondern die besondere Qualität der Demokratie, die den pluralen Ausgleich kommerzieller Interessen als wesentliche Bestimmung enthält.

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar (2010): Der große Krach, Münster
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2009): Memorandum 2009: Von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung, Köln.
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010): Sondermemorandum, Politik hat nichts gelernt – das Umverteilen von unten nach oben geht weiter, Bremen.
Bischoff, Joachim / Deppe, Frank / Kisker, Klaus Peter (Hrsg. / 1998): Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde, Hamburg
Bischoff, Joachim (2009): Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie? Hamburg
Bischoff, Joachim, Detje, Richard (2011): Die Krise des Euroregimes, in: Sozialismus, Heft 1/2011, S. 2-6.
BIZ – Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
Bofinger, Peter (2010): Ist der Markt noch zu retten? München
Bontrup, Heinz-J. (2011): Zur größten Finanz und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren. Ein kritischer Rück- und Ausblick mit Alternativen. Hannover
Brown, Gordon (2011): Was folgt. Wie wir weltweit neues Wachstum schaffen. Frankfurt/M.
Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main.
Deutsche Bank Research (2010): US-Finanzmarktreform. Die Ökonomie des Dodd-Frank Acts, vom 6.12.2010
Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln (diverse Ausgaben)
Deutsche Bundesbank, Monatsberichte
Engels, Friedrich (1845/1974): Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW 2
Feder, Gottfried (1935): Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München
Fraenkel, Ernst (1991): Deutschland und die westlichen Demokratien, Herausgeber Alexander von Brünneck, Frankfurt
Gesell, Silvio (1923/1984): Die natürliche Wirtschaftsordnung, (Hrsg. Karl Walker), Lauf bei Nürnberg
Grandt, Michael (2010): Der Staatsbankrott kommt! Rottenburg

- Greenspan, Alan (2007): Mein Leben für die Wirtschaft, Frankfurt/New York
- Gutenberg, Erich (1973): Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, Berlin/Heidelberg/New York
- Hilferding, Rudolf (1973, zuerst 1910): Das Finanzkapital, 2. Auflage Frankfurt/M
- Hofmann, Werner (1971): Sozialökonomische Studientexte, 3 Bände: Wert- und Preislehre, Einkommenstheorie, Theorie der Wirtschaftsentwicklung, Berlin
- Huffschnid, Jörg (1969): Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M.
- Huffschnid, Jörg (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Hamburg
- Huffschnid, Jörg (2010): Kapitalismuskritik heute - Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, Herausgegeben von Rudolf Hickel und Axel Troost, Hamburg
- Keynes, John Maynard (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig (Übersetzung: Fritz Waeger)
- Kurz, Robert (2005): Das Weltkapital, Berlin
- Leif, Thomas/Speth, Rudolf (2006): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden
- Marx, Karl (MEW 8): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin 1973
- Marx, Karl (MEW 17): Der Bürgerkrieg in Frankreich, Berlin 1973
- Marx, Karl (MEW 23): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, nach der vierten von Friedrich Engels herausgegebenen Auflage, Berlin 1970
- Marx, Karl (MEW 25): Das Kapital. Bd. 3, Berlin 1968
- Müller, Ulrich (2009): Lobbyismus, in: Schwarzbuch Deutschland: Das Handbuch der vermissten Informationen, herausgegeben von Gabriele Gillen und Walter van Rossum, Reinbek 2009
- Münchau, Wolfgang (2008): Flächenbrand. Krise im Finanzsystem
- Otte, Max: Der Crash kommt, Berlin 2008
- Roth, Rainer (2009): Finanz- und Wirtschaftskrise: SIE kriegen den Karren nicht flott, Frankfurt
- Roubini, Nouriel/Mihm, Stephen (2010): Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft, Frankfurt/New York
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR): Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten 2007/2008, Wiesbaden, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>
- SVR: Das deutsche Finanzsystem: Effizienz steigern - Stabilität erhöhen, Expertise vom 17. Juni 2008. <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>
- SVR: Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Jahresgutachten 2008/2009, Wiesbaden, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>
- SVR: Jahresgutachten 2009/10, Wiesbaden 2009.
- Sandleben, Guenther (2003): Nationalökonomie & Staat, Hamburg 2003
- Sandleben, Guenther (2008): Abschwung oder Absturz? In: Sozialismus, Heft 9/2008
- Schäfer, Ulrich „Der Crash des Kapitalismus. Warum die entfesselte Marktwirtschaft scheiterte“, (Frankfurt/New York 2008
- Auflage, unveränderter Nachdruck bei Duncker & Humblot, Berlin 1964
- Seidel, Hagen (2010): Arcandors Absturz, Frankfurt/M und New York
- Sinn, Hans-Werner (2009): Kasino-Kapitalismus
- Skidelsky, Robert (2010): Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert, München 2010
- Speth, Rudolf (2009): Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Düsseldorf 2009
- Steinbrück, Peer (2010): Unterm Strich, Hamburg
- Stiglitz, Joseph (2009): Anpacken, und zwar sofort. Globale Antworten auf eine globale Rezession, in Le Monde diplomatique (deutsche Ausgabe), September 2009
- ver.di Bundesvorstand 2010: Wirtschaftspolitische Informationen, Nr. 2, September.
- Wagenknecht, Saha (2009): Wahnsinn mit Methode, Finanzcrash und Weltwirtschaft, Berlin, 4. Auflage
- Wittmann, Walter (2010): Staatsbankrott, Zürich